

# MIG18

**KAPITALMARKTPROSPEKT**

**MIG**  
FONDS

Venture Capital für  
Privatinvestoren

**HMW**  
KAPITALANLAGEN

# Kapitalmarktprospekt

MIG GmbH & Co. Fonds 18 geschlossene Investment-KG

## **Warnhinweis**

Weder MIG GmbH & Co. Fonds 18 geschlossene Investment-KG noch die MIG Capital AG unterliegt einer Aufsicht der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) oder einer sonstigen österreichischen Behörde. Die Aufsicht obliegt ausschließlich der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Weder ein etwaiger Prospekt noch ein Basisinformationsblatt (BIB) oder ein vereinfachter Prospekt wurden von der FMA oder einer sonstigen österreichischen Behörde geprüft. Die FMA oder eine sonstige österreichische Behörde haften nicht für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Vertriebsunterlagen.

## **Risikohinweis insbesondere zum Liquiditätsrisiko**

Es handelt sich um eine langfristige Investition und eine vorzeitige Rückgabe der Anteile ist nicht vorgesehen. Es besteht das Risiko, dass das Kapital in der MIG GmbH & Co. Fonds 18 geschlossene Investment-KG über die Laufzeit hinaus ganz oder teilweise für lange Zeit, auch während der Liquidationsphase der MIG GmbH & Co. Fonds 18 geschlossene Investment-KG, gebunden bleibt.

Die spezifischen Investitions- und Liquiditätsrisiken sind im Prospekt näher beschrieben. Anleger sollten sich über diese Risiken ausreichend informieren, bevor sie eine Investition tätigen.

Dieser Verkaufsprospekt wurde nach Schema A des Kapitalmarktgesetz 2019 („KMG 2019“) erstellt und richtet sich an österreichische Privatkunden gemäß § 2 Abs. 1 Z. 36 Alternative Investmentfonds Manager-Gesetz („AIFMG“), die die spezifischen Voraussetzungen des § 48 Abs. 8c Z. 11 und Z. 12 AIFMG erfüllen, sowie an professionelle Anleger in Österreich.

Dieser Verkaufsprospekt unterliegt deutschem Recht. Dementsprechend beziehen sich die gesetzlichen Bestimmungen weitgehend auf deutsches Recht. Nähere Informationen zu den gesetzlichen Bestimmungen sind dem Glossar zu entnehmen.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

# MIG18

**KAPITALMARKTPROSPEKT**



# Vorwort

Wir freuen uns, dass Sie sich für unsere MIG Fonds interessieren. Sie halten den Verkaufsprospekt des MIG Fonds 18 in den Händen. Auf den folgenden Seiten wollen wir Sie über alle wesentlichen Inhalte einer möglichen Kapitalanlage in den geschlossenen Venture Capital Fonds der MIG GmbH & Co. Fonds 18 geschlossene Investment-KG informieren. Dieser Verkaufsprospekt soll Ihnen die Inhalte verständlich näherbringen. Um dies zu erreichen, verzichten wir auf die gleichzeitige Verwendung von Geschlechterbezeichnungen (männlich/weiblich/divers – m/w/d). Sämtliche Personenbezeichnungen gelten jeweils gleichermaßen für alle Geschlechter.

Zehntausende Anleger haben mit Investitionen in die MIG Fonds ihr Anlageportfolio gezielt um den Baustein Venture Capital erweitert.

Investitionen in junge, innovative Technologieunternehmen bieten angesichts eines dynamischen industriellen Wandels durch u. a. Digitalisierung, Künstliche Intelligenz oder personalisierte Medizin viele Chancen – und ebenso viele Risiken. Ein Anleger allein hat kaum Möglichkeiten, in junge, zukunftsweisende Unternehmen vorbörslich zu investieren. Fast unmöglich für den Einzelnen ist es, eine Diversifizierung über viele Unternehmen hinweg zu erreichen; ganz zu schweigen von einer tiefgehenden Auswahl und Prüfung der Zielunternehmen.

Die MIG Fonds übernehmen für ihre Privatinvestoren die sehr aufwendige Auswahl und Betreuung der Beteiligungsunternehmen. Sie bieten Ihnen damit die Möglichkeit, in einen aktiv gemanagten Venture-Capital-Fonds mit mehreren Beteiligungsunternehmen zu investieren. Die Auswahl und Entscheidung über die Venture-Capital-Investitionen führt die MIG Capital AG mit Sitz in München durch. Die MIG Capital AG wurde hierzu von der Fondsgesellschaft als externe Kapitalverwaltungsgesellschaft gemäß § 17 Abs. 2 Nr. 1 KAGB bestellt. Die MIG Capital AG verfügt im Bereich Venture-Capital-Investitionen über herausragende Expertise und große Erfahrung: Seit rund 20 Jahren ist sie im Portfoliomanagement für die MIG Fonds tätig. Der MIG Fonds 18 verwendet das für Investitionen zur Verfügung stehende Anlegerkapital dafür,

Beteiligungen an nicht börsennotierten Unternehmen, bei denen es sich im Regelfall um Kapitalgesellschaften handelt, zu erwerben. Zielunternehmen sind junge, innovative Unternehmen, die die Investitionen der Fondsgesellschaft zur Finanzierung von Forschung und Entwicklung, zur Markteinführung ihrer Produkte oder zu deren Vertrieb benötigen. In welche Unternehmen konkret der MIG Fonds 18 investieren wird, steht zu Beginn der Platzierung des Fonds noch nicht fest.

Das vorliegende Angebot wendet sich an erfahrene Anleger, die über ausreichende Liquidität verfügen. Die Kommanditbeteiligung an der MIG GmbH & Co. Fonds 18 geschlossene Investment-KG stellt eine unternehmerisch geprägte Kapitalanlage dar, mit der keine kalkulierbare oder gar sichere Rendite erzielt wird. Darüber hinaus ist das Kapital jedes Anlegers mit Rücksicht auf die Laufzeit der Fondsgesellschaft bis 31.12.2037 und die Investitionen des Gesellschaftskapitals in Beteiligungsunternehmen langfristig gebunden. Ein vorzeitiges Ausscheiden eines Anlegers aus der Fondsgesellschaft ist grundsätzlich nicht möglich.

Der vorliegende Verkaufsprospekt (nebst Anlagebedingungen sowie Gesellschafts- und Treuhandvertrag) enthält die wesentlichen Angaben und Informationen zu der angebotenen Kapitalanlage. Anlegern, die sich für eine Kapitalanlage bei der MIG GmbH & Co. Fonds 18 geschlossene Investment-KG interessieren, wird empfohlen, vor der Anlageentscheidung alle Verkaufsunterlagen aufmerksam zu lesen und sich gegebenenfalls zusätzlich fachkundig beraten zu lassen.

Pullach i. Isartal, den 04.09.2024

HMW Emissionshaus AG  
(Prospektverantwortliche)



Vorstand  
Dr. Matthias Hallweger

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Die Kapitalanlage im Überblick	11
Glossar	15
<b>1. ANGABEN ÜBER JENE PERSONEN, WELCHE GEMÄSS DEN §§ 7 UND 22 KMG 2019 HAFTEN</b>	<b>25</b>
<b>2. ANGABEN ÜBER DIE VERANLAGUNG</b>	<b>29</b>
2.1 Die Veranlagungsbedingungen, insbesondere die Ausstattung der Veranlagung	34
2.2 Die Zahl-, Einreichungs- und Hinterlegungsstellen	51
2.3 Übersicht über die allenfalls bisher ausgegeben Vermögensrechte	51
2.4 Rechtsform der Veranlagung (Anteils-Gläubigerrecht oder Mischform), Gesamtbetrag, Stückelung sowie Zweck des Angebots	51
2.5 Art der Veranlagung (offene oder geschlossene Form)	52
2.6 Art und Anzahl sonstiger Veranlagungsgemeinschaften der Emittentin oder sonstiger Veranlagungsgemeinschaften, die auf die Veranlagung Einfluss nehmen können	52
2.7 Angabe der Börsen, an denen die Veranlagung, die Gegenstand des öffentlichen Angebots ist, und sonstige Wertpapiere der Emittentin bereits notieren oder gehandelt werden	52
2.8 Allfällige Haftungserklärungen Dritter für die Veranlagung	52

2.9	Personen, die das Angebot fest übernommen haben oder dafür garantieren	52
2.10	Angaben über Personen, denen das aus der Emission erworbene Kapital zur wirtschaftlichen Verfügung zufließt, sofern diese Personen nicht mit der Emittentin identisch sind	53
2.11	Die auf die Einkünfte der Veranlagung erhobenen Steuern (z. B. Einkommensteuer, Kapitalertragssteuer, ausländische Quellensteuern)	53
2.12	Zeitraum für die Zeichnung	68
2.13	Etwaige Einschränkungen der Handelbarkeit der angebotenen Veranlagung und Markt, auf dem sie gehandelt werden kann	68
2.14	Vertriebs- und Verwaltungskosten, Managementkosten, jeweils nach Höhe und Verrechnungsform	68
2.15	Angabe der Bewertungsgrundsätze	74
2.16	Angabe allfälliger Belastungen	76
2.17	Nähere Bestimmungen über die Erstellung des Rechnungsabschlusses und etwaiger Rechenschaftsberichte	76
2.18	Bestimmungen über die Ausschüttung und Verwendung des Jahresüberschusses/Jahresgewinns	76
2.19	Letzter Rechenschaftsbericht samt Betätigungsvermerk	78
2.20	Darstellung des Kaufpreises der Veranlagung samt aller Nebenkosten	78
2.21	Art und Umfang einer Absicherung der Veranlagung durch Eintragung in öffentlich Bücher	79
2.22	Angabe über zukünftige Wertentwicklungen der Veranlagung	79
2.23	Bedingungen zur Berechnung des Ausgabepreises für Veranlagungen, die nach Schluss der Erstemission begeben werden	79
2.24	Angaben über allfällige Bezugsrechte der vorhandenen Anleger und deren Bezugspreise im Falle einer Erhöhung des Veranlagungsvolumens, Angaben, in welcher Form die Substanz- und Ertragszuwächse der bestehenden Anleger gegenüber den neuen Anlegern gesichert sind	80

2.25	Darlegung der Möglichkeiten und Kosten einer späteren Veräußerung der Veranlagung	80
2.26	Leistungen der Verwaltungsgesellschaft und die dafür verrechneten Kosten	80
2.27	Kündigungsfristen seitens der Verwaltungsgesellschaft	80
2.28	Bestimmungen über die Abwicklung und die Stellung der Anleger im Insolvenzfall	80
2.29	Wertpapierkennnummer (falls vorhanden)	81
<b>3.</b>	<b>ANGABEN ÜBER DIE EMITTENTIN</b>	<b>83</b>
3.1	Firma und Sitz der Emittentin, Unternehmensgegenstand	85
3.2	Eine Darstellung seiner rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere Angaben zum Grundkapital oder dem Grundkapital entsprechenden sonstigen Gesellschaftskapital, dessen Stückelung samt Bezeichnung etwaiger verschiedener Gattungen von Anteilsrechten	85
3.3	Mitglieder der Organe der Geschäftsführung, der Verwaltung und der Aufsicht (Name, Stellung)	90
3.4	Angabe der Anteilseigner, die in der Geschäftsführung der Emittentin unmittelbar oder mittelbar eine beherrschende Rolle ausüben oder ausüben können	95
3.5	Der letzte Jahresabschluss samt etwaiger Lageberichte und Bestätigungsvermerk(-e)	96
<b>4.</b>	<b>ANGABEN ÜBER DIE VERWAHRSTELLE (DEPOTBANK)</b>	<b>97</b>
4.1	Firma und Sitz	99
4.2	Jahresabschluss	99
<b>5.</b>	<b>SONSTIGE ANGABEN ZUR VERANLAGUNG</b>	<b>101</b>
5.1	Art und Umfang der laufenden Informationen der Anleger über die wirtschaftliche Entwicklung der Veranlagung	103
5.2	Risikohinweise und sonstige Angaben, die für den Anleger erforderlich sind, um sich ein fundiertes Urteil im Sinne des § 5 Abs. 1 KMG 2019 zu bilden	103
5.3	Nachhaltigkeitsbezogene Offenlegungsverpflichtungen	120

---

<b>6.</b>	<b>UNTERSCHRIFT DER EMITTENTIN GEMÄSS § 5 ABS. 4 KMG 2019 UND KONTROLLVERMERK DES PROSPEKTKONTROLLORS</b>	<b>121</b>
6.1	Unterschrift der Emittentin gemäß § 5 Abs. 4 KMG 2019	123
6.2	Kontrollvermerk des Prospektkontrollors	124
<b>7.</b>	<b>ANHANG – VERTRÄGE, ANLAGEBEDINGUNGEN UND ESG-INFORMATIONEN</b>	<b>125</b>
7.1	Gesellschaftsvertrag	127
7.2	Treuhandvertrag	147
7.3	Anlagebedingungen	151
7.4	Informationen über die Nachhaltigkeit der Anlagestrategie (ESG-Informationen)	160

---



# DIE KAPITALANLAGE IM ÜBERBLICK

## DIE KAPITALANLAGE IM ÜBERBLICK

---

Diese Übersicht stellt nur eine erste Information über die angebotene Kapitalanlage dar. Die genauen Angaben müssen dem Prospekt entnommen werden. **Anleger müssen den vollständigen Prospekt lesen, um eine fundierte Anlageentscheidung treffen zu können.**

- **Emittentin (Fondsgesellschaft)**  
MIG GmbH & Co. Fonds 18 geschlossene Investment-KG (AG München, HRA 119046)
- **Rechtsform der Emittentin**  
Kommanditgesellschaft nach deutschem Recht
- **Firma**  
MIG GmbH & Co. Fonds 18 geschlossene Investment-KG
- **Sitz**  
82049 Pullach i. Isartal, Landkreis München
- **Handelsregister**  
Amtsgericht München, HRA 119046
- **Geschäftsanschrift**  
Münchener Straße 52, D-82049 Pullach i. Isartal
- **Gründung**  
Die Gesellschaft wurde im Januar 2024 gegründet. Die erste Eintragung im Handelsregister erfolgte am 31.01.2024.
- **Zeitpunkt der Auflegung des Investmentvermögens**  
Das Investmentvermögen ist in dem Zeitpunkt aufgelegt, in dem die Annahme der Beitrittserklärung des ersten Anlegers erfolgt (Abschluss des Verpflichtungsgeschäfts). Dies wird voraussichtlich im September 2024 erfolgen.
- **Laufzeit**  
Die Fondsgesellschaft ist befristet bis zum 31.12.2037 errichtet.
- **Komplementärin**  
(persönlich haftende Gesellschafterin)  
HMW Komplementär GmbH mit Sitz in Pullach i. Isartal (AG München, HRB 192208)
- **Treuhandkommanditistin**  
MIG Beteiligungstreuhand GmbH mit Sitz in München (AG München, HRB 155249)
- **Kapitalverwaltungsgesellschaft**  
MIG Capital AG mit Sitz in München (AG München, HRB 154320)
- **Gesellschaftszweck**  
Gegenstand der Gesellschaft ist die Anlage und Verwaltung der Mittel der Gesellschaft nach einer festen Anlagestrategie zur gemeinschaftlichen Kapitalanlage und zum Nutzen der Anleger durch die Investition in Beteiligungen an Unternehmen, die nicht zum Handel an einer Börse zugelassen oder in einen organisierten Markt einbezogen sind („Beteiligungsunternehmen“). Die Gesellschaft erwirbt, hält, verwaltet und veräußert zu diesem Zweck Anteile an Kapitalgesellschaften, Kommanditanteile sowie atypisch stille Beteiligungen.
- **Verwahrstelle**  
Hauck Aufhäuser Lampe Privatbank AG (AG Frankfurt am Main, HRB 108617)
- **Einrichtungen für den Vertrieb an Privatkunden in Österreich gem § 48a AIFMG (Kontaktstelle)**  
Die Aufgaben gem. § 48a AIFMG werden von der Kapitalverwaltungsgesellschaft (MIG Capital AG) wahrgenommen.
- **Art der Kapitalanlage**  
Beteiligung an einem geschlossenen Investmentvermögen (geschlossener Publikums-AIF) nach deutschem Recht. Der Anleger beteiligt sich mittelbar über die Treuhandkommanditistin an der Fondsgesellschaft.  
  
Jeder Anleger ist nach den Bestimmungen des Gesellschafts- und des Treuhandvertrags im Innenverhältnis zur Fondsgesellschaft jedoch wirtschaftlich und im Wesentlichen rechtlich so gestellt, wie wenn er direkt als Kommanditist beteiligt wäre.
- **Rechtliche Grundlage der Kapitalanlage**  
Die Rechtsgrundlagen der Kapitalanlage bilden – neben den gesetzlichen Bestimmungen – (i) der Gesellschaftsvertrag der Emittentin, (ii) die Anlagebedingungen sowie (iii) der Treuhandvertrag.

Diese Regelwerke sind im vorliegenden Prospekt in Kap. 7 (Anhang) abgedruckt.

Die individuellen Konditionen richten sich ferner nach der vom Anleger abgegebenen und von der Treuhandkommanditistin angenommenen Beitrittserklärung.

- **Anleger in Österreich**

Die Beteiligung stellt eine Veranlagung iSd § 1 Abs. 1 Z. 3 KMG 2019 dar. Die Emittentin ist materiell einem AIF in Unternehmensbeteiligungen für den Vertrieb an Privatkunden gleichwertig (§ 48 Abs. 8c iVm § 49 Abs. 1 AIFMG).

- **Privatkunden in Österreich müssen die spezifischen Bedingungen** des § 48 Abs 8c Z. 11 und 12 AIFMG erfüllen. Siehe weitere Details dazu auch unter „Anteilsklassen“.

- **Anteilsklassen**

Die Fondsgesellschaft verfügt über zwei Anteilsklassen, die im Prospekt näher beschrieben werden (Kap. 2.1.2.1).

Zu beachten ist, dass Privatkunden in Österreich maximal 10 % der Summe ihrer zur Verfügung stehenden Bankguthaben und Finanzinstrumente gemäß § 1 Z. 7 WAG 2018, mindestens aber EUR 10.000,00 investieren müssen. Die konkrete Mindestinvestitionssumme ist überdies von der gewählten Anteilsklasse abhängig.

- **Dauer des öffentlichen Angebots**

Das öffentliche Angebot der Kapitalanlage beginnt frühestens einen österreichischen Bankarbeitstag nach der Veröffentlichung dieses Veranlagungsprospekts nach Schema A des KMG 2019. Die Dauer des öffentlichen Angebots ist begrenzt bis zum 31.12.2026.

- **Übertragbarkeit der Anteile**

Für die Anteile an dem Investmentvermögen existiert kein organisierter Markt bzw. keine Börse oder ein sonstiger vergleichbarer Handelsplatz. Eine Veräußerung des Anteils durch den Anleger ist – mit Zustimmung der Geschäftsführung der Fondsgesellschaft – grundsätzlich rechtlich möglich, sofern sich ein entsprechender Vertragspartner findet, der bereit ist, den Anteil zu erwerben. In diesem Fall ist aber damit zu rechnen, dass eine Veräußerung nur mit Preisabschlägen bzw.

unterhalb des im Rahmen einer Bewertung ermittelten Nettoinventarwert pro Anteil oder unter dem tatsächlichen Wert des Anteils möglich ist.

- **Kündigungsmöglichkeit der Anleger**

Die Beteiligung an der Fondsgesellschaft kann durch einen Anleger nur außerordentlich gekündigt werden. Die genauen Voraussetzungen sind im Prospekt dargelegt (Kap. 2.1.1.2).

- **Risiko- und Ertragsprofil**

Bei der Kapitalanlage handelt es sich um eine langfristige, unternehmerische Beteiligung. Ein bestimmter Ertrag oder eine bestimmte Rendite der Kapitalanlage kann nicht vorhergesagt werden. Der Erfolg der Kapitalanlage richtet sich nach den eigenen geschäftlichen Erfolgen der Fondsgesellschaft und ihrer Beteiligungsunternehmen.

- **Maximalrisiko**

Das Maximalrisiko der Anleger besteht im Totalverlust des eingesetzten Kapitals einschließlich des Agios. Darüber hinaus können sämtliche weiteren Aufwendungen im Zusammenhang mit der Kapitalanlage, etwa Notar- und Registerkosten, Steuerberatungskosten oder Zinsaufwand im Falle einer Fremdfinanzierung verloren gehen.

Schließlich kann es zu Rückzahlungsverpflichtungen gegenüber der Fondsgesellschaft für bereits erhaltene Ausschüttungen bei deren Insolvenz oder zu einer persönlichen Gesellschaftsverbindlichkeiten gem. § 172 Abs. 4 HGB kommen.

Diese und alle weiteren Risiken sind im Prospekt dargelegt (insbesondere Kap. 5.2.5) und müssen von den Anlegern sorgfältig gelesen werden.

- **Steuerliche Behandlung in Österreich**

Die Emittentin der vorliegenden Kapitalanlage ist grundsätzlich als Personengesellschaft nach deutschem und österreichischem Steuerrecht transparent, d. h. sie ist nicht selbst Steuersubjekt für Zwecke des Einkommensteuerrechts und schuldet daher nicht selbst Einkommensteuer in Bezug auf die von ihr erzielten Einkünfte. Eine Option der Fondsgesellschaft zur Körperschaftsbesteuerung gemäß § 1a dKStG in Deutschland ist nicht vorgesehen. Bei der Emittentin handelt es sich aus österreichischer Sicht um einen ausländischen Alternativen Investmentfonds (AIF) gemäß § 2 Abs. 1 AIFMG. Als ausländischer

Kapitalanlagefonds unterliegt er gemäß § 188 Abs. 1 Z. 2 InvFG 2011 den Bestimmungen des § 186 InvFG 2011 und ist daher nach österreichischen Fondsbesteuerungsgrundsätzen zu besteuern.

Einzelheiten zu den steuerlichen Grundlagen der Beteiligung für in Österreich unbeschränkt steuerpflichtige Anleger, die auf Grund eines Doppelbesteuerungsabkommens in Österreich steuerlich ansässig sind, sind in Kap. 2.11 und zu steuerlichen Risiken in Kap. 5.2.5.3 abgebildet.

# GLOSSAR

## GLOSSAR

### Abschichtungsbilanz

Besondere Bilanz der Gesellschaft, die gegebenenfalls zur Feststellung des Auseinandersetzungsguthabens bei Ausscheiden eines Gesellschafters bzw. Anlegers erstellt wird.

### Agio

Aufgeld bzw. Ausgabeaufschlag, den der Anleger beim Erwerb von Anteilen an der Fondsgesellschaft zusätzlich zur Einlage auf seinen Kapitalanteil zahlt. Das Agio dient zur Deckung eines Teils der Kosten, die bei Vertrieb der Anteile durch den entsprechenden Dienstleister entstehen, und wird an diesen ausgezahlt.

### AIF

Alternativer Investmentfonds iSd KAGB und AIFMG wie die MIG GmbH & Co. Fonds 18 geschlossene Investment-KG. Im vorliegenden Kapitalmarktprospekt wird zur Bezeichnung der Fondsgesellschaft auch der Begriff „Investmentvermögen“, „Fondsgesellschaft“, „AIF“ oder „Emittentin“ verwendet.

### AIFMG

Österreichisches Alternatives Investmentfonds Manager-Gesetz.

### Anteil

Es handelt sich dabei um einen Kommanditanteil an der MIG GmbH & Co. Fonds 18 geschlossene Investment-KG. Nach österreichischem Recht handelt es sich bei den angebotenen Anteilen um Veranlagungen im Sinn von § 1 Abs. 1 Z. 3 KMG 2019.

### Anlagebedingungen

Gesetzlich vorgesehene Regelwerk, nach dem sich in Verbindung mit dem Gesellschaftsvertrag der Fondsgesellschaft das Rechtsverhältnis der Fondsgesellschaft zu den Anlegern bestimmt (§ 266 Abs. 1 Nr. 2 KAGB). Abgedruckt unter Kap. 7.3 dieses Kapitalmarktprospekts.

### Anlagegrenzen

In den Anlagebedingungen festgelegte Grenzen oder Einschränkungen der Investitionstätigkeit der Fondsgesellschaft.

### Anlageobjekt

Anlageobjekte sind die Vermögensgegenstände, die von der Fondsgesellschaft erworben und im Gesellschaftsvermögen bis zu einer Weiterveräußerung gehalten werden. Die MIG GmbH & Co. Fonds 18 geschlossene Investment-KG wird Beteiligungen an nicht börsennotierten Kapitalgesellschaften, Kommanditanteile an anderen Kommanditgesellschaften sowie atypisch stille Beteiligungen an anderen Unternehmen als Anlageobjekte erwerben und halten. Darüber hinaus kann die Gesellschaft ihr Kapital zur Bildung und Anlage einer Liquiditätsreserve in Form von Bankguthaben verwenden.

### Anlaufzeit

Im KAGB gesetzlich definierter Zeitraum, bis zu dem Investmentvermögen den Grundsatz der Risikominimierung einhalten müssen.

### Anleger

Alle natürlichen oder juristischen Personen mit Ausnahme der MIG Beteiligungstreuhand GmbH (Treuhandkommanditistin), die sich (treuhänderisch) an der MIG GmbH & Co. Fonds 18 geschlossene Investment-KG als Kommanditist beteiligen (vgl. auch § 3 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrags, abgedruckt in Kap. 7.1).

### Auseinandersetzungsguthaben

Dieser Begriff bezeichnet den Betrag, durch den die Mitgliedschaft eines Gesellschafters bzw. Anlegers an der Fondsgesellschaft bei dessen Ausscheiden aus der Gesellschaft abgegolten wird. Das Auseinandersetzungsguthaben setzt sich laut Gesellschaftsvertrag (§ 23 Abs. 1, abgedruckt in Kap. 7.1) zusammen aus dem positiven Saldo aller für den ausscheidenden Gesellschafter geführten Konten und dem Anteil des Gesellschafters am Gesamtbetrag der „nicht realisierten Gewinne/Verluste aus der Neubewertung“ der Gesellschaft gemäß § 21 Abs. 4 KARBV laut der letzten Handelsbilanz vor dem Ausscheidenszeitpunkt.

### Ausgabe von Anteilen

Unter Ausgabe von Anteilen ist der Vorgang zu verstehen, der zum Erwerb eines Anteils an einem Investmentvermögen durch einen Anleger führt. Im Fall der MIG GmbH & Co. Fonds 18 geschlossene Investment-KG werden Anteile an der Fondsgesellschaft durch Abschluss des Treuhandvertrags zwischen dem Anleger und der Treuhandkommanditistin (MIG Beteiligungstreuhand GmbH) ausgegeben. Scheidet der Gesellschafter – ohne Veräußerung des Anteils an einen neuen Gesellschafter – aus der Gesellschaft

aus, kommt es nach der Terminologie des KAGB spiegelbildlich zur Rücknahme von Anteilen.

### **Auslagerungsvertrag**

Durch Auslagerungsverträge gemäß § 36 KAGB werden durch die Kapitalverwaltungsgesellschaft (KVG) Aufgaben im Zusammenhang mit der Verwaltung der Fondsgesellschaft an andere Dienstleister delegiert („ausgelagert“).

### **Ausschüttung**

Auszahlungen, die durch die Gesellschaft an Anleger bzw. Gesellschafter nach entsprechendem Ausschüttungsbeschluss aus dem Gesellschaftsvermögen gewährt werden. Ausschüttungen können sowohl die Auszahlung von Jahresüberschüssen der Gesellschaft wie auch von Liquiditätsüberschüssen betreffen. Alternativbegriff für „Entnahmen“.

### **Bankarbeitstag**

Arbeitstag, an dem Kreditinstitute in Deutschland für den Publikumsverkehr geöffnet sind und bargeldlose Zahlungen vorgenommen werden können.

### **BGB**

Deutsches Bürgerliches Gesetzbuch

### **BaFin**

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Deutschland).

### **BAO**

Österreichische Bundesabgabenordnung.

### **Beitrittserklärung**

Mit der elektronischen Abgabe einer Online-Beitrittserklärung über die elektronische Plattform oder durch Unterzeichnung einer schriftlichen Beitrittserklärung gibt der Anleger ein verbindliches Angebot auf den Abschluss eines Treuhandvertrags mit der Treuhandkommanditistin (MIG Beteiligungstreuhand GmbH) ab. Die Beitrittsvereinbarung wird durch deren Annahme durch die Treuhandkommanditistin wirksam. Mit Abschluss des Treuhandvertrags ist der Anleger treuhänderisch an der Fondsgesellschaft beteiligt.

### **Beteiligungs-Portfolio**

Es handelt sich um die von der Fondsgesellschaft ausgesuchten und durchgeführten Investitionen in Beteiligungen an anderen Unternehmen („Zielgesellschaften“ bzw. „Beteiligungsunternehmen“).

### **Bewertung**

Wertermittlung der vom Investmentvermögen zu erwerbenden oder gehaltenen Anlageobjekte und der von den einzelnen Anlegern an dem jeweiligen Investmentvermögen gehaltenen Anteile. Nach den Vorgaben des KAGB finden Bewertungen in gesetzlich definierten Zeitabständen statt.

### **BFH**

Bundesfinanzhof (oberstes deutsches Gericht für Steuer- und Zollsachen).

### **BGB**

Deutsches Bürgerliches Gesetzbuch.

### **Bonität**

Kreditwürdigkeit und Zahlungsfähigkeit von Personen und Unternehmen.

### **Buchwerte**

Wert eines Wirtschaftsgutes in den Handelsbüchern einer Gesellschaft. Der Buchwert entspricht den Anschaffungskosten (einschließlich Anschaffungsnebenkosten) und kann infolge von Abschreibungen oder Werterhöhungen im Sinne zulässiger Wertaufholungen bis zu den Anschaffungskosten des Wirtschaftsgutes von dessen Verkehrswert abweichen.

### **dAO**

Deutsche Abgabenordnung.

### **DBA**

Ein Doppelbesteuerungsabkommen regelt grundsätzlich, welchem der beiden Staaten das Besteuerungsrecht an Einkünften – unter Anwendung seines innerstaatlichen Steuerrechts – zugeteilt wird. Das DBA regelt also letzten Endes welcher Staat besteuern darf und welcher Staat ganz oder teilweise auf seine Besteuerung verzichten muss und wie die Doppelbesteuerung vermieden wird.

### **DBA-DE**

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen vom 24.08.2000.

### **dBewG**

Deutsches Bewertungsgesetz.

### **dErbStG**

Deutsches Erbschaftssteuer- und Schenkungsgesetz.

**dEStG**

Deutsches Einkommensteuergesetz.

**dGewStG**

Deutsches Gewerbesteuer-gesetz.

**Direkte Beteiligung**

Ein direkt beteiligter Kommanditist ist ohne Zwischenschaltung einer Treuhandkommanditistin bzw. eines Treuhänders unmittelbar an der MIG GmbH & Co. Fonds 18 geschlossene Investment-KG beteiligt. Bei der Fondsgesellschaft wird zunächst jeder Anleger über die Treuhandkommanditistin mittelbar als „Treugeber“ beteiligt. Die ordentliche Kündigung des Treuhandvertrages und damit die Begründung einer direkten Kommanditbeteiligung ist zum Ende eines Kalenderjahres möglich, erstmals mit Wirkung zum Ablauf des 31.12.2029.

**dKStG**

Deutsches Körperschaftsteuergesetz.

**Due Diligence**

Prüfung eines Unternehmens oder sonstiger Vermögensgegenstände (z. B. Immobilien) unter verschiedenen Gesichtspunkten aus Anlass des beabsichtigten Erwerbs.

**Einkommensteuerrichtlinien**

Sie geben die Rechtsmeinung des österreichischen Bundesministeriums für Finanzen (BMF) im Interesse einer einheitlichen Vorgangsweise wieder und können daher keine über die gesetzlichen Bestimmungen hinausgehenden Rechte und Pflichten begründen. Die Einkommensteuerrichtlinien stellen einen Auslegungsbehelf zur ertragsteuerlichen Behandlung von Einkünften dar.

**Einlagenrückgewähr**

Vollständige oder teilweise Rückzahlung der vom Anleger an die Gesellschaft erbrachten Einlagen.

**Einrichtung für den Vertrieb an Privatkunden (Kontaktstelle)**

AIF mit Vertrieb an Privatkunden müssen der FMA eine Kontaktstelle für österreichische Anleger gemäß Art. 43a der Richtlinie (EU) 2019/1160 melden. Die Einrichtung (auch als Kontaktstelle bezeichnet) nimmt die Aufgaben gemäß § 48a Abs. 1 AIFMG wahr.

**Emissionsvolumen**

Gesamtbetrag des durch die Gesellschaft von Anlegern im Rahmen des öffentlichen Angebots einzuwerbendes Gesellschaftskapitals. Auch als „Platzierungsvolumen“ bezeichnet.

**Emittentin**

MIG GmbH & Co. Fonds 18 geschlossene Investment-KG. Gesellschaft, an der Anleger (treuhänderisch über die Treuhandkommanditistin) beteiligt werden. Vorrangig auch als „Gesellschaft“, „Fondsgesellschaft“, „Investmentvermögen“ oder „AIF“ bezeichnet.

**Entnahmen (Ausschüttungen)**

Die Auszahlung eines Liquiditätsüberschusses oder Jahresüberschusses (Gewinn) an die Anleger seitens der Gesellschaft; bei der Fondsgesellschaft auch als „Ausschüttungen“ bezeichnet.

**ErbStG**

Österreichisches Erbschaftsteuer- und Schenkungssteuergesetz, wobei für Vorgänge, für die die Steuer-schuld nach dem 31.07.2008 entsteht, die Erbschaft- und Schenkungssteuer nicht mehr erhoben werden.

**ESG**

ESG steht als Abkürzung für Environment, Social und Governance. Darunter werden Umwelt-, Sozial- und Arbeitnehmerbelange, die Achtung der Menschenrechte, die Bekämpfung von Korruption und Bestechung und die Anwendung von Verfahrensweisen einer guten Unternehmensführung. Umweltbelange können, aber müssen nicht die Anforderungen an ökologische Nachhaltigkeit im Sinn der Taxonomie-VO (VO [EU] 2020/852) erfüllen. Kap. 7.4 beschreibt, welche Rolle ESG bei der Auswahl der Zielunternehmen spielt.

**ESTG**

Österreichisches Einkommensteuergesetz.

**EST-Tarif**

Tarif gemäß § 33 EStG.

**Exit**

(Weiter-)Veräußerung oder sonstige Beendigung einer Unternehmensbeteiligung bzw. einer atypisch stillen Beteiligung.

**Festkapital**

Unter dem Festkapital ist die Summe der Kapitalanteile (siehe dort) aller Gesellschafter bzw. Anleger an der Fondsgesellschaft zu verstehen.

**FMA**

Finanzmarktaufsichtsbehörde (Österreich).

**Fondsgesellschaft**

Die MIG GmbH & Co. Fonds 18 geschlossene Investment-KG (auch bezeichnet als „Gesellschaft“, „Investmentvermögen“, „Emittentin“ oder „AIF“).

**Fungibilität**

Dieser Begriff bezeichnet die Handelbarkeit, Verfügbarkeit bzw. Veräußerbarkeit von Anteilen an geschlossenen Investmentvermögen bzw. sonstigen Vermögensgegenständen.

**Fondsnebenkosten**

Fondsnebenkosten sind Aufwendungen der Gesellschaft, die handelsrechtlich nicht dem Erwerb von Anlageobjekten (siehe dort) der Gesellschaft dienen. Es handelt sich somit um Provisionen, Vergütungen und Kosten, die aus dem Vermögen der Gesellschaft bezahlt werden (betragsmäßig fest vereinbarte Vergütungen oder sonstige laufende Geschäftskosten der Gesellschaft) sowie Transaktionskosten (siehe auch in Kap. 2.14.1 „Kosten“).

**Geschlossenes Investmentvermögen**

Investmentvermögen, bei dem während der vertraglich festgelegten Laufzeit grundsätzlich keine ordentliche Kündigung durch Anleger bzw. Rückgabe der Anteile an das Investmentvermögen möglich ist. Vor Inkrafttreten des KAGB vielfach auch als „geschlossener Fonds“ bezeichnet.

**Gesellschafter**

Sämtliche Personen, die an der Fondsgesellschaft (MIG GmbH & Co. Fonds 18 geschlossene Investment-KG) beteiligt sind. Neben den Anlegern (als zunächst treuhänderisch beteiligten Gesellschaftern) gehören auch die Komplementärin (HMW Komplementär GmbH) sowie die Treuhandkommanditistin (MIG Beteiligungstreuhand GmbH) zu den Gesellschaftern.

**Gesellschafterversammlung**

Zusammenkunft der Gesellschafter bzw. Anleger zur Herbeiführung von Entscheidungen in Angelegenheiten der Gesellschaft durch Beschlussfassung. Im Regelfall werden Beschlüsse anstatt in einer Präsenzversammlung im Rahmen eines schriftlichen Verfahrens herbeigeführt.

**Gesellschaftsvertrag**

Vertrag, der die Angelegenheiten der Gesellschaft, das Rechtsverhältnis zwischen der Gesellschaft und den Gesellschaftern sowie zwischen den Gesellschaftern untereinander regelt (abgedruckt in Kap. 7.1).

**GewO**

Österreichische Gewerbeordnung.

**Gründungsgesellschafter**

Gesellschafter, die an der Gründung der Gesellschaft mitgewirkt haben (HMW Komplementär GmbH und MIG Beteiligungstreuhand GmbH).

**Grundsatz der Risikomischung**

Gesetzliche Vorgabe, wonach Fondsgesellschaften in verschiedene Investitionsgegenstände zu investieren haben, so dass bei wirtschaftlicher Betrachtungsweise eine Streuung des Ausfallrisikos gewährleistet ist.

**Hafteinlage**

Im Handelsregister einzutragender Betrag, bis zu dem ein Kommanditist gegenüber Dritten für Verbindlichkeiten der Gesellschaft einzustehen hat. Die Hafteinlage beträgt im Fall der Fondsgesellschaft 1 % des Betrags des jeweiligen Kapitalanteils jedes Kommanditisten bzw. Anlegers, sofern die Komplementärin, die HMW Komplementär GmbH gemäß § 4 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags auf eine Erhöhung der Hafteinlage hinwirkt oder der treuhänderisch beteiligte Anleger die Übertragung des treuhänderisch gehaltenen Kapitalanteils auf sich oder einen Dritten wünscht. Bei der Fondsgesellschaft wird also für die treuhänderisch gehaltenen Kommanditanteile grundsätzlich zunächst keine Hafteinlage (bzw. eine entsprechende Erhöhung der Hafteinlage der Treuhänderin) im Handelsregister eingetragen. Sofern und sobald ein Anleger eine Einlage in die Gesellschaft in Höhe des Betrags der (im Register eingetragenen) Hafteinlage geleistet hat, ist seine persönliche Haftung gegenüber Gesellschaftsgläubigern grundsätzlich ausgeschlossen.

**HGB**

Deutsches Handelsgesetzbuch.

**Initialkosten**

Provisionen, die die Gesellschaft während der Beitrittsphase für fondsbezogene, anfängliche Dienstleistungen zu zahlen hat. Die Provisionen errechnen sich anhand der von Anlegern an die Gesellschaft geleisteten Kommanditeinlagen und sind anteilig jeweils

mit Einzahlung der Einlage fällig (vgl. in § 3 Ziffer 3 der Anlagebedingungen, abgedruckt in Kap. 7.3).

**Investitionskapital**

Das „Investitionskapital“ der Gesellschaft besteht aus dem Gesamtbetrag des von Anlegern gehaltenen Festkapitals der Gesellschaft (gesamte Zeichnungssumme der Kommanditanteile der Anleger) im jeweils maßgeblichen Berechnungszeitpunkt, gleich ob das Kapital bereits einbezahlt ist, abzüglich der direkt oder indirekt von den Anlegern getragenen Gebühren, Kosten und Aufwendungen. Der Ausgabeaufschlag wird bei der Berechnung des Investitionskapitals nicht berücksichtigt. (vgl. in § 1 Ziffer 1.2. der Anlagebedingungen, abgedruckt in Kap. 7.3).

**Investitionsphase**

Zeitraum bis grundsätzlich Ende des Jahres 2028, in dem die Gesellschaft laut § 1 Ziffer 2.2.1 der Anlagebedingungen (abgedruckt in Kap. 7.3) mindestens 60 % ihres Investitionskapitals investiert haben muss. Die Investitionsphase kann durch Beschluss der Gesellschafter bzw. Anleger mit mindestens 75 % der abgegebenen Stimmen um weitere zwölf Monate verlängert werden.

**Investmentfondsgesetz 2011** („InvFG 2011“)  
Österreichisches Investmentfondsgesetz.

**Investmentfondsrichtlinien 2018**

Sie geben die Rechtsmeinung des österreichischen Bundesministeriums für Finanzen (BMF) im Interesse einer einheitlichen Vorgangsweise wieder und können daher keine über die gesetzlichen Bestimmungen hinausgehenden Rechte und Pflichten begründen. Die Investmentfondsrichtlinien stellen einen Auslegungsbefehl zur ertragsteuerlichen Behandlung von Einkünften aus Investmentfonds dar.

**Investmentkommanditgesellschaft (Investment-KG)**  
Kommanditgesellschaft, die den Sonderregelungen der §§ 149 ff. KAGB unterliegt. Bei der Fondsgesellschaft handelt es sich um eine Investment-KG.

**Investmentvermögen**

Gesetzlicher Oberbegriff für rechtlich selbständige Vermögen oder Sondervermögen, unter denen Anlegerkapital gebündelt wird. Bei der Fondsgesellschaft handelt es sich um ein Investmentvermögen. Siehe auch „AIF“.

**KAGB**

Deutsches Kapitalanlagegesetzbuch.

**Kapitalanteil**

Der Kapitalanteil gibt den Betrag an, mit dem ein Gesellschafter am Festkapital (Gesamtbetrag aller Kapitalanteile) der Gesellschaft beteiligt ist. Der Kapitalanteil ist maßgeblich für die Stimmrechte der Gesellschafter sowie – im Verhältnis zum gesamten Festkapital – für deren anteilige Vermögens- und Ergebnisbeteiligung. Der Betrag des übernommenen („gezeichneten“) Kapitalanteils entspricht dem Betrag der Einlageverpflichtung des Anlegers (ohne Agio). Bei dem „eingezahlten“ Kapitalanteil handelt es sich um den Teilbetrag der Einlageverpflichtung des Anlegers (ohne Agio), der bereits durch Zahlung erfüllt worden ist.

**KARBV**

Deutsche Kapitalanlage-Rechnungslegungs- und Bewertungsverordnung. Es handelt sich um eine Verordnung über Inhalt, Umfang und Darstellung der Rechnungslegung von Sondervermögen, Investmentaktiengesellschaften und Investmentkommanditgesellschaften sowie über die Bewertung der zu dem Investmentvermögen gehörenden Vermögensgegenstände.

**KMG 2019**

Österreichisches Kapitalmarktgesetz 2019.

**Kommanditist**

Der Kommanditist ist im Gegensatz zum Komplementär der beschränkt haftende Gesellschafter einer Kommanditgesellschaft. Seine Haftung für Verbindlichkeiten der Gesellschaft ist auf die für ihn im Handelsregister eingetragene Hafteinlage begrenzt (siehe auch Hafteinlage).

**Kommanditgesellschaft (KG)**

Die Kommanditgesellschaft ist eine Personenhandelsgesellschaft deutschen Rechts, bei der einer oder mehrere Gesellschafter für Gesellschaftsverbindlichkeiten neben der Gesellschaft unbeschränkt persönlich haften (sog. Komplementäre) und einer oder mehrere weitere Gesellschafter für Gesellschaftsverbindlichkeiten nur bis zur Höhe ihrer im Handelsregister eingetragenen Hafteinlage einzustehen haben (sog. Kommanditisten). Die gesetzlichen Bestimmungen zur Kommanditgesellschaft finden sich in §§ 105 ff., 161 ff. HGB. Eine besondere Form der Kommanditgesellschaft bildet die GmbH & Co.

KG, bei der Komplementärin (persönlich haftende Gesellschafterin) nur eine oder mehrere Gesellschaft(en) mit beschränkter Haftung ist (sind). Eine besondere Form der Kommanditgesellschaft stellt die Investmentkommanditgesellschaft (Investment-KG) dar, für welche zusätzlich die Sonderregelungen in §§ 149 ff. KAGB gelten.

### **Komplementär**

Als Komplementär wird der persönlich haftende Gesellschafter einer Kommanditgesellschaft bezeichnet. Seine Haftung für Gesellschaftsverbindlichkeiten ist nicht auf die Hafteinlage begrenzt. Der Komplementär ist regelmäßig alleiniger geschäftsführender Gesellschafter sowie gesetzlicher Vertreter der Gesellschaft. Hier: HMW Komplementär GmbH.

### **Kosten**

Aufwendungen der Gesellschaft, die handelsrechtlich nicht unmittelbar dem Erwerb von Anlageobjekten (siehe dort) der Gesellschaft dienen. Die bei der Fondsgesellschaft anfallenden Kosten sind in Kap. 2.14.1 dargestellt. Siehe auch „Fondsnebenkosten“. Zu den Kosten gehören Provisionen, sonstige Kosten, die aus dem Vermögen der Gesellschaft bezahlt werden (Vergütungen, Aufwendungserstattungen oder sonstige laufende oder im Zusammenhang mit Transaktionen anfallende Geschäftskosten der Gesellschaft) sowie die der KVG geschuldete Transaktionsgebühr.

### **KVG**

Kapitalverwaltungsgesellschaft im Sinne des § 17 KAGB. Es handelt sich demnach um ein Unternehmen mit satzungsmäßigem Sitz und Hauptverwaltung im Inland (hier Deutschland), dessen Geschäftsbetrieb darauf gerichtet ist, inländische Investmentvermögen, EU-Investmentvermögen oder ausländische Alternative Investmentfonds zu verwalten. Die Fondsgesellschaft hat die MIG Capital AG mit Sitz in München als externe Kapitalverwaltungsgesellschaft im Sinne des § 17 Abs. 2 Nr. 1 KAGB bestellt.

### **Liquidationserlös**

Erlös, der nach Auflösung einer Gesellschaft und der nachfolgenden Verwertung des Gesellschaftsvermögens, der Beendigung von schwebenden Geschäften und der Begleichung von Gesellschaftsverbindlichkeiten unter den Gesellschaftern zur Verteilung gelangt.

### **Liquiditätsreserve**

Summe der liquiden oder kurzfristig liquidierbaren Mittel der Gesellschaft. Sie kann in Bankguthaben gemäß § 195 KAGB angelegt werden.

### **Mezzanine-Kapital**

Unter Mezzanine-Kapital versteht man Kapital, welches in bilanzrechtlicher Hinsicht eine Zwischenstellung zwischen Eigenkapital und Fremdkapital darstellt. Eine typische Form der Mezzanine-Finanzierung ist etwa die stille Beteiligung an einem Unternehmen.

### **Mio.**

Million(en).

### **Nachschusspflicht**

Verpflichtung eines Gesellschafters, das bestehende Gesellschaftskapital (anteilig) durch Einlagen zu erhöhen. Nachschusspflichten können bei der Fondsgesellschaft nur mit Zustimmung des jeweils betroffenen Gesellschafters bzw. Anlegers beschlossen werden.

### **Nettoinventarwert je Anteil**

Der Nettoinventarwert je Anteil wird durch die gesetzlich vorgeschriebene, regelmäßige Bewertung des Investmentvermögens ermittelt. Der ermittelte Wert des Investmentvermögens wird zu diesem Zweck durch die Zahl der in den Verkehr gelangten Anteile an der Fondsgesellschaft geteilt.

### **Öffentliches Angebot**

Zeitraum, während dessen die Anteile an der Fondsgesellschaft einem unbestimmten Personenkreis als Kapitalanlage angeboten werden. Auch als „Platzierungsphase“ bezeichnet.

### **Offenlegungsverordnung**

Verordnung (EU) 2019/2088 vom 27.11.2019 über nachhaltigkeitsbezogene Offenlegungspflichten im Finanzdienstleistungssektor.

### **Platzierungsphase**

Siehe „Öffentliches Angebot“.

### **Portfolioverwaltung**

Oberbegriff für sämtliche Tätigkeiten, die mit der Anlage und der Investition des Gesellschaftskapitals bzw. dem Erwerb, der Verwaltung und der Veräußerung von Investitionsgegenständen für Rechnung der Fondsgesellschaft im Zusammenhang stehen. Die Portfolioverwaltung gehört zu den Aufgaben der MIG Capital AG in ihrer Eigenschaft als externe KVG.

### **Progressionsvorbehalt**

Regelung, wonach gemäß dem Doppelbesteuerungsabkommen Einkünfte im Ansässigkeitsstaat zwar nicht besteuert werden, ihre Existenz aber bei der Festsetzung der Höhe des Steuersatzes für die übrigen Einkünfte des Betreffenden berücksichtigt wird.

### **Provisionen**

Vergütungen an Auftragnehmer und Vertragspartner der Gesellschaft, deren Höhe sich mit bestimmten vereinbarten Prozentsätzen anhand bestimmter Bezugsgrößen errechnet.

### **Risikomanagement**

Gesetzlicher Oberbegriff für sämtliche Aufgaben, die mit der Steuerung von Risiken einzelner Investmentvermögen im Zusammenhang stehen. Das Risikomanagement gehört zu den Aufgaben der MIG Capital AG als externe KVG.

### **Risikomischung**

Siehe „Grundsatz der Risikomischung“.

### **Rücknahme von Anteilen**

Kapitalmarktrechtlicher Spezialbegriff für das Ausscheiden eines Anlegers aus der Fondsgesellschaft.

### **Substanzgewinn bzw. Substanzverlust**

Einkünfte aus realisierten Wertsteigerungen bzw. -verlusten von Kapitalvermögen gemäß § 27 Abs. 2 EStG, nämlich Veräußerungsgewinne bzw. -verluste aus der Veräußerung eines Anteils an einem Beteiligungsunternehmen durch die Fondsgesellschaft selbst oder indirekt aus der Veräußerung eines Anteils an der Fondsgesellschaft durch einen Anleger. Der Veräußerungsgewinn bzw. -verlust errechnet sich bei der Veräußerung (i) eines Anteils an einem Beteiligungsunternehmen durch die Fondsgesellschaft aus dem Veräußerungserlös abzüglich der Anschaffungskosten (einschließlich Anschaffungsnebenkosten) und der sonstigen Aufwendungen im Zusammenhang mit der Veräußerung, wobei laufende Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Fonds (im Wesentlichen Verwaltungskosten) und Verluste aus den Vorjahren vom Veräußerungsgewinn abgezogen werden können; (ii) eines Anteils an der Fondsgesellschaft aus dem Veräußerungserlös abzüglich der Anschaffungskosten (ohne Anschaffungsnebenkosten), wobei gemäß § 186 Abs. 3 Investmentfondsgesetz ausschüttungsgleiche Erträge die Anschaffungskosten erhöhen und steuerfreie Ausschüttungen diese verringern.

### **Tochterunternehmen**

Ein Tochterunternehmen ist gemäß der gesetzlichen Definition in § 290 HGB ein Unternehmen, auf das eine Kapitalgesellschaft (Mutterunternehmen) mittelbar oder unmittelbar einen beherrschenden Einfluss ausüben kann.

### **Treugeber**

Anleger, die die Kommanditbeteiligung an der Fondsgesellschaft mittelbar über die Treuhandkommanditistin, die MIG Beteiligungstreuhand GmbH erwerben und halten. Es handelt sich um eine bei geschlossenen Fonds übliche Form der Anlegerbeteiligung.

### **Treuhandkommanditistin**

Die Treuhandkommanditistin, die MIG Beteiligungstreuhand GmbH, erwirbt und hält im eigenen Namen, aber für Rechnung der Anleger, d. h. „treuhänderisch“ für die Anleger, deren Kommanditanteil an der Fondsgesellschaft.

### **Treuhandvertrag**

Vertrag, der das Rechtsverhältnis zwischen dem Anleger und der Treuhandkommanditistin regelt (abgedruckt in Kap. 7.2).

### **Unternehmensbeteiligung**

Anteil der Fondsgesellschaft an anderen Unternehmen, bestehend aus einem Geschäftsanteil an einer Kapitalgesellschaft, einem Kommanditanteil an einer anderen Kommanditgesellschaft oder einer atypisch stillen Beteiligung an einem Unternehmen. „Unternehmensbeteiligungen“ sind Anlageobjekte der Fondsgesellschaft.

### **Venture-Capital (VC)**

Fachbegriff für „Wagniskapital“ oder „Risikokapital“. Als Venture-Capital Finanzierung oder Venture-Capital Investition wird die Bereitstellung von Eigenkapital oder von sog. Mezzanine-Kapital (siehe dort) durch einen Investor an Unternehmen, häufig in Form einer Anschubfinanzierung während oder kurz nach deren Gründung, bezeichnet. Der Investor stellt dem Beteiligungsunternehmen langfristig oder endgültig (ohne Rückzahlungsverpflichtung) Kapital zur Verfügung und erhält im Gegenzug einen Unternehmensanteil oder eine stille Beteiligung.

### **Verwahrstelle**

Gesetzlich vorgeschriebene Einrichtung, die Überwachungs- und Kontrollfunktionen im Hinblick auf das Investmentvermögen wahrnimmt. Zu den wesentlichen

Aufgaben der Verwahrstelle gehören die Überprüfung, ob die Fondsgesellschaft an Investitionsgegenständen Eigentum erworben hat (Eigentumsverifikation) und die Überwachung des Zahlungsverkehrs des Investmentvermögens, auch im Verhältnis zu Anlegern und die Überprüfung der Anteilswertermittlung. Die Funktion der Verwahrstelle wird für die Fondsgesellschaft durch die Hauck Aufhäuser Lampe Privatbank AG wahrgenommen.

**WAG 2018**

Österreichisches Wertpapieraufsichtsgesetz 2018.

**Zielunternehmen**

Gesellschaften bzw. Unternehmen, in die die Fondsgesellschaft zu investieren beabsichtigt.



## **KAPITEL 1**

**ANGABEN ÜBER JENE PERSONEN,  
WELCHE GEMÄSS DEN §§ 7 UND  
22 KMG 2019 HAFTEN**

**1**

## **Kapitel 1**

ANGABEN ÜBER JENE PERSONEN, WELCHE GEMÄSS  
DEN §§ 7 UND 22 KMG 2019 HAFTEN

## ANGABEN ÜBER JENE PERSONEN, WELCHE GEMÄSS DEN §§ 7 UND 22 KMG 2019 HAFTEN

### Allgemeine Hinweise

Potentielle Anleger müssen den Prospekt lesen und sich mit den mit der Veranlagung verbundenen Risiken auseinandersetzen. Es wird ausdrücklich empfohlen, dass vor dem Erwerb der Veranlagung ein Berater konsultiert wird.

### Haftung

Etwaige Haftungen sind gemäß § 22 Abs. 6 KMG 2019 auf den Erwerbspreis (zuzüglich Spesen und Zinsen ab Zahlung des Erwerbspreises) der Veranlagung beschränkt, sofern das schädigende Verhalten nicht auf Vorsatz beruhte. Haftungsansprüche müssen binnen zehn Jahren nach Beendigung des prospektpflichtigen Angebots gerichtlich geltend gemacht werden (§ 22 Abs. 7 KMG 2019). Schadenersatzansprüche aus der Verletzung anderer gesetzlicher Vorschriften oder aus der Verletzung von Verträgen bleiben hievon unberührt (§ 22 Abs. 8 KMG 2019). Ersatzansprüche können nicht aus dem Umstand abgeleitet werden, dass infolge unrichtiger oder unvollständiger Prospektangaben oder Prospektnachtragsangaben die im Prospekt beschriebenen Veranlagungen nicht erworben wurden (§ 22 Abs. 5 KMG 2019). Trifft die Haftpflicht mehrere Personen, so haften diese zur ungeteilten Hand; ihre Haftung wird nicht dadurch gemindert, dass auch andere für den Ersatz desselben Schadens haften (§ 22 Abs. 3 KMG 2019). Die Haftpflicht kann im Voraus zum Nachteil der Anleger weder ausgeschlossen noch beschränkt werden (§ 22 Abs. 4 KMG 2019).

### Personen

Folgende Personen haften gemäß § 22 Abs 1 KMG 2019 jedem Anleger für den Schaden, welcher ihm im Vertrauen auf die Prospektangaben oder die Angaben in einem Nachtrag zum Veranlagungsprospekt (§ 6 KMG 2019), die für die Beurteilung der Veranlagung erheblich sind, entstanden ist:

- **Emittentin der Veranlagung**

Emittentin der gegenständlichen Veranlagung ist die MIG GmbH & Co. Fonds 18 geschlossene Investment KG, Münchener Straße 52, D-82049 Pullach i. Isartal, Deutschland, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichtes München unter HRA 119046. Die Emittentin übernimmt gemäß § 22 Abs. 1 Z 1 KMG 2019 für durch eige-

nes Verschulden oder durch Verschulden ihrer Leute oder sonstiger Personen, deren Tätigkeit zur Prospekterstellung herangezogen worden ist, die Haftung für die Richtigkeit und Vollständigkeit aller in diesem Prospekt genannten Angaben. Eine Haftung für die Realisierung von Einschätzungen über die künftige Entwicklung wird nicht übernommen.

- **Prospektkontrollor**

Der Prospektkontrollor im Sinne des § 7 Abs. 1 Z. 3 KMG 2019 ist die Grant Thornton Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Gertrude-Fröhlich-Sandner-Straße 1 / Top 13, 1100 Wien, Österreich. Die beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft gehört weder zu den Initiatoren des Prospekts noch zu den Prospektherausgebern.

Vorliegender Prospekt wurde von der Emittentin erstellt und von der beauftragten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft als Prospektkontrollor auf seine Richtigkeit und Vollständigkeit kontrolliert.

Die Grant Thornton Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft haftet gemäß § 22 Abs. 1 Z. 3 KMG 2019 für die unrichtige oder unvollständige Kontrolle, jedoch nur für eigenes grobes Verschulden oder für grobes Verschulden ihrer Leute oder sonstiger Personen, deren Tätigkeiten zur Prospektkontrolle herangezogen worden sind.

- **Treuhänderin**

Die Beitrittserklärungen werden von der MIG Beteiligungstreuhand GmbH, Ismaninger Straße 102, D-81675 München, als Treuhandkommanditisten entgegengenommen, die nach § 22 Abs. 1 Z. 4 KMG 2019 haftet, soweit sie oder ihre Leute die Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit der Angaben im Sinne des § 22 Abs. 1 Z. 1 KMG 2019 oder der Kontrolle gekannt haben oder infolge grober Fahrlässigkeit nicht gekannt haben.

- **Externe Vermittler**

Die Vermittlung der Anteile erfolgt in Österreich durch gewerblich konzessionierte Vermögensberater. Diese haften gemäß § 22 Abs. 1 Z. 4 KMG 2019, sofern sie oder ihre Leute die Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit der Angaben im Sinne des § 22 Abs. 1 Z. 1 KMG 2019 oder der Kontrolle gekannt haben oder infolge grober Fahrlässigkeit nicht gekannt haben.

- **Abschlussprüfer**

Der Abschlussprüfer haftet gemäß § 22 Abs 1 Z. 5 KMG 2019, sofern er in Kenntnis der Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit der Angaben im Sinne des § 22 Abs. 1 Z. 1 KMG 2019 und in Kenntnis, dass der von ihm bestätigte Jahresabschluss eine Unterlage für die Prospektkontrolle darstellt, einen Jahresabschluss mit einem Bestätigungsvermerk versehen hat.

Mit der Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2024 ist folgender Abschlussprüfer beauftragt:

LM Audit & Tax GmbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Steuerberatungsgesellschaft,  
Paul-Gerhardt-Allee 50,  
81245 München, Deutschland.

**KAPITEL 2**  
ANGABEN ÜBER DIE  
VERANLAGUNG

2

## KAPITEL 2

# KAPITALVERWALTUNGSGESELLSCHAFT ANGABEN ÜBER DIE VERANLAGUNG

---

2.1	DIE VERANLAGUNGSBEDINGUNGEN, INSBESONDERE DIE AUSSTATTUNG DER VERANLAGUNG	34
2.2	DIE ZAHL-, EINREICHUNGS- UND HINTERLEGUNGSSTELLEN	51
2.3	ÜBERSICHT ÜBER DIE ALLENFALLS BISHER AUSGEGEBEN VERMÖGENSRECHTE	51
2.4	RECHTSFORM DER VERANLAGUNG (ANTEILS-GLÄUBIGERRECHT ODER MISCHFORM), GESAMTBETRAG, STÜCKELUNG SOWIE ZWECK DES ANGEBOTS	51
2.5	ART DER VERANLAGUNG) (OFFENE ODER GESCHLOSSENE FORM)	52
2.6	ART UND ANZAHL SONSTIGER VERANLAGUNGSGEMEINSCHAFTEN DER EMITTENTIN ODER SONSTIGER VERANLAGUNGSGEMEINSCHAFTEN, DIE AUF DIE VERANLAGUNG EINFLUSS NEHMEN KÖNNEN	52
2.7	ANGABE DER BÖRSEN, AN DENEN DIE VERANLAGUNG, DIE GEGENSTAND DES ÖFFENTLICHEN ANGEBOTS IST, UND SONSTIGE WERTPAPIERE DER EMITTENTIN BEREITS NOTIEREN ODER GEHANDELT WERDEN	52

---

2.8	ALLFÄLLIGE HAFTUNGSERKLÄRUNGEN DRITTER FÜR DIE VERANLAGUNG	52
2.9	PERSONEN, DIE DAS ANGEBOT FEST ÜBERNOMMEN HABEN ODER DAFÜR GARANTIEREN	52
2.10	ANGABEN ÜBER PERSONEN, DENEN DAS AUS DER EMISSION ERWORBENE KAPITAL ZUR WIRTSCHAFTLICHEN VERFÜGUNG ZUFLIESST, SOFERN DIESE PERSONEN NICHT MIT DER EMITTENTIN IDENTISCH SIND	53
2.11	DIE AUF DIE EINKÜNFT DER VERANLAGUNG ERHOBENEN STEUERN (Z. B. EINKOMMENSTEUER, KAPITALERTRAGSSTEUER, AUSLÄNDISCHE QUELLENSTEUERN)	53
2.12	ZEITRAUM FÜR DIE ZEICHNUNG	68
2.13	ETWAIGE EINSCHRÄNKUNGEN DER HANDELBARKEIT DER ANGEBOTENEN VERANLAGUNG UND MARKT, AUF DEM SIE GEHANDELT WERDEN KANN	68
2.14	VERTRIEBS- UND VERWALTUNGSKOSTEN, MANAGEMENTKOSTEN, JEWEILS NACH HÖHE UND VERRECHNUNGSFORM	68
2.15	ANGABE DER BEWERTUNGSGRUNDSÄTZE	74
2.16	ANGABE ALLFÄLLIGER BELASTUNGEN	76
2.17	NÄHERE BESTIMMUNGEN ÜBER DIE ERSTELLUNG DES RECHNUNGSABSCHLUSSES UND ETWAIGER RECHENSCHAFTSBERICHTE	76
2.18	BESTIMMUNGEN ÜBER DIE AUSSCHÜTTUNG UND VERWENDUNG DES JAHRESÜBERSCHUSSES/JAHRESGEWINNS	76
2.19	LETZTER RECHENSCHAFTSBERICHT SAMT BETÄTIGUNGSVERMERK	78
2.20	DARSTELLUNG DES KAUFPREISES DER VERANLAGUNG SAMT ALLER NEBENKOSTEN	78

2.21 ART UND UMFANG EINER ABSICHERUNG DER VERANLAGUNG DURCH EINTRAGUNG IN ÖFFENTLICH BÜCHER	79
2.22 ANGABE ÜBER ZUKÜNFTIGE WERTENTWICKLUNGEN DER VERANLAGUNG	79
2.23 BEDINGUNGEN ZUR BERECHNUNG DES AUSGABEPREISES FÜR VERANLAGUNGEN, DIE NACH SCHLUSS DER ERSTEMISSION BEGEBEN WERDEN	79
2.24 ANGABEN ÜBER ALLFÄLLIGE BEZUGSRECHTE DER VORHANDENEN ANLEGER UND DEREN BEZUGSPREISE IM FALLE EINER ERHÖHUNG DES VERANLAGUNGSVOLUMENS, ANGABEN, IN WELCHER FORM DIE SUBSTANZ- UND ERTRAGS-ZUWÄCHSE DER BESTEHENDEN ANLEGER GEGENÜBER DEN NEUEN ANLEGERN GESICHERT SIND	80
2.25 DARLEGUNG DER MÖGLICHKEITEN UND KOSTEN EINER SPÄTEREN VERÄUSSERUNG DER VERANLAGUNG	80
2.26 LEISTUNGEN DER VERWALTUNGSGESELLSCHAFT UND DIE DAFÜR VERRECHNETEN KOSTEN	80
2.27 KÜNDIGUNGSFRISTEN SEITENS DER VERWALTUNGSGESELLSCHAFT	80
2.28 BESTIMMUNGEN ÜBER DIE ABWICKLUNG UND DIE STELLUNG DER ANLEGER IM INSOLVENZFALL	80
2.29 WERTPAPIERKENNNUMMER (FALLS VORHANDEN)	81



## 2.1 DIE VERANLAGUNGSBEDINGUNGEN, INSBESONDERE DIE AUSSTATTUNG DER VERANLAGUNG

### 2.1.1 Verfahren und Bedingungen für die Ausgabe und die Rücknahme von Anteilen

Die Rechtsgrundlagen der Kapitalanlage bilden – neben den gesetzlichen Bestimmungen – der Gesellschaftsvertrag der MIG GmbH & Co. Fonds 18 geschlossene Investment-KG, die Anlagebedingungen sowie der Treuhandvertrag, die im Anhang zu diesem Veranlagungsprospekt abgedruckt sind (Kap. 7). Die individuellen Konditionen der Beteiligung richten sich ferner nach der vom Anleger abgegebenen und von der Treuhandkommanditistin angenommenen Beitrittserklärung.

#### 2.1.1.1 Ausgabe von Anteilen

##### Erwerb der Kapitalanlage, Abschluss des Treuhandvertrags

Die Anleger erwerben einen Anteil an der MIG GmbH & Co. Fonds 18 geschlossene Investment-KG durch den Abschluss eines Treuhandvertrags mit der MIG Beteiligungstreuhand GmbH, die den Kommanditanteil jedes Anlegers treuhänderisch für diesen übernimmt und hält. Der Treuhandvertrag kommt zustande, indem ein Anleger eine Beitrittserklärung abgibt, die die Treuhandkommanditistin (MIG Beteiligungstreuhand GmbH) annimmt. Für den Abschluss des Treuhandvertrags bzw. den Beitritt des Anlegers stehen folgende zwei Wege zur Verfügung:

##### Online-Beitritt

Die Beteiligung kann online gezeichnet werden, insbesondere über die Website [www.mig-18.at](http://www.mig-18.at).

##### Schriftliche Beitrittserklärung

Die Beteiligung an der Fondsgesellschaft wird alternativ dadurch erworben, indem ein Anleger das gedruckte Beitrittsformular vollständig ausfüllt, insbesondere durch Auswahl des Zeichnungsbetrages, und an den mit „Anleger“ gekennzeichneten Stellen unterzeichnet oder mit einer elektronischen Signatur versieht. Die vollständige Beitrittserklärung wird anschließend durch den Anleger oder dessen Anlageberater bzw. -vermittler im Original oder mittels telekommunikativer Übermittlung (Telefax; E-Mail) an die

**MIG Service GmbH**  
**Anlegerservice MIG Fonds 18**  
**Stethaimerstr. 32-34**  
**D-84034 Landshut**

oder an die

**MIG Beteiligungstreuhand GmbH**  
**Ismaninger Str. 102**  
**D-81675 München**

gesandt. Beide Empfänger sind berechtigt, Beitrittserklärungen (Zeichnungsangebote) entgegenzunehmen.

Der Beitritt des Anlegers wird durch Annahme der Beitrittserklärung seitens der Treuhandkommanditistin wirksam. Jeder Anleger erhält in diesem Fall eine Annahmestätigung, wobei die Annahmestätigung der Treuhandkommanditistin auch durch Faksimile (Reproduktion der Unterschrift) unterzeichnet sein kann.

##### Allgemeine Eigenschaften von Anlegern

Die Kommanditanteile an der Fondsgesellschaft können grundsätzlich nur durch einzelne natürliche oder juristische Personen erworben werden. Darüber hinaus ist mit Zustimmung der HMW Komplementär GmbH die Beteiligung einzelner Personengesellschaften oder öffentlich-rechtlicher Körperschaften möglich. Ehepaare und eingetragene Lebenspartnerschaften als solche sowie Gemeinschaften können sich nicht an der Gesellschaft beteiligen. Die Beteiligungsmöglichkeit wendet sich ferner grundsätzlich nur an Anleger mit Wohnsitz bzw. Sitz in Deutschland oder Österreich zum Zeitpunkt der Abgabe der Beitrittserklärung, so dass Beitrittserklärungen anderer Anleger nicht angenommen werden können, es sei denn, die HMW Komplementär GmbH erteilt ihre Zustimmung.

Es wird ausdrücklich auf Kap. 2.1.3.3 verwiesen, in welchem die spezifischen Voraussetzungen für eine Beteiligung von Privatkunden mit Sitz bzw. Wohnsitz in Österreich dargestellt sind.

##### Dauer des öffentlichen Angebots, vorzeitige Schließung, Kürzungsmöglichkeiten

Das öffentliche Angebot der Kapitalanlage beginnt frühestens einen Bankarbeitstag nach der Veröffentlichung dieses Veranlagungsprospekts. Die Dauer des öffentlichen Angebots ist begrenzt bis zum 31.12.2026.

Die Beitrittserklärungen von Anlegern werden in der Reihenfolge ihres zeitlichen Eingangs registriert und angenommen, solange zur Zeichnung freies Festkapital der Gesellschaft zur Verfügung steht. Die Beitrittsmöglichkeit endet grundsätzlich, sobald Anleger Kapitalanteile mit einem Gesamtbetrag in Höhe von EUR 99.999.000,00 übernommen haben, das gesamte Festkapital also zusammen mit der Einlage der Treuhandkommanditistin EUR 100 Mio. beträgt. Das Platzierungsvolumen kann durch die HMW Komplementär GmbH mit Zustimmung der externen KVG dreimal um jeweils bis zu EUR 20 Mio. auf bis zu rund EUR 160 Mio. (EUR 159.999.000,00) erhöht werden. Eine vorzeitige Schließung der Zeichnungsmöglichkeit kann auch vor dem 31.12.2026 erfolgen, sofern das (ggf. erhöhte) Platzierungsvolumen vor diesem Zeitpunkt vollständig ausgeschöpft ist.

Im Übrigen können Zeichnungen von Anlegern zurückgewiesen werden, wenn deren Berücksichtigung dazu führen würde, dass das Emissionsvolumen überschritten wird. Sofern sich eine Beitrittserklärung mit dem Zeitpunkt der vollständigen Kapitalplatzierung überschneidet, kann die Treuhandkommanditistin die Annahme der Beitrittserklärung verweigern oder von einem bereits abgeschlossenen Treuhandvertrag zurücktreten (§ 6 Abs. 3 des Treuhandvertrags).

Zeichnungen von österreichischen Anlegern können nicht berücksichtigt werden, wenn Anleger nicht die Eigenschaften erfüllen, die die Voraussetzung für den Beitritt zur Gesellschaft bilden (vgl. hierzu im vorstehenden Gliederungsabschnitt „Allgemeine Eigenschaften von Anlegern“). Privatkunden in Österreich müssen zudem die Voraussetzungen der §§ 48 Abs. 8c Z. 11 und Z. 12 AIFMG erfüllen (vgl. dazu Kap. 2.1.3.3). Auf den Erwerb eines Anteils an der MIG GmbH & Co. Fonds 18 geschlossene Investment-KG besteht auch im Übrigen kein Rechtsanspruch. Es ist möglich, dass Zeichnungen von Anlegern im Einzelfall durch die Treuhandkommanditistin auch aus anderen Gründen nicht angenommen werden, wenn keine Bereitschaft besteht, mit dem betreffenden Anleger ein Vertragsverhältnis zu begründen.

Eine vorzeitige Schließung des Beteiligungsangebots durch die Gesellschaft ist nur nach entsprechender Änderung des Gesellschaftsvertrags möglich. Eine nachträgliche Kürzung einer vereinbarten Beteiligung kommt in Betracht, wenn ein Anleger seine Einlageverpflichtung nicht ordnungsgemäß erfüllt und es infolgedessen zur Herabsetzung des Kapitalanteils des

Anlegers kommt (vgl. in Kap. 2.1.1.2). Darüber hinaus bestehen keine Möglichkeiten der Gesellschaft, die Zeichnung vorzeitig zu schließen oder Zeichnungen, Anteile oder Beteiligungen zu kürzen.

### **Ausgabepreis**

Der Ausgabepreis der Anteile für einen Anleger entspricht der Summe aus seiner Kommanditeinlage (also der Einlageverpflichtung in Höhe des Betrags des von ihm übernommenen Kapitalanteils) und dem Ausgabeaufschlag (Agio). Die Kommanditeinlage bzw. der Kapitalanteil für Anleger in Österreich, deren Einlageverpflichtung vereinbarungsgemäß durch Einmalzahlung erfüllt wird – Anteile der Anteilsklasse 1 – muss abweichend von den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und den Anlagebedingungen mindestens EUR 10.000,00 betragen. Ein höherer Betrag muss bei Anteilen der Anteilsklasse 1 ganzzahlig durch 100 teilbar sein. Die Kommanditeinlage bzw. der Kapitalanteil für Anleger, deren Einlageverpflichtung vereinbarungsgemäß durch Teilzahlungen erfüllt wird – Anteile der Anteilsklasse 2 – muss mindestens EUR 18.000,00 betragen. Im Fall eines höheren Einlagebetrags muss bei der Anteilsklasse 2 der Differenzbetrag zwischen der Mindesteinlage und der höheren Einlageverpflichtung ganzzahlig durch 600 teilbar sein. Das Agio beträgt grundsätzlich 5,0 % der Kommanditeinlage; es steht der KVG oder der HMW Fundraising GmbH (vgl. Kap. 2.20.1), die von der KVG hierzu ermächtigt worden ist, jedoch frei, im Einzelfall einen niedrigeren Ausgabeaufschlag zu berechnen oder auf das Agio ganz zu verzichten.

### **Zahlung des Ausgabepreises**

Die Anleger sind zur Leistung ihrer Gesamteinlage, also zur Zahlung des Betrags ihres Kapitalanteils zuzüglich Agio, auf das im Rahmen des Online-Zeichnungsprozesses oder in der Beitrittserklärung angegebene Einlageneinzahlungskonto der Gesellschaft verpflichtet. Die Gesellschaft hat insoweit eine unmittelbare Zahlungsforderung gegenüber jedem Anleger, die bei Fälligkeit als eingefordert gilt. Teilzahlungen eines Anlegers dienen vorrangig zur Erfüllung jeweils fälliger Einlageverpflichtungen und nachrangig zur Erfüllung fälliger Agio-Verpflichtungen. Die Einlageverpflichtung wird wie folgt erfüllt:

#### **Einmalzahlung – Anteilsklasse 1**

Die Anleger der Anteilsklasse 1 sind verpflichtet, ihre Einlageverpflichtung zuzüglich Agio innerhalb von zehn Bankarbeitstagen nach Annahme der jeweiligen Beitrittserklärung zur Gesellschaft zu erfüllen.

### Teilzahlungen – Anteilsklasse 2

Die Anleger der Anteilsklasse 2 sind verpflichtet, ihre Einlageverpflichtung zuzüglich Agio in sechs gleich hohen Teilzahlungen („jede ein Capital Call“) zu erfüllen. Jeder Capital Call beträgt mindestens EUR 3.000,00 zuzüglich anteiligem Agio und muss im Falle eines höheren Betrags durch ganzzahlig 100 teilbar sein. Die Capital Calls sind wie folgt zur Zahlung fällig:

- der 1. Capital Call innerhalb von zehn Bankarbeitstagen nach Annahme der Beitrittserklärung zur Gesellschaft
- der 2. Capital Call am 31.03.2025
- der 3. Capital Call am 31.03.2026
- der 4. Capital Call am 31.03.2027
- der 5. Capital Call am 31.03.2028
- der 6. Capital Call am 31.03.2029.

Die Capital Calls, die zum Zeitpunkt des Beitritts eines Anlegers bereits fällig sind, sind für den betreffenden Anleger zusammen mit dessen erster Teilzahlung (1. Capital Call) nach Beitritt zur Fondsgesellschaft fällig. Jeder Anleger ist berechtigt, noch offenstehende Capital Calls vorfällig zu leisten.

### Ausschüttungsverrechnung

Die Fondsgesellschaft ist berechtigt, Zahlungsverpflichtungen gegenüber einem Anleger aufgrund von Entnahmeansprüchen des Anlegers nach beschlossener Ausschüttung (von Gewinnen oder Liquiditätsüberschüssen) ganz oder teilweise mit den noch offenstehenden Teilbeträgen der Einlageverpflichtung des Anlegers nebst anteiligem Agio zu verrechnen („Ausschüttungsverrechnung“). Im Umfang der jeweiligen Ausschüttungsverrechnung sind die zu diesem Zeitpunkt noch nicht fälligen Einlage- und Agio-Zahlungsverpflichtungen des Anlegers jeweils fällig gestellt. Die Ausschüttungsverrechnung führt in Höhe des Verrechnungsbetrags zur Erfüllung der Einlageverpflichtung nebst anteiligem Agio.

### 2.1.1.2 Rücknahme von Anteilen

Eine Rücknahme von Anteilen an der Fondsgesellschaft ist nicht vorgesehen. Ein Rücknahmepreis wird nicht ermittelt. Ein ordentliches vorzeitiges Ausscheiden eines Anlegers aus der Fondsgesellschaft ist nicht möglich.

### Laufzeit der Gesellschaft; Kündigung des Anlegers

Die Fondsgesellschaft ist grundsätzlich für die Zeit bis zum 31.12.2037 errichtet, sofern die Gesellschafter nicht mit Zustimmung der Komplementärin und mit einer Mehrheit von 75 % der abgegebenen Stimmen eine vorzeitige Auflösung beschließen oder die Gesellschaft aus einem anderen Grund außerordentlich vorzeitig aufgelöst wird.

Beteiligung an der Fondsgesellschaft kann durch einen Anleger nur außerordentlich gekündigt werden. Dies ist – mit der Folge einer Beendigung der Kapitalanlage – möglich, wenn auf Ebene der Fondsgesellschaft ein wichtiger Grund (z. B. eine erhebliche Pflichtverletzung durch einen Geschäftsführer der Gesellschaft) vorliegt, der eine Fortführung der Beteiligung unzumutbar erscheinen lässt (siehe § 20 Gesellschaftsvertrag, abgedruckt in Kap 7.1). Die Kündigung hat schriftlich zu erfolgen und ist an die Gesellschaft, vertreten durch die Komplementärin zu richten. Der Anleger scheidet bei wirksamer außerordentlicher Kündigung grundsätzlich aus der Fondsgesellschaft aus und erhält ein Auseinandersetzungsguthaben (vgl. für einen Sonderfall jedoch im nachfolgenden Gliederungsabschnitt „Auseinandersetzungsguthaben“). Etwas anderes gilt nur dann, wenn die Gesellschaft zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Kündigung bereits aufgelöst ist, da der kündigende Anleger hier – anstelle eines Ausscheidens – an der Liquidation (bis zur Vollbeendigung der Gesellschaft) teilnimmt.

### Gesetzliches Widerrufsrecht

Ein vorzeitiges Ausscheiden des Anlegers aus der Gesellschaft kommt ferner dann in Betracht, wenn er nach Beitritt wirksam ein etwaiges gesetzliches Widerrufsrecht oder ein vergleichbares gesetzliches Rücktrittsrecht hinsichtlich der Beteiligung ausübt. Der ausscheidende Anleger erhält – vorbehaltlich der Auflösung der Fondsgesellschaft gemäß § 23 Abs. 6 des Gesellschaftsvertrags – ein Auseinandersetzungsguthaben (vgl. hierzu im Gliederungsabschnitt „Auseinandersetzungsguthaben bei Ausscheiden“). Falls sich die Gesellschaft zum Zeitpunkt der Aus-

übung des Widerrufsrechts bereits in Liquidation befindet, scheidet der Anleger demgegenüber nicht aus der Gesellschaft aus, sondern nimmt bis zur Vollbeendigung der Gesellschaft an deren Liquidation teil.

### **Ausschließung eines Anlegers**

Die HMW Komplementär GmbH kann die (mittelbare) Beteiligung des Anlegers durch außerordentliche Kündigung beenden, wenn in der Person des Anlegers ein wichtiger Grund vorliegt, der den weiteren Verbleib des Anlegers in der Fondsgesellschaft unzumutbar macht. Bei Vorliegen eines wichtigen Grundes kann ein Anleger ferner durch Mehrheitsbeschluss der übrigen Gesellschafter aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden. „Wichtige Gründe“ für das unfreiwillige vorzeitige Ausscheiden des Anlegers aus der Fondsgesellschaft bilden etwa gravierende Pflichtverletzungen gegenüber der Fondsgesellschaft. Darüber hinaus scheidet der Anleger auch ohne Kündigung oder Ausschluss aus, wenn über sein Vermögen oder seinen Nachlass ein Insolvenzverfahren eröffnet worden ist oder ein Privatgläubiger des Anlegers die Gesellschaft kündigt (§ 21 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrags).

### **Auseinandersetzungsguthaben bei Ausscheiden**

Ein Anleger, der vorzeitig aus der Fondsgesellschaft ausscheidet, erhält grundsätzlich ein Auseinandersetzungsguthaben. Etwas anderes gilt nur in dem Sonderfall, dass das Auseinandersetzungsguthaben bei dessen Fälligkeit – vor allem wegen des gleichzeitigen Ausscheidens einer Vielzahl von Anlegern – nicht aus liquidem Vermögen der Gesellschaft beglichen werden kann: In dieser Konstellation wird die Fondsgesellschaft aufgelöst, es sei denn, die verbleibenden Gesellschafter fassen mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen innerhalb von vier Monaten einen Fortsetzungsbeschluss (§ 23 Abs. 6 des Gesellschaftsvertrags). Kommt es in dem genannten Ausnahmefall zur Auflösung der Fondsgesellschaft, scheidet der kündigende Anleger, sofern er zum Zeitpunkt der Auflösung noch keine Zahlung auf sein Auseinandersetzungsguthaben erhalten hat, nicht aus der Fondsgesellschaft aus, sondern nimmt an der Liquidation teil und erhält seinen Anteil am Liquidationserlös (vgl. hierzu auch den Risikohinweis in Kap. 5.2.5.1.2 „Vorzeitige Auflösung der Gesellschaft“).

Durch das Auseinandersetzungsguthaben wird das gesamte Mitgliedschaftsrecht abgegolten. Das Auseinandersetzungsguthaben gemäß § 23 Abs.1 des Gesellschaftsvertrags (abgedruckt in Kap. 7.1) aus dem positiven Saldo aller für den ausscheidenden

Gesellschafter gemäß § 6 des Gesellschaftsvertrags geführten Kapital- und Verrechnungskonten zum Ausscheidenszeitpunkt (so dass der ausscheidende Anleger seine noch nicht durch Verluste oder Entnahmen geminderte Einlage sowie seinen noch nicht ausgeschütteten Gewinnanteil ausgezahlt bekommt) sowie darüber hinaus aus dem seiner Vermögensbeteiligung entsprechenden Anteil am Gesamtbetrag der „Nicht realisierten Gewinne/Verluste aus der Neubewertung“ der Gesellschaft gemäß § 21 Abs. 4 KARBV laut der letzten Handelsbilanz vor dem Ausscheidenszeitpunkt (so dass der ausscheidende Anleger zusätzlich die auf seinen Anteil entfallenden, im Gesellschaftsvermögen vorhandenen stillen Reserven erhält). Ein ideeller Geschäftswert der Fondsgesellschaft bleibt bei der Ermittlung der Abfindung außer Ansatz. Das Auseinandersetzungsguthaben ist von der Gesellschaft zu errechnen. Im Streitfall entscheidet ein Schiedsgutachter (§ 23 Abs. 4 des Gesellschaftsvertrages). Das Auseinandersetzungsguthaben ist acht Monate nach seiner verbindlichen Feststellung fällig. Die Gesellschaft kann das Auseinandersetzungsguthaben teilweise oder vollständig vorfällig auszahlen. Andererseits kann sich in einem Sonderfall gemäß § 23 Abs. 6 des Gesellschaftsvertrags trotz Fälligkeit eine Verzögerung der Auszahlung (durch Stundung) ergeben, falls und solange die Gesellschaft die Zahlungsverbindlichkeit nicht aus liquidem Vermögen erfüllen kann. Der Anspruch auf das Auseinandersetzungsguthaben kann nur mit vorheriger Zustimmung der Komplementärin übertragen werden. Ein ausscheidender Anleger kann keine Sicherstellung seines Anspruchs auf das Auseinandersetzungsguthaben verlangen.

Es wird darauf hingewiesen, dass die KVG für die Fondsgesellschaft kein Liquiditätsmanagementsystem einrichtet und hierzu mangels Einsatzes von Leverage (Fremdkapital) auch nicht verpflichtet ist (§ 30 Abs. 1 Satz 1 KAGB). Es wurden zudem keine besonderen Maßnahmen getroffen, um Zahlungen an Anleger im Zusammenhang mit der Rücknahme ihrer Anteile zu leisten, da eine solche vorzeitige Rücknahme plangemäß nicht vorgesehen ist. Sofern einzelne Anleger nach den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags ausnahmsweise vorzeitig ausscheiden, soll das im Gegenzug von der Gesellschaft geschuldete Auseinandersetzungsguthaben grundsätzlich aus der Liquiditätsreserve bezahlt werden (vgl. Kap. 5.2.5.1.3 unter „Eingeschränkte Veräußerbarkeit der Kapitalanlage“).

### Rückabwicklung der Beteiligung wegen Nichterfüllung der Einlageverpflichtung

Eine Sonderregelung gilt dann, wenn die Kapitalanlage eines Anlegers durch Rücktritt der Treuhandkommanditistin beendet wird, weil er trotz Mahnung und Nachfristsetzung seine Einlage- und Agioverpflichtung ganz oder teilweise nicht erfüllt hat. Der ausscheidende Anleger erhält in diesem Fall kein Auseinandersetzungsguthaben, sondern eine Rückzahlung seiner bis dahin an die Gesellschaft geleisteten Einlagen. Der Anleger ist der Fondsgesellschaft andererseits zum Schadensersatz wegen Nichterfüllung verpflichtet. Der Schadensersatzanspruch lautet auf den Gesamtbetrag der von der Gesellschaft aufgrund des Beitritts des betreffenden Anlegers und in Abhängigkeit von dessen Einlageverpflichtung (einschließlich Agio) an Vertragspartner und Gesellschafter bereits bezahlten Provisionen, sonstigen Vergütungen und Kostenerstattungen (vgl. hierzu in Kap. 2.14.1). Die Geltendmachung weiterer Schadensersatzansprüche bleibt vorbehalten. Der betroffene Anleger hat die Möglichkeit nachzuweisen, dass der Fondsgesellschaft oder der Treuhänderin überhaupt kein oder nur ein geringerer Schaden entstanden ist. Die Ansprüche der Fondsgesellschaft auf Schadensersatz werden mit dem etwaigen Anspruch des Anlegers auf Rückzahlung seiner bisher geleisteten Einlagen verrechnet.

Sofern ein Anleger nur mit einem Teil seiner Einlageverpflichtung in Verzug gerät, besteht nach erfolgloser Mahnung und Nachfristsetzung alternativ, nach dem Ermessen der HMW Komplementär GmbH, die Möglichkeit, dass der Kapitalanteil des säumigen Anlegers auf den Betrag der von ihm bisher tatsächlich geleisteten Teileinlage auf den Kapitalanteil (ohne Agio) herabgesetzt wird, sofern dies durch sachliche Gründe in der Person des Anlegers gerechtfertigt ist und der Betrag der Teileinlage den Mindesteinlagebetrag in der jeweiligen Anteilsklasse erreicht (vgl. unter Kap. 2.1.1.1 „Ausgabepreis“).

### Beendigung der Beteiligung durch Auflösung der Fondsgesellschaft

Die Kapitalanlage endet plangemäß bei Vollbeendigung der Fondsgesellschaft. Die „Vollbeendigung“ wird erreicht, wenn die Gesellschaft – vor allem bei Laufzeitende – aufgelöst worden ist und im Anschluss daran die Abwicklung der Gesellschaft („Liquidation“) durch Veräußerung des verbliebenen Gesellschaftsvermögens vollständig abgeschlossen worden und der Liquidationserlös unter den Anlegern entsprechend ihrer Vermögensbeteiligung verteilt

worden ist (vgl. zur „Auflösung“ der Gesellschaft näher unter Kap. 2.1.2.2 „Auflösung Gesellschaftsvertrag“).

## 2.1.2 Hauptmerkmale der Anteile und wesentliche Rechte der Anleger aus Gesellschafts- und Treuhandvertrag

### 2.1.2.1 Art und Hauptmerkmale der Anteile, Anteilsklassen

#### Kommanditanteil

Die Kapitalanlage vermittelt dem Anleger die Position und die Rechte eines Kommanditisten in einer Kommanditgesellschaft (GmbH & Co. KG). Die gesellschaftsrechtliche Beteiligung erfolgt bei Beitritt zwar zunächst mittelbar über die Treuhandkommanditistin als Treuhänderin. Jeder Anleger ist nach den Bestimmungen des Gesellschafts- und des Treuhandvertrags im Innenverhältnis zur Gesellschaft jedoch wirtschaftlich und im Wesentlichen rechtlich so gestellt, wie wenn er direkt als Kommanditist beteiligt wäre (siehe § 5 des Gesellschaftsvertrags, Kap. 7.1). Die nachfolgende Darstellung der mit der Kapitalanlage verbundenen Rechte des Anlegers laut Gesellschafts- und Treuhandvertrag gilt somit unabhängig davon, ob der Anleger als Treugeber an der Gesellschaft beteiligt oder aber als direkt beteiligter Kommanditist der Gesellschaft in das Handelsregister eingetragen ist. Die Gründungsgesellschafter und die Anleger werden in diesem Kap. 2.1.2 daher bei Darstellung des Gesellschaftsverhältnisses auch einheitlich als „Gesellschafter“ bezeichnet.

Die Kommanditanteile sind nicht verbrieft. Es werden ferner keine Anteilsscheine ausgegeben. Dem Anleger wird für seine Beteiligung eine Vertragsnummer zugewiesen.

#### Anteilsklassen

Bei der Fondsgesellschaft werden zwei Anteilsklassen gemäß §§ 149 Abs. 2, 96 Abs. 1 KAGB gebildet:

##### Anteilsklasse 1

Kommanditanteile an der Gesellschaft, bei denen die Einlageverpflichtung des Anlegers vereinbarungsgemäß durch eine Einmalzahlung erfüllt werden muss, bilden die Anteilsklasse 1. Die Mindesteinlageverpflichtung bei Anteilen der Anteilsklasse 1 beträgt für österreichische Anleger EUR 10.000,00. Sofern der Ein-

lagebetrag höher ist, muss der Differenzbetrag zwischen der Mindesteinlage und der höheren vom Anleger übernommenen Einlageverpflichtung ganzzahlig durch 100 teilbar sein.

### **Anteilsklasse 2**

Kommanditanteile an der Gesellschaft, bei denen die Einlageverpflichtung des Anlegers vereinbarungsgemäß durch Teilzahlungen („Capital Calls“) erfüllt werden muss, bilden die Anteilsklasse 2. Die Mindesteinlageverpflichtung bei Anteilen der Anteilsklasse 2 beträgt EUR 18.000,00. Sofern der Einlagebetrag höher ist, muss der Differenzbetrag zwischen der Mindesteinlage und der höheren vom Anleger übernommenen Einlageverpflichtung ganzzahlig durch 600 teilbar sein.

Der Wert jedes Anteils wird für jede der beiden Anteilsklassen gesondert errechnet (§ 96 Abs. 1 Satz 4 KAGB). Die Wertermittlung richtet sich gemäß § 96 Abs. 4 KAGB nach den Vorschriften der KARBV. Im Übrigen weisen die Kommanditanteile der beiden Anteilsklassen die gleichen Ausgestaltungsmerkmale auf.

### **2.1.2.2 Gesellschaftsvertrag**

Das Rechtsverhältnis jedes Anlegers zur Fondsgesellschaft richtet sich nach den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags (abgedruckt in Kap. 7.1), des Treuhandvertrags (abgedruckt in Kap. 7.2) und der Anlagebedingungen (abgedruckt in Kap. 7.3) sowie ergänzend den gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere in §§ 105 ff., 161 ff. Handelsgesetzbuch (HGB) und §§ 149 ff. KAGB.

### **Geschäftsführung**

Die Anleger sind nicht an der Geschäftsführung der Fondsgesellschaft beteiligt. Diese obliegt der HMW Komplementär GmbH als Komplementärin und der MIG Capital AG als externe Kapitalverwaltungsgesellschaft. Lediglich bestimmte, in § 8 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrags bezeichnete außergewöhnliche Maßnahmen, vor allem im Bereich des Portfolio-Managements, bedürfen der vorherigen Zustimmung durch Mehrheitsbeschluss. Dies ist z. B. der Fall, wenn die Fondsgesellschaft Beteiligungen an einem Unternehmen erwirbt und die gesamten handelsrechtlichen Anschaffungskosten hierfür den Betrag von EUR 20 Mio. übersteigen, wenn die Fondsgesellschaft Anteile

an verschiedenen Beteiligungsunternehmen im sachlichen oder zeitlichen Zusammenhang an den gleichen Erwerber veräußert oder wenn die Fondsgesellschaft während ihrer Laufzeit in einem Geschäftsjahr Anteile an einem oder mehreren Beteiligungsunternehmen veräußert, deren gesamte handelsrechtliche Anschaffungskosten den Betrag von 50 % des Festkapitals der Gesellschaft übersteigen. Unter dem Festkapital (siehe Glossar) ist die Summe der Kapitalanteile aller Gesellschafter bzw. Anleger an der Fondsgesellschaft zu verstehen.

### **Beschlussfassung, Stimmrechte**

Die Gesellschafter sind innerhalb der Fondsgesellschaft für eine Reihe von Angelegenheiten zuständig, über die nicht allein die Komplementärin oder die externe KVG entscheiden kann oder soll. Hierzu zählen gemäß § 11 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrags Änderungen des Gesellschaftsvertrags, die Feststellung des Jahresabschlusses, die jährliche Entlastung der Komplementärin, die Wahl des Abschlussprüfers, die Entscheidung über Ausschüttungen und über zustimmungspflichtige Geschäftsführungsmaßnahmen (vgl. hierzu unter „Geschäftsführung“) oder über eine vorzeitige Auflösung der Gesellschaft. Die Gesellschafter können ferner nach Maßgabe des deutschen KAGB und des österreichischen AIFMG über Änderungen der Anlagebedingungen Beschluss fassen. Die Gesellschafter treffen ihre Entscheidungen durch Beschlüsse, die entweder im schriftlichen Verfahren oder in Gesellschafterversammlungen gefasst werden. Im Regelfall sollen Beschlüsse aus organisatorischen Gründen und zur Kostenersparnis im schriftlichen Verfahren gefasst werden.

Die Beschlussfassung im schriftlichen Verfahren (§ 13 des Gesellschaftsvertrags) wird durchgeführt, indem die HMW Komplementär GmbH die Aufforderung zur Abstimmung im schriftlichen Verfahren („Abstimmungsaufforderung“) an alle Gesellschafter in Textform, also postalisch, mittels Telefax oder per E-Mail, versendet. Anleger, die der Gesellschaft im Zeitraum zwischen Beginn und Abschluss eines schriftlichen Beschlussverfahrens neu beitreten, nehmen an diesem Beschlussverfahren grundsätzlich nicht teil. Der Abstimmungsaufforderung sind die Beschlussgegenstände beigefügt. Die Stimmabgabe der Gesellschafter erfolgt anhand der mit der Abstimmungsaufforderung versandten Abstimmungsunterlage, innerhalb der dort angegebenen Frist (mindestens vier Wochen nach Versendung der Abstimmungsaufforderung), schriftlich, per Telefax oder per E-Mail. Alternativ kann die Stimmabgabe

nach Wahl des Anlegers auch auf elektronischem Weg, über die Online im Anlegerportal der MIG Fonds bereitgestellte Abstimmungsunterlage, durchgeführt werden („Online-Abstimmung“).

Wird zur Beschlussfassung demgegenüber eine Gesellschafterversammlung (als Präsenzversammlung) abgehalten, so erfolgt die Einberufung durch die HMW Komplementär GmbH durch die Versendung der Einladung an alle Gesellschafter (§ 12 des Gesellschaftsvertrags) mittels Post-, E-Mail- oder Telefax-Versand. Mit der Einberufung werden der Zeitpunkt, der Ort und die Tagesordnung der Gesellschafterversammlung einschließlich aller Beschlussgegenstände angegeben. Zwischen dem Tag der Absendung des Einberufungsschreibens und dem Tag der Versammlung muss eine Frist von mindestens vier Wochen liegen. Die Gesellschafterversammlung findet grundsätzlich am Sitz der Gesellschaft statt, sofern die HMW Komplementär GmbH nicht einen geeigneten abweichenden Ort bestimmt. Eine ordnungsgemäß einberufene Gesellschafterversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden oder vertretenen Gesellschafter beschlussfähig, sofern zumindest die Komplementärin sowie die Treuhandkommanditistin anwesend oder vertreten sind.

Falls Gesellschafter, die alleine oder zusammen mindestens 10 % des Festkapitals der Gesellschaft halten, dies schriftlich unter Angabe der Tagesordnung verlangen, ist die HMW Komplementär GmbH verpflichtet, eine außerordentliche Gesellschafterversammlung mit bestimmten Beschlussgegenständen einzuberufen oder ein entsprechendes schriftliches Beschlussverfahren durchzuführen. Sofern die Komplementärin dieser Verpflichtung nicht innerhalb eines angemessenen Zeitraums nachkommt, sind die Gesellschafter, die die Einberufung ordnungsgemäß verlangt haben, berechtigt, die Gesellschafterversammlung mit den von ihnen verlangten Beschlussgegenständen selbst einzuberufen. Gesellschafter, die alleine oder zusammen mindestens 10 % des Festkapitals halten, sind ferner berechtigt, die Ergänzung der Tagesordnung mit bestimmten Beschlussgegenständen für eine bereits einberufene Gesellschafterversammlung oder ein bereits eingeleitetes schriftliches Beschlussverfahren zu verlangen und – sofern diesem Verlangen nicht innerhalb angemessener Frist entsprochen wird – selbst eine Gesellschafterversammlung zur Entscheidung über diese Beschlussgegenstände einzuberufen (vgl. § 12 Abs. 4 des Gesellschaftsvertrags).

Die Stimmrechte jedes Gesellschafters richten sich nach seinem Kapitalanteil, mit der Maßgabe, dass auf je EUR 100 Kapitalanteil eine Stimme entfällt (§ 10 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrags). Damit ergibt sich für jeden Anleger die Anzahl seiner Stimmrechte aus dem gezeichneten Einlagebetrag und nicht aus dem tatsächlich einbezahlten Einlagebetrag. Jeder Anleger übt seine Stimmrechte bei Beschlussfassungen im schriftlichen Verfahren oder in Gesellschafterversammlungen selbst aus. Bei Gesellschafterversammlungen kann der Anleger auch einen Vertreter beauftragen, der eine schriftliche Vollmacht vorlegen muss.

Gesellschafterbeschlüsse werden grundsätzlich mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Dies gilt z. B. für die Feststellung des Jahresabschlusses, die Beschlussfassung über Ausschüttungen (mit Einschränkung), die Entlastung der Komplementärin oder die Entscheidung über zustimmungspflichtige Geschäftsführungsmaßnahmen. Einer Mehrheit von 75 % der abgegebenen Stimmen bedarf jede Beschlussfassung über eine Änderung des Gesellschaftsvertrags oder über die vorzeitige Auflösung der Gesellschaft. Nachschusspflichten können nur mit Zustimmung des jeweils betroffenen Gesellschafters beschlossen werden.

Jeder Gesellschafter kann eine Beschlussfassung gerichtlich überprüfen lassen, sofern ein Beschluss aus seiner Sicht unter einem Verfahrensfehler oder einem inhaltlichen Mangel leidet. Die Unwirksamkeit eines Gesellschafterbeschlusses kann jedoch nur binnen einer Ausschlussfrist von einem Monat nach Kenntniserlangung, spätestens binnen eines Monats nach Erhalt der Niederschrift über die Beschlussfassung, durch eine gegen die Gesellschaft zu richtende Klage geltend gemacht werden. Nach Ablauf dieser Klagefrist gilt ein etwaiger Mangel als geheilt, es sei denn, der angegriffene Beschluss verstößt durch seinen Inhalt gegen zwingende gesetzliche Regelungen (nichtiger Beschluss). Die Unwirksamkeit eines solchen „nichtigen“ Beschlusses kann auch nach Ablauf der Klagefrist gerichtlich geltend gemacht werden. Diese Regelungen zu Beschlussmängel- und Beschlussfeststellungsklagen finden sich in § 10 Abs. 5 des Gesellschaftsvertrages; ergänzend gelten die gesetzlichen Bestimmungen in §§ 110 bis 115 Handelsgesetzbuch (HGB).

### **Pflichtverletzungen und Schadenshaftung**

Die Fondsgesellschaft hat im Falle schuldhafter Pflichtverletzungen im Rahmen der laufenden Geschäftsführung grundsätzlich Schadensersatzansprüche gegen die Komplementärin und gegebenenfalls auch gegen deren eigenen Geschäftsführer sowie die externe KVG. Für die Geltendmachung eines solchen Schadensersatzanspruches genügt es zunächst, dass die Fondsgesellschaft den Schaden infolge Pflichtverletzung eines geschäftsführenden Gesellschafters oder der KVG darlegt. Die Komplementärin bzw. die Kapitalverwaltungsgesellschaft muss dann ihrerseits darlegen und beweisen, dass sie keine Sorgfaltspflicht verletzt hat oder dass sie kein Verschulden trifft oder der Schaden in jedem Fall, auch bei pflichtgemäßem Alternativverhalten, eingetreten wäre. Der Schadensersatz der Fondsgesellschaft gegenüber der Komplementärin kann nicht nur von der Gesellschaft selbst, sondern auch von jedem Gesellschafter im Wege einer sogenannten actio pro socio für die Gesellschaft und auf Leistung an die Gesellschaft durchgesetzt werden (§ 715b BGB).

### **Ausscheiden der Komplementärin oder der Treuhandkommanditistin aus der Gesellschaft**

Die Gesellschafter sind bei Vorliegen eines wichtigen Grundes berechtigt, Mitgesellschafter, somit auch die Komplementärin oder die Treuhandkommanditistin, durch Beschluss aus der Gesellschaft auszuschließen. Der Beschluss bedarf der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Einen „wichtigen Grund“ für einen solchen Ausschluss bilden vor allem grobe Pflichtverletzungen des betreffenden Gesellschafters. Im Übrigen scheidet Gesellschafter auch ohne Beschluss aus der Gesellschaft aus, wenn über ihr Vermögen ein Insolvenzverfahren eröffnet worden ist oder ein Privatgläubiger des Gesellschafters nach Anteilspfändung die Gesellschaft kündigt (§ 21 Abs. 1 lit. d des Gesellschaftsvertrags). Die Komplementärin und die Treuhandkommanditistin können darüber hinaus auch aus eigenem Entschluss vorzeitig aus der Gesellschaft ausscheiden, entweder durch ordentliche Kündigung mit einer Frist von sechs Monaten zum Quartalsende oder durch außerordentliche Kündigung des Gesellschaftsverhältnisses aus wichtigem Grund.

Falls die HMW Komplementär GmbH aus der Gesellschaft ausscheidet, bestimmt die Treuhandkommanditistin mit Zustimmung der externen KVG nach pflichtgemäßem Ermessen rechtzeitig vor dem Ausscheiden eine Kapitalgesellschaft als neue persönlich

haftende Gesellschafterin, die der Gesellschaft mit Wirksamwerden des Ausscheidens der bisherigen Komplementärin als neue Komplementärin beitrifft und deren gesellschaftsvertragliche Rechte und Pflichten übernimmt. Die Treuhandkommanditistin kann nach pflichtgemäßem Ermessen demgegenüber von der Bestimmung einer neuen Komplementärin absehen, wenn die Gesellschaft zum Zeitpunkt des Ausscheidens bereits aufgelöst ist und ein anderer Liquidator als die bisherige Komplementärin bestellt wurde.

Sofern die Treuhandkommanditistin aus der Gesellschaft ausscheidet, bestimmt die Komplementärin mit Zustimmung der externen KVG nach pflichtgemäßem Ermessen rechtzeitig eine neue Treuhandkommanditistin, die der Gesellschaft zu diesem Zweck als Kommanditistin beitrifft und unter Ausschluss der Auseinandersetzung im Wege der Sonderrechtsnachfolge in alle Rechte und Pflichten der ausscheidenden Treuhandkommanditistin eintritt. Die Anleger setzen ihr bisheriges Treuhandverhältnis mit der neu bestellten Treuhandkommanditistin fort. Bei Scheitern einer solchen Bestellung erhalten sie demgegenüber eine unmittelbare Kommanditbeteiligung (§ 21 Abs. 2 lit. b) des Gesellschaftsvertrags).

### **Tod eines Anlegers**

Sofern ein Anleger verstirbt, geht seine Kommanditbeteiligung oder – bei mittelbarer Beteiligung über die Treuhandkommanditistin – das Treuhandverhältnis auf seine Erben über. Die Erben müssen sich gegenüber der Gesellschaft und der Treuhandkommanditistin in geeigneter Form legitimieren (§ 19 des Gesellschaftsvertrags). Mehrere Erben eines unmittelbar beteiligten Kommanditisten erhalten dessen Anteil im Wege der sog. Sondererfolge anteilig entsprechend ihrer Erbquote. Sofern der Erblasser demgegenüber mittelbar über die Treuhandkommanditistin beteiligt war, übernimmt bei mehreren Erben die Erbengemeinschaft das Treuhandverhältnis. Die Erbengemeinschaft kann ihre Gesellschafterrechte oder ihre Rechte aus dem Treuhandvertrag nur durch einen gemeinsamen, schriftlich bevollmächtigten Vertreter ausüben. Bis dieser Vertreter bestellt ist, ruhen die Rechte aus der Gesellschaftsbeteiligung bzw. dem Treuhandvertrag (mit Ausnahme der Stimmrechte im Falle einer Änderung des Gesellschaftsvertrags).

### **Auflösung der Gesellschaft**

Die Gesellschaft hat eine Laufzeit bis 31.12.2037. Sie ist mit Ablauf dieses Tages aufgelöst, sofern nicht

die Gesellschafter mit einer Mehrheit von 75 % der abgegebenen Stimmen und mit Zustimmung der Komplementärin eine frühere Auflösung der Gesellschaft beschließen. Darüber hinaus wird die Gesellschaft in einem Sonderfall gegebenenfalls vorzeitig aufgelöst, sofern sie ausscheidenden Gesellschaftern die Auseinandersetzungsguthaben bei Fälligkeit nicht aus liquidem Vermögen, insbesondere nicht ohne Verwertung von Unternehmensbeteiligungen der Gesellschaft, bezahlen kann (§ 23 Abs. 6 des Gesellschaftsvertrags; vgl. hierzu auch in Kap. 2.1.1.2 "Auseinandersetzungsguthaben bei Ausscheiden"). Weitere Auflösungsgründe können eine Insolvenz der Gesellschaft oder eine gerichtliche Entscheidung nach einer Auflösungsklage bilden.

Die Fondsgesellschaft wird nach Auflösung handelsrechtlich grundsätzlich durch die Komplementärin abgewickelt („liquidiert“), sofern die Liquidation nach den zwingenden gesetzlichen Bestimmungen des KAGB nicht durch eine sonstige Person durchgeführt oder durch Mehrheitsbeschluss der Gesellschafter ein anderer Liquidator bestellt wird. Daneben bleibt die externe KVG auch während der Abwicklung zuständig für die Portfolioverwaltung und die Erledigung der sonstigen, ihr nach den Vorschriften des KAGB zugewiesenen Aufgaben. Der Erlös aus der Verwertung des Gesellschaftsvermögens wird zunächst zur Tilgung von Verbindlichkeiten der Gesellschaft gegenüber Dritten, sodann zur Auszahlung von Guthaben auf den Variablen Kapitalkonten I der Gesellschafter sowie zur Rückzahlung der von der Treuhandkommanditistin für eigene Rechnung geleisteten Bareinlage verwendet. Der verbleibende Liquidationserlös wird schließlich an die Gesellschafter im Verhältnis ihrer Vermögensbeteiligung ausbezahlt. Bei einer Auflösung infolge Insolvenz der Gesellschaft erfolgt die Abwicklung grundsätzlich durch einen Insolvenzverwalter. Die Rechte der Anleger richten sich nach den allgemeinen deutschen insolvenzrechtlichen Vorschriften.

Eine Übertragung des Investmentvermögens ist nicht vorgesehen.

### **Zugang und Genehmigung von Erklärungen und Mitteilungen der Gesellschaft**

Die Gesellschaft versendet ihre Erklärungen und Mitteilungen – abgesehen von den Ladungen zu Gesellschafterversammlungen oder der Einleitung eines schriftlichen Beschlussverfahrens – grundsätzlich papierlos, indem solche Mitteilungen oder Erklärungen in das elektronische Postfach jedes Anlegers, das im An-

legerportal der MIG Fonds eingerichtet ist, eingestellt werden. Jeder Anleger wird durch Übersendung einer E-Mail an die zuletzt von ihm genannte E-Mail-Adresse darüber informiert, dass eine neue Mitteilung an das elektronische Postfach übermittelt wurde. Jeder Anleger kann demgegenüber verlangen, dass ihm Mitteilungen der Gesellschaft abweichend hiervon in Textform (regelmäßig also in gedruckter Form) zugesandt werden. Der Versand erfolgt in diesem Fall jeweils an die im Anlegerregister niedergelegte oder die ansonsten vom Anleger zuletzt mitgeteilte Post-, Telefax- oder E-Mail-Adresse.

Erklärungen und Mitteilungen der Gesellschaft werden spätestens drei Werktage nach dem Tag der Postaufgabe bzw. dem E-Mail-Versand wirksam. Sofern ein Anleger eine Mitteilung über sein elektronisches Postfach erhält, gilt der Tag, an dem die betreffende Information mittels E-Mail an den Anleger versandt wird, als der Tag der Versendung. Diese Wirksamkeitsfiktion gilt nicht, wenn es sich um eine Erklärung von besonderer Bedeutung handelt oder das Schreiben als „unzustellbar“ zurückgelangt und die Unzustellbarkeit vom Adressaten nicht zu vertreten ist oder wenn der Absender erkennt, dass die Mitteilung aufgrund einer Störung des Postbetriebs, des E-Mail-Versandes oder des Anlegerportals der MIG Fonds nicht zugegangen ist (§ 26 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags). Erklärungen der Gesellschaft gelten als genehmigt, wenn der Adressat nicht innerhalb eines Monats nach Zugang der Erklärung schriftlich gegenüber dem Absender widerspricht, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass auf diese Folge bei der Bekanntgabe der Erklärung besonders hingewiesen worden ist (§ 26 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrags).

### **Anwendbares Recht, Gerichtsstand**

Die Beteiligung des Anlegers an der Fondsgesellschaft bzw. der Gesellschaftsvertrag und der Treuhandvertrag unterliegen dem Recht der Bundesrepublik Deutschland. Sofern es sich beim Anleger um einen Verbraucher handelt, der den Vertrag nicht zum Zweck seiner gewerblichen oder selbstständigen beruflichen Tätigkeit abgeschlossen hat, gelten zu dessen Schutz zusätzlich die jeweils zwingenden gesetzlichen Bestimmungen des Staates, in dem er seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.

Alle Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit dem Gesellschaftsverhältnis, wie z. B. Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Beitritt, einem Ausscheiden, Gesellschafterbeschlüssen sowie hinsichtlich der

Rechte und Pflichten von Gesellschaftern, können gegen die Fondsgesellschaft selbst geführt werden. Örtlich zuständig ist mit Rücksicht auf den Sitz der Gesellschaft (Pullach i. Isartal) – in Abhängigkeit vom Streitwert – das Amtsgericht München oder das Landgericht München I (bei Klagen, die gesellschaftsspezifische Rechte und Pflichten betreffen, sind beim Landgericht München die Kammern für Handelssachen zuständig). Gleiches gilt bei Klagen gegen die Komplementärin, die ihren Sitz ebenfalls in Pullach i. Isartal hat. Bei Klagen gegen die MIG Beteiligungstreuhand GmbH als Treuhandkommanditistin oder die MIG Capital AG als externe Kapitalverwaltungsgesellschaft sind – in Abhängigkeit vom Streitwert – ebenfalls das Amtsgericht München oder das Landgericht München I örtlich zuständig.

### **Vollstreckung von Urteilen**

Die Vollstreckung von Urteilen gegen die Fondsgesellschaft, die Komplementärin, die Treuhandkommanditistin oder die Kapitalverwaltungsgesellschaft richtet sich nach der (deutschen) Zivilprozessordnung (ZPO). Da alle vorbezeichneten Gesellschaften deutschem Recht unterstehen, bedarf es keiner Anerkennung der in Deutschland gefällten Urteile vor deren Vollstreckung. Gleiches gilt aufgrund von EU-Vollstreckungsabkommen auch für österreichische Urteile.

### **2.1.2.3 Treuhandvertrag**

#### **Abschluss des Treuhandvertrags**

Der Anleger bietet der Treuhandkommanditistin, der MIG Beteiligungstreuhand GmbH, durch die Beitrittserklärung den Abschluss eines Treuhandvertrags an. Der Treuhandvertrag (abgedruckt in Kap. 7.2) kommt mit Annahmedieses Angebots durch die Treuhandkommanditistin zustande (vgl. näher in Kap. 2.1.1.1).

#### **Gegenstand des Treuhandvertrags**

Der Treuhandvertrag regelt die Rechtsbeziehungen zwischen der MIG Beteiligungstreuhand GmbH als „Treuhandkommanditistin“ bzw. „Treuänderin“ und dem einzelnen Anleger als „Treugeber“. Grundlage und Bestandteil des Treuhandvertrags sind der Gesellschaftsvertrag der Fondsgesellschaft und die Anlagebedingungen für das Beteiligungsverhältnis. Die Treuhandkommanditistin wird vom Anleger jeweils beauftragt und bevollmächtigt, für ihn einen Kommanditanteil an der Gesellschaft zu übernehmen und diesen Kommanditanteil treuhänderisch nach außen im eigenen Namen, im Innenverhältnis und im Verhältnis zur Gesellschaft aber im Auftrag und für

Rechnung des Treugebers zu halten. Die Höhe des von der Treuhandkommanditistin zu übernehmenden Kommanditanteils bestimmt sich nach der gemäß Beitrittserklärung vom Treugeber übernommenen Beteiligung an der Gesellschaft („Kapitalanteil“), ohne Berücksichtigung des Agios.

#### **Rechtsstellung des Anlegers gegenüber der Gesellschaft**

Der Anleger ist für die Dauer des Treuhandvertrags nicht direkt als Kommanditist an der Fondsgesellschaft beteiligt. Gesellschaftsrechtlich ist allein die beauftragte Treuhänderin Kommanditistin, die diese Kommanditbeteiligung für eine Vielzahl von Anlegern im Verhältnis zur Gesellschaft einheitlich, mit einem gesamten festen Kapitalanteil in Höhe des Gesamtbetrags aller treuhänderisch gehaltenen Kapitalanteile hält. Jeder Anleger ist im Innenverhältnis zur Gesellschaft jedoch so gestellt, wie wenn er direkt als Kommanditist beteiligt wäre (vgl. § 5 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrags). Die sich aus dem Gesellschaftsvertrag ergebenden Rechte des Anlegers sind in Kap. 2.1.2.2 dargestellt.

#### **Einlageverpflichtung, Freistellung der Treuhandkommanditistin**

Jeder Anleger ist verpflichtet, seine Einlage auf den übernommenen Kapitalanteil und ein vereinbartes Agio direkt an die Gesellschaft zu bezahlen (vgl. im Einzelnen in Kap. 2.1.1.1 „Zahlung des Ausgabepreises“). Jeder Anleger ist darüber hinaus verpflichtet, die Treuhandkommanditistin von den mit seiner Beteiligung verbundenen Einlageverpflichtungen gegenüber der Gesellschaft sowie von der Haftung für Gesellschaftsverbindlichkeiten freizustellen, sofern diese Haftung auf dem treuhänderisch gehaltenen Kommanditanteil beruht (vgl. zu diesem Sonderfall einer Haftung für Gesellschaftsverbindlichkeiten gemäß § 172 Abs. 4 HGB in Kap. 5.2.5.2).

Die Vergütung der Treuhandkommanditistin für ihre Leistungen wird von der Gesellschaft übernommen (vgl. in Kap. 2.14.1.2).

#### **Änderung des Treuhandvertrags**

Die Treuhandkommanditistin kann erforderliche und zumutbare Änderungen des Treuhandvertrags vornehmen, insbesondere um diesen an veränderte Umstände anzupassen, fehlende Regelungen zu ergänzen oder unklare Regelungen zu konkretisieren (§ 7 Abs. 2 des Treuhandvertrags). Diese einseitige Änderungsbefugnis erstreckt sich nicht darauf, Zah-

lungsverpflichtungen des Anlegers, wie z. B. eine Nachschusspflicht oder eine Erweiterung der Haftung des Anlegers, zu begründen.

### Beendigung des Treuhandvertrags

Jeder Anleger kann den Treuhandvertrag durch ordentliche Kündigung zum Ende eines Kalenderjahres, erstmals jedoch mit Wirkung zum Ablauf des 31.12.2029, beenden und sich infolgedessen direkt als Kommanditist mit dem bisher treuhänderisch gehaltenen Kapitalanteil an der Gesellschaft beteiligen. Der Treuhandvertrag endet, sobald die unmittelbare Beteiligung des Anlegers durch Eintragung im Handelsregister der Gesellschaft wirksam geworden ist. Der Anleger trägt die Kosten seiner Eintragung im Handelsregister. Die Möglichkeit, den Treuhandvertrag auch vorher aus wichtigem Grund zu kündigen, bleibt unberührt. Jeder Anleger ist grundsätzlich berechtigt, das Treuhandverhältnis bis zur Vollbeendigung der Fondsgesellschaft aufrechtzuerhalten, wenn nicht die Treuhandkommanditistin ihrerseits vorher (z. B. wegen Kündigung oder Insolvenz) aus der Gesellschaft ausscheidet und keine Nachfolgerin bestellt wird, den Treuhandvertrag aus wichtigen Gründen in der Person des Anlegers kündigt oder vom Treuhandvertrag zurücktritt, insbesondere weil der Anleger seiner Einlageverpflichtung gegenüber der Gesellschaft ganz oder teilweise nicht (rechtzeitig) nachkommt (vgl. Kap. 2.1.1.2 „Rückabwicklung der Beteiligung“). Darüber hinaus endet der Treuhandvertrag automatisch, falls ein Anleger nach Maßgabe des Gesellschaftsvertrags wirksam aus der Gesellschaft ausscheidet (vgl. im Einzelnen in § 6 Abs. 1 und 3 des Treuhandvertrags, abgedruckt in Kap. 7.2).

### 2.1.2.4 Anlagebedingungen

Das Rechtsverhältnis zwischen der MIG GmbH & Co. Fonds 18 geschlossene Investment-KG und ihren Anlegern richtet sich zusätzlich zum Gesellschafts- und Treuhandvertrag nach den Anlagebedingungen der Gesellschaft (abgedruckt in Kap. 7.3). Die Anlagebedingungen binden auch die externe Kapitalverwaltungsgesellschaft. In den Anlagebedingungen werden ergänzend zum Gesellschaftsvertrag Anlagegrenzen und Investitionskriterien für die Investitionen der Fondsgesellschaft bzw. die Verwendung des Gesellschaftsvermögens festgelegt (vgl. hierzu näher in Kap. 2.1.4).

Die Anlagebedingungen enthalten im Übrigen Bestimmungen zu den Anteilsklassen (§ 2), zum Ausgabepreis und den Kosten der Kapitalanlage (§§ 3, 4), zur Ertragsverwendung, dem Geschäftsjahr und den Berichten der Fondsgesellschaft (§ 5), zur Laufzeit bzw. Auflösung der Gesellschaft (§ 6), zur Verwahrstelle (§ 7) sowie zur Änderung der Anlagebedingungen (§ 8).

## 2.1.3 Anlegerprofil, Risikoprofil

---

### 2.1.3.1 Profil des typischen Anlegers

Die Anteile an der MIG GmbH & Co. Fonds 18 geschlossene Investment-KG sind für Anleger bestimmt, die eine unternehmerische Beteiligung an einem Venture-Capital-Fonds eingehen möchten.

Aufgrund des unternehmerischen Charakters der vorliegenden Kapitalanlage ergeben sich besondere Ertragsaussichten, zugleich aber auch erhöhte Risiken. Das maximale Risiko des Anlegers besteht im Totalverlust des eingesetzten Kapitals sowie aller im Zusammenhang mit dem Erwerb, der Verwaltung und der Beendigung der Beteiligung an der Fondsgesellschaft gezahlten Kosten. In Sonderfällen besteht das zusätzliche Risiko, dass das sonstige, nicht in der Fondsbeteiligung gebundene Vermögen des Anlegers belastet wird (vgl. zu den „Anlegergefährdenden Risiken“ im Einzelnen in Kap. 5.2.5.2 sowie zum „Maximalrisiko“ in Kap. 5.2.5.5).

Die Kapitalanlage ist auf einen langfristigen Anlagehorizont angelegt. Die Fondsgesellschaft hat eine Laufzeit bis Ende des Jahres 2037; im Anschluss kann sich bis zur Vollbeendigung eine mehrjährige Liquidationsphase ergeben. Die Kapitalanlage kann – außer durch Weiterveräußerung – grundsätzlich nicht vor Vollbeendigung der Gesellschaft, durch ordentliches Ausscheiden des Anlegers, beendet werden. Die Beteiligung ist nicht geeignet für Anleger, die eine feste Verzinsung des angelegten Kapitals erwarten oder für die der Erhalt des angelegten Kapitals im Vordergrund steht. Die Beteiligung an der Fondsgesellschaft ist ferner nicht geeignet für Anleger, die aus dem angelegten Kapital ganz oder teilweise ihren Lebensunterhalt bestreiten oder in sonstiger Weise regelmäßige Rückflüsse generieren möchten. Die Kapitalanlage ist schließlich nicht zur Altersvorsorge geeignet.

Von einer Fremdfinanzierung der Beteiligung wird abgeraten. Die vorliegende Kapitalanlage sollte nicht die überwiegende oder gar alleinige Kapitalanlage des Anlegers darstellen, sondern lediglich als Beimischung zu anderen Anlageprodukten dienen.

### 2.1.3.2 Risikoprofil des Investmentvermögens

Das Anlageziel des Investmentvermögens liegt darin, aus Beteiligungen der Fondsgesellschaft an anderen Unternehmen Erträge zu erzielen. Die Fondsgesellschaft tätigt in erster Linie sog. Venture-Capital-Investitionen, beteiligt sich also an jungen, innovativen Unternehmen, die zum Zeitpunkt der Beteiligung in der Regel noch keine Gewinne erwirtschaften und hohen Kapitalbedarf haben (vgl. zu den Anlageobjekten auch Kap. 2.1.4). Die Wertentwicklung der einzelnen unternehmerischen Beteiligungen ist zum Investitionszeitpunkt nicht absehbar. Jede einzelne Unternehmensbeteiligung der Fondsgesellschaft kann für sich genommen erhebliche Wertzuwächse generieren, jedoch kann das eingesetzte Kapital jeweils auch vollständig verloren gehen.

**Aufgrund der hohen Bandbreite der möglichen Wertentwicklung der einzelnen Beteiligungen kann der Wert des Investmentvermögens selbst sehr hohen Schwankungen (Volatilität) unterliegen.**

Dies ermöglicht aus Sicht der Fondsgesellschaft zwar relevante Gewinnchancen, führt jedoch andererseits auch zu dem erheblichen Risiko eines Teil- oder sogar Totalverlustes des von der Gesellschaft für den Erwerb von Unternehmensbeteiligungen oder für sonstige Anlageobjekte eingesetzten Kapitals.

### 2.1.3.3 Voraussetzungen nach dem AIFMG die Privatkunden aus Österreich erfüllen müssen

Die Fondsgesellschaft ist in Deutschland zum Vertrieb an Privatkunden zugelassen.

In Österreich ist die Fondsgesellschaft seit dem 08.05.2024 gemäß § 31 AIFMG zum Vertrieb an professionelle Anleger berechtigt. Unter der Voraussetzung des § 49 Abs. 1 Z. 3 lit. d AIFMG iVm § 48 Abs. 8c AIFMG kann ein AIF in Unternehmensbeteiligungen zum Vertrieb an Privatkunden bewilligt werden. Die Privatkunden müssen in diesem Fall bestimmte Bedingungen erfüllen:

Der Privatkunde darf gemäß § 48 Abs. 8c Z. 12 AIFMG höchstens 10 % der Summe aus seinen zur Verfügung stehenden Bankguthaben und Finanzinstrumenten gemäß § 1 Z. 7 WAG 2018, mindestens aber EUR 10.000,00, in einen AIF in Unternehmensbeteiligungen veranlagen. Der Privatkunde muss darüber hinaus korrekte Informationen vorlegen, dass er über unbelastete Bankguthaben und Finanzinstrumente gemäß § 1 Z. 7 WAG 2018 im Wert von mehr als EUR 100.000,00 verfügt (§ 48 Abs. 8c Z. 11 AIFMG).

Die Mindestinvestitionssumme für den MIG 18 beträgt in der Anteilsklasse 1 (Einmalanlage) in Österreich EUR 10.000,00 und in der Anteilsklasse 2 (Teilzahlungsmodell) EUR 18.000,00 (vgl. etwa § 2 der Anlagebedingungen). Somit muss der Privatkunde über unbelastete Bankguthaben und Finanzinstrumente in der Höhe von zumindest EUR 100.000,00 für einen Beitritt in Anteilsklasse 1 und zumindest EUR 180.000,00 für einen Beitritt in Anteilsklasse 2 verfügen.

## 2.1.4 Anlageobjekte und Anlageziele

### 2.1.4.1 Venture-Capital-Investitionen

#### Anlageobjekte

Die Fondsgesellschaft verwendet ihr Gesellschaftskapital nach Abzug der Kosten dafür, Beteiligungen an Unternehmen zu erwerben, die nicht zum Handel an einer Börse zugelassen oder in einen organisierten Markt einbezogen sind (§ 261 Abs. 1 Nr. 4 KAGB). Das Gesellschaftskapital wird somit dafür eingesetzt, Anteile an nicht börsennotierten Kapitalgesellschaften, Kommanditanteile sowie atypisch stille Beteiligungen an Unternehmen zu erwerben, zu halten, zu verwalten und zu veräußern. Im Fall des Erwerbs atypisch stiller Beteiligungen wird die Fondsgesellschaft keine Verluste des anderen Unternehmens übernehmen, die über den Betrag der Einlage der Fondsgesellschaft hinausgehen.

Zielunternehmen für Beteiligungen sind vorrangig junge, innovative Hochtechnologie-Unternehmen, denen die Fondsgesellschaft im Regelfall Eigenkapital für die Entwicklung und den Vertrieb ihrer Produkte zur Verfügung stellt, um im Gegenzug – meist über eine Kapitalerhöhung – Anteile an diesen Unternehmen zu erwerben. Die Zielunternehmen werden regelmäßig durch zusätzliche Managementleistungen der KVG, der MIG Capital AG, unterstützt. In Ausnahmefällen

kommt ein Anteilserwerb von Altgesellschaftern in Betracht, insbesondere in Kombination mit einer gleichzeitigen Investition in das Eigenkapital des Beteiligungsunternehmens. Gegenstand der Fondsgesellschaft sind somit – schlagwortartig zusammengefasst – Venture-Capital-Investitionen durch den Einsatz des eigenen Gesellschaftsvermögens. „Anlageobjekte“ sind die aufgrund solcher Investitionen erworbenen Unternehmensbeteiligungen.

Ein originärer Erwerb von Wertpapieren gemäß § 193 KAGB durch die Gesellschaft findet nicht statt. Die Gesellschaft ist nur berechtigt, Aktien, die an einer Börse zugelassen oder an einem anderen organisierten Markt oder in diesen einbezogen worden sind, zu halten, sofern die Börsen- oder Marktzulassung für diese Aktien erfolgt ist, nachdem die Gesellschaft die Aktien oder die entsprechenden Gesellschaftsanteile als Vermögensgegenstand gem. § 261 Abs. 1 Nr. 4 KAGB erworben hatte. Gleiches gilt, wenn die Gesellschaft im Zuge einer Veräußerung von Anteilen an einem Beteiligungsunternehmen durch eine Umwandlungsmaßnahme (wie insbesondere eine Verschmelzung) oder als Gegenleistung für eine Anteilsveräußerung Aktien gemäß § 193 KAGB an einer anderen Gesellschaft erhält, deren Aktien an einer Börse zugelassen oder an einem anderen organisierten Markt zugelassen oder in diesen einbezogen sind.

Das Geldvermögen der Fondsgesellschaft wird ganz oder teilweise in Bankguthaben (gemäß §§ 261 Abs. 1 Nr. 8, 285 Abs. 3, 195 KAGB) angelegt. Es handelt sich hierbei vor allem um die Einzahlungen der Anleger bis zur Investition dieser Einlagen in Unternehmensbeteiligungen und um die Liquiditätsreserve für Nachinvestitionen in Beteiligungsunternehmen sowie für laufende Kosten und sonstige Aufwendungen, wie etwa die Zahlung des Auseinandersetzungsguthabens an einen vorzeitig ausscheidenden Gesellschafter.

### Venture-Capital-Investitionen

„Venture-Capital“ („VC“) bedeutet wörtlich ins Deutsche übersetzt „Wagniskapital“, „Risikokapital“ oder „Kapital für ein unternehmerisches Vorhaben“. Als Venture-Capital-Finanzierung oder Venture-Capital-Investition wird die Bereitstellung von Eigenkapital oder sog. Mezzanine-Kapital (z. B. bei stiller Beteiligung) durch einen Investor an Unternehmen bezeichnet, meist in Form einer Anschubfinanzierung während oder in den ersten Jahren nach deren Gründung. Der Kapitalgeber stellt dem Beteiligungsunternehmen Kapital zur Verfügung und erhält im Gegenzug einen

Unternehmensanteil oder eine stille Beteiligung (mit einer Teilhabe am Gewinn und bei „atypisch stillen“ Beteiligungen auch an der Wertentwicklung des Unternehmens). Die Rendite der Kapitalanlage hängt also vom geschäftlichen Erfolg des Beteiligungsunternehmens und dessen eigener Wertsteigerung ab. Venture Capital hat vor allem bei neu gegründeten oder jungen Unternehmen („Startup“-Unternehmen) wesentliche Bedeutung für die Finanzierung. Gerade in der Frühphase und besonders bei Unternehmen mit innovativen Entwicklungen oder Geschäftsideen wird häufig dringend Kapital für Forschung und Entwicklung, für die Marktzulassung oder Markteinführung von Produkten, die patentrechtliche Absicherung von Erfindungen oder den Aufbau des Vertriebs benötigt. Andererseits haben gerade junge Unternehmen kaum die Möglichkeit, eine klassische Fremdfinanzierung durch Banken zu erreichen. Die Investition durch einen VC-Geber, wie die Fondsgesellschaft, ist daher nicht selten Voraussetzung dafür, dass ein junges Unternehmen mit einer vielversprechenden Entwicklung oder einem interessanten Produkt wirtschaftlich überhaupt die Gründungsphase überlebt bzw. den Markteintritt seines Produkts erreicht.

Ein VC-Geber hat auf der anderen Seite die Möglichkeit, eine überdurchschnittliche Rendite aus dem eingesetzten Kapital zu erzielen, indem er von der Wertsteigerung des Beteiligungsunternehmens profitiert: Dieser Unternehmenswert kann weit überdurchschnittlich steigen, wenn der VC-Nehmer eine Produktentwicklung tatsächlich erfolgreich abschließen oder die Marktzulassung oder die Marktreife eines Produkts erreichen kann. Das Unternehmen hat bis zur VC-Finanzierung häufig entweder überhaupt keine Einnahmen oder erwirtschaftet Verluste und kann dann, nach den ersten Erfolgen, erstmalig mit erheblichen Zuflüssen aus Lizenzzahlungen oder Produktverkäufen rechnen. Der VC-Geber kann die Wertsteigerung seiner Beteiligung realisieren, indem er den Unternehmensanteil an einen strategischen Investor, wie vor allem einen etablierten Wettbewerber im gleichen Marktbereich (sogenannter „Trade Sale“) oder an einen anderen VC- oder Finanzinvestor (sogenannter „Secondary Sale“) weiterveräußert. Die dritte Möglichkeit besteht darin, dass das Beteiligungsunternehmen ganz oder teilweise an die Börse gebracht und damit ein Zugang des VC-Gebers zum Kapitalmarkt für seine Unternehmensbeteiligung geschaffen wird. Neben der Realisierung der Wertsteigerung durch den erfolgreichen Ausstieg aus dem Unternehmen („Exit“) bleibt die zusätzliche Möglichkeit, dass Einnahmen durch

Gewinnausschüttungen des Beteiligungsunternehmens erzielt werden.

### **Anlageziele**

Die Fondsgesellschaft ist bestrebt, aufgrund der typischerweise mit Venture-Capital-Investitionen verbundenen Gewinnchancen, Erträge aus ihren Unternehmensbeteiligungen zu erzielen. In erster Linie sollen Gewinne daraus resultieren, dass Beteiligungen der Gesellschaft nach einer Wertsteigerung mit Gewinn weiterveräußert werden. Eine weitere Ertragsmöglichkeit besteht darin, dass die Fondsgesellschaft von einem Beteiligungsunternehmen laufende Gewinnausschüttungen erhält.

Eine zusätzliche Einnahme der Fondsgesellschaft kann sich aus Bankguthaben ergeben. Mit solchen Geldanlagen können gegebenenfalls Zinseinnahmen für die Fondsgesellschaft generiert werden.

#### **2.1.4.2 Besondere Angaben zu den Anlageobjekten**

Die Fondsgesellschaft hat zum Zeitpunkt der Prospekterstellung noch keine VC-Investition vorgenommen, also noch keine Unternehmensbeteiligung erworben und noch keine sonstigen Verträge über die Anschaffung oder Herstellung von Anlageobjekten oder wesentlicher Teile davon abgeschlossen. Es ist bisher keine Investitionsentscheidung für ein Beteiligungsunternehmen getroffen worden. Es steht gegenwärtig noch nicht fest, in welche konkreten Anlageobjekte investiert werden wird (vgl. zu den damit verbundenen Risiken in Kap. 5.2.5.1). Es hat mit Rücksicht darauf bisher auch keine „Wertentwicklung“ des Investmentvermögens stattgefunden (§ 165 Abs. 2 Nr. 9 KAGB).

Kreditaufnahmen für Rechnung des Investmentvermögens sind nicht zulässig; das Investmentvermögen kann keinen Leverage (Hebelfinanzierung) einsetzen und tätigt keine Leerverkäufe (§ 1 Ziffer 2.3 der Anlagebedingungen). Die Fondsgesellschaft tätigt keine Geschäfte mit Derivaten (§ 1 Ziffer 2.4 der Anlagebedingungen). Die Gesellschaft macht von keinen Techniken und Instrumenten Gebrauch, mittels derer das Investmentvermögen verwaltet wird (§ 1 Ziffer 2.5 der Anlagebedingungen). Für Rechnung oder im Namen der Fondsgesellschaft werden keine Sicherheiten entgegengenommen.

Laufende Informationen zu den Investitionen der Fondsgesellschaft finden sich auf der Website der MIG Fondsgesellschaften, unter [www.mig-fonds.de](http://www.mig-fonds.de). Hinweisbekanntmachungen zu Prospektnachträgen, die z. B. mit Rücksicht auf eine Investition der Gesellschaft erfolgen, werden zudem in einem deutschen Börsenpflichtblatt veröffentlicht.

In Österreich erfolgen gesetzliche Veröffentlichungen (Prospekt und Prospektnachträge) gemäß den Vorgaben des § 8 KMG 2019. Die Emittentin wird Veröffentlichungen auf ihrer Website vornehmen. Eine Hinweisbekanntmachung in einer Zeitung mit Verbreitung im gesamten Bundesgebiet ist gesetzlich im KMG 2019 nicht vorgesehen.

#### **2.1.4.3 Zielunternehmen und Anlageentscheidung**

##### **Zielunternehmen der Fondsgesellschaft, Anlagegrenzen**

Die Investitionen der Fondsgesellschaft sollen mit mindestens 70 % des Investitionskapitals in Unternehmen erfolgen, die ihren rechtlichen oder tatsächlichen Sitz (Schwerpunkt der tatsächlichen geschäftlichen Aktivitäten) in einem Vertragsstaat des Abkommens über den europäischen Wirtschaftsraum haben. Höchstens 30 % des Investitionskapitals können in Beteiligungen an Unternehmen investiert werden, die ihren rechtlichen oder tatsächlichen Sitz in der Schweiz, in Großbritannien oder in den USA haben (vgl. § 1 Ziffer 2.1.4 der Anlagebedingungen, abgedruckt in Kap. 7.3).

Unter „Investitionskapital“ ist dabei gemäß § 1 Ziffer 1.2 der Anlagebedingungen der Gesamtbetrag des von Anlegern gehaltenen Festkapitals der Gesellschaft (gesamte Zeichnungssumme der Kommanditanteile aller Anleger) im jeweils maßgeblichen Berechnungszeitpunkt, abzüglich der direkt oder indirekt von den Anlegern getragenen Gebühren, Kosten und Aufwendungen zu verstehen. Für die Berechnung des „Investitionskapitals“ kommt es nicht darauf an, ob das Kapital bereits einbezahlt ist. Der Ausgabeaufschlag („Agio“) gemäß § 3 Ziffer 2. der Anlagebedingungen wird bei der Berechnung des „Investitionskapitals“ nicht berücksichtigt.

Die Gesellschaft investiert mindestens 60 % ihres „Investitionskapitals“ bis längstens zum Ende des Jahres 2028 („Investitionsphase“). Die Investitions-

phase kann durch Beschluss der Gesellschafter bzw. Anleger mit mindestens 75 % der abgegebenen Stimmen um bis zu weitere 12 Monate verlängert werden. Die Gesellschaft investiert, unbeschadet dessen, innerhalb von drei Jahren nach Vertriebsbeginn mindestens 60 % ihres bis dahin für Investitionen zur Verfügung stehenden Kapitals. Auch diese Frist kann durch Beschluss der Gesellschafter bzw. Anleger mit mindestens 75 % der abgegebenen Stimmen um bis zu weitere 12 Monate verlängert werden.

Weitere Anlagegrenzen bzw. Investitionskriterien sind in § 1 Ziffer 2 der Anlagebedingungen (abgedruckt in Kap. 7.3) geregelt. Die Unternehmen, an denen die Gesellschaft Beteiligungen erwirbt, müssen demnach in einer der folgenden Branchen tätig sein:

- Pharma, Biotechnologie;
- Medizintechnik, Diagnostik, Life Sciences Anwendungen;
- Digital Health;
- Industrielle Biotechnologie;
- Umwelttechnologie, einschließlich Entsorgung;
- Energietechnologie;
- Robotik, Automatisierungstechnik;
- Kommunikations- und Informationstechnologie;
- E-Commerce.

Bei den Investitionen müssen folgende Investitionskriterien eingehalten werden:

- Mindestens 80 % des Investitionskapitals werden in Unternehmen mit einer Bilanzsumme von mindestens EUR 500.000,00 angelegt.
- Mindestens 80 % des Investitionskapitals werden so angelegt, dass die Investition in die jeweilige Unternehmensbeteiligung mindestens EUR 750.000,00 beträgt.
- Mindestens 80 % des Investitionskapitals werden in Unternehmen in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft angelegt.

Die Gesellschaft investiert nach dem Grundsatz der Risikomischung, so dass bei wirtschaftlicher Betrachtungsweise eine Streuung des Ausfallrisikos gewährleistet ist. Die Erfordernisse der Risikomischung werden spätestens 18 Monate nach Beginn des Vertriebs eingehalten.

Die Gesellschaft erwirbt aus Gründen der Risikostreuung Beteiligungen an mindestens fünf im Zeitpunkt des Eingehens der Beteiligung nicht miteinander verbundenen Unternehmen. Das in eine einzelne Unternehmensbeteiligung investierte Kapital darf zum Zeitpunkt des Eingehens der Beteiligung maximal 50 % des Investitionskapitals (siehe Anlagebedingungen § 2 Ziff. 2.2.2, Kap. 7.3) betragen. Das in eine einzelne Unternehmensbeteiligung investierte Kapital darf zum Zeitpunkt der Vornahme der Investition somit maximal 50 % des Fondsvermögens betragen, um den Grundsatz der Risikomischung nach § 48 Abs. 8c AIFMG zu erfüllen. Beteiligungen an Unternehmen und Geldmarktinstrumente gemäß § 70 InvFG 2011, die einem Währungsrisiko unterliegen, dürfen 30 % des Fondsvermögens nicht übersteigen (§ 48 Abs. 8c Z. 4 AIFMG).

Die von der Gesellschaft bestellte Kapitalverwaltungsgesellschaft ist hinsichtlich der Anlagestrategie durch den Gesellschaftsvertrag und die Anlagebedingungen gebunden. Es ist kein Verfahren vorgesehen, nach dem das Investmentvermögen seine Anlagestrategie oder seine Anlagepolitik bzw. beides ohne Zustimmung der Anleger bzw. Änderung der Anlagebedingungen ändern kann.

#### **Anforderungsprofil für Zielunternehmen**

Die Investitionsentscheidung im Einzelfall hängt wesentlich von der Art des Produkts des Zielunternehmens, dessen Marktchancen, dem Umfang des Finanzbedarfs und der Unternehmensbewertung ab. Grundsätzlich gilt folgendes Anforderungsprofil für ein Zielunternehmen:

##### **Qualifiziertes Management**

Das Management des Zielunternehmens muss nachweisbare technologische, kaufmännische und unternehmerische Kompetenz aufweisen.

##### **Geordnete rechtliche Strukturen, Governance**

Das Zielunternehmen muss geordnete rechtliche Strukturen und Verhältnisse aufweisen, die durch Geschäftsunterlagen und Verträge dokumentiert sind, so dass es die Verfahrens-

weisen einer „guten Unternehmensführung“ aufweist.

### **Klares, tragfähiges Unternehmenskonzept**

Das Unternehmenskonzept soll in einem umfassenden Businessplan abgebildet sein. Dieser muss plausible, klare und soweit möglich auch nachprüfbar Angaben zur qualitativen Unternehmensplanung (Geschäftsmodell, Zielmarkt, Ziele und Strategie, Leistungs- und Produktportfolio, Marketing und Vertrieb, Management, Personal und Organisation) sowie zur quantitativen Unternehmensplanung (Pläne zu Produktpreisen und Absatzzahlen, Entwicklungs-, Produktions-, Personal- und Investitionskosten sowie Finanzplanung wie Gewinn- und Verlust-Rechnung, Planbilanz und Liquiditätsplanung) enthalten.

### **Innovatives Produkt**

Das entwickelte oder noch zu entwickelnde Produkt des Beteiligungsunternehmens sollte eine Innovation mit klarem Markt und/ oder Prozessvorteil darstellen, mit dem Potenzial, wesentliche Marktanteile oder gar eine Marktführerschaft zu erringen. Die Innovation sollte, so weit möglich, durch geeignete Schutzrechte, wie vor allem Patentrechte, spezielles Knowhow oder einen Zeitvorteil nachhaltig gegenüber den Wettbewerbern abgesichert sein.

### **Wachstumspotenzial in einer interessanten Markt- und Wettbewerbsposition**

Für das Produkt des Beteiligungsunternehmens sollte ein interessantes Marktvolumen vorhanden sein. Der Marktzugang für das Zielunternehmen sollte realistisch und der gewählte Vertriebskanal erfolgversprechend sein. Das Geschäftsmodell des Beteiligungsunternehmens muss dessen nachhaltige Wertsteigerung im vorhandenen Marktumfeld als wahrscheinlich erscheinen lassen.

### **Weiterveräußerungsmöglichkeit**

Hinsichtlich des Zielunternehmens muss eine realistische Möglichkeit der Weiterveräußerung der Beteiligung („Exit“) innerhalb eines Zeitraums von rund fünf bis zehn Jahren bestehen, etwa durch einen Verkauf an einen anderen Marktteilnehmer bzw. Wettbewerber oder mittels eines Börsengangs des Beteiligungsunternehmens.

### **Ökologische und soziale Merkmale**

Bei den Investitionen werden schließlich u. a. ökologische und soziale Merkmale berücksichtigt. Die Fondsgesellschaft zielt jedoch nicht speziell auf nachhaltige Investitionen ab. Weitere Informationen über die Nachhaltigkeit der Anlagestrategie (ESG-Informationen) finden sich in Kap. 7.4.

### **Ablauf einer Investition im Überblick**

Der Investition im Einzelfall geht eine grundsätzlich standardisierte Auswahl und Prüfung einer Beteiligungsmöglichkeit voraus, die im Überblick regelmäßig folgenden Ablauf hat:

#### **Phase 1 – Vorauswahl**

#### **Phase 2 – Analyse des Geschäftsmodells**

#### **Phase 3 – Due Diligence**

#### **Phase 4 – Bewertung**

#### **Phase 5 – Beteiligungsverhandlungen, Beteiligungsvertrag**

#### **Phase 1 – Vorauswahl**

Die Kapitalverwaltungsgesellschaft oder die Fondsgesellschaft wird grundsätzlich auf drei Wegen auf Beteiligungsmöglichkeiten aufmerksam: Durch eigene gezielte Suche einer Beteiligungsoption, durch Vermittlung Dritter oder – wie im Regelfall – aufgrund eigener Initiative kapitalsuchender Unternehmen.

Interessierte Zielunternehmen reichen Kurzbeschreibungen ihres Unternehmens oder Businesspläne bei der Geschäftsleitung der Kapitalverwaltungsgesellschaft oder der Fondsgesellschaft ein. Diese Investitionsvorschläge werden in einer Vorauswahl durch die Kapitalverwaltungsgesellschaft geprüft. Hierbei wird festgestellt, ob das Unternehmen hinsichtlich seiner Unternehmensgröße, Innovationskraft und Managementkompetenz überhaupt für eine Unternehmensbeteiligung infrage kommt. Der überwiegende Teil der geprüften Unternehmen scheidet bereits im Rahmen dieser Vorauswahl aus.

### **Phase 2 – Analyse des Geschäftsmodells**

Im Zuge einer umfassenden Unternehmensanalyse wird das Unternehmenskonzept durch die Kapitalverwaltungsgesellschaft geprüft. Grundlage hierfür ist ein detaillierter und vollständiger Businessplan, den das Zielunternehmen vorzulegen hat, ergänzt durch eigene Recherchen der Kapitalverwaltungsgesellschaft, wie z. B. eine Markt- und Technologieanalyse. Im Rahmen dieser Phase 2 präsentiert das Management sein Geschäftskonzept gegenüber der externen Kapitalverwaltungsgesellschaft. Diese Präsentation dient auch dazu, Fragen zum Unternehmenskonzept zu klären und die verantwortlichen Personen des möglichen Beteiligungsunternehmens kennenzulernen.

In Phase 2 werden gegebenenfalls bereits externe Berater für Kurzgutachten, insbesondere zu Marktumfeld und Technologie des möglichen Beteiligungsunternehmens, hinzugezogen, um die erste eigene Einschätzung der Kapitalverwaltungsgesellschaft zu vervollständigen.

Im Rahmen dieser Phase 2 wird die Mehrzahl der nach der ersten Vorauswahl verbliebenen Unternehmen zurückgewiesen, so dass nur ein sehr geringer Teil der ursprünglichen Interessenten in die dritte Phase des Auswahlprozesses gelangt. Der erfolgreiche Abschluss der Phase 2 endet häufig mit einer Absichtserklärung (Letter of Intent) zur geplanten Investition, die jedoch noch zahlreiche Voraussetzungen an den Beteiligungserwerb knüpft.

### **Phase 3 – Due Diligence**

Bevor die Kapitalverwaltungsgesellschaft zu einer endgültigen Investitionsentscheidung kommen kann, muss das Beteiligungsunternehmen einer sorgfältigen Prüfung unterzogen werden. Diese Prüfung (Due Diligence) unterteilt sich in eine technische (Technical Due Diligence), wirtschaftliche (Business and Financial Due Diligence) sowie gegebenenfalls auch rechtliche (Legal Due Diligence) und/oder steuerliche Prüfung (Tax Due Diligence). Auch hier werden regelmäßig geeignete und kompetente Gutachter hinzugezogen, die Stellungnahmen zu Technologie und Marktsituation des Beteiligungsunternehmens erstellen. Im Rahmen

der etwaigen rechtlichen Due Diligence werden die Rechtsverhältnisse des Beteiligungsunternehmens, vor allem dessen rechtliche Struktur, dessen Vertragsverhältnisse, gewerbliche Schutzrechte und behördliche Genehmigungen, durch Rechtsanwälte und erforderlichenfalls Patentanwälte überprüft.

### **Phase 4 – Bewertung**

Die Erkenntnisse der Due Diligence werden zusammen mit dem Management des Unternehmens ausgewertet, besprochen und mit den ursprünglichen Angaben verglichen. Sie führen zu einer – gegebenenfalls von den ursprünglichen Vorstellungen des Managements oder den Altgesellschaftern des Beteiligungsunternehmens abweichenden – Unternehmensbewertung. Diese Unternehmensbewertung dient der Kapitalverwaltungsgesellschaft als Grundlage für die Preisfindung, also die Festsetzung, wie viele Anteile die Gesellschaft für welche Zahlung in das Eigenkapital des Beteiligungsunternehmens erhält oder zu welchen Konditionen (u. a. Höhe der laufenden Gewinnbeteiligung; Umfang der Beteiligung an Wertsteigerungen des Unternehmens) dem Beteiligungsunternehmen Mezzanine-Kapital in Form einer atypisch stillen Beteiligung zur Verfügung gestellt wird.

Neben der eigenen Unternehmensbewertung durch die Kapitalverwaltungsgesellschaft findet vor der Investition in eine Unternehmensbeteiligung eine Begutachtung des Unternehmenswerts durch einen oder zwei externe Bewerter statt (vgl. näher in Kap. 2.15).

### **Phase 5 – Beteiligungsverhandlungen, Beteiligungsvertrag**

Auf Auswahl, Vorprüfung und Bewertung folgen Vertragsverhandlungen und der Entwurf eines Beteiligungsvertrags. Die Kapitalverwaltungsgesellschaft (für die Fondsgesellschaft) einerseits sowie das Management und die Altgesellschafter des Beteiligungsunternehmens andererseits vereinbaren verbindlich, wie, in welchen Schritten, unter welchen Voraussetzungen und zu welchen Konditionen die Beteiligung der Fondsgesellschaft rechtlich vollzogen wird, wann welche Zahlungen der Fondsgesellschaft erfolgen und welche sonstigen Regelungen zwischen den Altgesell-

schaftern oder dem Beteiligungsunternehmen und der Fondsgesellschaft gelten sollen (etwa hinsichtlich Veräußerungsbeschränkungen, Mitveräußerungsrechten und -pflichten, Entsenderechten für Gesellschaftsorgane, etc.). Diese Phase 5 wird erfolgreich beendet mit Abschluss eines Beteiligungsvertrags, den vereinbarten Zahlungen der Fondsgesellschaft an das Zielunternehmen bzw. – in Ausnahmefällen – an die Altgesellschafter und dem entsprechenden Erwerb von Anteilen oder einer atypisch stillen Beteiligung am Zielunternehmen.

Die Kapitalverwaltungsgesellschaft und die Fondsgesellschaft stehen mit dem Beteiligungsunternehmen nach einer Investition in engem Kontakt und unterstützen es, wie z. B. durch die entgeltliche oder unentgeltliche Beratung des Managements oder die Übernahme von Managementaufgaben im Beteiligungsunternehmen. Die Kapitalverwaltungsgesellschaft kontrolliert laufend die Geschäftsentwicklung des Beteiligungsunternehmens. Ziel hierbei ist es, im Rahmen einer nachhaltigen und verlässlichen Partnerschaft eine wesentliche Wertsteigerung des Beteiligungsunternehmens zu erreichen. In Abstimmung mit dem Management jedes Beteiligungsunternehmens wird die Weiterveräußerung (Exit) des Anteils, auch im Rahmen einer Veräußerung des Gesamtunternehmens, oder – im Falle einer atypisch stillen Beteiligung – die Auszahlung eines Auseinandersetzungsguthabens durch das Beteiligungsunternehmen in einem angemessenen Zeitraum angestrebt.

## 2.2 DIE ZAHL-, EINREICHUNGS- UND HINTERLEGUNGSSTELLEN

Die Anleger sind zur Leistung ihrer Gesamteinlage, also zur Zahlung des Betrags ihres Kapitalanteils zuzüglich Agio, auf das im Rahmen des Online-Zeichnungsprozesses oder in der Beitrittserklärung angegebene Einlageneinzahlungskonto der Gesellschaft verpflichtet (vgl. dazu Kap. 2.1.1.1). In Bezug auf die Möglichkeiten für einen Beitritt (Online-Beitritt, schriftliche Beitrittserklärung) vgl. Kap. 2.1.1.1.

Zahlstelle für Einzahlungen der Anleger ist das auch am Beitrittsformular genannte Konto der Emittentin:

**UniCredit Bank – HypoVereinsbank**  
**IBAN: DE35 7332 0073 0042 0954 94**  
**BIC: HYVEDEMM428**

Die gegenständliche Anlage ist nicht in Wertpapieren verbrieft, daher bestehen auch keine Hinterlegungsstellen.

Gemäß § 80 KAGB wurde eine Verwahrstelle bestellt. Diese Funktion wird durch die Hauck Aufhäuser Lampe Privatbank AG wahrgenommen. Details zur Verwahrstelle und ihren Aufgaben finden sich in Kap. 4.

## 2.3 ÜBERSICHT ÜBER DIE ALLENFALLS BISHER AUSGEGEBEN VERMÖGENSRECHTE

Bis zum Zeitpunkt der Prospektbilligung sind keine Anlegerbeitritte erfolgt. Die MIG GmbH & Co. Fonds 18 geschlossene Investment-KG verfügt über die Einlage der MIG Beteiligungstreuhand (Gründungsgesellschafterin) in der Höhe von EUR 1.000,00.

## 2.4 RECHTSFORM DER VERANLAGUNG (ANTEILS- GLÄUBIGER RECHT ODER MISCHFORM), GESAMTBETRAG, STÜCKELUNG SOWIE ZWECK DES ANGEBOTS

### 2.4.1 Rechtsform der Veranlagung

Die Anleger erwerben einen Anteil an der MIG GmbH & Co. Fonds 18 geschlossene Investment-KG durch Abschluss eines Treuhandvertrags mit der MIG Beteiligungstreuhand GmbH, die den Kommanditanteil jedes Anlegers treuhänderisch für diesen übernimmt und hält. Die rechtliche Grundlage der Kapitalanlage ist in Kap. 2.1 dargestellt.

### 2.4.2 Gesamtbetrag des Angebots

Die Beitrittsmöglichkeit endet grundsätzlich, sobald Anleger Kapitalanteile mit einem Gesamtbetrag in Höhe von EUR 99.999.000,00 übernommen haben, das gesamte Festkapital also zusammen mit der Einlage der Treuhandkommanditistin EUR 100 Mio. beträgt. Die Details der Platzierung sind in Kap. 2.1.1.1 (Dauer des öffentlichen Angebots, vorzeitige Schließung, Kürzungsmöglichkeiten) dargestellt.

### 2.4.3 Stückelung des Angebots

---

Die Anteilsklassen sind in Kap. 2.1.2.1 dargestellt. In der Anteilsklasse 1 muss die Einlage mindestens EUR 10.000,00 betragen. Ein höherer Betrag muss bei Anteilen der Anteilsklasse 1 ganzzahlig durch 100 teilbar sein. In der Anteilsklasse 2 muss die Einlage mindestens EUR 18.000,00 betragen. Im Fall eines höheren Einlagebetrags muss bei der Anteilsklasse 2 der Differenzbetrag zwischen der Mindesteinlage und der höheren Einlageverpflichtung ganzzahlig durch 600 teilbar sein.

Ein Privatkunde in Österreich darf gemäß § 48 Abs. 8c Z. 12 AIFMG höchstens 10 % der Summe aus seinen zur Verfügung stehenden Bankguthaben und Finanzinstrumenten gemäß § 1 Z. 7 WAG 2018, mindestens aber EUR 10.000,00, in einen AIF in Unternehmensbeteiligungen veranlagen. In der Anteilklasse müssen wie dargelegt mindestens EUR 10.000,00 und in der Anteilklasse 2 mindestens EUR 18.000,00 gezeichnet werden.

Vgl. dazu insbesondere die Ausführungen in Kap. 2.1.3.3 (Voraussetzungen nach dem AIFMG, die Privatkunden aus Österreich erfüllen müssen).

### 2.4.4 Zweck des Angebots

---

Die Fondsgesellschaft ist bestrebt, aufgrund der typischerweise mit Venture-Capital-Investitionen verbundenen Gewinnchancen, Erträge aus ihren Unternehmensbeteiligungen zu erzielen. Vgl. dazu Kap. 2.1.4.

## 2.5 ART DER VERANLAGUNG (OFFENE ODER GESCHLOSSENE FORM)

---

In diesem Veranlagungsprospekt wird die Beteiligung an einem geschlossenen Investmentvermögen (geschlossener AIF) angeboten, der sein Gesellschaftsvermögen im Bereich „Venture Capital“, also in Beteiligungen an nicht börsennotierten Unternehmen investiert. Die Anleger erwerben einen Kommanditanteil an der MIG GmbH & Co. Fonds 18 geschlossene Investment-KG. Bei der Fondsgesellschaft handelt es sich um eine geschlossene Investmentkommanditgesellschaft deutschen Rechts gemäß §§ 149 ff. KAGB mit Sitz in D-82049 Pullach im Isartal, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts München unter HRA 119046. Einzelheiten zur Fondsgesellschaft finden sich in Kap. 3.

## 2.6 ART UND ANZAHL SONSTIGER VERANLAGUNGSGEMEINSCHAFTEN DER EMITTENTIN ODER SONSTIGER VERANLAGUNGSGEMEINSCHAFTEN, DIE AUF DIE VERANLAGUNG EINFLUSS NEHMEN KÖNNEN

---

Vergleiche dazu die Ausführungen zu den weiteren von der MIG Capital AG verwalteten Investmentvermögen in Kap. 3.3.2.2.

## 2.7 ANGABE DER BÖRSEN, AN DENEN DIE VERANLAGUNG, DIE GEGENSTAND DES ÖFFENTLICHEN ANGEBOTS IST, UND SONSTIGE WERTPAPIERE DER EMITTENTIN BEREITS NOTIEREN ODER GEHANDELT WERDEN

---

Die Veranlagung wird nicht an Börsen gehandelt. Die Emittentin hat auch keine sonstigen Wertpapiere ausgegeben, die an Börsen gehandelt werden oder notieren.

## 2.8 ALLFÄLLIGE HAFTUNGSERKLÄRUNGEN DRITTER FÜR DIE VERANLAGUNG

---

Es bestehen keine Haftungserklärungen Dritter zugunsten dieser Veranlagung.

## 2.9 PERSONEN, DIE DAS ANGEBOT FEST ÜBERNOMMEN HABEN ODER DAFÜR GARANTIEREN

---

Es gibt keine Personen, die das Angebot übernommen haben oder dafür garantieren.

## 2.10 ANGABEN ÜBER PERSONEN, DENEN DAS AUS DER EMISSION ERWORBENE KAPITAL ZUR WIRTSCHAFTLICHEN VERFÜGUNG ZUFLIESST, SOFERN DIESE PERSONEN NICHT MIT DER EMITTENTIN IDENTISCH SIND

Das Kapital verbleibt in der Fondsgesellschaft und wird nach Abzug von Kosten und Vergütungen zur Investition in Beteiligungen an nicht börsennotierten Unternehmen verwendet. Zu Vergütungen der Kapitalverwaltungsgesellschaft, Komplementärin und der Treuhandkommanditistin sowie der Vertriebskosten wird auf Kap. 2.14 verwiesen.

## 2.11 DIE AUF DIE EINKÜNFTE DER VERANLAGUNG ERHOBENEN STEUERN (Z.B. EINKOMMEN STEUER, KAPITALERTRAGS- STEUER, AUSLÄNDISCHE QUELLENSTEUERN)

### 2.11.1 Grundsätzliches

Die nachfolgende Darstellung der steuerlichen Konzeption der Vermögensanlage gilt ausschließlich für natürliche Personen mit steuerlicher Ansässigkeit (gemäß DBA DE) in Österreich, die ihre Beteiligung im steuerlichen Privatvermögen halten und sie in voller Höhe mit eigenen Mitteln finanzieren. Sie geht davon aus, dass die Fondsgesellschaft nicht zur Körperschaftsbesteuerung in Deutschland optiert. Die individuellen Verhältnisse der Anleger können dabei nicht berücksichtigt werden. Diese Ausführungen stellen keine individuelle steuerliche Beratung der Anleger dar und können eine solche nicht ersetzen. Unabhängig davon, ob die Vermögensanlage im steuerlichen Privatvermögen oder als steuerliches Betriebsvermögen eines Einzelunternehmens, einer Personengesellschaft, einer Kapitalgesellschaft oder einer Privatstiftung erworben wird, sollten die steuerlichen Konsequenzen von einem steuerlichen Berater des Anlegers geprüft und beurteilt werden.

Es wird ferner darauf hingewiesen, dass weder die Emittentin noch eine sonstige Person Steuerzahlungen oder Kosten für die Erstellung der Einkommensteuererklärung für die Anleger übernehmen.

Die Darstellung beruht auf der in Österreich und Deutschland geltenden aktuellen Rechtslage unter Berücksichtigung der zum Zeitpunkt der Prospekterstellung geltenden Steuergesetze, Rechtsprechung und Auffassung der Finanzverwaltung. Die steuerlichen Auswirkungen dieses Beteiligungsangebots stehen erst fest, nachdem sie durch das zuständige deutsche Finanzamt der Emittentin (nachfolgend auch: „Fondsgesellschaft“) bzw. das zuständige österreichische Wohnsitzfinanzamt des jeweiligen Anlegers im Rahmen einer Veranlagung bzw. einer steuerlichen Außenprüfung beurteilt wurden und die entsprechenden Steuerbescheide nicht mehr aufgrund eines gerichtlichen Verfahrens oder Verwaltungsverfahren geändert werden können. Die steuerlichen Rahmenbedingungen, insbesondere Gesetze, Rechtsprechung und Verwaltungsanweisungen (insbesondere Investmentfondsrichtlinien sowie Einkommensteuerrichtlinien), können sich ändern und dadurch von den hier dargestellten Konsequenzen abweichende Steuerfolgen bewirken.

### 2.11.2 Laufende Besteuerung

#### 2.11.2.1 Qualifikation und Zuordnung der Einkünfte der Anleger

##### Qualifikation der Einkünfte

Die Fondsgesellschaft erzielt (i) im Wesentlichen Einnahmen aus der Veräußerung von Anteilen an Beteiligungsunternehmen, (ii) aus Gewinnausschüttungen von den Beteiligungsunternehmen, und (iii) in untergeordneter Form Zinserträge aus der Veranlagung der Liquiditätsreserve.

Eine eigene originär gewerbliche Tätigkeit der Fondsgesellschaft ist nach Ansicht der Prospektherausgeberin nicht gegeben (vgl. hierzu jedoch die diesbezüglichen Ausführungen unter Kap. 5.2.5.3 „Steuerliche Risiken“).

Für den Fall der Beteiligung der Fondsgesellschaft an einzelnen originär gewerblich tätigen Personengesellschaften oder als atypisch stiller Gesellschafter an gewerblich tätigen Beteiligungsunternehmen, geht die steuerliche Konzeption des Fonds grundsätzlich von einer gewerblichen Abfärbung aufgrund der Beteiligung auf die Fondsgesellschaft gemäß § 2 Abs. 4 EStG (Randziffer 5831a Einkommensteuerrichtlinien) aus. Die HMW Komplementär GmbH als einziger

persönlich haftender Gesellschafter verleiht der Fondsgesellschaft keinen gewerblichen Charakter nach österreichischem Steuerrecht. Die Gepräge-theorie gilt im Gegensatz zu Deutschland in Österreich nicht (Randziffer 6015 Einkommensteuerrichtlinien). Auf Grund der Tatsache, dass die steuerliche Konzeption keine originäre Gewerblichkeit der Fondsgesellschaft, sondern lediglich eine etwaige „gewerbliche Abfärbung“ laut deutschem und österreichischem Steuerrecht und eine gewerbliche Prägung“ lediglich nach deutschem Steuerrecht unterstellt, ist nach österreichischem Steuerrecht die Fondsgesellschaft als eine vermögensverwaltende Personengesellschaft zu qualifizieren.

#### **Zuordnung der Besteuerungsrechte gemäß DBA**

Hinsichtlich der Anwendung des DBA-DE erscheint aus österreichischer Sicht eine Übereinstimmung mit der deutschen Auffassung gegeben. Das Vorliegen von Einkünften aus Gewerbebetrieb bei der Emittentin auf Grund einer etwaigen gewerblichen Abfärbung oder Prägung führt jedoch nach österreichischem Steuerrecht nicht automatisch zur Zuteilung des Besteuerungsrechts der Einkünfte der österreichischen Anleger an Deutschland auf Grund der Annahme einer Betriebsstätte in Deutschland.

Das Besteuerungsrecht wird daher Österreich – mit Ausnahme der Beteiligung der Fondsgesellschaft an originär gewerblich tätigen Personengesellschaften (einschließlich Beteiligung als atypisch stiller Gesellschafter einer originär gewerblich tätigen Kapitalgesellschaft) – zugewiesen. Insoweit Österreich in einem solchen Fall das Besteuerungsrecht für die den österreichischen Anlegern zuzurechnenden Unternehmensgewinne gemäß DBA nicht wahrnehmen darf, werden die deutschen Einkünfte bei der Festlegung des Steuersatzes, welcher für das in Österreich erzielte Einkommen der Anleger anzuwenden ist, berücksichtigt (Progressionsvorbehalt). Die Einkünfte sind dabei nach österreichischen steuerlichen Grundsätzen zu ermitteln. Es kommt somit zu einer Aufteilung der Besteuerungsrechte anhand des folgenden Schemas:

- **Einkünfte aus Beteiligungen der Fondsgesellschaft an Kapitalgesellschaften**

Das Halten von Beteiligungen an Kapitalgesellschaften und das Erzielen von Erträgen aus solchen Beteiligungsunternehmen ist als vermögensverwaltende Tätigkeit einzustufen, welche von den österreichischen Anlegern in Österreich nach Fondsbesteuerungsgrundsätzen zu versteuern

sind (siehe Kap. 2.11.2.3 „Fondsbesteuerungsgrundsätze in Österreich“).

- **Einkünfte aus der Veranlagung der Liquiditätsreserve**

Unter Berücksichtigung der vermögensverwaltenden Tätigkeit der Fondsgesellschaft werden Zinserträge aus der Veranlagung der Liquiditätsreserve der Fondsgesellschaft (bei Banken) im Ansässigkeitsstaat des Anlegers, somit in Österreich nach Fondsbesteuerungsgrundsätzen besteuert.

- **Einkünfte aus Beteiligungen der Fondsgesellschaft an originär gewerblich tätigen Personengesellschaften bzw. als atypisch stiller Gesellschafter an Kapitalgesellschaften**

Begründen derartige Beteiligungen eine Betriebsstätte, dann wird das Besteuerungsrecht hinsichtlich der Einkünfte daraus dem jeweiligen Betriebsstättenstaat zugeordnet.

Auf Grund der gewerblichen Prägung und / oder allfälligen Abfärbung unterliegt, unabhängig von der Zuordnung des Besteuerungsrechts nach DBA-DE, die Fondsgesellschaft der Gewerbesteuer in Deutschland. Hierzu siehe Kap. 2.11.2.2 „Nationale Besteuerungsebene in Deutschland“.

Die endgültige Anerkennung des Steuerkonzepts der Fondsgesellschaft durch die Finanzverwaltung erfolgt erst im Rahmen der Veranlagung oder einer Betriebsprüfung. Es besteht diesbezüglich auch das Risiko, dass die deutsche Finanzverwaltung auf dem Bestehen einer Betriebsstätte in Deutschland beharren könnte. Eine spätere Abweichung in der steuerlichen Beurteilung ist durch Änderungen der steuerlichen Rahmenbedingungen, insbesondere der Steuergesetze, der Rechtsprechung und der Verwaltungsauffassung nicht auszuschließen. Dies kann dazu führen, dass steuerliche Folgen in anderer Form als angenommen eintreten und die Ergebnisse bzw. die Rendite für die Anleger beeinträchtigt werden. Aufgrund einer Betriebsprüfung erfolgende Änderungen von Steuerbescheiden können bei den Anlegern zu Nachzahlungen führen, die mit einer Zinslast verbunden sind. Dadurch kann die Rendite der Anleger geringer ausfallen.

### 2.11.2.2 Nationale Besteuerungsebene in Deutschland (Besteuerung der österreichischen Anleger in Deutschland)

#### Grundsätzliches zu Gewerbesteuer

Aufgrund der einkommensteuerlich als gewerblich zu qualifizierenden Tätigkeit der Fondsgesellschaft wird auch für Zwecke der Gewerbesteuer angenommen, dass die Fondsgesellschaft einen Gewerbebetrieb gem. § 2 Abs. 1 dGewStG betreibt. Die Fondsgesellschaft selbst ist Schuldnerin der Gewerbesteuer.

Die Gewerbesteuer ist gemäß § 7 S. 1 dGewStG ausgehend vom einkommensteuerlichen Gewinn zu berechnen, der auf Ebene der Fondsgesellschaft ermittelt wurde und der gem. §§ 8 und 9 dGewStG um bestimmte Hinzurechnungen und Kürzungen modifiziert wird. Der sich so ergebende Gewerbeertrag wird nach Abrundung auf volle EUR 100 und nach Abzug des Freibetrages für Personengesellschaften in Höhe von EUR 24.500,00 (höchstens jedoch nach Abzug eines Freibetrags in Höhe des abgerundeten Gewerbeertrags) mit der Steuermesszahl von 3,5 % multipliziert, um den Steuermessbetrag zu ermitteln. Die Gewerbesteuer errechnet sich durch Multiplikation des Hebesatzes mit diesem Steuermessbetrag (§ 16 Abs. 1 dGewStG). Für die Fondsgesellschaft ist nach gegenwärtiger Konzeption die Gemeinde Pullach i. Isartal hebeberechtigt. Die Gemeinde Pullach i. Isartal hat zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung einen Hebesatz von 260 % festgesetzt. Es besteht in diesem Zusammenhang das Risiko, dass die Finanzverwaltung eine Zerlegung des Gewerbebesteuermessbetrags auf die Betriebsstätte der Fondsgesellschaft in Pullach i. Isartal und auf die Betriebsstätte der Kapitalverwaltungsgesellschaft in München verlangt. Nach der steuerlichen Konzeption wird davon ausgegangen, dass der Steuermessbetrag vollständig auf die gewerbesteuerliche Betriebsstätte der Fondsgesellschaft in Pullach i. Isartal entfällt, da sich hier der Sitz der gesetzlichen Geschäftsführerin und Vertreterin, der HMW Komplementär GmbH, und die „Betriebsstätte“ der Fondsgesellschaft befinden. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass die Finanzverwaltung annimmt, dass der Steuermessbetrag mit Rücksicht auf die umfangreichen Aufgaben und Kompetenzen der MIG Capital AG als externer Kapitalverwaltungsgesellschaft ganz oder teilweise auf deren Betriebsstätte in München entfällt. Die Finanzverwaltung würde in diesem Fall zur Ermittlung der Gewerbesteuer – anders als konzipiert – teilweise oder gar vollständig auf den höheren Hebesatz der Stadt München von

gegenwärtig 490 % abstellen. Dies führte zu einer höheren Belastung der Gesellschaft mit Gewerbesteuer, da der Hebesatz der Gemeinde Pullach i. Isartal zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung auf lediglich 260 % festgesetzt ist.

Die Fondsgesellschaft selbst ist Schuldnerin der deutschen Gewerbesteuer. Fällt auf Ebene der Fondsgesellschaft Gewerbesteuer an, so belastet diese alle Anleger. Solange eine Fondsgesellschaft gewerblich tätig ist, erscheint diese Tatsache auch nicht so nachteilig, weil alle Anleger die Gewerbesteuerbelastung in den Grenzen des § 35 dEStG steuermindernd im Rahmen ihrer persönlichen Einkommensteueranmeldung in Deutschland nutzen können. Ist die Fondsgesellschaft wie im vorliegenden Fall lediglich gewerblich geprägt, und hat Österreich daher das persönliche Besteuerungsrecht, so können österreichische Anleger die deutsche Gewerbesteuer nicht steuermindernd im Rahmen einer persönlichen Einkommensteueranmeldung in Deutschland nutzen. Dennoch ist in Deutschland Gewerbesteuer auf Ebene der Fondsgesellschaft zu entrichten. Unter Berücksichtigung der Zuteilungsregeln des persönlichen Besteuerungsrechts des DBA's müsste die Gewerbesteuer, soweit sie auf österreichische Anleger entfällt und nicht auf Einkünfte aus originär gewerblichen Mitunternehmerbeteiligungen mit einer deutschen Betriebsstätte zurück zu führen ist, vollständig rückerstattet werden. Ob eine solche Rückerstattung durchsetzbar ist und über welches Verfahren nach deutschem Recht, ist unklar. Die deutsche Finanzverwaltung hat diesbezüglich noch keine Stellung bezogen, sondern lediglich die Gewerbesteuerpflicht einer gewerblich geprägten Personengesellschaft festgehalten.

#### Gewerbesteuer für laufende Einkünfte

Gewinne, die aufgrund Gewinnanteilen an einer in- oder ausländischen Personenhandelsgesellschaft oder einer anderen Gesellschaft, bei der die Gesellschaft als Mitunternehmerin des Gewerbebetriebs anzusehen ist, erzielt werden (einschließlich Veräußerungs- und Aufgabegewinnen), sind gem. § 9 Nr. 2 dGewStG vom Gewerbeertrag zu kürzen, soweit sie bei der Ermittlung des Gewinns angesetzt wurden. Andererseits bleiben auch die mit einer solchen Beteiligung erzielten Verluste bei der Berechnung der Bemessungsgrundlage für die Gewerbesteuer unberücksichtigt (§ 8 Nr. 8 dGewStG). Ausschüttungen inländischer und ausländischer Kapitalgesellschaften, an denen die Fondsgesellschaft beteiligt ist, werden

ebenfalls in der Regel aus der Bemessungsgrundlage für die Gewerbesteuer herausgenommen, wenn die Beteiligungsquote mindestens 15 % des Grund- oder Stammkapitals beträgt und die betreffenden Gewinnanteile bei der Ermittlung des Gewinns zunächst angesetzt worden sind (§ 9 Nr. 2a, Nr. 7 dGewStG). Hält die Fondsgesellschaft eine geringere Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft, sind deren Dividenden dem Gewerbeertrag gemäß § 8 Nr. 5 dGewStG demgegenüber im Umfang von 40 % des Dividendenbetrags hinzuzurechnen, also im Umfang des Betrags, der aufgrund des Teileinkünfteverfahrens gemäß § 3 Nr. 40 lit. d) dEStG bei der Ermittlung des einkommensteuerlichen Gewinns zunächst nicht angesetzt worden war.

Zinseinkünfte der Fondsgesellschaft sind nicht von der Kürzungsvorschrift des § 9 Nr. 2 dGewStG erfasst. So weit sie anfallen, lösen sie folglich eine Belastung mit Gewerbesteuer aus. Die Vergütung, die die Fondsgesellschaft an ihre Komplementärin sowie ihre Treuhandkommanditistin zahlt, wird – abzüglich der damit im Zusammenhang stehenden Aufwendungen – gemäß § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 dEStG dem Gewinn der Gesellschaft hinzugerechnet und erhöht somit auch die Bemessungsgrundlage für die Gewerbesteuer. Für diese Vergütung fällt auf Ebene der Fondsgesellschaft daher Gewerbesteuer an. Gewinne der Fondsgesellschaft aus der Veräußerung von Anteilen an Beteiligungsunternehmen in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft sind gemäß § 3 Nr. 40 lit. a) dEStG und § 3c Abs. 2 EStG im Umfang von 40 % von der Erfassung als einkommensteuerlicher Gewinn freigestellt. Diese Freistellung überträgt sich auf die Ermittlung des gewerbesteuerlichen Gewinns, sodass die Fondsgesellschaft nur auf 60 % der Gewinne im Falle eines „Exit“ Gewerbesteuer schuldet.

Die in einem Geschäftsjahr entstehenden Verluste können gemäß § 10a dGewStG hinsichtlich der Gewerbesteuer in spätere Jahre vorgetragen und im Rahmen der durch § 10a dGewStG gesetzten Grenzen mit Gewinnen verrechnet werden (sog. Mindestbesteuerung). Verlustvorträge gehen jedoch verloren, soweit sie auf einen ausscheidenden Anleger entfallen.

### **Gewerbesteuer für Gewinne eines Anlegers bei Anteilsveräußerung oder Ausscheiden**

Die Gesellschafter bzw. Anleger der Fondsgesellschaft können aufgrund einer Veräußerung ihres Anteils bzw. einer Abfindungszahlung bei Ausscheiden Gewinne erzielen, wenn der damit erzielte Erlös höher ist als der aktuelle steuerbilanzielle Buchwert des betreffenden

Anteils (Saldo aller Kapital- und Verrechnungskonten des betreffenden Anlegers) zuzüglich Veräußerungskosten. Solche Gewinne bei Anteilsveräußerung oder infolge Ausscheidens unterliegen grundsätzlich nicht der Gewerbesteuer. Die Veräußerungs- und Aufgabegewinne lösen jedoch gemäß § 7 S. 2 dGewStG ausnahmsweise bei der Fondsgesellschaft selbst Gewerbesteuer aus, soweit es sich bei dem Veräußerer oder dem ausscheidenden Gesellschafter nicht um eine unmittelbar als Mitunternehmerin beteiligte, natürliche Person handelt. Nach der steuerlichen Konzeption der Fondsgesellschaft sind auch die Anleger „unmittelbar“ in diesem Sinne beteiligt, deren Kommanditanteil über die Treuhandkommanditistin gehalten wird. Es kann allerdings derzeit nicht ausgeschlossen werden, dass die Finanzverwaltung hierzu eine abweichende Auffassung vertritt und einen Anleger, der sich über die Treuhandkommanditistin an der Fondsgesellschaft beteiligt, nicht als unmittelbar beteiligte natürliche Person beurteilt. In diesem Fall, oder wenn es sich bei dem betreffenden Gesellschafter bzw. Anleger um eine Person oder Kapitalgesellschaft handelt, löst ein Veräußerungs- oder Aufgabegewinn Gewerbesteuer bei der Fondsgesellschaft aus. Obwohl der Veräußerungs- bzw. Aufgabegewinn vom jeweiligen Anleger erzielt wird, ist die darauf entfallende Gewerbesteuer auf Ebene der Fondsgesellschaft geschuldet. Nach den Regelungen des Gesellschaftsvertrags wird die Gewerbesteuer auf Veräußerungs- und Aufgabegewinne nicht auf den betreffenden Anleger abgewälzt.

### **Erzielung originär gewerblicher Einkünfte in Deutschland (daher Zuordnung des Besteuerungsrechts an Deutschland)**

Im Fall der Erzielung originär gewerblicher Einkünfte durch den Fonds und daraus folgender Zuweisung des Besteuerungsrechts an Deutschland, stellen sich die Details zur Einkommensbesteuerung österreichischer Anleger in Deutschland wie folgt dar:

#### **Zuordnung der Einkünfte**

Die Fondsgesellschaft ist als Personengesellschaft nach deutschem Steuerrecht transparent, d. h. sie ist nicht selbst Steuersubjekt für Zwecke des Einkommensteuerrechts und schuldet daher nicht selbst Einkommensteuer in Bezug auf die von ihr erzielten Gewinne. Die Fondsgesellschaft fungiert als Einkünfteerzielungs- und Einkünfteermittlungssubjekt: Sie erzielt Einkünfte, die auf Ebene der Gesellschaft selbst einer Einkunftsart zugeordnet und dort ermittelt werden. Anschließend werden diese Einkünfte

nach dem maßgeblichen Gewinnverteilungsschlüssel unmittelbar den Anlegern zugerechnet. Im Rahmen der Veranlagung wird die Qualifikation und Ermittlung der Einkünfte in einem Bescheid über die einheitliche und gesonderte Feststellung des Gewinns der Fondsgesellschaft von dem hierfür zuständigen Betriebsstättenfinanzamt vorgenommen. Dieser Feststellungsbescheid berücksichtigt Leistungen zwischen Gesellschaftern und Fondsgesellschaft, z. B. Vergütungen an Gesellschafter für Leistungen an die Gesellschaft (sog. Sonderbetriebseinnahmen), sowie Aufwendungen der Gesellschafter, die der Gesellschaft oder der Gesellschafterstellung dienen (sog. Sonderbetriebsausgaben). Der Feststellungsbescheid enthält ferner die Feststellung der Gewinnverteilung unter den Gesellschaftern bzw. Anlegern und ist für die Veranlagung der einzelnen Anleger durch die für sie zuständigen Wohnsitzfinanzämter bindend.

### Qualifizierung der Einkünfte

Die Fondsgesellschaft erzielt im Wesentlichen Einnahmen aufgrund Ausschüttungen ihrer Beteiligungsunternehmen, durch die Veräußerung von Anteilen an Beteiligungsunternehmen und in Form von Zinserträgen. Diese Einkünfte sind steuerlich nach der Konzeption der Fondsgesellschaft als gewerbliche Einkünfte zu qualifizieren. Dies ergibt sich aus der geplanten Beteiligung der Fondsgesellschaft an gewerblich tätigen oder gewerblich geprägten Personengesellschaften, da hierdurch gemäß § 15 Abs. 3 Nr. 1 dEStG ihre gesamte Tätigkeit als gewerblich „infiziert“ gilt. Schließlich erzielt die Fondsgesellschaft auch aufgrund der Fiktion gemäß § 15 Abs. 3 Nr. 2 dEStG gewerbliche Einkünfte, da bei ihr ausschließlich eine Kapitalgesellschaft (die HMW Komplementär GmbH) persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin ist (sog. gewerbliche Prägung).

### Ermittlung der Einkünfte

Als Mitunternehmerschaft mit gewerblichen Einkünften ermittelt die Fondsgesellschaft ihre Einkünfte nach Bilanzierungsgrundsätzen gemäß §§ 4 und 5 Abs. 1 dEStG durch Betriebsvermögensvergleich. Dies hat zur Folge, dass sich bereits Forderungen und Verbindlichkeiten in der Steuerbilanz auf den steuerlichen Ertrag der Fondsgesellschaft auswirken. Ausschüttungen der Kapitalgesellschaften, an denen die Fondsgesellschaft beteiligt ist, erhöhen den Ertrag des Geschäftsjahres, in dem der entsprechende Gewinnverwendungsbeschluss gefasst wird. Die Auszahlung des Gewinnanteils ist für die gewinnwirksame Erfassung nicht maßgeblich. Zinserträge der Fonds-

gesellschaft werden steuerlich als Ertrag behandelt, sobald die Zinsforderung (unabhängig vom Zeitpunkt deren Fälligkeit) entstanden ist.

Die Gesellschaft soll in erster Linie Gewinne aus der Veräußerung bzw. Aufgabe von Gesellschaftsanteilen (nach deren Wertsteigerung) erzielen. Bei der Veräußerung von Anteilen an einer Kapitalgesellschaft bleibt ein solcher Erlös gemäß § 3 Nr. 40 lit. a) dEStG im Umfang von 40 % steuerfrei; im Gegenzug sind auch nur 60 % der mit dem betreffenden Anteil verbundenen Betriebsausgaben und Veräußerungskosten bei der Ermittlung der Einkünfte abzugsfähig (§ 3c Abs. 2 dEStG). Gleiches gilt – also Berücksichtigung von nur 60 % der Bezüge und der Ausgaben – für laufende Gewinnausschüttungen solcher Kapitalgesellschaften, an denen die Fondsgesellschaft eine Beteiligung hält. Gewinne der Fondsgesellschaft im Zusammenhang mit der Veräußerung oder Aufgabe von Kommanditanteilen oder atypisch stillen Beteiligungen gehören demgegenüber gemäß § 16 Abs. 1 dEStG grundsätzlich ungeschmälert zu den Einkünften aus Gewerbebetrieb. Der Gewinn kann bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen für Gesellschafter bzw. Anleger der Fondsgesellschaft hinsichtlich des auf sie entfallenden Gewinnanteils gemäß § 16 Abs. 4 dEStG steuerbegünstigt sein. Laufende Gewinne der Fondsgesellschaft im Zusammenhang mit ihrer Beteiligung an einer Kommanditgesellschaft oder einer atypisch stillen Beteiligung führen zu laufenden gewerblichen Einkünften, ohne dass es einer entsprechenden Entnahme der Fondsgesellschaft bei dem Beteiligungsunternehmen bzw. einer Ausschüttung dieser Portfolio-Gesellschaft bedarf. Die Zinserträge aus der Anlage der Liquiditätsreserve führen ebenfalls zu Einkünften aus Gewerbebetrieb. Die an die HMW Komplementär GmbH für die Geschäftsführung und die Übernahme des Haftungsrisikos bezahlte Vergütung sowie die an die Treuhandkommanditistin für die Wahrnehmung der Treuhänderfunktionen und die Durchführung der Treuhandverträge bezahlte Vergütung wird gemäß § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 dEStG dem Gewinn der Fondsgesellschaft hinzugerechnet.

Die von der Fondsgesellschaft im Übrigen bezahlten Provisionen und Vergütungen (vgl. hierzu in Kap. 2.14) können grundsätzlich steuermindernd geltend gemacht werden. Allerdings sind bestimmte Aufwendungen, die die Fondsgesellschaft in der Investitionsphase trägt (sog. „Fondsetablierungskosten“), nicht sofort bei Bezahlung als Betriebsausgaben abziehbar. Solche Aufwendungen sind nach § 6e dEStG als An-

schaffungskosten der Fondsgesellschaft für die Beteiligungen an den einzelnen Beteiligungsunternehmen zu erfassen. Die steuerliche Berücksichtigung erfolgt daher in der Regel entweder bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung der Beteiligung in Form von Teilwertabschreibungen oder erst bei Veräußerung der Beteiligung. Infolge der Bilanzierung der Fondsnebenkosten als Anschaffungskosten ist der Betriebsausgabenabzug somit zwar nicht ausgeschlossen, findet aber erst zu einem zeitlich späteren Zeitpunkt bei Teilwertabschreibungen oder bei Berechnung des Veräußerungsgewinns infolge einer Anteilsveräußerung statt.

Es besteht das Risiko, dass in der Anfangsphase von der Fondsgesellschaft erwirtschaftete Verluste auf Ebene der Anleger nicht mit positiven Einkünften verrechnet werden können, die aus anderen Einkunftsquellen erzielt werden. Dieses Risiko realisiert sich dann, wenn die Fondsgesellschaft bzw. die Kapitalanlage in Form der Beteiligung an der Fondsgesellschaft entgegen der steuerlichen Konzeption als sog. Steuerstundungsmodell gemäß § 15b dEStG beurteilt wird. Die Finanzverwaltung geht davon aus, dass geschlossene Fonds in der Rechtsform einer Personengesellschaft, die ihren Anlegern in der Anfangsphase der Beteiligung steuerliche Verluste zuweisen, regelmäßig als Steuerstundungsmodell im Sinne des § 15b dEStG zu klassifizieren sind. Andererseits greift die Verlustabzugsbeschränkung nach § 15b dEStG nur unter der weiteren Voraussetzung ein, dass die in der Anfangsphase der Fondsgesellschaft (diese dauert an, bis konzeptgemäß Gewinne erzielt werden) entstandenen Verluste einen Betrag in Höhe von 10 % der von den Gesellschaftern insgesamt einzuzahlenden Kapitaleinlagen einschließlich Agio, also des Eigenkapitals der Gesellschaft, übersteigen (§ 15b Abs. 3 dEStG). Dies ist bei der Fondsgesellschaft konzeptgemäß nicht der Fall, doch ist nicht auszuschließen, dass ihre Anfangsverluste in Summe diese Grenze von 10 % ihres Eigenkapitals überschreiten. Dies ergäbe sich insbesondere dann, wenn die Provisionen und Vergütungen („Initialkosten“), die in der Anfangsphase anfallen, entgegen der steuerlichen Konzeption und den Regelungen des § 6e dEStG nicht den Anschaffungskosten der Unternehmensbeteiligungen der Fondsgesellschaft zuzurechnen sind, sondern unmittelbar als Betriebsausgaben das Ergebnis der Fondsgesellschaft mindern und zu entsprechenden Verlusten führen (so zuletzt der BFH, Urteil vom 26.4.2018 – IV R 33/15 zur Rechtslage vor Einführung von § 6e dEStG). Falls diese Initialkosten

vollständig oder auch nur zu größeren Teilen als Betriebsausgaben abgezogen werden müssen, werden die Anfangsverluste der Fondsgesellschaft 10 % der Summe des Eigenkapitals der Gesellschaft übersteigen. Sofern daher die Verlustabzugsbeschränkung gem. § 15b dEStG eingreift, können die Verluste ausschließlich mit späteren Gewinnanteilen oder Veräußerungsgewinnen aus der Beteiligung an der Fondsgesellschaft verrechnet werden, nicht aber mit Einkünften aus anderen Einkunftsquellen. Die Folge wäre ein Liquiditätsnachteil zulasten der Anleger. Falls die von der Fondsgesellschaft bis zu deren Auflösung oder bis zum Ausscheiden eines Anlegers insgesamt erzielten Gewinne nicht ausreichen, um die bis zu diesem Zeitpunkt in Summe angefallenen Verluste auszugleichen, wären die Verluste in steuerlicher Hinsicht weitergehend endgültig verloren, soweit sie die Summe der Gewinne übersteigen. Dieser Steuer- nachteil bedeutete einen endgültigen wirtschaftlichen Nachteil für die betroffenen Anleger, da sie den mit der Kapitalanlage gemachten Verlust nicht mehr über den mit einer Verlustverrechnung möglicherweise zu erzielenden Steuervorteil teilweise kompensieren könnten.

### **Mitunternehmerstellung**

Die Fondsgesellschaft bildet mit ihren Gesellschaftern bzw. Anlegern aufgrund ihrer als gewerblich zu qualifizierenden Einkünfte eine sog. Mitunternehmerschaft. Die auf Ebene der Fondsgesellschaft ermittelten Einkünfte werden aus der Handelsbilanz der Fondsgesellschaft abgeleitet, aufgrund steuerlicher Vorgaben modifiziert und den Anlegern gemäß den gesellschaftsvertraglichen Absprachen gemäß § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 dEStG anteilig als Einkünfte zugerechnet. Die Anleger sind zusammen mit den Gründungsgesellschaftern steuerlich „Mitunternehmer“. Für die Stellung als Mitunternehmer ist dabei erforderlich, dass ein Anleger „Mitunternehmerisiko“ trägt und „Mitunternehmerinitiative“ entfaltet. Das Mitunternehmerisiko bezeichnet die wirtschaftliche Beteiligung am Erfolg oder Misserfolg der Gesellschaft. Mitunternehmerinitiative ist gegeben, wenn der Einfluss eines Anlegers auf die unternehmerischen Entscheidungen der Gesellschaft dem eines Kommanditisten angenähert ist. Da die Anleger nach dem in § 15 des Gesellschaftsvertrags festgelegten Verteilungsschlüssel anteilig am Gewinn und Verlust sowie am Vermögen der Gesellschaft einschließlich deren Liquidationserlös beteiligt sind, tragen sie ein hinreichendes Mitunternehmerisiko. Den Anlegern wird im Gesellschaftsvertrag und im Treuhandvertrag

darüber hinaus das Recht eingeräumt, an Beschlussfassungen der Fondsgesellschaft teilzunehmen, Kontrollrechte wie ein Kommanditist auszuüben und auch die sonstigen, mit ihrer Beteiligung verbundenen Mitgliedschaftsrechte selbst wahrzunehmen. Die Anleger entfalten somit auch Mitunternehmerinitiative. Nach der steuerlichen Konzeption erfüllen die Anleger der Fondsgesellschaft zusammenfassend die Voraussetzungen, die an die steuerliche Qualifizierung einer „Mitunternehmerschaft“ gestellt werden. Obwohl die Anleger (zunächst) als Treugeber nur mittelbar an der Fondsgesellschaft beteiligt sind, werden ihnen die jeweiligen Kommanditanteile gemäß § 39 Abs. 2 Nr. 1 Satz 2 dAO unmittelbar zugerechnet. Denn die Treuhandkommanditistin übt nach dem Treuhandvertrag ihre Rechte aus den treuhänderisch gehaltenen Kommanditanteilen ausschließlich für Rechnung der Anleger und nach deren Weisungen aus. Im Innenverhältnis zur Gesellschaft und zur Treuhandkommanditistin werden die Anleger wie direkt beteiligte Kommanditisten behandelt. Die Anleger werden deshalb auch als mittelbar beteiligte „Treugeber“ in steuerlicher Hinsicht den direkt beteiligten Kommanditisten gleichgestellt.

### **Laufende Ergebnisanteile**

Die von der Fondsgesellschaft erzielten gewerblichen Einkünfte werden den Anlegern zum 31.12. jeden Jahres gemäß § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 dEStG unmittelbar zugerechnet, d. h. die steuerliche Zurechnung erfolgt unabhängig von einem Gewinnverwendungsbeschluss und von einer Auszahlung bzw. einer Entnahme des gesellschaftsvertraglichen Gewinnanteils.

Die Höhe der auf Gewinnanteile der Anleger entfallenden Einkommensteuer hängt von der individuellen steuerlichen Situation jedes einzelnen Anlegers ab. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die im Rahmen der Tarifprogression anwendbaren Steuersätze, die bei entsprechender Höhe anderer Einkünfte eines Anlegers gegenwärtig bis zu 45 % betragen können. Die Höhe der Gewinnanteile bemisst sich auch für steuerliche Zwecke nach dem in § 15 des Gesellschaftsvertrags festgelegten Gewinnverteilungsschlüssel. Ergänzend hierzu wird jedoch die an die Komplementärin bezahlte Vergütung nur dieser als steuerlicher Gewinn zugerechnet. Zusätzlich zur Einkommensteuer und in Höhe von gegenwärtig 5,5 % des Steuerbetrags hat jeder Anleger auf seine Gewinnanteile einen Solidaritätszuschlag zu zahlen. Hinzu tritt schließlich gegebenenfalls Kirchensteuer.

Auf die Einkommensteuer der Anleger wird die von der Fondsgesellschaft entrichtete Gewerbesteuer, soweit sie nach dem Gesellschaftsvertrag anteilig (grundsätzlich entsprechend Gewinnbeteiligung) auf den jeweiligen Anleger entfällt, gemäß § 35 dEStG teilweise angerechnet. Angerechnet wird die Gewerbesteuer bis zu einer Obergrenze in Höhe des 4,0-fachen des Steuermessbetrags. Eine weitere Anrechnungsbeschränkung besteht darin, dass maximal der sog. Ermäßigungshöchstbetrag (§ 35 Abs. 1 S. 2 dEStG) von der Einkommensteuer abgezogen werden kann. Es besteht daher die Möglichkeit, dass je nach der individuellen Höhe der Einkommensteuer und dem Anteil der gewerblichen Einkünfte an den sonstigen Einkünften des betreffenden Anlegers nicht die gesamte, anteilig auf den Anleger entfallende und von der Fondsgesellschaft bezahlte Gewerbesteuer bei der Einkommensteuer des Anlegers anrechenbar ist.

Kapitalertragsteuer, die auf Zinserträge und Dividenden einbehalten wurde, kann auf die von den Anlegern zu zahlende Einkommensteuer gemäß § 36 Abs. 2 Nr. 2 dEStG angerechnet werden. Die auf den jeweiligen Anleger entfallenden, einbehaltenen Kapitalertragsteuern werden im Rahmen der einheitlichen und gesonderten Feststellung erfasst und dem Wohnsitzfinanzamt jedes Anlegers vom Betriebsstättenfinanzamt der Fondsgesellschaft entsprechend mitgeteilt.

Auszahlungen der Fondsgesellschaft an die Anleger finden in Form von Entnahmen bzw. „Ausschüttungen“ nach entsprechenden Mehrheitsbeschlüssen der aufgrund Ausschüttungsentscheidung der Komplementärin gemäß § 16 des Gesellschaftsvertrages statt. Sie sind steuerlich neutral und lösen keine zusätzliche Belastung mit Einkommensteuer aus. Die ausgeschütteten Erträge unterliegen keinem Quellensteuerabzug. Sofern Gewinne der Fondsgesellschaft vollständig an die Anleger ausgeschüttet werden, spielt die sog. Thesaurierungsbegünstigung gemäß § 34a dEStG, die für nicht entnommene Gewinne einen reduzierten Einkommensteuersatz in Höhe von 28,25 % vorsieht, keine Rolle.

### **Veräußerungsgewinne**

Verkauft ein Anleger seinen Anteil an der Fondsgesellschaft oder scheidet er gegen Abfindung aus der Gesellschaft aus, so hat er einen hierbei erzielten Gewinn („Veräußerungs-“ bzw. „Aufgabegewinn“) gemäß § 16 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 dEStG als Einkünfte aus Gewerbebetrieb zu versteuern.

Soweit ein Veräußerungserlös oder eine Abfindung auf den Wert der Kapitalgesellschaften entfällt, an denen die Fondsgesellschaft beteiligt ist, stellt die Regelung zum Teileinkünfteverfahren gemäß § 3 Nr. 40 lit. b) dEStG einen Teilbetrag in Höhe von 40 % des Veräußerungs- oder Aufgabegewinns von der Besteuerung frei. Dies gilt für alle Gewinne aus der Veräußerung oder Aufgabe eines Mitunternehmeranteils in Höhe des Anteils des Gesamterlöses, der ein Entgelt für den Wert von Anteilen der Mitunternehmerschaft an Kapitalgesellschaften darstellt.

Ein Veräußerungs- oder Aufgabegewinn im Sinne von § 16 dEStG kann grundsätzlich gemäß § 34 Abs. 1 oder Abs. 3 und daneben gemäß § 16 Abs. 4 dEStG steuerbegünstigt sein, wenn der gesamte Mitunternehmeranteil und nicht lediglich ein Teil übertragen wird. Allerdings werden die Begünstigungen des § 34 Abs. 1 und Abs. 3 dEStG gemäß § 34 Abs. 2 Nr. 1 dEStG auf den überwiegenden Anteil des Veräußerungs- bzw. Aufgabegewinns eines Anlegers keine Anwendung finden. Ein erheblicher Teil der Veräußerungs- bzw. Aufgabegewinne im Sinne von § 16 dEStG dürfte aus vorgenanntem Grund bereits gemäß § 3 Nr. 40 lit. b) dEStG im Teileinkünfteverfahren in Höhe von 40 % steuerfrei sein. § 34 Abs. 2 Nr. 1 dEStG schließt den Anleger von den Begünstigungen des § 34 dEStG jedoch aus, soweit ein Veräußerungs- oder Aufgabegewinn nach dem Teileinkünfteverfahren steuerpflichtig ist. Die Vergünstigung gemäß § 34 Abs. 1 oder Abs. 3 dEStG ist somit nur auf Veräußerungs- und Aufgabegewinne anwendbar, soweit sie nicht dem Teileinkünfteverfahren unterfallen. Dies kann insbesondere für den Anteil eines Veräußerungs- bzw. Aufgabegewinns gelten, der auf den Wert der Beteiligung der Fondsgesellschaft an einer Personengesellschaft entfällt, soweit diese nicht ihrerseits an Kapitalgesellschaften beteiligt ist. Die Begünstigung nach § 34 Abs. 1 dEStG bewirkt, dass der Veräußerungs- bzw. Aufgabegewinn, der in einem Veranlagungszeitraum anfällt, hinsichtlich der Höhe des Steuertarifs so besteuert wird, als wäre er neben den übrigen Einkünften des Gesellschafters gleichmäßig verteilt in einem Zeitraum von fünf Jahren entstanden. Es handelt sich dabei um eine tarifliche Begünstigung zur Glättung der Progressionswirkung, die mit einer Besteuerung des gesamten Veräußerungs- bzw. Aufgabegewinns in einem Jahr verbunden wäre. Sie wirkt sich lediglich bei solchen Anlegern begünstigend aus, deren sonstige Einkünfte nicht so hoch sind, dass bereits ein Betrag in Höhe eines Fünftels des Veräußerungs- bzw. Aufgabegewinns vollständig in der höchsten Progressionsstufe

des Steuersatzes liegt. Alternativ zur Begünstigung gemäß § 34 Abs. 1 dEStG können Anleger, die zum Zeitpunkt der Veräußerung oder des Ausscheidens das 55. Lebensjahr vollendet haben oder im sozialversicherungsrechtlichen Sinne dauernd berufsunfähig sind, die Begünstigung gemäß § 34 Abs. 3 dEStG in Anspruch nehmen, vorbehaltlich der Ausnahme für die vom Teileinkünfteverfahren erfassten Gewinne. Soweit der Veräußerungs- bzw. Aufgabegewinn den Betrag von EUR 5 Mio. nicht übersteigt, wird hierauf in diesem Fall ein ermäßigter Steuersatz angewandt. Er beträgt 56 % des durchschnittlichen Steuersatzes, der sich ergäbe, wenn die tarifliche Einkommensteuer nach dem gesamten zu versteuernden Einkommen zuzüglich der dem Progressionsvorbehalt unterliegenden Einkünfte zu bemessen wäre, mindestens jedoch 14 %. Diese Ermäßigung kann der Steuerpflichtige nur einmal im Leben in Anspruch nehmen.

Unabhängig von den Begünstigungen durch das Teileinkünfteverfahren sowie den Bestimmungen in § 34 Abs. 1 und Abs. 3 dEStG können Anleger von dem zu versteuernden Veräußerungs- bzw. Aufgabegewinn auf Antrag einen Freibetrag gemäß § 16 Abs. 4 dEStG abziehen, wenn sie zum Zeitpunkt des Ausscheidens unbeschränkt steuerpflichtig sind und das 55. Lebensjahr vollendet haben oder im sozialversicherungsrechtlichen Sinne dauernd berufsunfähig sind. Bei Inanspruchnahme des Freibetrags wird der Veräußerungs- bzw. Aufgabegewinn nur zur Einkommensteuer herangezogen, soweit er EUR 45.000,00 übersteigt. Dieser Freibetrag ermäßigt sich andererseits um den Betrag, um den der Gewinn EUR 136.000,00 übersteigt. Der Freibetrag gemäß § 16 Abs. 4 dEStG kann vom Steuerpflichtigen darüber hinaus nur einmal im Leben in Anspruch genommen werden. Von einem beschränkt steuerpflichtigen österreichischen Anleger kann ein Freibetrag gem. § 16 Absatz 4 dEStG nicht in Anspruch genommen werden.

### **Einkünfteerzielungsabsicht**

Die von der Fondsgesellschaft erzielten Gewinne und Verluste sind auf Ebene der Anleger nur unter der Voraussetzung zu versteuern bzw. abziehbar, dass sowohl die Anleger als auch die Fondsgesellschaft in der Absicht tätig werden, vom Beginn der Tätigkeit bis zu deren Ende ein positives Gesamtergebnis der Beteiligung bzw. des Geschäftsbetriebs zu erzielen (sog. Totalgewinn in der Totalperiode). Laut steuerlicher Konzeption der Anbieterin ist eine solche Gewinnerzielungsabsicht auf beiden Ebenen grundsätzlich vorhan-

den, sofern die Kapitalanlage durch den Anleger nicht fremd finanziert wird.

### **Verlustabzug und Verlustverrechnung**

Grundsätzlich können die Verluste der Fondsgesellschaft in einem Geschäftsjahr mit anderen Einkünften des Anlegers verrechnet werden. Die Verlustverteilung unter den Anlegern entspricht gemäß § 15 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrags dem Verhältnis des von einem Anleger geleisteten Einlagebetrag zum Gesamtbetrag der von allen Anlegern auf ihren Kapitalanteil bezahlten Einlagen am jeweiligen Bilanzstichtag (31.12.) des betreffenden Geschäftsjahres.

Die Verluste werden vorrangig mit den positiven Einkünften des gleichen Jahres verrechnet. Soweit Verluste nicht mit positiven Einkünften verrechnet werden können, sind diese bis zu einem Betrag von EUR 1 Mio. vom Gesamtbetrag der Einkünfte des unmittelbar vorangegangenen Jahres vorrangig vor Sonderausgaben, außergewöhnlichen Belastungen und sonstigen Abzugsbeträgen abzuziehen (Verlustrücktrag). Bei Ehegatten, die nach §§ 26a, 26b dEStG zusammen veranlagt werden, tritt an die Stelle des Betrags von EUR 1 Mio. der Betrag von EUR 2 Mio. Da Voraussetzung für die Zusammenveranlagung von Ehegatten u. a. ist, dass beide Ehegatten unbeschränkt steuerpflichtig in Deutschland sind, kann der erhöhte Betrag von EUR 2 Mio von einem beschränkt steuerpflichtigen österreichischen Anleger nicht geltend gemacht werden. Auf Antrag des Steuerpflichtigen wird vom Verlustrücktrag abgesehen und die Verluste werden vorgetragen.

Im Falle des Verlustvortrags können Verluste in späteren Jahren bis zu einem Gesamtbetrag der Einkünfte von EUR 1 Mio. in voller Höhe, darüber hinaus bis zu 60 % des EUR 1 Mio. übersteigenden Gesamtbetrags von Einkünften abgezogen werden (Verlustvortrag gemäß § 10d dEStG). Bei Ehegatten, die nach §§ 26, 26b dEStG zusammen veranlagt werden, tritt an die Stelle des Betrags von EUR 1 Mio. der Betrag von EUR 2 Mio. Da Voraussetzung für die Zusammenveranlagung von Ehegatten u. a. ist, dass beide Ehegatten unbeschränkt steuerpflichtig in Deutschland sind, kann der erhöhte Betrag von EUR 2 Mio von einem beschränkt steuerpflichtigen österreichischen Anleger nicht geltend gemacht werden.

Der Verlustabzug kann allerdings gemäß § 15b dEStG im Veranlagungszeitraum der Verlustentstehung sowie in späteren Jahren von der Verrechnung mit Ein-

künften aus anderen Einkunftsquellen ausgeschlossen sein. Die Anbieterin geht jedoch davon aus, dass die Verlustabzugsbeschränkung des § 15b dEStG für die Fondsgesellschaft aufgrund deren steuerlichen Konzeption und der aktuellen, höchstrichterlichen Rechtsprechung nicht anwendbar ist. Das betreffende steuerliche Risiko ist unter dem Punkt „Ermittlung der Einkünfte“ beschrieben.

Abgesehen davon ist der einem Anleger zuzurechnende Anteil am Verlust jedoch auch von der Verrechnung mit anderen positiven Einkünften ausgeschlossen, soweit ein negatives Kapitalkonto entsteht oder sich erhöht und der Anleger nicht den Gläubigern der Fondsgesellschaft über seine geleistete Einlage hinaus aufgrund des § 171 Abs. 1 HGB für Gesellschaftsverbindlichkeiten persönlich haftet (§ 15a Abs. 1 dEStG). Der Verlust mindert insoweit nur Gewinne, die dem Anleger in späteren Wirtschaftsjahren aus seiner Beteiligung an der Fondsgesellschaft zuzurechnen sind (§ 15a Abs. 2 dEStG).

### **Ausländische Quellensteuern**

Die Fondsgesellschaft plant, auch Anteile an Beteiligungsunternehmen mit Sitz im Ausland zu erwerben. Gewinnausschüttungen sowie zuzurechnende Gewinnanteile dieser ausländischen Beteiligungsunternehmen können einer Quellensteuer unterliegen. Den Anlegern können einbehaltene Steuerabzugsbeträge gegebenenfalls auf Antrag zum Teil erstattet werden, wenn sie gegenüber den ausländischen Steuerbehörden nachweisen, dass sie steuerlich in Österreich ansässig sind. Soweit eine solche Erstattung nicht möglich ist, kann die ausländische Quellensteuer mit bestimmten Höchstbeträgen bei der Einkommensteuer angerechnet werden. Die Gesellschaft stellt dem Anleger steuerliche Mitteilungen zur Verfügung, die Informationen zur ausländischen Quellensteuer enthalten.

Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass einem beschränkt steuerpflichtigen österreichischen Anleger diverse persönliche steuerliche Begünstigungen, insbesondere

- der Grundfreibetrag in Höhe von EUR 9.984,00 und der Splittingtarif für Verheiratete nicht gewährt werden (§ 50 Abs. 1 Satz 2 dEStG);
- kein Freibetrag gemäß § 16 Abs. 4 dEStG zusteht;

- Betriebsausgaben nur insofern abgezogen (steuerlich verwertet) werden, als sie mit inländischen Einkünften im Zusammenhang stehen.

### Verfahrensrecht

Die Einkünfte der Fondsgesellschaft werden auf Basis der eingereichten Steuererklärung für die Gesellschaft vom zuständigen Betriebsstättenfinanzamt jährlich für alle Anleger einheitlich und gesondert festgestellt. Das Betriebsstättenfinanzamt soll die Einkünfte anschließend amtsintern an das jeweilige inländische (deutsche) Wohnsitzfinanzamt des Anlegers melden. Von Seiten der Fondsgesellschaft werden den Anlegern die voraussichtlichen steuerlichen Ergebnisse und Angaben zu in- und ausländischen Steuern für Zwecke der Erstellung der persönlichen Einkommensteuer jeweils mitgeteilt.

In Ergänzung zu diesen Ausführungen kann wie folgt festgehalten werden: Die von der Fondsgesellschaft erzielten Gewinne werden auch für die österreichischen Anleger im Bescheid über die einheitliche und gesonderte Feststellung festgestellt und auf diese verteilt. Anleger mit Wohnsitz in Österreich sind hinsichtlich ihrer Einkünfte aus der Beteiligung an der Fondsgesellschaft in Deutschland gemäß § 49 Abs. 1 Nr. 2 lit. a dEStG beschränkt steuerpflichtig. Sie haben eine Steuererklärung abzugeben. Für die Besteuerung der österreichischen Anleger ist gemäß § 19 Abs. 2 dAO das Finanzamt zuständig, in dessen Zuständigkeitsbereich der wertvollste Teil des Vermögens des beschränkt Steuerpflichtigen liegt. Für den Fall, dass der österreichische Anleger nur die Beteiligung an der Fondsgesellschaft hält, wäre somit München zuständig. Nur in einem Veranlagungsverfahren kann die von den Beteiligungsgesellschaften bei Auszahlung der Dividenden einbehaltene Kapitalertragsteuer auf die Einkommensteuer angerechnet werden und etwaige Verluste aus der Anlaufphase, die noch nicht abgezogen werden konnten, berücksichtigt werden. Da die gewerbliche Fondsgesellschaft den österreichischen Anlegern Einkünfte aus einem Betrieb im Sinne des § 50 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 dEStG vermittelt, entfaltet einbehaltene Kapitalertragsteuer keine Abgeltungswirkung; d. h., dass es zur Versteuerung nach Einkommensteuertarif kommt. Ist das Besteuerungsrecht Deutschland zugewiesen, so sind die Einkünfte trotz Bestehen der beschränkten Steuerpflicht in Deutschland auch in Österreich in der Einkommensteuererklärung aufzunehmen. Dies ist zur Berücksichtigung des Progressionsvorbehalts in Österreich erforderlich.

### 2.11.2.3 Fondsbesteuerungsgrundsätze in Österreich

Bei der Emittentin, einer ertragsteuerlich transparenten Personengesellschaft, handelt es sich aus österreichischer Sicht um einen ausländischen Alternativen Investmentfonds (AIF) gemäß § 2 Abs. 1 AIFMG (Alternative Investmentfonds Manager Gesetz). Als ausländischer Kapitalanlagefonds unterliegt er gemäß § 188 Abs. 1 Z. 2 InvFG den Bestimmungen des § 186 InvFG und ist daher nach österreichischen Fondsbesteuerungsgrundsätzen zu besteuern. Diese Besteuerung kann gedanklich in 2 Ebenen aufgeteilt werden:

#### 1. Ebene: Beteiligung des Anlegers an den Beteiligungsunternehmen über die Fondsgesellschaft (Fondsebene)

Auf der ersten Ebene („Fondsebene“) werden laufende Erträge der Fondsgesellschaft besteuert.

Hierunter fallen sowohl erhaltene Dividenden oder Zinserträge als auch realisierte Substanzgewinne bzw. -verluste (aus der Veräußerung von Beteiligungsunternehmen). Letztere unabhängig von der Behaltefrist und dem Ausmaß der Beteiligung.

#### Ausgeschüttete und thesaurierte Erträge

In Abhängigkeit davon, ob die erwirtschafteten Erträge ausgeschüttet werden oder im Fonds verbleiben (Thesaurierung) wird zwischen der Besteuerung der Ausschüttungen selbst und ausschüttungsgleichen Erträgen unterschieden:

**(1) Tatsächliche Ausschüttung:** Werden Erträge aus Einkünften gemäß § 27 EStG (Zinsen, Gewinnausschüttungen und Substanzgewinne nach Verrechnung mit Substanzverlusten) abzüglich der damit in Zusammenhang stehenden Aufwendungen tatsächlich an den Anleger ausgeschüttet, so kommt es zur (sofortigen) Besteuerung von Einkünften aus Kapitalvermögen. Laut Anlagebedingungen für die Fondsgesellschaft iVm dem Gesellschaftsvertrag der Fondsgesellschaft werden Jahresüberschüsse in einzelnen Geschäftsjahren oder Liquiditätsüberschüsse, insbesondere aus der Veräußerung von Beteiligungsunternehmen an die Anleger unter Berücksichtigung der Liquiditätserfordernisse der Fondsgesell-

schaft ausgeschüttet. Es ist daher grundsätzlich von einer tatsächlichen Ausschüttung auszugehen.

**(2) Thesaurierung:** Verbleiben die Erträge in der Fondsgesellschaft, gelten sämtliche Zinserträge/Gewinnausschüttungen (Dividenden) sowie 60 % der erzielten Substanzgewinne (Veräußerungsgewinne) abzüglich der damit in Zusammenhang stehenden Aufwendungen eines Kapitalanlagefonds an die Anleger als ausgeschüttet (ausschüttungsgleiche Erträge). Die ausschüttungsgleichen Erträge gelten mit der Veröffentlichung der steuerlichen Daten bei fristgerechter Meldung als ausgeschüttet und damit als zugeflossen und sind zu versteuern. Die maßgeblichen Jahresmeldungen haben spätestens sieben Monate nach dem jeweiligen Fondsgeschäftsjahresende zu erfolgen. Werden die als ausgeschüttet geltenden Erträge später tatsächlich ausgeschüttet, sind sie steuerfrei. Die Verrechnung von ausschüttungsgleichen Erträgen an den Anleger wirkt sich als (fiktive) Erhöhung seiner Anschaffungskosten aus. Eine tatsächliche Ausschüttung führt zum (fiktiven) Absinken der Anschaffungskosten. Durch dieses System der (fiktiven) Erhöhung und Senkung der Anschaffungskosten wird eine Doppelbesteuerung

beim Anleger vermieden. Dies deshalb, da im Fall der Veräußerung des Anteilsscheins durch den Anleger dem erzielten Erlös die adaptierten Anschaffungskosten gegenüberstehen.

Hinsichtlich der Aufwendungen, die periodengerecht abzugrenzen sind, ist zwischen allgemeinen Aufwendungen des Fonds (z. B. Managementgebühren, Kosten der Rechnungsprüfung) und zuordenbaren Aufwendungen (z. B. Kosten für Anschaffungen oder Veräußerungen von Vermögensgegenständen der Fondsgesellschaft) zu unterscheiden. Allgemeine Aufwendungen der Fondsgesellschaft werden auf die jeweiligen Einkünfte (siehe Tabelle oben) entsprechend deren Höhe verhältnismäßig verteilt. Direkt zuordenbare Aufwendungen sind grundsätzlich nur bei Substanzgewinnen und Einkünften, die keine Einkünfte gemäß § 27 EStG darstellen, denkbar, und sind direkt bei der Ermittlung der jeweiligen Einkünfte anzusetzen.

Errechnet sich ein Verlust, ist dieser mit Einkünften aus Kapitalvermögen (§ 27 EStG) in den Folgejahren verrechenbar, wobei die Verrechnung vorrangig mit Einkünften der Fondsgesellschaft aus Substanzgewinnen zu erfolgen hat.

**Ermittlung und Besteuerung der Einkünfte**

Einkünfte aus	Ermittlung	Steuersatz
realisierten Wertsteigerungen (= Gewinne bzw. Verluste aus der Veräußerung von Anteilen an Beteiligungsunternehmen = Substanzgewinne bzw. -verluste)	Veräußerungserlös abzüglich (i) der Anschaffungskosten (einschließlich Anschaffungsnebenkosten) der Fondsgesellschaft, (ii) der sonstigen Aufwendungen im Zusammenhang mit der Veräußerung und (iii) der Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Fonds.	27,5 %
Gewinnausschüttungen aus Beteiligungsunternehmen	Gewinnausschüttung abzüglich Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Fonds.	27,5 %
Geldeinlagen und nicht verbrieften sonstigen Forderungen bei Kreditinstituten	Zinserträge abzüglich Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Fonds	25 %
Zinserträgen aus Geldforderungen gegenüber Beteiligungsunternehmen	Zinserträge abzüglich Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Fonds	ESt-Tarif

### Einkommensteuererklärung des Anlegers

Die ermittelten (thesaurierten und ausgeschütteten) Einkünfte sind in die Einkommensteuererklärung des Anlegers aufzunehmen und wie folgt zu versteuern:

- (1) MIG Fonds 18 ist als Meldefonds gegenüber der Österreichischen Kontrollbank (OeKB) geführt (siehe [my.oekb.at](http://my.oekb.at)). Der steuerliche Vertreter meldet die Grundlagen der Besteuerung an die OeKB, die OeKB errechnet auf Basis dieser Daten die steuerlichen Bemessungsgrundlagen und legt diese jährlich offen. Die Versteuerung muss durch den Anleger selbst im Rahmen seiner Einkommensteuererklärung unter Berücksichtigung der von der OeKB veröffentlichten Daten erfolgen.
- (2) Aus heutiger Sicht ist es nicht auszuschließen, dass anstelle der Meldung an die OeKB (gemäß Verordnung des Bundesministers für Finanzen über die Meldung der steuerrelevanten Daten für Investmentfonds, Immobilienfonds und AIF [Fonds-Melde-Verordnung 2015]) ein Selbstnachweis der steuerrechtlich relevanten Daten durch die Anleger unter Beilage der dafür notwendigen Unterlagen auf der Grundlage der vom Fondsmanagement den Anlegern zur Verfügung gestellten Unterlagen erfolgt. Das Fondsmanagement würde folglich den MIG Fonds 18 als so genannten Nicht-Meldefonds durch entsprechende Mitteilung an die OeKB qualifizieren.
- (3) Gemäß § 188 iVm § 186 Abs 2 Z. 3 InvFG kann der Anteilinhaber (hier: Gesellschafter) die Höhe der ausschüttungsgleichen Erträge oder die Steuerfreiheit der tatsächlichen Ausschüttung unter Beilage der dafür notwendigen Unterlagen nachweisen. Diese Vorgehensweise wird von den Investmentfondsrichtlinien 2018, Randziffer 218, bestätigt, welche weiters auch erläuternde Aussagen für die Anwendung eines Selbstnachweises festhalten. Gemäß den Investmentfondsrichtlinien 2018 kann der Selbstnachweis grundsätzlich bis zur Rechtskraft des Einkommensteuerbescheides gegenüber dem zuständigen Wohnsitzfinanzamt des Anlegers erbracht werden. Im Rahmen des Selbstnachweises sind exakt dieselben steuerrelevanten Daten nachzuweisen, die auch ein steuerlicher Vertreter des Fonds gegenüber der Meldestelle (OeKB) mitzuteilen hätte. Die Investmentfondsrichtlinien 2018 führen als Beispiel folgende Unterlagen an:
  - Rechenschaftsbericht
  - Jahresberichte
  - Ertragsrechnungen unter Ableitung des steuerlichen Ergebnisses
- (4) Auf Grund unserer Erfahrungen im Zusammenhang mit Selbstnachweisen werden von der Finanzverwaltung folgende Darstellungen im Rahmen eines Selbstnachweises gefordert:
  - Feststellung des steuerlichen Ergebnisses für den konkreten Fonds
  - Ableitung des steuerlichen Ergebnisses für den individuellen Anleger
  - Durch einen Wirtschaftsprüfer attestierter Jahresabschluss des konkreten MIG Fonds
  - Aufstellung der Entwicklung der steuerlichen Anschaffungskosten der einzelnen Beteiligungsgesellschaften der Fondsgesellschaft
  - Entwicklung der Verlustvorträge (Aufwandsüberhänge in Vorjahren) der Fondsgesellschaft
- (5) Inhalt und Umfang eines (qualifizierten) Selbstnachweises sind in einem aktuellen Erkenntnis des österreichischen Verwaltungsgerichtshofes (VwGH 16.11.2023, 2021/15/0085) wie folgt festgehalten worden:
  - Im Zuge des Selbstnachweises sind dieselben steuerrelevanten Daten zu berechnen und nachzuweisen, wie beim Meldefonds; eine vereinfachte Berechnung ist nicht vorgesehen
  - Ausschüttungen und ausschüttungsgleiche Erträge sind unter Anschluss der notwendigen Unterlagen nachzuweisen
  - Die Art der Erträge (Dividenden, Zinsen, Substanzgewinne, etc.) und die Aufwendun-

gen sind offenzulegen; eine Saldierung zu Nettoerträgen ist nicht ausreichend.

Die angeführten Daten / Unterlagen liegen der Fondsgesellschaft vor und können somit dem Anleger zur Verfügung gestellt werden.

- (6) Folglich werden die vom steuerlichen Vertreter der Fondsgesellschaft ermittelten steuerpflichtigen ausschüttungsgleichen Erträge sowie Ausschüttungen als individualisierter Selbstnachweis im Rahmen der jährlichen steuerlichen Hinweise an die Anleger (= Steuerpflichtige) mitgeteilt werden. Der Steuerpflichtige hat bei Investmentfondsanteilen, die sich auf einem ausländischen Depot befinden, den Selbstnachweis gegenüber dem für die Erhebung der Einkommensteuer zuständigen Finanzamt zu erbringen, da die Fondserträge in die Einkommensteuererklärung aufzunehmen und im Rahmen der Veranlagung zu besteuern sind. Ein solcher Selbstnachweis kann bis zur Rechtskraft des Einkommensteuerbescheides (grundsätzlich bis zum Ablauf der Rechtsmittelfrist) erbracht werden. Später erbrachte Selbstnachweise sind nach Maßgabe der abgabenverfahrensrechtlichen Bestimmungen zu berücksichtigen.

- (7) Anstelle des besonderen Steuersatzes von 27,5 % auf die dem Anleger zugerechneten Einkünfte kann auf Antrag des Anlegers der allgemeine Steuertarif angewendet werden (Regelbesteuerungsoption). Die Regelbesteuerungsoption kann nur für sämtliche Einkünfte aus Kapitalvermögen des Anlegers, die dem besonderen Steuersatz von 27,5 % unterliegen, ausgeübt werden. Auch bei Ausübung der Regelbesteuerungsoption ist wie bei der Besteuerung mit dem besonderen Steuersatz von 27,5 % der Abzug von Werbungskosten und Anschaffungsnebenkosten auf Ebene des Anlegers ausgeschlossen. Die von deutschen Beteiligungsunternehmen einbehaltene Kapitalertragsteuer kann über Antrag auf 15 % reduziert werden. Die reduzierte deutsche Kapitalertragsteuer kann auf die österreichische Einkommensteuer im Rahmen der Einkommensteuererklärung des Anlegers angerechnet werden. Ein allfälliger Antrag auf Rückerstattung deutscher Kapitalertragsteuer kann bis spätestens 4 Jahre nach Ablauf des

Kalenderjahres gestellt werden, in dem die Kapitalerträge bezogen worden sind.

## **2. Ebene - Anteilsscheinebene: Beteiligung des Anlegers an der Fondsgesellschaft**

Von der mittelbaren Beteiligung des Anlegers an den Beteiligungsunternehmen über die Fondsgesellschaft (Ebene 1 – „Fondsebene“) ist die Beteiligung des Anlegers an der Fondsgesellschaft selbst zu unterscheiden (sogenannte „Anteilsscheinebene“).

Die Veräußerung des Anteilsscheins durch den Anleger ist unabhängig von der Behaltdauer und dem Ausmaß der Beteiligung mit dem besonderen Steuersatz von 27,5 % steuerpflichtig. Bei der entgeltlichen Übertragung (= Veräußerung) des Anteils an der Fondsgesellschaft (Fondsanteils) handelt es sich um eine Veräußerung, welche auf der persönlichen Ebene des Anlegers stattfindet und daher nicht auf Ebene der Fondsgesellschaft. Das steuerliche Ergebnis einer solchen Veräußerung wird nicht von der Fondsgesellschaft zur Verfügung gestellt. Gewinne und / oder Verluste aus solchen Veräußerungen sind durch den Anleger selbst zu ermitteln und ausschließlich im Rahmen der Einkommensteuererklärung zu erklären.

### **2.11.3 Besteuerung bei Veräußerung des Anteils an der Fondsgesellschaft**

Die Zuweisung des Besteuerungsrechts für Veräußerungsgewinne bestimmt das DBA.

Von der Beteiligung des in Österreich ansässigen Anlegers an den Beteiligungsunternehmen über die Fondsgesellschaft (sogenannte „Fondsebene“; 1. Ebene in Punkt 2.11.2.3. Fondsbesteuerungsgrundsätze in Österreich“) ist die Beteiligung des Anlegers an der Fondsgesellschaft selbst zu unterscheiden (sogenannte „Anteilsscheinebene“; 2. Ebene in Punkt 2.11.2.3 „Fondsbesteuerungsgrundsätze in Österreich“). Wird die Fondsbeteiligung durch den Anleger veräußert, so gilt auch das Fondsbesteuerungsregime in Österreich, soweit das Besteuerungsrecht eines Veräußerungsgewinns mangels Vorliegens einer Betriebsstätte in Deutschland Österreich zugewiesen wird. Realisierte Substanzgewinne sind in diesem Fall demnach – unabhängig von der Behaltdauer – mit dem besonderen Steuersatz von 27,5 % steuerpflichtig.

Sollte abweichend hiervon eine Betriebsstätte in Deutschland begründet werden, so unterliegt ein österreichischer Anleger mit diesen Gewinnen der deutschen Einkommensbesteuerung (vgl. oben unter „Erzielung originär gewerblicher Einkünfte in Deutschland (daher Zuordnung des Besteuerungsrechts an Deutschland“, „Veräußerungsgewinne“) Auf das in beiden Fällen bestehende Risiko der Belastung eines etwaigen Veräußerungsgewinns aus der Veräußerung einer Fondsbeteiligung durch einen Anleger mit Gewerbesteuer auf Ebene der Fondsgesellschaft wird ausdrücklich hingewiesen (vgl. Kap. 2.11.2.2 „Nationale Besteuerungsebene in Deutschland (Besteuerung der österreichischen Anleger in Deutschland“).

#### 2.11.4 Erbschaft und Schenkung

Zwischen Österreich und Deutschland bestand bis zum 31.12.2007 ein Doppelbesteuerungsabkommen zur Vermeidung einer Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Erbschaftsteuern. Dieses wurde von der Bundesrepublik Deutschland gekündigt. Im Abkommen zwischen Österreich und Deutschland vom 6.11.2008 wurde festgehalten, dass das ursprüngliche Doppelbesteuerungsabkommen auf dem Gebiet der Erbschaftsteuern vom 4.10.1954 auf Erbfälle weiter anzuwenden ist, in denen der Erblasser nach dem 31.12.2007 und vor dem 1.08.2008 verstorben ist. Auf Grund des Wegfalls der Abschirmwirkung des Doppelbesteuerungsabkommens zur Vermeidung einer Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Erbschaftsteuern hat sich der Besteuerungsanspruch Deutschlands deutlich erweitert. Es können daher auch Sachverhalte mit österreichischem Bezug von der deutschen Erbschaftsteuer betroffen sein.

##### **Erbschaft- und Schenkungssteuer in Deutschland für österreichische Anleger**

Der deutschen Erbschaftsteuer und Schenkungssteuer unterliegen nicht nur Sachverhalte, welche durch die Beteiligten (Erbe und Erblasser) einen Inlandsbezug aufweisen, sondern auch der sogenannte Vermögensanfall bei Inlandsvermögen. Als Inlandsvermögen in diesem Sinne gilt auch inländisches Betriebsvermögen. Im Fall der Anteile liegt inländisches Betriebsvermögen auch für österreichische Anleger vor, da es sich bei der Fondsgesellschaft um eine gewerblich geprägte Personengesellschaft im Sinne von § 15 Abs. 3 Nr. 2 dEStG handelt. Lediglich sog. Förmliches „Auslandsvermögen“ der Fondsgesellschaft im Sinne des § 21 Abs. 2 dErbStG (bspw. die Beteiligung

der Fondsgesellschaft an einer Kapitalgesellschaft, die Sitz und Geschäftsleitung im Ausland hat) wird vom Begriff des Inlandsvermögens ausgenommen. Die unentgeltliche Übertragung der Kapitalanlage von Todes wegen oder unter Lebenden unterliegt in Deutschland grundsätzlich der Erbschaft bzw. Schenkungsteuer.

Als steuerpflichtiger Erwerb gilt die Bereicherung des Erwerbers, soweit sie nicht steuerfrei ist, § 10 Abs. 1 S. 1 Erbschaft- und Schenkungsteuergesetz (dErbStG). Für die Erbschaft- bzw. Schenkungsteuer muss das auf den Erben oder Beschenkten übergehende Wirtschaftsgut daher auf den Zeitpunkt dieser Zuwendung bewertet werden. Das zu bewertende Wirtschaftsgut ist bei einer Direktbeteiligung des Erben oder Schenkers der Kommanditanteil an der Fondsgesellschaft und bei einem treuhänderisch gehaltenen Anteil der Herausgabeanspruch des Erblassers oder Schenkers gegen die Treuhandkommanditistin. Beide Wirtschaftsgüter werden für die Erbschaft- oder Schenkungsteuer gleich bewertet, nämlich mit dem sog. Gemeinen Wert des (treuhänderisch) gehaltenen Kommanditanteils des Erblassers bzw. Schenkers an der Fondsgesellschaft.

Die Ermittlung dieses „gemeinen Werts“ der Beteiligung an der Gesellschaft erfolgt gemäß § 97 Abs. 1a Bewertungsgesetz (dBewG) dadurch, dass zunächst der gemeine Wert des gesamten Gesellschaftsvermögens festgestellt und dieser anteilig entsprechend der Gewinnbeteiligung auf den betroffenen Kommanditanteil aufgeteilt wird. Darüber hinaus erfolgt eine Vorwegzurechnung bestimmter Wirtschaftsgüter und Schulden. Der „gemeine Wert“ des Betriebsvermögens der Fondsgesellschaft wird gemäß § 109 Abs. 2 dBewG unter entsprechender Anwendung des für Kapitalgesellschaften geltenden Wertermittlungsverfahrens (§ 11 Abs. 2 dBewG) bestimmt. Er wird demnach vorrangig aus Verkäufen von Anteilen an der Gesellschaft an Dritte abgeleitet, die innerhalb des letzten Jahres stattgefunden haben. Sofern dies nicht möglich ist, ist der gemeine Wert des Betriebsvermögens der Fondsgesellschaft unter Berücksichtigung ihrer Ertragsaussichten oder einer anderen anerkannten, auch im gewöhnlichen Geschäftsverkehr für nicht steuerliche Zwecke üblichen Methode zu ermitteln. Für die Wertermittlung kann hierbei auch das sog. vereinfachte Ertragswertverfahren gemäß §§ 199 ff. dBewG herangezogen werden, wenn dies nicht zu offensichtlich unzutreffenden Ergebnissen führt. Der so ermittelte Wert darf nicht die Summe der gemeinen

Werte der zum Betriebsvermögen gehörenden Wirtschaftsgüter und sonstigen Aktiva abzüglich der zum Betriebsvermögen gehörenden Schulden und sonstigen Abzüge (sog. Substanzwert) der Gesellschaft als Mindestwert unterschreiten. Im Fall der Fondsgesellschaft ist für die Ermittlung des „gemeinen Werts“ daher letztlich die Summe der Werte aller Unternehmensbeteiligungen und der Liquiditätsreserve, abzüglich der Schulden der Gesellschaft maßgeblich (vgl. auch § 200 Abs. 3 dBewG). Die Unternehmensbeteiligungen der Fondsgesellschaft ihrerseits werden nach den vorstehend dargestellten Grundsätzen gemäß § 11 Abs. 2 dBewG (Ableitung aus Verkäufen innerhalb des letzten Jahres und – sofern dies nicht möglich ist – anhand eines anerkannten Wertermittlungsverfahrens) ermittelt.

Gemäß §§ 13a Abs. 1, 13b Abs. 2 dErbStG kann auf den Wert des Betriebsvermögens einer Gesellschaft wie der Fondsgesellschaft unter bestimmten Voraussetzungen ein sog. Verschonungsabschlag von 85 % – bzw. unter weiteren Voraussetzungen auf Antrag von 100 % (§ 13a Abs. 10 dErbStG) – gewährt werden. Diese Begünstigung kommt indessen nur insoweit in Betracht, als das Vermögen der Gesellschaft nicht aus sog. Verwaltungsvermögen besteht (§ 13b Abs. 2 dErbStG). Ausgenommen hiervon ist lediglich das sog. unschädliche Verwaltungsvermögen (§ 13b Abs. 7 dErbStG). Unschädliches Verwaltungsvermögen liegt vor, wenn es 10% des um den Nettowert des Verwaltungsvermögens gekürzten gemeinen Wert des Betriebsvermögens einer Gesellschaft nicht übersteigt. Ein Verschonungsabschlag entfällt jedoch gänzlich, wenn das Verwaltungsvermögen mindestens 90% des gemeinen Werts des begünstigungsfähigen Vermögens beträgt (§ 13b Abs. 2 dErbStG). Das Vermögen einer Gesellschaft ist in diesem Sinne u. a. dann „Verwaltungsvermögen“, wenn es aus Anteilen an Kapitalgesellschaften besteht, die 25 % oder weniger des Nennkapitals solcher Beteiligungsgesellschaften entsprechen. Nach dem Portfolio-Konzept der Fondsgesellschaft ist nicht wahrscheinlich, dass gehaltene Beteiligungen über eine Anteilsquote von 25 % hinausgehen. Mit Rücksicht darauf wird vermutlich ein Teil von mehr als 90 % des Gesellschaftsvermögens aus sog. „Verwaltungsvermögen“ bestehen, sodass der Verschonungsabschlag der §§ 13a Abs. 1, 13b Abs. 42 dErbStG im Falle der Vererbung oder Verschenkung von Kommanditanteilen an der Fondsgesellschaft voraussichtlich ausscheidet und auch die weitere Steuervergünstigung des § 13a Abs. 2 dErbStG (Abzugsbetrag) nicht nutzbar ist. Es kann

andererseits nicht ausgeschlossen werden, dass die Steuerbegünstigungen der §§ 13a, 13b dErbStG bei Vererbung oder Verschenkung der Beteiligung an der Fondsgesellschaft zumindest teilweise zur Anwendung gelangen. Hinsichtlich der Anwendungsvoraussetzungen und der Steuerfolgen bei Übertragungen, die unter das Erbschaft bzw. Schenkungsteuergesetz fallen, sollte daher in jedem Fall zusätzlich ein steuerlicher Berater konsultiert werden.

Die endgültige Höhe der Erbschaft- bzw. Schenkungsteuer ist abhängig vom Umfang der für das vererbte bzw. geschenkte Vermögen ermittelten Bemessungsgrundlage und richtet sich ferner nach den persönlichen Verhältnissen des Erwerbers zum Erblasser bzw. Schenker. Diese persönlichen Verhältnisse sind auch für die Höhe möglicher Freibeträge gemäß § 16 dErbStG maßgeblich (z. B. gegenwärtig bei Ehegatten oder Lebenspartnern EUR 500.000,00 und bei leiblichen Kindern EUR 400.000,00). Die Freibeträge können nach Ablauf von zehn Jahren erneut in Anspruch genommen werden.

Die in der Regel großzügig bemessenen Freibeträge im Bereich der deutschen Erbschafts- und Schenkungsteuer werden bei der Besteuerung auf Grund der sog. Inlandsvermögenseigenschaft im Einzelfall um einen Teilbetrag stark verringert. Dieser Teilbetrag entspricht dabei dem Verhältnis der Summe der Werte des im demselben Zeitpunkt erworbenen, nicht der beschränkten Steuerpflicht unterliegenden Vermögens und derjenigen, nicht der beschränkten Steuerpflicht unterliegenden Vermögensvorteile, die innerhalb von zehn Jahren von derselben Person angefallen sind, zum Wert des Vermögens, das insgesamt innerhalb von zehn Jahren von derselben Person angefallen ist. Die absolute Höhe der in Deutschland zu entrichtenden Erbschaftsteuer richtet sich letztlich nach dem Wert des steuerpflichtigen Erwerbs und dem im Einzelfall vom Verwandtschaftsgrad abhängigen anzuwendenden Steuersatz.

### **Erbschaft- und Schenkungssteuer in Österreich für österreichische Anleger**

Bei in Österreich unbeschränkt steuerpflichtigen Personen unterliegen Erwerbe von Todes wegen und Schenkungen unter Lebenden seit dem 01.08.2008 nicht mehr der österreichischen Erbschaft- und Schenkungssteuer. Dementsprechend sind hier auch Übertragungen von Anteilen an Personengesellschaften nicht mehr steuerpflichtig. Gemäß § 121 a BAO besteht jedoch nunmehr eine Anzeigepflicht gegenüber dem Finanzamt, wenn u. a. Anteile an Personenvereinigungen

unter Lebenden mit einem gemeinen Wert von mehr als EUR 15.000,00 (oder von mehr als EUR 50.000,00 zwischen Angehörigen) unentgeltlich übertragen werden.

## 2.12 ZEITRAUM FÜR DIE ZEICHNUNG

Das öffentliche Angebot der Kapitalanlage beginnt frühestens einen österreichischen Bankarbeitstag nach der Veröffentlichung dieses Veranlagungsprospekts nach Schema A des KMG 2019. Die Anteile an der Fondsgesellschaft werden bis längstens 31.12.2026 angeboten, sofern das Emissionsvolumen nicht zu einem früheren Zeitpunkt ausgeschöpft ist.

## 2.13 ETWAIGE EINSCHRÄNKUNGEN DER HANDELBARKEIT DER ANGEBOTENEN VERANLAGUNG UND MARKT, AUF DEM SIE GEHANDELT WERDEN KANN

### Einschränkung der freien Handelbarkeit der Anteile

Die Anteile an der Fondsgesellschaft werden nicht an Börsen oder Märkten notiert oder gehandelt. Die freie Handelbarkeit der Anteile an der MIG GmbH & Co. Fonds 18 geschlossene Investment-KG ist aus diesem Grund in tatsächlicher Hinsicht eingeschränkt. Zweitmärkte für geschlossene Fonds stellen keine Handelsplattformen dar, die mit einer Börse oder einem organisierten Markt vergleichbar wären. Die freie Handelbarkeit der Anteile an der Fondsgesellschaft ist weiterhin dadurch eingeschränkt, dass der Anleger seinen Anteil an der Fondsgesellschaft bzw. die Rechte aus dem Treuhandvertrag grundsätzlich nur zu bestimmten Zeitpunkten auf Dritte übertragen kann, dass die Übertragung von der Zustimmung der HMW Komplementär GmbH abhängig ist, dass zusätzliche, durch unterjährige Übertragung entstehende Kosten vom Anleger übernommen werden müssen und Teilübertragungen auf bestimmte Mindestbeträge und Schwellenwerte beschränkt sind. Auf die vorstehenden Ausführungen in diesem Kapitel wird Bezug genommen.

Die Übertragbarkeit der Anteile und damit verbundene Kosten sind in Kap. 2.25 dargestellt.

## 2.14 VERTRIEBS- UND VERWALTUNGSKOSTEN, MANAGEMENTKOSTEN, JEWEILS NACH HÖHE UND VERRECHNUNGSFORM

### 2.14.1 Kosten und Gebühren, die aus dem Vermögen der Gesellschaft zu zahlen sind

Die nachfolgend aufgeführten Kosten und Gebühren sind aus dem Vermögen der Fondsgesellschaft zu bezahlen. Sie stehen somit nicht als Investitionskapital, d. h. für Venture-Capital-Investitionen (gemäß § 261 Abs. 1 Nr. 4 KAGB) oder Bankguthaben (gemäß § 195 KAGB), zur Verfügung bzw. mindern die der Fondsgesellschaft zufließenden Erträge aus Investitionen. Zu den Vergütungen und Kosten, die aus dem Vermögen der Fondsgesellschaft zu bedienen sind, gehören die nachfolgend aufgeführten Provisionen bei Anlegerbeitritt, die laufenden Kosten (Vergütungen und sonstige laufende Geschäftskosten) sowie die Transaktionskosten:

#### 2.14.1.1 Provisionen/Initialkosten bei Anlegerbeitritt

Die Fondsgesellschaft bezahlt in der Beitrittsphase einmalige Vergütungen in Höhe von insgesamt 13,33 % brutto der Kommanditeinlagen (ohne Agio) für fondsbezogene Dienstleistungen (Gründungskosten, Portfolioeinrichtung, Eigenkapitalvermittlung – „Initialkosten“). Der Vergütungsanspruch für Initialkosten entsteht jeweils pro rata mit jeder Teilzahlung der Anleger auf ihre Kommanditanlage und ist bei Anspruchsentstehung zur Zahlung fällig. Die Initialkosten betreffen folgende Vergütungen für folgende Dienstleister, wobei sich der angegebene Prozentsatz auf den Betrag der von Anlegern geleisteten Kommanditeinlagen (ohne Agio) bezieht:

Eigenkapitalvermittlung (HMW Fundraising GmbH)	9,50 %
Gründungskosten, Initiativleistung, Fondskonzeption (HMW Emissionshaus AG)	2,08 %
Portfolioeinrichtung (MIG Capital AG)	1,75 %
<b>Pauschalgebühren brutto</b>	<b>13,33 %</b>

Die Beträge der Initialkosten sind jeweils Bruttobeträge und berücksichtigen die aktuellen Umsatzsteuersätze. Bei einer Änderung der gesetzlichen Umsatzsteuersätze werden die genannten Bruttobeträge bzw. Prozentsätze entsprechend angepasst.

Die HMW Fundraising GmbH erhält von der Fondsgesellschaft zusätzlich zur Provision für die Eigenkapitalvermittlung in Höhe von 9,50 % brutto der Einlageleistung der Anleger (ohne Agio) vollständig das Agio, das bei Anlegerbeitritt vereinnahmt wird (vgl. in Kap. 2.20.1), sowie eine laufende Vergütung („Bestandsprovision“ - vgl. in Kap. 2.14.1.2). Die HMW Fundraising GmbH erhält von der KVG - MIG Capital AG - schließlich einen Teil der an die KVG ausbezahlten Transaktionsgebühr (vgl. in Kap. 2.14.1.3). Die HMW Emissionshaus AG erhält die Provision in Höhe von 2,08 % brutto der Einlageleistungen der Anleger (ohne Agio) für die Fondskonzeption und Gründungskosten (vgl. zu diesem Auftragsverhältnis näher in Kap. 5.2.2.1). Die MIG Capital AG erhält die Provision in Höhe von 1,75 % brutto der Einlageleistungen der Anleger (ohne Agio) für die Einrichtung des Beteiligungsportfolios der Fondsgesellschaft, also die Auswahl und die Betreuung von Investitionen in Unternehmensbeteiligungen (vgl. zur MIG Capital AG näher in Kap. 3.3.2). Die MIG Capital AG erhält für ihre Tätigkeit ferner eine laufende Verwaltervergütung (vgl. in Kap. 2.14.1.2) sowie eine Transaktionsgebühr (vgl. in Kap. 2.14.1.3), die in den obigen Initialkosten nicht enthalten sind.

### 2.14.1.2 Laufende Kosten

Die Fondsgesellschaft bezahlt aus dem Gesellschaftskapital ferner folgende laufende Vergütungen und Kosten (vgl. auch § 4 Ziffer 1 bis 3 der Anlagebedingungen, abgedruckt in Kap. 7.3):

#### Laufende Vergütungen

Die Fondsgesellschaft bezahlt an die Kapitalverwaltungsgesellschaft, die Komplementärin, die Treuhandkommanditistin, das Vertriebsunternehmen, das mit dem Anlegerservice beauftragte Unternehmen sowie die Verwahrstelle während der Laufzeit der Fondsgesellschaft nach Maßgabe der Anlagebedingungen eine pauschale Vergütung, in der eine Erstattung etwaiger Aufwendungen enthalten ist.

#### (1) Bemessungsgrundlage

Die laufenden Vergütungen werden grundsätzlich als jährliche Pauschalhonorare in Prozent

einer vereinbarten Bemessungsgrundlage errechnet. Die Bemessungsgrundlage für die Berechnung dieser laufenden jährlichen Vergütungen bildet die Summe aus dem durchschnittlichen Nettoinventarwert der Gesellschaft im jeweiligen Geschäftsjahr und den bis zum jeweiligen Berechnungsstichtag von der Gesellschaft an die Anleger geleisteten Auszahlungen, maximal aber 100 % des von den Anlegern gezeichneten Kommanditkapitals („Festkapital“) der Gesellschaft. Die an die Anleger bezahlten Auszahlungen werden bei der Bemessungsgrundlage berücksichtigt, da der Nettoinventarwert während der Laufzeit der Fondsgesellschaft aufgrund von Wertschwankungen bei den Beteiligungsunternehmen reduziert sein kann, ohne dass sich gleichzeitig der Aufwand für die Verwaltung der Fondsgesellschaft und für das Portfoliomanagement verringerte. Zudem sollen Fehlanreize für die Geschäftsführung vermieden werden, wie z. B. Anreize zur Verzögerung von Anteilsveräußerungen oder von Ausschüttungen an die Anleger zur Erhaltung eines höheren Nettoinventarwerts. Sofern der Nettoinventarwert im Geschäftsjahr nur einmal jährlich ermittelt wird, wird für die Berechnung des Durchschnittswerts der Wert am Anfang und am Ende des betreffenden Geschäftsjahres zugrunde gelegt.

#### (2) Höhe der laufenden Vergütungen für die KVG, Gesellschafter und Dritte

Die Summe aller laufenden Vergütungen, die die Gesellschaft an die Kapitalverwaltungsgesellschaft, an Gesellschafter sowie an Dritte bezahlt, beträgt jährlich insgesamt bis zu 1,23 % der Bemessungsgrundlage. Für den Zeitraum 01.01.2024 bis 31.12.2026 beträgt die Summe der laufenden Vergütungen jedoch mindestens jährlich EUR 474.000,00. Die KVG, Gesellschafter sowie Dritte erhalten demnach im Einzelnen folgende laufende Vergütungen:

- **Kapitalverwaltungsgesellschaft**

Die KVG (MIG Capital AG) erhält für die Verwaltung der Gesellschaft beginnend ab 01.01.2024 eine jährliche Vergütung in Höhe von bis zu 0,70 % der Bemessungsgrundlage. Im Zeitraum 01.01.2024 bis 31.12.2026 erhält die KVG eine jährliche Mindestvergütung in Höhe von EUR 250.000,00.

- **Komplementärin**  
Die persönlich haftende Gesellschafterin (HMW Komplementär GmbH) erhält für die Haftungsübernahme und für die Geschäftsführungstätigkeit beginnend ab 01.01.2024 eine jährliche Vergütung in Höhe von bis zu 0,10 % der Bemessungsgrundlage. Im Zeitraum 01.01.2024 bis 31.12.2026 erhält die Komplementärin eine jährliche Mindestvergütung in Höhe von EUR 58.000,00.

- **Treuhandkommanditistin**  
Die Treuhandkommanditistin (MIG Beteiligungstreuhand GmbH) erhält für die Wahrnehmung der Treuhänderfunktionen und die Durchführung der Treuhandverträge beginnend ab 01.01.2024 eine jährliche Vergütung in Höhe von bis zu 0,04 % der Bemessungsgrundlage. Im Zeitraum 01.01.2024 bis 31.12.2026 erhält die Treuhandkommanditistin eine jährliche Mindestvergütung in Höhe von EUR 27.000,00.

Die Treuhandkommanditistin wird die an sie bezahlte Vergütung anteilig an solche Anleger erstatten, die die Treuhandtätigkeit aufgrund einer Direktbeteiligung an der Fondsgesellschaft nicht mehr in Anspruch nehmen. Der Erstattungsbetrag je Anleger lautet auf den Gesamtbetrag der an die Treuhandkommanditistin in den Geschäftsjahren ab der Direktbeteiligung bezahlten Vergütung, multipliziert mit dem Prozentsatz, mit dem der erstattungsberechtigte Anleger am Ende des jeweiligen Geschäftsjahres am Festkapital der Gesellschaft beteiligt ist. Der Erstattungsbetrag wird von der Treuhandkommanditistin längstens bis zur Feststellung des Jahresabschlusses der Gesellschaft für das betreffende Geschäftsjahr an die Gesellschaft ausgezahlt und dort dem Variablen Kapitalkonto I des Anlegers gutgeschrieben (also nicht unmittelbar an den Anleger ausbezahlt, sondern erst bei Ausscheiden des Anlegers oder im Rahmen der Liquidation berücksichtigt).

- **Vertriebsunternehmen**  
Die Vertriebsorganisatorin (HMW Fundraising GmbH) erhält für die Eigenkapitalvermittlung als Bestandsprovision beginnend ab 01.01.2024 eine jährliche Vergütung in

Höhe von bis zu 0,20 % der Bemessungsgrundlage.

- **Anlegerservice, Finanzbuchhaltung**  
Das von der Gesellschaft mit dem Anlegerservice, der Finanzbuchhaltung und der Vertriebsabrechnung beauftragte Unternehmen (MIG Service GmbH) erhält beginnend ab 01.01.2024 eine jährliche Vergütung in Höhe von bis zu 0,19 % der Bemessungsgrundlage. Im Zeitraum vom 01.01.2024 bis 31.12.2026 erhält die MIG Service GmbH eine jährliche Mindestvergütung in Höhe von EUR 139.000,00.

Eine Prognose über die Höhe der laufenden Vergütungen der KVG, der Komplementärin, der Treuhandkommanditistin oder Dritten im Zeitraum 01.01.2024 bis zum Laufzeitende der Gesellschaft (31.12.2037) findet sich in Kap. 2.14.1.4.

### (3) Höhe der laufenden Vergütung für die Verwahrstelle

Die jährliche Vergütung für die Verwahrstelle beträgt beginnend ab dem 01.01.2024 bis zu 0,11 % der Bemessungsgrundlage, mindestens jedoch EUR 21.420,00 jährlich. Eine Prognose über die Höhe der laufenden Vergütung für die Verwahrstelle im Zeitraum 01.01.2024 bis zum Laufzeitende der Gesellschaft (31.12.2037) findet sich in Kap. 2.14.1.4.

### (4) Monatliche Auszahlung; Steuern

Auf die laufenden Vergütungen können monatlich anteilige Vorschüsse auf Basis der jeweils aktuellen Planzahlen erhoben werden. Mögliche Über- oder Unterzahlungen sind nach Feststellung der tatsächlichen Bemessungsgrundlage auszugleichen. Sofern eine Vergütung nicht für ein volles Jahr geschuldet ist, ist sie – auf Basis der Kalendermonate – jeweils zeitanteilig zu bezahlen.

Alle vorgenannten Beträge zu laufenden Vergütungen sind Bruttobeträge, beinhalten also die anfallende gesetzliche Umsatzsteuer. Bei einer Änderung des gesetzlichen Umsatzsteuersatzes werden die genannten Bruttobeträge bzw. Prozentsätze entsprechend angepasst.

**Sonstige laufende Geschäftskosten**

Für die Fondsgesellschaft können sich darüber hinaus folgende weitere, laufende Geschäftskosten ergeben:

- Kosten für die externen Bewerter für die Bewertung der Vermögensgegenstände gem. §§ 261, 271 KAGB;
- bankübliche Depot- und Kontogebühren außerhalb der Verwahrstelle, ggf. einschließlich der banküblichen Kosten für die Verwahrung ausländischer Vermögensgegenstände im Ausland;
- Kosten für Geldkonten und Zahlungsverkehr;
- für die Vermögensgegenstände entstehende Bewirtschaftungskosten (Verwaltungs-, Instandhaltungs- und Betriebskosten, die von Dritten in Rechnung gestellt werden);
- Kosten für die Prüfung der Gesellschaft durch deren Abschlussprüfer;
- von Dritten in Rechnung gestellte Kosten für die Geltendmachung und Durchsetzung von Rechtsansprüchen der Gesellschaft sowie für die Abwehr von gegen die Gesellschaft erhobenen Ansprüchen;
- Gebühren und Kosten, die von staatlichen Stellen in Bezug auf die Gesellschaft erhoben werden;
- Kosten für Rechts- und Steuerberatung im Hinblick auf die Gesellschaft und ihre Vermögensgegenstände (einschließlich steuerrechtlicher Mitteilungen bzw. Bescheinigungen), die von externen Rechts- oder Steuerberatern in Rechnung gestellt werden und die ab Zulassung der Gesellschaft zum Vertrieb entstehen;
- Kosten für die Beauftragung von Stimmrechtsbevollmächtigten, soweit diese gesetzlich erforderlich sind;
- Steuern und Abgaben, die die Gesellschaft schuldet;
- Kosten für die Durchführung von Gesellschafterversammlungen.

Eine Prognose über den Gesamtbetrag dieser jährlichen, sonstigen laufenden Geschäftskosten im Zeitraum 01.01.2024 bis zum Laufzeitende der Gesellschaft (31.12.2037) findet sich in Kap. 2.14.1.4.

**2.14.1.3 Transaktionskosten und Transaktionsgebühr****(1) Transaktionskosten**

Der Gesellschaft können die im Zusammenhang mit Transaktionen (Erwerb, Veräußerung oder Beendigung einer Unternehmensbeteiligung) von Dritten beanspruchten Kosten unabhängig vom tatsächlichen Zustandekommen des Geschäfts belastet werden.

**(2) Transaktionsgebühr**

Die Kapitalverwaltungsgesellschaft erhält im Zusammenhang mit der Veräußerung oder Beendigung einer Unternehmensbeteiligung der Gesellschaft von der Gesellschaft eine Transaktionsgebühr in Höhe von 25 % des bei der jeweiligen Transaktion realisierten „Veräußerungsgewinns“ (vgl. § 4 Ziffer 4.2 der Anlagebedingungen, abgedruckt in Kap 7.3). Der betreffende „Veräußerungsgewinn“ ist der positive Differenzbetrag zwischen dem Erlös der Gesellschaft vor Steuern infolge der Veräußerung bzw. Beendigung der Unternehmensbeteiligung, insbesondere einem Veräußerungs- oder Liquidationserlös, und dem Gesamtbetrag der von der Gesellschaft für den Erwerb der betreffenden Unternehmensbeteiligung aufgewandten handelsrechtlichen Kosten (Anschaffungs- und Anschaffungsnebenkosten) sowie den Veräußerungskosten. Im Falle des Wechsels der KVG erhält nur diejenige KVG die Transaktionsgebühr, die zu dem Zeitpunkt bestellt war, in dem die Unternehmensbeteiligung, auf die sich die Transaktion bezieht, erstmals erworben wurde. Die KVG erhält darüber hinaus, außer der Erstattung der von der KVG für die Fondsgesellschaft verauslagten Transaktionskosten, keine Erstattung eigener Transaktionskosten.

**Für diese Transaktionsgebühr gelten folgende Regelungen:**

Vom „Veräußerungsgewinn“ werden zugunsten der Gesellschaft für die Berechnung der Transaktionsgebühr zusätzlich folgende Beträge abgezogen („Freibeträge“):

- Ein jährlicher Freibetrag in Höhe von 6 % p. a. der handelsrechtlichen Anschaffungs- und Anschaffungsnebenkosten für den Zeitraum zwischen der Anschaffung der betreffenden Unternehmensbeteiligung und deren Veräußerung oder Beendigung („Investitionsfreibetrag“). Dieser Investitionsfreibetrag wird seinerseits um den Gesamtbetrag aller Gewinnausschüttungen vor Steuern reduziert, den die Gesellschaft bis zur Erzielung des Veräußerungs- oder Aufgabegewinns von dem betreffenden Beteiligungsunternehmen erhalten hat, soweit diese Gewinnausschüttungen nicht bereits bei der Ermittlung des Nebenkostenfreibetrags berücksichtigt worden sind;
- Ein einmaliger Freibetrag in Höhe von 13 % des bereits eingezahlten Festkapitals der Gesellschaft am Ende des Geschäftsjahres, dass der Transaktion vorausgeht („Nebenkostenfreibetrag“). Dieser Nebenkostenfreibetrag wird bei der Berechnung weiterer Transaktionsgebühren jedoch nur insoweit in Abzug gebracht, bis zu Gunsten der Fondsgesellschaft ein gesamter Nebenkostenfreibetrag in Höhe von 13 % des eingezahlten Festkapitals der Gesellschaft am Ende des Geschäftsjahres 2029 erreicht worden ist. Dieser maximale Nebenkostenfreibetrag wird um den Gesamtbetrag aller Gewinnausschüttungen vor Steuern aller Beteiligungsunternehmen der Gesellschaft, die bis zur letztmaligen Anrechnung des Freibetrags erfolgen, reduziert, soweit diese Gewinnausschüttungen nicht bereits bei der Ermittlung des Investitionsfreibetrags berücksichtigt worden sind. Sofern der Nebenkostenfreibetrag bei der erstmaligen Berechnung der Transaktionsgebühr den Veräußerungsgewinn übersteigt, wird der übersteigende bzw. verbleibende Betrag des Nebenkostenfreibetrags zugunsten der Gesellschaft bei nachfolgenden Berechnungen der Transaktionsgebühr berücksichtigt.

Der Anspruch auf die Transaktionsgebühr entsteht gegenüber der Gesellschaft jeweils pro rata im Verhältnis der prozentualen Beteiligung der KVG am „Veräußerungsgewinn“ gemäß vorstehenden Bestimmungen, sofern und soweit die Gesellschaft in Folge einer Beteili-

gungsveräußerung oder -beendigung tatsächlich eine Zahlung erhält. Bei der Transaktionsgebühr handelt es sich um eine Bruttogebühr. Die Umsatzsteuer ist in der gemäß vorstehenden Regelungen berechneten Transaktionsgebühr enthalten. Die Transaktionsgebühr wird auch dann nicht angepasst, wenn sich die gesetzlichen Vorschriften zum Umsatzsteuersatz oder zur Umsatzsteuerpflicht ändern.

Die KVG wird einen Teilbetrag von jeweils 30 % der von ihr vereinnahmten Transaktionsgebühr, nach Abzug von hieraus von der KVG an Dritte bezahlten Veräußerungskosten im Zusammenhang mit der betreffenden Transaktion, als zusätzliche Vergütung für Vertriebsleistungen an das mit dem Eigenkapitalvertrieb beauftragte Unternehmen (HMW Fundraising GmbH) weiterleiten.

#### **[Berechnungsbeispiel für eine Transaktionsgebühr:**

Die Gesellschaft hat während der Portfolioverwaltung durch die MIG Capital AG als externe KVG 40 % der Gesellschaftsanteile an der E-GmbH erworben. Die gesamten Anschaffungskosten der Gesellschaft betragen EUR 5 Mio. Die Anteile werden vollständig nach 4,5 Jahren für einen Verkaufspreis von EUR 30 Mio. weiterveräußert. Nach Abzug der Anschaffungskosten in Höhe von EUR 5 Mio. und der Veräußerungskosten in Höhe von EUR 0,5 Mio. verbleibt ein handelsrechtlicher Veräußerungsgewinn in Höhe von EUR 24,5 Mio. Zugunsten der Gesellschaft wird hieraus ein Investitionsfreibetrag in Höhe von EUR 1,35 Mio. (6 % p.a. aus EUR 5 Mio. Anschaffungskosten für 4,5 Jahre) in Abzug gebracht. Darüber hinaus wird vom Veräußerungsgewinn, bei einem unterstellten eingezahlten Festkapital in Höhe von EUR 100 Mio., ein Nebenkostenfreibetrag in Höhe von EUR 13 Mio. ( $EUR\ 100\ Mio. \times 13,0\ \%$ ) abgezogen. Nach Abzug dieser Freibeträge verbleibt ein für die Berechnung maßgeblicher Veräußerungsgewinn (vor etwaigen Steuern) in Höhe von EUR 10,15 Mio., so dass die Transaktionsgebühr EUR 2.537.500,00 ( $EUR\ 10.150.000,00 \times 25\ \%$ ) beträgt. Das mit der Eigenkapitalplatzierung beauftragte Unternehmen erhält hieraus einen Teilbetrag von 30 %, somit einen Teilbetrag in Höhe von rund EUR 761.000,00. Für die Berechnung künftiger

erfolgsabhängiger Transaktionsgebühren findet der Nebenkostenfreibetrag zu Gunsten der Fondsgesellschaft wegen der vollständigen Anrechnung

bei der erstmaligen Transaktionsgebührenberechnung keine Berücksichtigung mehr].

#### 2.14.1.4 Überblick über die Kosten der Fondsgesellschaft, die zu Lasten des Investitionskapitals gehen (Prognose)<sup>1</sup>

Aus dem Vermögen der Fondsgesellschaft sind im Überblick gemäß Prognose im Zeitraum 01.01.2024 bis 31.12.2037 (geplantes Laufzeitende) folgende Kosten zu bezahlen, die das Investitionskapital der Gesellschaft mindern und die nicht für Investitionen in Anlageobjekte dienen (die nachfolgenden Betragsangaben sind jeweils auf volle tausend Euro [„TEUR“] gerundet):

##### 1. INITIALKOSTEN (OHNE AUSGABEAUFSCHLAG; KAP. 2.20.1)

	GESAMTBETRAG BRUTTO <sup>3</sup>	
Provisionen bei Anlegerbeitritt <sup>2</sup> (Kap. 2.14.1.1)		
Eigenkapitalvermittlung (HMW Fundraising GmbH)	9,50 %	9.500 TEUR
Gründungskosten, Initiativleistung, Fondskonzeption (HMW Emissionshaus AG)	2,08 %	2.080 TEUR
Portfolieeinrichtung (MIG Capital AG)	1,75 %	1.750 TEUR
<b>Provisionen, brutto</b>	<b>13,33 %</b>	<b>13.330 TEUR</b>

##### 2. LAUFENDE VERGÜTUNGEN (KAP. 2.14.1.2)

Verwaltervergütung (MIG Capital AG)	7.391 TEUR
Bestandsprovision (HMW Fundraising GmbH)	1.674 TEUR
Treuhandkommanditistin (MIG Beteiligungstreuhand GmbH)	382 TEUR
Anlegerservice; Finanzbuchhaltung u. a. (MIG Service GmbH)	1.958 TEUR
Komplementärin (HMW Komplementär GmbH)	819 TEUR
Verwahrstelle	506 TEUR

##### 3. SONSTIGE LAUFENDE GESCHÄFTSKOSTEN (KAP. 2.14.1.2)

Laufende Kosten	1.988 TEUR
<b>Kosten der Fondsgesellschaft, brutto</b>	<b>28.051 TEUR</b>

<sup>1</sup> In der Kostendarstellung wird von dem geplanten Emissionsvolumen von rund EUR 100 Mio. ausgegangen, ohne Berücksichtigung der Platzierungsreserven von bis zu dreimal EUR 20 Mio.

<sup>2</sup> Der angegebene Prozentsatz bezieht sich auf den Betrag der von den Anlegern an die Gesellschaft geleisteten Einlagen (ohne Agio).

<sup>3</sup> In den angegebenen Beträgen ist die Umsatzsteuer jeweils enthalten.

Hinzu treten die Kosten der Fondsgesellschaft während einer Abwicklung nach Auflösung, also während der Liquidation der Gesellschaft bis zu ihrer Vollbeendigung.

In der vorstehenden Aufstellung ist der Gesamtbetrag des Ausgabeaufschlags (Agio), der von Anlegern bei Beitritt zur Fondsgesellschaft zu bezahlen ist, nicht berücksichtigt. Der Ausgabeaufschlag wird an die Vertriebskoordinatorin, die HMW Fundraising GmbH, ausbezahlt. Der Gesamtbetrag des von Anlegern bezahlten Ausgabeaufschlags ist gegenwärtig schwer zu kalkulieren, da auf dieses Agio im Einzelfall ganz oder teilweise verzichtet werden kann. Laut Prognose ergibt sich ein Gesamtbetrag an bezahltem Agio, das ebenfalls nicht für Investitionen der Fondsgesellschaft zur Verfügung steht, in Höhe von EUR 5 Mio. In der vorstehenden Kostenaufstellung nicht berücksichtigt sind ferner die Transaktionskosten im Zusammenhang mit dem Erwerb oder der Veräußerung von Unternehmensbeteiligungen sowie die Transaktionsgebühren, die die Fondsgesellschaft in Abhängigkeit von Erlösen bei der Veräußerung oder der Beendigung von Unternehmensbeteiligungen an die KVG zu zahlen hat (vgl. näher in Kap. 2.14.1.3) und die gegenwärtig nicht prognostizierbar sind. Eine Darstellung der Vereinbarung zur erfolgsabhängigen Transaktionsgebühr und ein Berechnungsbeispiel hierzu finden sich in Kap. 2.14.1.3.

### 2.14.2 Keine Rückvergütungen

Es wird darauf hingewiesen, dass der MIG Capital AG als externer Kapitalverwaltungsgesellschaft keine Rückvergütungen der aus dem Investmentvermögen an die Verwahrstelle und an Dritte geleisteten Vergütungen und Aufwendungserstattungen zufließen. Die MIG Capital AG erhält als 100 %-Muttergesellschaft der MIG Beteiligungstreuhand GmbH und der MIG Service GmbH ggf jedoch über Gewinnausschüttungen mittelbar einen Teil der Einnahmen, die MIG Beteiligungstreuhand GmbH als Treuhandkommanditistin und die die MIG Service GmbH für die Durchführung des Anlegerservices und anderer Geschäftsbesorgungen von der Fondsgesellschaft als Vergütung erhalten haben.

## 2.15 ANGABE DER BEWERTUNGS-GRUNDSÄTZE

### 2.15.1 Grundlagen

Der Verkehrswert der von der Fondsgesellschaft gehaltenen Vermögenswerte und der Nettoinventarwert je Anteil an der Fondsgesellschaft werden mindestens einmal jährlich ermittelt (§ 272 Abs. 1 KAGB). Der Wert eines Unternehmens, an dem sich die Gesellschaft beteiligen will, wird zudem festgestellt, bevor die Gesellschaft eine Beteiligung erwirbt. Im Folgenden werden die von der Kapitalverwaltungsgesellschaft in diesem Zusammenhang festgelegten Bewertungsprozesse und die dabei angewandten Bewertungsverfahren im Überblick erläutert.

### 2.15.2 Bewertung von Vermögenswerten

#### Zugangsbewertung

Bevor die Fondsgesellschaft in eine Unternehmensbeteiligung investiert, ist ein externer Bewerter hinzuzuziehen. Sofern der Wert der Unternehmensbeteiligung EUR 50 Mio. übersteigt, hat die Bewertung durch zwei externe, voneinander unabhängige Bewerter zu erfolgen (§ 261 Abs. 6 KAGB). Die externen Bewerter sind unabhängig von der Fondsgesellschaft oder der Kapitalverwaltungsgesellschaft, unterliegen einer gesetzlich anerkannten obligatorischen berufsmäßigen Registrierung oder Rechts- und Verwaltungsvorschriften oder berufsständischen Regeln und können ausreichende berufliche Garantien vorweisen, um die Bewertungsfunktion wirksam ausüben zu können. Bei der Bestellung werden im Übrigen die analog anzuwendenden gesetzlichen Vorgaben zu Auslagerungen durch die Kapitalverwaltungsgesellschaft beachtet. Die externen Bewerter erfüllen die gesetzlichen Anforderungen für ihre Bestellung und werden der deutschen Aufsichtsbehörde vor ihrer Bestellung namentlich mitgeteilt.

Zum Zeitpunkt des Erwerbs einer Unternehmensbeteiligung wird in der Rechnungslegung der Gesellschaft als Verkehrswert der Kaufpreis für die Beteiligung einschließlich Anschaffungsnebenkosten angesetzt (§ 32 Abs. 2 KARBV).

#### Folgebewertung

Mindestens einmal jährlich wird für die Fondsgesellschaft eine Bewertung ihrer Vermögensgegenstände

und die Berechnung des Nettoinventarwerts je Anteil an der Gesellschaft durchgeführt. Diese Folgebewertung wird von der Kapitalverwaltungsgesellschaft selbst oder aufgrund Entscheidung der KVG durch einen externen Bewerter vorgenommen. Falls die Kapitalverwaltungsgesellschaft diese Folgebewertung selbst durchführt, stellt sie durch interne Organisationsmaßnahmen sicher, dass die funktionale Unabhängigkeit der hierbei handelnden Personen gewährleistet ist und Interessenkonflikte vermieden werden.

Die Kapitalverwaltungsgesellschaft verpflichtet Unternehmen, an denen die Fondsgesellschaft eine Beteiligung hält, Vermögensaufstellungen auf den jeweiligen Zeitpunkt der Folgebewertung zu erstellen und einmal jährlich anhand des von einem Abschlussprüfer mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschlusses prüfen zu lassen.

### Methodik der Wertermittlung

Der Verkehrswert der von der Fondsgesellschaft gehaltenen Vermögenswerte wird auf Basis gesetzlicher oder marktüblicher Verfahren ermittelt. Anerkannte Grundsätze für die Unternehmensbewertung werden hierbei berücksichtigt.

In einem ersten Schritt wird der Wert der Unternehmen, an denen die Fondsgesellschaft beteiligt ist, ermittelt, und zwar in der Regel auf Basis eines Ertragswertverfahrens oder eines Discounted Cash-Flow-Verfahrens. Zur Bestimmung des Unternehmenswerts wird demnach auf den Barwert der mit dem Eigentum an dem Unternehmen verbundenen Nettozuflüsse an die Unternehmenseigner abgestellt. Zur Ermittlung dieses Barwerts wird ein Kapitalisierungszinssatz verwendet, der die Rendite aus einer zur Investition in das zu bewertende Unternehmen adäquaten Alternativanlage repräsentiert. Der Wert eines Unternehmens wird hier alleine aus seiner Ertragskraft, d. h. seiner Fähigkeit, finanzielle Überschüsse für die Anteilseigner zu erwirtschaften, abgeleitet. Falls der Wert bei Liquidation des Unternehmens den Wert bei Fortführung des Unternehmens übersteigt, kommt demgegenüber der Liquidationswert als Unternehmenswert in Betracht. Besonderheiten der Bewertung, z. B. für kleine und mittelgroße Unternehmen (Abgrenzung des Bewertungsobjekts, Bestimmung des Unternehmerlohns, eingeschränkte Informationsquellen) und für wachstumsstarke Unternehmen (geringer Informationsgehalt von Vergangenheitsanalysen), werden berücksichtigt. Der dergestalt ermittelte Zukunftserfolgswert wird, wenn möglich, anhand von

vereinfachten Preisfindungen (z. B. Ergebnismultiplikatoren, umsatz- oder produktmengenorientierten Multiplikatoren) auf Plausibilität überprüft.

In einem zweiten Schritt wird der individuelle Wert der Beteiligung am Gesamtunternehmen ermittelt, indem beispielsweise Sonderrechte wie Erlös- oder Liquidationspräferenzen oder Mitarbeiterbeteiligungsprogramme des Beteiligungsunternehmens in das Bewertungskalkül mit einbezogen werden.

Sofern die Aktien des Unternehmens, an dem die Fondsgesellschaft beteiligt ist, zum Handel an einer Börse zugelassen sind, wird zur Bewertung ein durchschnittlicher Kurswert herangezogen, von dem in Abhängigkeit von der Liquidität der Aktie, der Kursentwicklung der jüngsten Zeit und des Umfangs der Aktien der Fondsgesellschaft im Einzelfall Abschläge vorgenommen werden können.

Bei der Wertermittlung werden schließlich kalkulierte Transaktionskosten und Transaktionsgebühren berücksichtigt.

### 2.15.3 Ermittlung des Nettoinventarwerts je Anteil

Der Nettoinventarwert je Anteil und Anteilsklasse an der Fondsgesellschaft wird in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorgaben durch Teilung des Werts des Investmentvermögens durch die Zahl der in den Verkehr gelangten Anteile ermittelt. Die Zahl der in den Verkehr gelangten Anteile bestimmt sich dabei nach der in § 3 Abs. 5 des Gesellschaftsvertrags vorgesehenen Stückelung (jeder Anteil eines Kapitalanteils mit einem Betrag von EUR 100,00 bildet demnach einen „Anteil“ im Sinne des § 272 Abs. 1 KAGB). Der Wert des Investmentvermögens ergibt sich aus den jeweiligen Verkehrswerten der zu ihm gehörenden Vermögensgegenstände abzüglich der Verbindlichkeiten. Die Verkehrswertermittlung der von der Fondsgesellschaft gehaltenen Vermögenswerte erfolgt nach den in Kap. 2.15.2 dargestellten Verfahren.

Gemäß § 48 Abs. 8c Z. 7 AIFMG wird der Nettoinventarwert des AIF in Unternehmensbeteiligungen jedes Mal dann veröffentlicht, wenn eine Ausgabe oder Rücknahme der Anteile des AIF in Unternehmensbeteiligungen stattfindet, mindestens aber einmal im Quartal.

## 2.16 ANGABE ALLFÄLLIGER BELASTUNGEN

---

Es bestehen keine Belastungen.

## 2.17 NÄHERE BESTIMMUNGEN ÜBER DIE ERSTELLUNG DES RECHNUNGSABSCHLUSSES UND ETWAIGER RECHENSCHAFTSBERICHTE

---

### 2.17.1 Geschäftsjahr, Jahresabschluss und Halbjahresbericht

---

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr. Die Komplementärin hat innerhalb der gesetzlichen Frist den Jahresabschluss sowie den Lagebericht für das vergangene Geschäftsjahr aufzustellen. Der Jahresabschluss wird entsprechend den gesetzlichen Vorschriften durch einen Abschlussprüfer geprüft. Der Abschlussprüfer wird durch die Gesellschafter mittels Mehrheitsbeschlusses bestimmt.

Gemäß § 48 Abs. 8c Z. 9 AIFMG wird spätestens zwei Monate nach Ablauf des Halbjahres ein Halbjahresbericht erstellt.

### 2.17.2 Vorbereitung der Jahresabschlüsse und Steuererklärungen

---

Die MIG Capital AG hat die PM GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, vertreten durch den Geschäftsführer Herrn Peter Brendt, Innere Wiener Straße 11a, 81667 München, aufgrund Auslagerungsvertrags gemäß § 36 KAGB mit der Vorbereitung der Jahresabschlüsse und der Steuererklärungen der Fondsgesellschaft beauftragt.

Die Auftragnehmerin erhält von der Fondsgesellschaft eine Vergütung. Es wird verwiesen auf die Ausführungen in Kap. 2.14.1.2 („Laufende Kosten“).

Es wird darauf hingewiesen, dass die PM GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft die MIG Capital AG sowie neben der Fondsgesellschaft 15 weitere MIG Fondsgesellschaften bei deren Finanzbuchhaltung sowie der Vorbereitung der Jahresabschlüsse und Steuererklärungen unterstützt. Mit Rücksicht darauf ist ein Interessenkonflikt im Hin-

blick auf die jeweiligen Interessen der MIG Capital AG und der Fondsgesellschaft im Zusammenhang mit der Aufstellung des Jahresabschlusses denkbar.

### 2.17.3 Abschlussprüfer

---

Mit der Prüfung der Fondsgesellschaft einschließlich des Jahresberichts für das Geschäftsjahr 2024 ist der folgende Abschlussprüfer beauftragt:

LM Audit & Tax GmbH  
 Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
 Steuerberatungsgesellschaft  
 Paul-Gerhardt-Allee 50  
 D-81245 München

## 2.18 BESTIMMUNGEN ÜBER DIE AUSSCHÜTTUNG UND VERWENDUNG DES JAHRESÜBERSCHUSSES/JAHRESGEWINNS

---

### 2.18.1 Beteiligung am Vermögen und am Ergebnis der Gesellschaft

---

Die Gesellschafter sind am Vermögen der Gesellschaft jeweils im Verhältnis des von ihnen auf ihren Kapitalanteil bezahlten Einlagebetrags zum Gesamtbetrag der von allen Gesellschaftern auf ihren Kapitalanteil bezahlten Einlagen beteiligt (§ 15 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrags). Diese Vermögensbeteiligung ist bei der Ausschüttung von Liquiditätsüberschüssen der Fondsgesellschaft, für die Berechnung einer Abfindung bei vorzeitigem Ausscheiden oder für die Beteiligung an einem Liquidationserlös von Relevanz.

Sofern die Gesellschaft in einem Geschäftsjahr, insbesondere nach der erfolgreichen Veräußerung einer Unternehmensbeteiligung, einen (handelsrechtlich realisierten) Jahresüberschuss (Gewinn) erzielt, wird dieser Gewinn auf die Gesellschafter aufgeteilt. Gleiches gilt im Falle eines Jahresfehlbetrags (Verlust). Die Gewinnbeteiligung jedes Gesellschafters entspricht dem Verhältnis des von ihm auf seinen Kapitalanteil bezahlten Einlagebetrags zum Gesamtbetrag der von allen Gesellschaftern auf ihren Kapitalanteil bezahlten Einlagen am jeweiligen Bilanzstichtag (31.12.) des betreffenden Geschäftsjahres (§ 15 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags). Für die Ergebnisbeteiligung eines Anlegers ist somit nicht von Relevanz,

zu welchem Zeitpunkt im Laufe des betreffenden Geschäftsjahres die Einlage auf den Kapitalanteil geleistet worden ist, da es für die Ergebnisverteilung allein auf den Einzahlungsstand am Bilanzstichtag (31.12.) ankommt. Ein Gewinnanspruch entsteht mit Feststellung des Jahresabschlusses.

[Beispiel für eine Vermögens- und Gewinnbeteiligung: Die Fondsgesellschaft veräußert nach 4,5 Jahren eine Unternehmensbeteiligung für EUR 30 Mio., die sie seinerzeit für EUR 5 Mio. erworben hatte. Nach Abzug von Veräußerungskosten in Höhe von EUR 0,5 Mio. und bestimmter Freibeträge zugunsten der Fondsgesellschaft verbleibt ein für die Berechnung maßgeblicher Veräußerungsgewinn in Höhe von EUR 10,15 Mio. Die externe KVG erhält im Zusammenhang mit diesem Veräußerungsvorgang eine Transaktionsgebühr in Höhe von rund EUR 2.537.500,00 (vgl. näher in Ziffer 2.14.1.3). Der Fondsgesellschaft verbleibt im Zusammenhang mit der Beteiligungsveräußerung somit im Ergebnis ein Gewinn in Höhe von EUR 21,96 Mio. Sofern sich in dem betreffenden Geschäftsjahr keine sonstigen Gewinne für die Fondsgesellschaft ergeben und die Kosten, etwa für laufende Vergütungen, in Summe z. B. rund EUR 0,5 Mio. betragen, ergäbe sich ein Jahresüberschuss am 31.12. (Bilanzstichtag) in Höhe von EUR 21,46 Mio. Die Gesellschafter sind an diesem Gewinn im Verhältnis ihres einbezahlten Kapitalanteils zum Gesamtbetrag des bereits einbezahlten Festkapitals der Gesellschaft am 31.12. des betreffenden Geschäftsjahres beteiligt. Der Betrag der Anschaffungskosten für die Unternehmensbeteiligung in Höhe von EUR 5 Mio. fließt durch den Beteiligungsverkauf ebenfalls in das Gesellschaftsvermögen zurück. Die Gesellschafter sind hieran im Verhältnis ihrer Vermögensbeteiligung, also im Verhältnis ihres zum Zeitpunkt der Ausschüttung einbezahlten Kapitalanteils zum Gesamtbetrag des einbezahlten Festkapitals beteiligt (§ 15 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrags).]

Sofern die Fondsgesellschaft in einzelnen Geschäftsjahren Verluste erwirtschaftet, werden diese unter den Gesellschaftern wie Gewinne, also im Verhältnis des jeweils bereits geleisteten Einlagebetrags auf den Kapitalanteil im Verhältnis zum Gesamtbetrag aller Einlageleistungen am Bilanzstichtag (31.12.) des betreffenden Geschäftsjahres verteilt. Die Verlustbeteiligung führt zu keiner Nachschuss- oder Einzahlungsverpflichtung, sondern hat Bedeutung als Rechnungsposten für spätere Gewinnanteile oder bei der Berechnung eines Auseinandersetzungsgut-

habens sowie für die Einkommensteuer (vgl. hierzu in Kap. 2.11).

Die beiden Gründungsgesellschafterinnen, d. h. die HMW Komplementär GmbH und die MIG Beteiligungstreuhand GmbH, sind nicht am Vermögen und am Ergebnis (Gewinn und Verlust) der Fondsgesellschaft beteiligt.

## 2.18.2 Entnahmen (Ausschüttungen)

Die Entscheidung, ob ein Liquiditätsüberschuss (liquides Gesellschaftsvermögen) oder ein Jahresüberschuss („Gewinn“) an die Anleger ausbezahlt wird, obliegt grundsätzlich der Gesamtheit der Gesellschafter. Sie entscheiden über Entnahmen bzw. „Ausschüttungen“ nach Maßgabe der Anlagebedingungen durch Gesellschafterbeschluss mit einfacher Mehrheit. Abweichend hiervon kann die Komplementärin mit Zustimmung der externen Kapitalverwaltungsgesellschaft auch ohne Gesellschafterbeschluss eine Ausschüttung von Erlösen aus der Veräußerung von Anteilen an einem Beteiligungsunternehmen der aufgrund von Gewinnausschüttungen eines Beteiligungsunternehmens an die Anleger veranlassen.

Da die Ausschüttungen somit von einem Gesellschafterbeschluss oder einer Entscheidung der Komplementärin nach Realisierung von Beteiligungserlösen abhängen, gibt es bei der Fondsgesellschaft keinen bestimmten Ausschüttungsrhythmus. Angaben zur Häufigkeit von Ausschüttungen können nicht gemacht werden. Die Gesellschaft schüttet Jahresüberschüsse in einzelnen Geschäftsjahren oder Liquiditätsüberschüsse, insbesondere in Folge von Erlösen aus der Veräußerung von Unternehmensbeteiligungen, jedoch grundsätzlich aus, soweit sie nicht nach Auffassung der Geschäftsführung und der KVG als angemessene Liquiditätsreserve zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Fortführung der Geschäfte oder zur Durchführung von Nachinvestitionen in Unternehmensbeteiligungen der Gesellschaft benötigt werden (vgl. § 5 Ziffer 1 der Anlagebedingungen, abgedruckt in Kap. 7.3).

Entnahmen sind gemäß § 16 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags nur mit Zustimmung der HMW Komplementär GmbH möglich, sofern und solange die Gesellschaft noch keinen Gesamtgewinn (nach Erwirtschaftung aller bislang angefallenen Kosten) erzielt hat oder soweit der Ausschüttungsbetrag über den bisherigen Gesamtgewinn hinausgeht. In diesem

Fall werden den Gesellschaftern bzw. Anlegern durch die Entnahme Einlagen auf die Kapitalanteile zurückgezahlt. Falls eine Ausschüttung weitergehend sogar dazu führen würde, dass der Wert der Kommanditeinlage unter den Betrag der im Handelsregister für einen Gesellschafter eingetragenen Haftsumme herabgemindert wird, darf die Ausschüttung wegen des damit verbundenen persönlichen Haftungsrisikos für Gesellschaftsverbindlichkeiten nur mit Zustimmung des betroffenen Gesellschafters erfolgen (§ 152 Abs. 2 Satz 1 KAGB). Entnahmen sind schließlich ausgeschlossen, wenn die Ausschüttung einen Grund für die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Gesellschaft herbeiführen würde (§ 16 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags).

Die Anleger haben nach einer Ausschüttungsentscheidung jeweils einen eigenen Zahlungsanspruch gegen die Gesellschaft. Diese Auszahlungsansprüche sind nur mit vorheriger Zustimmung der HMW Komplementär GmbH übertragbar.

## 2.19 LETZTER RECHENSCHAFTSBERICHT SAMT BETÄTIGUNGSVERMERK

Da die Fondsgesellschaft erst im Januar 2024 gegründet wurde, liegt noch kein geprüfter Jahresabschluss der Fondsgesellschaft vor.

Da es sich bei der Kapitalanlage um keine Veranlagungsgemeinschaft in Immobilien gemäß § 9 KMG 2019 handelt, ist kein Rechenschaftsbericht nach Schema C des KMG 2019 zu erstellen.

## 2.20 DARSTELLUNG DES KAUFPREISES DER VERANLAGUNG SAMT ALLER NEBENKOSTEN

### 2.20.1 Ausgabepreis, Ausgabeaufschlag (Agio)

Für den Erwerb der Kapitalanlage wird ein Ausgabeaufschlag (Agio) erhoben. Die Höhe des Agios beträgt grundsätzlich 5,0 % des Betrags des vom Anleger „gezeichneten“ bzw. übernommenen Kapitalanteils (also seiner jeweiligen Kommanditeinlage). Die Zahlungsverpflichtung für das Agio entsteht jeweils mit einer Zahlung oder jeweils anteilig mit einer Teilzahlung auf

die Kommanditeinlageverpflichtung und ist bei Anspruchsentstehung zur Zahlung fällig. Die KVG bzw. – bei entsprechender Bevollmächtigung – die von ihr eingesetzte Vertriebskoordinatorin ist berechtigt, anlässlich des Beitritts eines Anlegers zur Gesellschaft ganz oder teilweise auf das Agio zu verzichten.

Der „Ausgabepreis“ für den Erwerb einer Beteiligung an der Fondsgesellschaft entspricht somit der Summe aus der von einem Anleger übernommenen Kommanditeinlage in die Gesellschaft und dem Ausgabeaufschlag (vgl. auch § 3 Ziffer 1 der Anlagebedingungen, abgedruckt in Kap. 7.3). Eine gesonderte Veröffentlichung des Ausgabepreises findet im Übrigen nicht statt. Ein Rücknahmepreis für die Anteile ist nicht geschuldet.

Das Agio wird durch die Fondsgesellschaft zur teilweisen Abdeckung der Eigenkapitalvermittlungs- bzw. Vertriebskosten verwendet und deshalb jeweils vollständig an das mit der Vertriebskoordination der Kapitalanlage beauftragte Unternehmen (HMW Fundraising GmbH; vgl. hierzu in Kap. 2.14.1.1) ausgezahlt.

### 2.20.2 Weitere vom Anleger zu zahlende Kosten oder Gebühren

Neben dem Ausgabepreis (Agio) haben die Anleger folgende Kosten oder Gebühren, insbesondere Verwaltungs- oder Veräußerungskosten, selbst zu tragen:

- Für den Fall, dass ein Anleger der Fondsgesellschaft nach Beendigung des Treuhandvertrags als unmittelbar beteiligter Kommanditist beitrifft, entstehen Handelsregister- und Notarkosten, die vom Anleger zu tragen sind. Die betreffenden Registerkosten betreffen zum einen die Eintragung des Anlegers als Kommanditist im Handelsregister. Darüber hinaus ergeben sich Kosten einer notariellen Beglaubigung, da jeder direkt beteiligte Kommanditist laut § 25 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrags der Komplementärin oder dem von ihr beauftragten Dritten eine notariell beglaubigte Vollmacht für spätere Registeranmeldungen zu übergeben hat.
- Entsprechende, vom Anleger zu tragende Register- und Notarkosten können auch dann entstehen, wenn ein direkt beteiligter Anleger

seine Kommanditbeteiligung an einen Dritten veräußert oder diese Kommanditbeteiligung von Todes wegen auf Erben übergeht.

- Bei einer Anteilsübertragung können ferner Steuerberater- und Gutachterkosten entstehen, vor allem wenn der Zeitpunkt eines solchen Anteilsübergangs z. B. durch Verkauf, Schenkung oder Todesfall, nicht mit dem Ende eines Geschäftsjahres zusammenfällt, sondern – mit Zustimmung der Komplementärin – im Laufe eines Geschäftsjahres geschieht. Im Falle des Verkaufs gilt dies dann, wenn die Finanzverwaltung auf einer exakten Ermittlung des Veräußerungsgewinns bzw. -verlusts des betreffenden Anlegers besteht, so dass auf den Zeitpunkt der Anteilsübertragung eine Abschichtungsbilanz mit Bewertung des Gesellschaftsvermögens erfolgen muss. Die betreffenden Steuerberatungs- oder Gutachterkosten hat der Anleger zu tragen. Gleiches gilt bei Schenkung oder Todesfall im Laufe eines Geschäftsjahres: Auch hier muss zur Bemessung der Schenkung- bzw. Erbschaftsteuer eine Ermittlung des Anteilswertes (nach Bewertung der Vermögensgegenstände des Gesellschaftsvermögens) erfolgen, falls die Finanzverwaltung eine exakte, stichtagsbezogene Ermittlung verlangt. Die etwaigen Steuerberatungs- und Gutachterkosten hat der Anleger bzw. dessen Erben zu tragen.
- Eigene Kosten können dem Anleger bei der Wahrnehmung von Informations- und Kontrollrechten gegenüber der Gesellschaft entstehen. Der Gesellschaftsvertrag sieht vor, dass Anleger ihre Rechte auf Einsicht in die Geschäftsunterlagen über einen Rechtsanwalt, Wirtschaftsprüfer oder Steuerberater ausüben können. Die entsprechenden Berater müssen vom Anleger beauftragt werden, wodurch Kosten entstehen können, die vom Anleger zu tragen sind.

Die Höhe der vorbezeichneten Kosten und Gebühren richtet sich nach dem Einzelfall und kann deshalb gegenwärtig nicht konkret benannt werden. Gutachterkosten werden vor Beauftragung mit dem Gutachter vereinbart. Notar- und Handelsregisterkosten richten sich nach den gesetzlichen Gebühren. Die Kosten für die Wahrnehmung von Informations- und

Kontrollrechten, die im Zusammenhang mit der Einschaltung von Rechtsanwälten, Wirtschaftsprüfern oder Steuerberatern anfallen, richten sich ebenfalls nach den gesetzlichen Gebühren, es sei denn, der Anleger trifft mit dem jeweiligen Berufsträger eine von den gesetzlichen Bestimmungen abweichende Vergütungsvereinbarung.

### **2.21 ART UND UMFANG EINER ABSICHERUNG DER VERANLAGUNG DURCH EINTRAGUNG IN ÖFFENTLICH BÜCHER**

Eine Absicherung der Veranlagung durch Eintragung in öffentliche Bücher besteht nicht.

### **2.22 ANGABE ÜBER ZUKÜNFTIGE WERTENTWICKLUNGEN DER VERANLAGUNG**

Bislang wurde noch kein Investitionsobjekt durch die Fondsgesellschaft erworben. Zum Zeitpunkt der Prospekterstellung können deshalb noch keine Angaben über die zukünftige Wertentwicklung der Veranlagung getroffen werden. Der wirtschaftliche Erfolg hängt maßgeblich von den zu erwerbenden Beteiligungsunternehmen ab. Vgl. zu den Risiken das entsprechende Kap. 5.2.5.1 über die Risiken in Bezug auf Investitionen der Fondsgesellschaft.

### **2.23 BEDINGUNGEN ZUR BERECHNUNG DES AUSGABEPREISES FÜR VERANLAGUNGEN, DIE NACH SCHLUSS DER ERSTEMISSION BEGEBEN WERDEN**

Es sind derzeit keine weiteren Emissionen der Gesellschaft geplant.

## **2.24 ANGABEN ÜBER ALLFÄLLIGE BEZUGSRECHTE DER VORHANDENEN ANLEGER UND DEREN BEZUGSPREISE IM FALLE EINER ERHÖHUNG DES VERANLAGUNGSVOLUMENS, ANGABEN, IN WELCHER FORM DIE SUBSTANZ- UND ERTRAGSZUWÄCHSE DER BESTEHENDEN ANLEGER GEGENÜBER DEN NEUEN ANLEGERN GESICHERT SIND**

Es bestehen keine Bezugsrechte.

## **2.25 DARLEGUNG DER MÖGLICHKEITEN UND KOSTEN EINER SPÄTEREN VERÄUSSERUNG DER VERANLAGUNG**

Die Anleger sind berechtigt, ihren Kommanditanteil an der Fondsgesellschaft mit Zustimmung der Komplementärin zu übertragen. Die Übertragung kann auch für einen Teil des Kapitalanteils vorgenommen werden, wenn hierbei bei Anteilen der Anteilsklasse 1 Kommanditanteile von mindestens EUR 10.000,00 oder einen ganzzahlig durch 100 teilbaren höheren Betrag und bei Kommanditanteilen der Anteilsklasse 2 Anteile von mindestens EUR 18.000,00 oder einen ganzzahlig durch 600 teilbaren höheren Betrag verbleiben. Die Übertragung einzelner Rechte und Pflichten aus dem Gesellschaftsverhältnis oder dem Treuhandvertrag ist demgegenüber, abgesehen von den im Gesellschaftsvertrag geregelten Sonderfällen, grundsätzlich ausgeschlossen.

Die Übertragung bedarf der Zustimmung der Komplementärin, die nur aus wichtigem Grund versagt werden kann. Die Übertragung kann nur zum Ende eines Kalenderjahres erfolgen. Mit Zustimmung der Komplementärin, die hierüber nach pflichtgemäßem Ermessen entscheidet, und bei Übernahme der zusätzlichen Kosten durch den Übertragenden ist die Übertragung auch zu einem anderen Zeitpunkt zulässig.

Die Übertragung des Kommanditanteils eines direkt beteiligten Anlegers geschieht im Wege der Sonderrechtsnachfolge und wird erst wirksam, sobald der Erwerber des (Teil-) Kommanditanteils der Komplementärin eine Registervollmacht gemäß § 25 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrags übergeben hat. Die Anteils-

übertragung eines mittelbar über die Treuhänderin beteiligten Anlegers geschieht, indem der betreffende Anleger seine Rechte und Pflichten aus dem Treuhandvertrag im Umfang der Übertragung, einschließlich der durch den Treuhandvertrag vermittelten rechtlichen Stellung gegenüber der Gesellschaft, auf den Erwerber überträgt.

Alle Kosten, die mit einer Anteilsübertragung verbunden sind, einschließlich etwaiger Kosten für eine Handelsregistereintragung, trägt der über seine Beteiligung verfügende Anleger. Abweichend hiervon trägt eine etwaige Gewerbesteuer, die infolge der Verfügung auf Ebene der Gesellschaft anfällt, die Gesellschaft.

Die mit der eingeschränkten Liquidität verbundenen Risiken sind in Kap. 5.2.5.1.3 beschrieben.

Hinsichtlich der Einschränkung der Handelbarkeit der Anteile (Fungibilität) wird auf Kap. 2.13 verwiesen.

## **2.26 LEISTUNGEN DER VERWALTUNGSGESELLSCHAFT UND DIE DAFÜR VERRECHNETEN KOSTEN**

Die Leistungen der Verwaltungsgesellschaft sind in Kap. 3.3.2 dargestellt. In Bezug auf die dafür verrechneten Kosten wird auf Kap. 2.14 verwiesen.

## **2.27 KÜNDIGUNGSFRISTEN SEITENS DER VERWALTUNGSGESellschaft**

Der Vertrag über die Kapitalverwaltung mit der MIG Capital AG kann von beiden Seiten nur aus wichtigem Grund gekündigt werden. Die Kündigungsfrist beträgt mindestens sechs Monate zum Ende eines Kalenderjahres.

## **2.28 BESTIMMUNGEN ÜBER DIE ABWICKLUNG UND DIE STELLUNG DER ANLEGER IM INSOLVENZFALL**

Es gelten die allgemeinen deutschen gesetzlichen Bestimmungen. Zum Insolvenzrisiko vgl. in Kap. 5.2.5.1.2 (unter Punkt „Insolvenzrisiko“).

## **2.29 WERTPAPIERKENNNUMMER (FALLS VORHANDEN)**

---

Da die Beteiligung nicht in Wertpapieren verbrieft ist, gibt es keine Wertpapierkennnummer.



## **KAPITEL 3**

# ANGABEN ÜBER DIE EMITTENTIN

A large, bold, blue number '3' is centered in the lower half of the page. The number is rendered in a clean, sans-serif font with a slight shadow effect, making it stand out against the dark blue background.

## KAPITEL 3

### ANGABEN ÜBER DIE EMITTENTIN

---

3.1	FIRMA UND SITZ DER EMITTENTIN, UNTERNEHMENSGEGENSTAND	85
3.2	EINE DARSTELLUNG SEINER RECHTLICHEN UND WIRTSCHAFTLICHEN VERHÄLTNISSE, INSBESONDERE ANGABEN ZUM GRUNDKAPITAL ODER DEM GRUNDKAPITAL ENTSPRECHENDEN SONSTIGEN GESELLSCHAFTSKAPITAL, DESSEN STÜCKELUNG SAMT BEZEICHNUNG ETWAIGER VERSCHIEDENER GATTUNGEN VON ANTEILSRECHTEN	85
3.3	MITGLIEDER DER ORGANE DER GESCHÄFTSFÜHRUNG, DER VERWALTUNG UND DER AUFSICHT (NAME, STELLUNG)	90
3.4	ANGABE DER ANTEILSEIGNER, DIE IN DER GESCHÄFTSFÜHRUNG DER EMITTENTIN UNMITTELBAR ODER MITTELBAR EINE BEHERRSCHENDE ROLLE AUSÜBEN ODER AUSÜBEN KÖNNEN	95
3.5	DER LETZTE JAHRESABSCHLUSS SAMT ETWAIGER LAGEBERICHTE UND BESTÄTIGUNGSVERMERK(-E)	96

---

### 3.1 FIRMA UND SITZ DER EMITTENTIN, UNTERNEHMENS-GEGENSTAND

Über die Fondsgesellschaft sind folgende wesentliche Angaben zu machen:

#### Rechtsform

Kommanditgesellschaft

#### Firma

MIG GmbH & Co. Fonds 18 geschlossene Investment-KG

#### Sitz

Pullach i. Isartal, Landkreis München

#### Handelsregister

Amtsgericht München, HRA 119046

#### Geschäftsanschrift

Münchener Straße 52, D-82049 Pullach i. Isartal

#### Gründung des Investmentvermögens

Die Gesellschaft wurde im Januar 2024 gegründet. Die erste Eintragung im Handelsregister erfolgte am 31.01.2024. Die erstmalige Zulassung durch die BaFin erfolgte am 24.04.2024. In Österreich ist die Fondsgesellschaft seit dem 08.05.2024 gemäß § 31 AIFMG zum Vertrieb an professionelle Anleger berechtigt.

#### Laufzeit

Die Fondsgesellschaft ist für die Zeit bis zum 31.12.2037 errichtet. Ausführungen zu einer allfälligen vorzeitigen Auflösung der Fondsgesellschaft finden sich in Kap. 2.1.2.2.

#### Komplementärin (persönlich haftende Gesellschafterin)

HMW Komplementär GmbH mit Sitz in Pullach i. Isartal (AG München, HRB 192208)

#### Treuhandkommanditistin

MIG Beteiligungstreuhand GmbH mit Sitz in München (AG München, HRB 155249)

#### Kapitalverwaltungsgesellschaft

MIG Capital AG mit Sitz in München (AG München, HRB 154320)

#### Gesellschaftszweck

Gegenstand der Gesellschaft ist die Anlage und Verwaltung der Mittel der Gesellschaft nach einer festen Anlagestrategie zur gemeinschaftlichen Kapitalanlage und zum Nutzen der Anleger durch die Investition in Beteiligungen an Unternehmen, die nicht zum Handel an einer Börse zugelassen oder in einen organisierten Markt einbezogen sind („Beteiligungsunternehmen“). Die Gesellschaft erwirbt, hält, verwaltet und veräußert zu diesem Zweck Anteile an Kapitalgesellschaften, Kommanditanteile sowie atypisch stille Beteiligungen.

### 3.2 EINE DARSTELLUNG SEINER RECHTLICHEN UND WIRTSCHAFTLICHEN VERHÄLTNISSE, INSBESONDERE ANGABEN ZUM GRUNDKAPITAL ODER DEM GRUNDKAPITAL ENTSPRECHENDEN SONSTIGEN GESELLSCHAFTSKAPITAL, DESSEN STÜCKELUNG SAMT BEZEICHNUNG ETWAIGER VERSCHIEDENER GATTUNGEN VON ANTEILSRECHTEN

#### 3.2.1 Konzerneinbindung, personelle Verflechtung

Geschäftsführende Gesellschafterin (Komplementärin) der Fondsgesellschaft ist die HMW Komplementär GmbH. Die HMW Komplementär GmbH ist eine 100%-Tochtergesellschaft der HMW Emissionshaus AG, die von der Kapitalverwaltungsgesellschaft mit der Konzeption des Investmentvermögens und der Vertriebsvorbereitung beauftragt wurde (vgl. in Kap. 5.2.2.1). Die Komplementärin ist eine Zweckgesellschaft, deren Geschäftsbetrieb allein auf die Übernahme der Funktionen und die Wahrnehmung der Aufgaben der persönlich haftenden Gesellschafterin bei der Fondsgesellschaft und anderen vergleichbaren Gesellschaften ausgerichtet ist. Die HMW Komplementär GmbH ist zugleich Komplementärin der MIG GmbH & Co. Fonds 12 geschlossene Investment-KG („MIG Fonds 12“), der MIG GmbH & Co. Fonds 13 geschlossene Investment-KG i.L. („MIG Fonds 13“), der MIG GmbH & Co. Fonds 14 geschlossene Investment-KG („MIG Fonds 14“), der MIG GmbH & Co. Fonds 15 geschlossene Investment-KG („MIG Fonds 15“), MIG GmbH & Co. Fonds 16 geschlossene Investment-KG („MIG Fonds 16“) und der MIG GmbH & Co. Fonds 17 geschlossene Investment-KG („MIG Fonds 17“), jeweils mit Sitz in Pullach i. Isartal, die den gleichen

Unternehmensgegenstand wie die Fondsgesellschaft haben. Die Fondsgesellschaft sowie MIG Fonds 12, MIG Fonds 13, MIG Fonds 14, MIG Fonds 15, MIG Fonds 16 und MIG Fonds 17 sind durch die einheitliche Leitung durch die HMW Komplementär GmbH in einen Konzern eingebunden.

### 3.2.2 Bisherige Wertentwicklung des Investmentvermögens

Das Gesellschaftsvermögen der Fondsgesellschaft besteht zum Zeitpunkt der Aufstellung dieses Veranlagungsprospekts aus der Bareinlage der Treuhandkommanditistin in Höhe von EUR 1.000 gemindert um bisherige laufende Kosten in Höhe von rund 200 EUR. Die Gesellschaft hat bisher keine Investitionen in Unternehmensbeteiligungen vorgenommen. Es lassen sich daher keine Angaben zur bisherigen Wertentwicklung des Investmentvermögens machen.

### 3.2.3 Rechtliche Struktur der Fondsgesellschaft im Überblick



\* HMW Komplementär GmbH ist eine 100 %-Tochtergesellschaft der HMW Emissionshaus AG.

\*\* MIG Beteiligungstreuhand GmbH ist eine 100 %-Tochtergesellschaft der MIG Capital AG.

### 3.2.3.1 HMW Komplementär GmbH

Die HMW Komplementär GmbH ist die persönlich haftende Gesellschafterin („Komplementärin“) der Fondsgesellschaft. Über die HMW Komplementär GmbH lassen sich im Überblick folgende wesentliche Angaben machen:

#### Firma

HMW Komplementär GmbH

#### Sitz

Pullach i. Isartal, Landkreis München

#### Handelsregister

Amtsgericht München, HRB 192208

#### Geschäftsanschrift

Münchener Straße 52, D-82049 Pullach i. Isartal. Es handelt sich hierbei zugleich um die Geschäftsanschrift der Geschäftsführer der HMW Komplementär GmbH.

#### Gesellschaftszweck

Gegenstand der Gesellschaft ist die Beteiligung an anderen Unternehmen und die Übernahme deren Geschäftsführung.

#### Stammkapital

EUR 25.000,00 (vollständig einbezahlt)

#### Gesellschafter

HMW Emissionshaus AG (100 % der Geschäftsanteile). Die Gesellschafter der HMW Emissionshaus AG sind: Dr. Matthias Hallweger (70 % der Aktien), Michael Motschmann (15 % der Aktien), Jasmin Schleitzer-Motschmann (7,5 % der Aktien), Benjamin Motschmann (3,75 % der Aktien) und Dominik Motschmann (3,75 % der Aktien).

#### Geschäftsführer

Die HMW Komplementär GmbH hat zwei Geschäftsführerinnen: Frau Pervin Persenkli und Frau Inga-Maren Gegier, die jeweils einzeln vertretungsberechtigt und von den Beschränkungen des § 181 BGB (Verbot von „Insichgeschäften“) befreit sind. Für die beiden Geschäftsführerinnen der HMW Komplementär GmbH lassen sich folgende wesentlichen Angaben machen:

#### Pervin Persenkli

Frau Pervin Persenkli (geb. 1983) ist Rechtsanwältin und Justitiarin der HMW Emissionshaus AG. Frau Pervin Persenkli wurde im März 2014 zur einzelvertretungsberechtigten Geschäftsführerin der HMW Komplementär GmbH bestellt.

#### Inga-Maren Gegier

Frau Inga-Maren Gegier (geb. 1983) ist Diplom-Betriebswirtin (FH) und ist seit 2008 für Kapitalanlagegesellschaften in den Bereichen Asset- und Transaktionsmanagement sowie Projektentwicklung tätig. Sie führt zudem von 2015 bis 2023 ein eigenes Unternehmen. Frau Inga-Maren Gegier wurde im April 2019 zur einzelvertretungsberechtigten Geschäftsführerin der HMW Komplementär GmbH bestellt.

#### Aufgaben und Befugnisse

Die HMW Komplementär GmbH ist, vorbehaltlich der zwingenden gesetzlichen Bestimmungen des AGB und der Regelungen des Gesellschaftsvertrags, zur Geschäftsführung und Vertretung der Fondsgesellschaft berechtigt und verpflichtet. Sie ist die gesetzliche Vertreterin der Fondsgesellschaft. Die HMW Komplementär GmbH ist zuständig für sämtliche Geschäftsführungsmaßnahmen, die nicht in den Bereich der Portfolioverwaltung und des Risikomanagements fallen oder die sonstige Verträge oder Angelegenheiten betreffen, für die nach den Bestimmungen des KAGB die MIG Capital AG als externe Kapitalverwaltungsgesellschaft verantwortlich ist. In den Aufgabenbereich der Komplementärin fällt somit insbesondere die interne Verwaltung der Fondsgesellschaft. Die HMW Komplementär GmbH ist in ihrem Aufgabenbereich grundsätzlich allein entscheidungsbefugt, auch wenn außergewöhnliche Geschäftsführungsmaßnahmen ergriffen werden sollen (vgl. näher in Kap. 2.1.2.2 unter „Geschäftsführung“). Die Komplementärin ist einzeln vertretungsberechtigt und von den Beschränkungen des § 181 BGB (Verbot von sog. Insichgeschäften) befreit. Sie erhält für die Übernahme des Haftungsrisikos und die laufende Geschäftsführung von der Gesellschaft eine Vergütung (vgl. in Kap. 2.14.1.2).

#### Mögliche Interessenkonflikte

Die HMW Komplementär GmbH nimmt die Funktionen und Aufgaben der persönlich haftenden Gesellschafterin (Komplementärin) bei sechs weiteren

MIG Fondsgesellschaften – MIG Fonds 12, MIG Fonds 13, MIG Fonds 14, MIG Fonds 15, MIG Fonds 16 und MIG Fonds 17 – wahr. Die HMW Komplementär GmbH ist als gesetzliche Vertreterin der Fondsgesellschaft befugt, Verträge namens und für Rechnung der Gesellschaft abzuschließen und verbindliche Erklärungen für die Gesellschaft abzugeben. Sie hat neben der externen Kapitalverwaltungsgesellschaft bestimmte Geschäftsführungsaufgaben, insbesondere bei der internen Administration der Fondsgesellschaft. Da die HMW Komplementär GmbH diese vergleichbaren Aufgaben und Befugnisse in mehreren Fondsgesellschaften hat, können sich bei ihrer Tätigkeit für die verschiedenen Fondsgesellschaften Interessenkonflikte ergeben, z. B. im Zusammenhang mit der gleichzeitigen Beauftragung eines Dienstleisters durch mehrere MIG Fondsgesellschaften.

Der gleiche Interessenkonflikt kann daraus resultieren, dass Frau Pervin Persenkli nicht nur bei der HMW Komplementär GmbH, sondern auch bei der HMW Verwaltungs GmbH, die bei anderen MIG Fondsgesellschaften Komplementärin ist, zur einzelvertretungsberechtigten Geschäftsführerin bestellt ist. Frau Pervin Persenkli ist darüber hinaus als Justitiarin für die HMW Emissionshaus AG, die die vorliegende Kapitalanlage konzipiert und den Veranlagungsprospekt nebst Basisinformationsblatt erstellt hat (vgl. in Kap. 5.2.2.1) tätig, und berät die HMW Fundraising GmbH, die mit der Vertriebskoordination vorliegender Kapitalanlage betraut ist, in rechtlichen Angelegenheiten.

### 3.2.3.2 MIG Beteiligungstreuhand GmbH

Weitere Gründungsgesellschafterin der Fondsgesellschaft als bisher einzige Kommanditistin ist die MIG Beteiligungstreuhand GmbH. Die MIG Beteiligungstreuhand GmbH hat aufgrund des Gesellschaftsvertrags sowie eines Auslagerungsvertrags mit der MIG Capital AG die Aufgaben und Funktionen der „Treuhandkommanditistin“ übernommen. Sie erhält für die Wahrnehmung der Treuhänderfunktionen und die Durchführung der Treuhandverträge von der Gesellschaft eine Vergütung (vgl. in Kap. 2.14.1.2).

Über die MIG Beteiligungstreuhand GmbH lassen sich im Überblick folgende wesentliche Angaben machen:

#### **Firma**

MIG Beteiligungstreuhand GmbH

#### **Sitz**

München

#### **Handelsregister**

Amtsgericht München, HRB 155249

#### **Geschäftsanschrift**

Ismaninger Str. 102, D-81675 München

#### **Gesellschaftszweck**

Treuänderische Verwaltung von Rechten Dritter und die Übernahme sonstiger Treuhandaufgaben, insbesondere die treuhänderische Verwaltung von Kommanditanteilen an Kommanditgesellschaften, an denen die MIG Capital AG als Komplementärin beteiligt ist.

#### **Stammkapital**

EUR 25.000,00 (vollständig einbezahlt)

#### **Gesellschafter**

MIG Capital AG (100 % der Geschäftsanteile)

#### **Geschäftsführer**

Nicolaus Freiherr von Miltitz

#### **Kapitalmäßige und personelle Verflechtungen**

Die MIG Beteiligungstreuhand GmbH ist eine 100 %-Tochtergesellschaft der MIG Capital AG und somit kapitalmäßig mit der externen Kapitalverwaltungsgesellschaft verflochten. Die Geschäftsführung der MIG Beteiligungstreuhand GmbH ist mit Rücksicht darauf gegenüber der MIG Capital AG grundsätzlich weisungsabhängig.

Die MIG Beteiligungstreuhand GmbH hat die Aufgaben und Funktionen der Treuhandkommanditistin zudem in 15 weiteren Fondsgesellschaften der MIG Fondsgruppe übernommen. Die MIG Beteiligungstreuhand GmbH ist darüber hinaus beauftragt, einen etwaigen Erlös aus der Veräußerung von Unternehmensbeteiligungen der aufgelösten und beendeten MIG Fonds 1 und MIG Fonds 3 an deren Anleger zu verteilen. In diesem Zusammenhang wird auf Folgendes hingewiesen: Die MIG Beteiligungstreuhand GmbH hat die Funktionen der Treuhandkommanditistin im Interesse aller Anleger übernommen. Die Treuhänderin ist nicht vorrangig Sachwalterin der Individualinteressen eines Anlegers im Verhältnis zur Fondsgesellschaft oder Dritten.

Der Geschäftsführer der Treuhandkommanditistin, Nicolaus Freiherr von Miltitz, ist darüber hinaus alleiniger Geschäftsführer der MIG Service GmbH, einer 100 %-Tochtergesellschaft der MIG Capital AG, die bei der Fondsgesellschaft mit dem Anlegerservice, der Finanzbuchhaltung und weiteren Geschäftsbesorgungen beauftragt worden ist.

### **Aufgaben und Rechtsgrundlage der Tätigkeit**

Die MIG Beteiligungstreuhand GmbH hat die Aufgabe, Treuhandverhältnisse mit Anlegern zu begründen, die sich an der Fondsgesellschaft beteiligen wollen. Die Treuhandkommanditistin ist im Rahmen der Treuhandaufträge verpflichtet, Kommanditanteile von Anlegern an der Fondsgesellschaft „treuhänderisch“ für diese durch Erhöhung des Festkapitals der Fondsgesellschaft zu erwerben und zu halten. Die Mitgliedschaftsrechte, insbesondere die Stimmrechte bei Beschlussfassungen, die mit den treuhänderisch gehaltenen Kommanditanteilen verbunden sind, werden laut Gesellschafts- und Treuhandvertrag durch die Anleger selbst – und nicht durch die Treuhandkommanditistin – ausgeübt.

Die Rechtsgrundlage für die Tätigkeit und die Funktionen der Treuhandkommanditistin bilden die Bestimmungen in § 3 Abs. 2 sowie §§ 4 und 5 des Gesellschaftsvertrags (abgedruckt in Kap. 7.1) sowie die Bestimmungen im Treuhandvertrag (abgedruckt in Kap. 7.2), den jeder Anleger bei Annahme der Beitrittserklärung durch die Treuhandkommanditistin individuell mit dieser abschließt. Die Rechte und Pflichten der Treuhandkommanditistin werden darüber hinaus in einem Auslagerungsvertrag gemäß § 36 KAGB zwischen der MIG Capital AG als externer KVG und der Treuhandkommanditistin bestätigt und erweitert.

Die Treuhandkommanditistin ist gemäß § 4 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrags insbesondere berechtigt, ihren eigenen Kommanditanteil ganz oder teilweise treuhänderisch für Anleger zu halten. Sie ist ferner berechtigt, ihren Kapitalanteil bis längstens 31.12.2026 bis zu einem gesamten Festkapital der Gesellschaft von EUR 100 Mio. bzw. nach rechtswirksamer Inanspruchnahme von Überzeichnungsreserven bis zu einem gesamten Festkapital von bis zu EUR 160 Mio. zu erhöhen, um den Beitritt von Anlegern zur Gesellschaft zu ermöglichen. Der Treuhandvertrag wird zwischen der MIG Beteiligungstreuhand GmbH und einem Anleger, der der Fondsgesellschaft beitreten möchte, jeweils dann abgeschlossen, sofern und sobald die Treuhänderin ein Beitrittsangebot des Anlegers („Bei-

trittserklärung“), in dem auf diesen Treuhandvertrag Bezug genommen wird, annimmt. Weitere Angaben zu Abschluss und Inhalt des Treuhandvertrags finden sich in Kap. 2.1.1.1 und 2.1.2.3.

### **Wesentliche Rechte und Pflichten**

Die Treuhandkommanditistin ist nach Abschluss eines Treuhandvertrags mit einem Anleger verpflichtet, dessen Kommanditanteil an der Fondsgesellschaft zu erwerben und treuhänderisch für diesen zu halten. Das Treuhandverhältnis besteht grundsätzlich für die gesamte Dauer der Fondsgesellschaft, kann von jedem Anleger jedoch zum Ende eines Kalenderjahres ordentlich gekündigt werden, mit der Folge, dass der Anleger direkt an der Fondsgesellschaft als Kommanditist beteiligt wird. Eine solche ordentliche Kündigung des Treuhandvertrags mit der Folge des Erwerbs einer direkten Kommanditbeteiligung ist erstmals mit Wirkung zum Ablauf des 31.12.2029 möglich (§ 6 Abs. 1 lit. a) des Treuhandvertrags). Der Anleger hat im Innenverhältnis zur Gesellschaft auch während des Bestehens des Treuhandverhältnisses die Rechtsstellung eines direkt beteiligten Kommanditisten (§ 5 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrags). Die Treuhandkommanditistin ist berechtigt, für weitere Anleger treuhänderisch Kommanditanteile der Gesellschaft oder von anderen Fondsgesellschaften zu halten. Die Kommanditanteile an der Fondsgesellschaft hält die Treuhandkommanditistin im Außenverhältnis jeweils als einheitlichen Gesellschaftsanteil und ist als Kommanditistin in das Handelsregister eingetragen. Mehrere Anleger, für die die Treuhandkommanditistin als Treuhänderin fungiert, sind untereinander nicht gesellschaftsrechtlich verbunden.

Die weiteren Rechte und Pflichten der Treuhänderin aus dem Gesellschafts- und Treuhandvertrag sind mit Rücksicht auf die Gleichstellung der Treugeber mit direkt beteiligten Gesellschaftern im Innenverhältnis eng begrenzt:

Die Treuhandkommanditistin wird alle Vermögensgegenstände, die sie im Rahmen des Treuhandverhältnisses und aufgrund ihrer Stellung als Treuhandkommanditistin für den Anleger erlangt, an diesen herausgeben, soweit die Gesellschaft nicht ohnedies direkt an den Treugeber leistet (§ 3 Abs. 3 des Treuhandvertrags). Gleiches gilt für Zahlungen der Gesellschaft, die für den Anleger bestimmt sind, wie etwa Ausschüttungen oder die Auszahlung eines Auseinandersetzungsguthabens. Die weiteren mit der Kommanditbeteiligung verbundenen

Mitgliedschaftsrechte übt der Anleger gegenüber der Fondsgesellschaft selbst aus, insbesondere die Teilnahme und Stimmrechte bei Beschlussfassungen in Gesellschafterversammlungen oder im schriftlichen Verfahren (vgl. näher in Kap. 2.1.2.2). Die Treuhandkommanditistin ist berechtigt, mit der Erfüllung der ihr nach dem Treuhand- und dem Gesellschaftsvertrag übertragenen Aufgaben auch Dritte zu beauftragen (§ 3 Abs. 2 des Treuhandvertrags).

Jeder Anleger ist auch gegenüber der Treuhandkommanditistin verpflichtet, seine Zahlungsverpflichtungen gegenüber der Fondsgesellschaft (Einzahlung der Einlage und eines etwaigen Agios) durch direkte Leistung an die Gesellschaft zu erfüllen. Darüber hinaus stellt jeder Anleger die Treuhandkommanditistin gemäß § 4 des Treuhandvertrags von Einlageverpflichtungen gegenüber der Gesellschaft sowie von der Haftung für Gesellschaftsverbindlichkeiten frei, sofern und soweit die Einlageverpflichtung oder die Haftung für Gesellschaftsverbindlichkeiten auf dem treuhänderisch gehaltenen Kommanditanteil beruhen (vgl. zu dem betreffenden Zahlungsrisiko der Anleger für Gesellschaftsverbindlichkeiten in Kap. 5.2.5.2, „Persönliche Haftung gemäß § 172 Abs. 4 HGB bei Rückgewähr der Hafteinlage“).

#### **Vergütung**

Die Treuhandkommanditistin erhält für die Übernahme der Treuhänderstellung und ihre Tätigkeit kein Honorar von den Anlegern, sondern eine Vergütung von der Gesellschaft (vgl. hierzu in Kap. 2.14.1.2).

### **3.3 MITGLIEDER DER ORGANE DER GESCHÄFTSFÜHRUNG, DER VERWALTUNG UND DER AUFSICHT (NAME, STELLUNG)**

---

#### **3.3.1 Organe der Geschäftsführung der Fondsgesellschaft**

---

Die HMW Komplementär GmbH ist, vorbehaltlich der zwingenden gesetzlichen Bestimmungen des KAGB und der Regelungen des Gesellschaftsvertrags, zur Geschäftsführung und Vertretung der Fondsgesellschaft berechtigt und verpflichtet. Sie ist die gesetzliche Vertreterin der Fondsgesellschaft. Ausführungen zur Komplementärin finden sich in Kap. 3.2.3.1.

#### **3.3.2 Kapitalverwaltungsgesellschaft**

---

Die Fondsgesellschaft hat die MIG Capital AG mit Sitz in München gemäß § 17 Abs. 2 Nr. 1 KAGB als externe Kapitalverwaltungsgesellschaft (im Folgenden auch: „Kapitalverwaltungsgesellschaft“, oder „KVG“) bestellt. Zu den Aufgaben der MIG Capital AG in ihrer Eigenschaft als KVG gehören die Portfolioverwaltung und das Risikomanagement für die Fondsgesellschaft. Im Rahmen der Portfolioverwaltung ist die MIG Capital AG insbesondere befugt, die Anlageentscheidungen für die Fondsgesellschaft zu treffen. Über die MIG Capital AG sind die folgenden wesentlichen Angaben zu machen:

**MIG CAPITAL AG**

Externe Kapitalverwaltungsgesellschaft (KVG)

<b>Firma</b>	MIG Capital AG
<b>Rechtsform</b>	Aktiengesellschaft
<b>Sitz</b>	München
<b>Handelsregister</b>	Amtsgericht München, HRB 154320
<b>Geschäftsanschrift</b>	Ismaninger Straße 102, D-81675 München
<b>Gegenstand des Unternehmens</b>	Kollektive Vermögensverwaltung von inländischen, geschlossenen Publikums-AIF, die in Beteiligungen an Unternehmen, die nicht zum Handel an einer Börse zugelassen oder in einen organisierten Markt einbezogen sind, oder in Vermögensgegenstände nach den §§ 193 bis 195 KAGB investieren, sowie die Übernahme der Aufgaben einer externen Kapitalverwaltungsgesellschaft im Sinne der Vorschriften des KAGB für solche Publikums-AIF; die Verwaltung von europäischen Risikokapitalfonds (EuVECA) und alle damit zusammenhängenden Geschäfte, einschließlich der Beteiligung an den von ihr verwalteten europäischen Risikokapitalfonds (EuVECA). Die Gesellschaft betreibt neben diesen Geschäften und Tätigkeiten nur Geschäfte, die zur Anlage ihres eigenen Vermögens erforderlich sind. Weitere Geschäfte oder Tätigkeiten darf die Gesellschaft nicht betreiben.
<b>Zeitpunkt der Gründung</b>	17.09.2004
<b>Gezeichnetes Kapital (Grundkapital)</b>	EUR 125.000,00
<b>Gesellschafter</b>	Michael Motschmann (56,25 % der Aktien), Jasmin Schleitzer-Motschman (9,375 % der Aktien), Benjamin Motschmann (4,688 % der Aktien), Dominik Motschmann (4,687 % der Aktien), Jürgen Kosch (15 % der Aktien), MIG Capital AG/Eigene Anteile (10 % der Aktien)
<b>Vorstand</b>	Michael Motschmann, Dr. Matthias Kromayer, Kristian Schmidt-Garve, Jürgen Kosch
<b>Aufsichtsrat</b>	Hans-Falko Graf von Schweinitz und Krain Freiherr von Kauder (Vorsitzender), Holger Clemens Hinz (stellvertretender Vorsitzender), Dipl.-Ing. Karl Baumer (Mitglied)

### 3.3.2.1 Vorstand der MIG Capital AG

#### Mitglieder des Vorstands

Dem Vorstand der MIG Capital AG gehören gegenwärtig folgende Personen an, welche die Funktion eines Geschäftsleiters gem. § 23 Nr. 2 KAGB ausüben:

##### Michael Motschmann

Herr Michael Motschmann (geb. 1957) ist Kaufmann. Er ist seit mehr als 30 Jahren selbstständiger Unternehmer und hat in dieser Zeit mehrere Unternehmen im In- und Ausland aktiv bei deren Gründung und Aufbau begleitet.

Herr Michael Motschmann verfügt über langjährige Leitungserfahrung im Management für geschlossene Publikumsfonds im Venture-Capital-Bereich. Herr Motschmann ist Gründungsmitglied der MIG Capital AG und seit rund 20 Jahren mit der Verwaltung und dem Portfoliomanagement von Venture-Capital-Fonds betraut: Als Mitglied des Vorstands der MIG Capital AG ist Herr Michael Motschmann für die Portfolioverwaltung der aktuell weiteren 15 MIG Fondsgesellschaften verantwortlich (vgl. auch in Kap. 3.3.2.2).

##### Dr. Matthias Kromayer

Herr Dr. Matthias Kromayer (geb. 1965) studierte Biologie und Chemie an der Ludwig-Maximilians-Universität in München. Während dieser Zeit absolvierte er zusätzlich ein Postgraduiertenstudium am King's College London in Molekularer Mikrobiologie. Dem Diplom in Mikrobiologie, Genetik und Biochemie folgte die Promotion in München und Lund (Schweden). Herr Dr. Kromayer ist Autor mehrerer wissenschaftlicher Veröffentlichungen und Träger verschiedener Stipendien und Auszeichnungen, unter anderem der Studienstiftung des Deutschen Volkes.

Herr Dr. Matthias Kromayer begann seine berufliche Laufbahn als Senior Consultant bei der Consulting Partner Group und war Managing Partner bei tavia consulting. Er war mehr als zehn Jahre als Unternehmensberater in der biopharmazeutischen Industrie tätig. In dieser Zeit betreute er verantwortlich mehr als 40 Projekte mit den Schwerpunkten Strategische Planung, Unternehmensbewertung, Portfoliomanagement und Transaktionen.

Herr Dr. Matthias Kromayer vereint eine langjährige Erfahrung beim Aufbau und der Führung von Unternehmen mit wissenschaftlichem Verständnis für Technologien, Produkte und Märkte der Life Sciences-Industrie. Als Mitglied des Vorstands der MIG Capital AG ist Herr Dr. Matthias Kromayer zugleich mit der Portfolioverwaltung der aktuell weiteren 15 MIG Fondsgesellschaften betraut (vgl. auch in Kap. 3.3.2.2).

##### Kristian Schmidt-Garve

Herr Kristian Schmidt-Garve (geb. 1971) studierte Jura an der FU Berlin und absolvierte zusätzlich einen „Master of Laws“ an der Kyushu University in Japan. Herr Kristian Schmidt-Garve verfügt über langjährige Erfahrung als Rechtsanwalt und Justitiar im Bereich Medien- und Lizenzrecht sowie als Investment Manager.

Er ist seit dem Jahr 2007 bei der MIG Capital AG für die Portfolio- und Fondsverwaltung mitverantwortlich und seit vielen Jahren mit der Verwaltung und dem Management von Venture-Capital-Fonds vertraut. Der Schwerpunkt seiner Tätigkeit bei der MIG Capital AG liegt in der Betreuung sämtlicher rechtlicher Angelegenheiten der Kapitalverwaltungsgesellschaft. Herr Schmidt-Garve wurde im Oktober 2012 in den Vorstand der MIG Capital AG berufen. Als Mitglied des Vorstands der MIG Capital AG ist Herr Kristian Schmidt-Garve zugleich mit der Portfolioverwaltung der aktuell weiteren 15 MIG Fondsgesellschaften betraut (vgl. auch in Kap. 3.3.2.2).

##### Jürgen Kosch

Herr Jürgen Kosch (geb. 1963) studierte Elektro- und Informationstechnik an der TU München. Herr Jürgen Kosch hat seit 1985 mehrere Unternehmen der IT-Branche gegründet und solche Unternehmen als Geschäftsführer bzw. Vorstand geleitet. Herr Kosch war in den Unternehmen verantwortlich für den Aufbau der Unternehmensorganisation sowie für die Bereiche Produktstrategie und -entwicklung. Darüber hinaus war Herr Jürgen Kosch als Business-Angel und Unternehmens-Coach tätig. Herr Jürgen Kosch hat aufgrund seiner eigenen unternehmerischen Tätigkeit langjährige Erfahrung bei dem Aufbau und der Führung von Unternehmen. Als Vorstand der MIG Capital AG war Herr Jürgen Kosch – bis zur Übernahme des

Bereichs Risikomanagement – zugleich mit der Portfolioverwaltung der weiteren MIG Fondsgesellschaften betraut. In neun der MIG Fondsgesellschaften hat er die Funktion des geschäftsführenden Kommanditisten inne (vgl. auch in Kap. 3.3.2.2). Alle vorbezeichneten Fondsgesellschaften entsprechen hinsichtlich Unternehmensgegenstand und gesellschaftsrechtlicher Struktur weitgehend der Fondsgesellschaft.

### Personelle Verflechtung

Dem Vorstand der MIG Capital AG gehört Herr Michael Motschmann an. Herr Michael Motschmann ist zugleich Mitglied des Aufsichtsrats der HMW Emissionshaus AG, die die Kapitalanlage konzipiert und die deren Vertrieb vorbereitet hat. Herr Michael Motschmann ist ferner mit 15 % der Aktien an der HMW Emissionshaus AG beteiligt. Die HMW Emissionshaus AG hält 100 % der Geschäftsanteile der Komplementärin der Fondsgesellschaft, der HMW Komplementär GmbH, sowie 100 % der Geschäftsanteile der Vertriebskoordinatorin, der HMW Fundraising GmbH.

Weitere personelle Verflechtungen und mögliche Interessenkonflikte sind in Kap. 3.3.2.2 dargestellt.

### 3.3.2.2 Weitere von der MIG Capital AG verwaltete Investmentvermögen

#### Portfolioverwaltung für MIG Fonds

Die MIG Capital AG verwaltet jeweils als externe Kapitalverwaltungsgesellschaft gemäß § 17 Abs. 2 Nr. 1 KAGB folgende weitere Investmentvermögen (Fondsgesellschaften), die nicht Gegenstand dieses Veranlagungsprospekts sind:

- MIG GmbH & Co. Fonds 2 KG;
- MIG GmbH & Co. Fonds 4 KG;
- MIG GmbH & Co. Fonds 6 KG;
- MIG GmbH & Co. Fonds 8 KG;
- MIG GmbH & Co. Fonds 10 KG;
- MIG GmbH & Co. Fonds 12 geschlossene Investment-KG;
- MIG GmbH & Co. Fonds 13 geschlossene Investment-KG i.L.;
- MIG GmbH & Co. Fonds 14 geschlossene Investment-KG;
- MIG GmbH & Co. Fonds 15 geschlossene Investment-KG;
- MIG GmbH & Co. Fonds 16 geschlossene Investment-KG
- MIG GmbH & Co. Fonds 17 geschlossene Investment-KG.

Die MIG Capital AG bekleidet bei folgenden Investmentvermögen (Fondsgesellschaften), die als sogenannte Altfonds gemäß § 353 Abs. 1 KAGB nicht den Anforderungen des KAGB unterliegen und die ebenfalls nicht Gegenstand dieses Veranlagungsprospekts sind, die Stellung als Portfolio-Managerin und ist in dieser Funktion nach den Bestimmungen des jeweiligen Gesellschaftsvertrags mit dem Portfoliomanagement und den Anlageentscheidungen der Investmentvermögen betraut:

- MIG GmbH & Co. Fonds 5 KG i.L.;
- MIG GmbH & Co. Fonds 7 KG i.L.;
- MIG GmbH & Co. Fonds 9 KG i.L.;
- MIG GmbH & Co. Fonds 11 KG i.L..

Die MIG Capital AG war ferner Portfolio-Managerin bei den Fondsgesellschaften MIG GmbH & Co. Fonds 1 KG und MIG GmbH & Co. Fonds 3 KG, die nach Abschluss der Liquidation im Oktober 2021 beendet und im Handelsregister gelöscht worden sind.

Bei allen in diesem Kapitel 3.3.2.2 genannten MIG Fonds handelt es sich ebenfalls um geschlossene Venture-Capital-Fondsgesellschaften. Von weiteren Angaben zu diesen von der MIG Capital AG verwalteten MIG Fonds wird in vorliegendem Veranlagungsprospekt abgesehen. Soweit die MIG Capital AG aufgrund gesetzlicher Bestimmungen oder auf freiwilliger Basis während der Laufzeit der Fondsgesellschaft Angaben über die von ihr verwalteten Investmentvermögen veröffentlicht, sind diese Informationen nicht Bestandteil dieses Veranlagungsprospekts.

Die MIG Capital AG hält schließlich 100 % der Geschäftsanteile an der MIG Asset Trust GmbH mit Sitz in München (AG München, HRB 265479). Geschäftsführer der MIG Asset Trust GmbH sind Herr Michael Motschmann und Herr Kristian Schmidt-Garve, die

beide zugleich dem Vorstand der MIG Capital AG angehören. Die MIG Asset Trust GmbH hat die Unternehmensbeteiligungen erworben, die bei den früheren MIG Fonds 1 und MIG Fonds 3 im Zeitpunkt deren Beendigung verblieben waren, und ist verpflichtet, einen Mehrerlös bei der Weiterveräußerung dieser Beteiligungen an die früheren Anleger der Fondsgesellschaften aus auszuzahlen.

### **Mögliche Interessenkonflikte**

Die externe Kapitalverwaltungsgesellschaft der Fondsgesellschaft, die MIG Capital AG, nimmt die betreffenden Aufgaben und Funktionen zugleich in elf weiteren Venture-Capital-Fondsgesellschaften der MIG Fondsgruppe wahr. Die MIG Capital AG ist ferner Kommanditistin und Portfolio-Managerin bei vier weiteren MIG Fonds, die Venture-Capital Investitionen tätigen (vgl. vorstehend unter „Portfolioverwaltung für MIG Fonds“). Zwei Mitglieder des Vorstands der MIG Capital AG, Herr Michael Motschmann und Herr Kristian Schmidt-Garve, sind zugleich Geschäftsführer der MIG Asset Trust GmbH, die die verbliebenen Unternehmensbeteiligungen der zwischenzeitlich beendeten MIG Fonds 1 und MIG Fonds 3 erworben hat und die die Beteiligungen bis zu einer Weiterveräußerung (mit Mehrerlösauskehr an die früheren Anleger des MIG Fonds 1 und MIG Fonds 3) verwaltet. Ein weiteres Mitglied des Vorstands der MIG Capital AG, Herr Jürgen Kosch, ist bei neun MIG Fonds (MIG Fonds 2 und MIG Fonds 4 bis 11) zugleich geschäftsführender Kommanditist mit Geschäftsführungs- und Vertretungsbefugnissen. Durch diese Management-Funktionen und die Portfolioverwaltung in – zusammen mit der Fondsgesellschaft – aktuell insgesamt 16 MIG Fonds sowie der MIG Asset Trust GmbH können sich in Bezug auf die MIG Capital AG und deren Vorstand Interessenkonflikte ergeben. Dies gilt z. B. bei der Entscheidung, welche von der MIG Capital AG verwaltete Fondsgesellschaft, die über Investitionskapital verfügt, eine Gelegenheit für den Erwerb einer Unternehmensbeteiligung wahrnimmt. Interessenkonflikte zwischen mehreren von der MIG Capital AG verwalteten Fondsgesellschaften sind ferner z. B. dann denkbar, wenn mehrere Fondsgesellschaften auf Veranlassung der MIG Capital AG Beteiligungen an einem Unternehmen erwerben oder MIG Fonds in ein Unternehmen investieren, an dem bereits andere von der MIG Capital AG verwaltete Fondsgesellschaften beteiligt sind. Hier kommen Interessenkonflikte zwischen den bereits investierten und der neu investierenden Fondsgesellschaft in Betracht. Schließlich können sich Interessenkonflikte bei

der Frage ergeben, für wen eine Exit-Möglichkeit für eine Unternehmensbeteiligung wahrgenommen wird (vgl. hierzu auch die Risikohinweise in Kap. 5.2.5.1.1, „Interessenkonflikte“).

### **3.3.2.3 Faire Behandlung der Anleger**

Die MIG Capital AG verpflichtet sich in ihrer Eigenschaft als KVG, alle Anleger der Fondsgesellschaft fair zu behandeln. Die KVG verwaltet die Fondsgesellschaft nach dem Prinzip der Gleichbehandlung, indem bestimmte Anleger bzw. Anlegergruppen nicht zu Lasten anderer bevorzugt werden. Die Anleger sind grundsätzlich verpflichtet, zusätzlich zur Einlage auf ihren Kapitalanteil ein Aufgeld in Höhe von 5,0 % des Betrags des Kapitalanteils zu bezahlen („Agio“; vgl. hierzu Kap. 2.20.1). Es besteht nach den Anlagebedingungen die Möglichkeit, dass auf das Agio bei Beitritt eines Anlegers im Einzelfall ganz oder teilweise verzichtet wird. Diese Regelung führt jedoch für sich nicht zu einer Ungleichbehandlung der Anleger, da die Möglichkeit, ganz oder teilweise auf das Agio zu verzichten, nicht auf bestimmte Anlegergruppen oder bestimmte Anleger beschränkt ist.

### **3.3.2.4 Einhaltung der Kapitalanforderungen gemäß § 25 Abs. 6 KAGB**

Die MIG Capital AG ist in ihrer Eigenschaft als Kapitalverwaltungsgesellschaft gemäß § 25 Abs. 6 KAGB verpflichtet, über zusätzliche Eigenmittel zu verfügen, um potenzielle Haftungsrisiken aus beruflicher Fahrlässigkeit angemessen abzudecken, oder alternativ eine bezüglich der abgedeckten Risiken geeignete Versicherung zu unterhalten.

Die Höhe der erforderlichen Eigenmittel beträgt 0,01 % des von der MIG Capital AG bis zum Ende des laufenden Geschäftsjahres prognostizierten verwalteten Investmentvermögens (§ 25 Abs. 8 KAGB i. V. m. Art. 14 Abs. 2 der Delegierten Verordnung [EU] Nr. 231/2013). Die MIG Capital AG hat zur Abdeckung der sich aus § 25 KAGB insgesamt ergebenden Eigenmittelanforderungen in Übereinstimmung mit den Anforderungen des § 25 Abs. 7 KAGB eine Rücklage in Eigenkapital gebildet. Diese Rücklage wird in Form von liquiden Mitteln auf einem Bankkonto derzeit bei der UniCredit Bank AG, München vorgehalten. Die MIG Capital AG behält sich vor, zu einem späteren Zeitpunkt eine geeignete Haftpflichtversicherung gemäß § 25

Abs. 6 Nr. 2 KAGB anstelle der Eigenmittelerhöhung abzuschließen.

### 3.3.2.5 Vergütung

Hinsichtlich der Vergütung der MIG Capital AG wird auf die Angaben in Kap. 2.14.1 verwiesen.

### 3.3.2.6 Vergütungspolitik

Das interne Vergütungssystem der MIG Capital AG soll nach Maßgabe des § 37 KAGB mit einem soliden und wirksamen Risikomanagementsystem vereinbar und diesem förderlich sein. Es soll keine Anreize zur Eingehung von Risiken setzen, die nicht mit dem Risikoprofil, den Anlagebedingungen, der Satzung der MIG Capital AG oder dem Gesellschaftsvertrag der MIG GmbH & Co. Fonds 18 geschlossene Investment-KG vereinbar sind. Das eingerichtete Vergütungssystem steht im Einklang mit der Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsrisiken. Das interne Vergütungssystem ist am Geschäftsmodell, am nachhaltigen Erfolg und an der Risikostruktur der Gesellschaft ausgerichtet. Das Vergütungssystem betrifft grundsätzlich folgende Personen: (1) Geschäftsleiter (Vorstände) der MIG Capital AG; (2) Mitarbeiter, deren Tätigkeit einen wesentlichen Einfluss auf das Risikoprofil der KVG, der MIG GmbH & Co. Fonds 18 geschlossene Investment-KG sowie weiterer von der MIG Capital AG verwalteter Investmentvermögen aufweisen kann („Risikoträger“ im Sinne des § 37 Abs. 1 KAGB); (3) Mitarbeiter mit Kontrollfunktionen sowie (4) Mitarbeiter, die eine Gesamtvergütung erhalten, aufgrund derer sie sich in derselben Einkommensstufe wie der Vorstand und Risikoträger befinden.

Für die Vergütung gilt der Grundsatz, dass die vorstehend genannten Personen sowohl ein Jahresgehalt als auch eine variable Vergütung erhalten können. Die variable Vergütung orientiert sich vorrangig am Geschäftserfolg der MIG Capital AG. Daneben werden persönliche Anforderungen an die betreffenden Personen berücksichtigt. Von der Möglichkeit, einen Vergütungsausschuss einzurichten, wurde kein Gebrauch gemacht.

Einzelheiten der aktuellen Vergütungspolitik der MIG Capital AG als KVG sind auf der Internetseite <https://www.mig.ag/rechtliche-hinweise/> veröffentlicht. Auf Anfrage eines Anlegers wird kostenlos

eine Papierversion der Internetseite zur Verfügung gestellt. Diese kann bei der MIG GmbH & Co. Fonds 18 geschlossene Investment-KG, Münchener Str. 52, D-82049 Pullach i. Isartal angefordert werden. Zu den auf der Internetseite einsehbaren Einzelheiten der aktuellen Vergütungspolitik gehören eine Beschreibung der Vergütung und der sonstigen Zuwendungen sowie der Identität der für die Zuteilung der Vergütung und sonstigen Zuwendungen zuständigen Personen.

## 3.4 ANGABE DER ANTEILSEIGNER, DIE IN DER GESCHÄFTSFÜHRUNG DER EMITTENTIN UNMITTELBAR ODER MITTELBAR EINE BEHERRSCHENDE ROLLE AUSÜBEN ODER AUSÜBEN KÖNNEN

Derzeit stellt sich die Gesellschafterstruktur wie folgt dar:

### Komplementärin

HMW Komplementär GmbH

Die Komplementärin ist eine 100%-Tochtergesellschaft der HMW Emissionshaus AG.

Die Gesellschafter der HWM Emissionshaus AG sind: Dr. Matthias Hallweger (70 % der Aktien), Michael Motschmann (15 % der Aktien), Jasmin Schleitzer-Motschmann (7,5 % der Aktien), Benjamin Motschmann (3,75 % der Aktien) und Dominik Motschmann (3,75 % der Aktien).

### Kommanditistin

MIG Beteiligungstreuhand GmbH

Die MIG Beteiligungstreuhand GmbH ist eine 100%-Tochtergesellschaft der MIG Capital AG.

Die Gesellschafter der MIG Capital AG sind:

Michael Motschmann (56,25 % der Aktien), Jasmin Schleitzer-Motschmann (9,375 % der Aktien), Benjamin Motschmann (4,688 % der Aktien), Dominik Motschmann (4,687 % der Aktien), Jürgen Kosch (15 % der Aktien), MIG Capital AG/Eigene Anteile (10 % der Aktien).

### **3.5 DER LETZTE JAHRESABSCHLUSS SAMT ETWAIGER LAGEBERICHTE UND BESTÄTIGUNGSVERMERK(-E)**

---

Aufgrund der Gründung der Fondsgesellschaft im Jänner 2024 liegt noch kein Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2024 vor. Zu der Verpflichtung zur Erstellung eines Jahresabschlusses und eines Halbjahresberichtes siehe auch die Ausführungen in Kap. 2.17.

## **KAPITEL 4**

# ANGABEN ÜBER DIE VERWAHR- STELLE (DEPOTBANK)

# 4

## KAPITEL 4

# ANGABEN ÜBER DIE VERWAHRSTELLE (DEPOTBANK)

---

4.1 FIRMA UND SITZ	99
4.2 JAHRESABSCHLUSS	99

---

Die MIG Capital AG als externe KVG hat die Hauck Aufhäuser Lampe Privatbank AG als Verwahrstelle für die von der KVG verwaltete Fondsgesellschaft gem. § 80 Abs. 1 KAGB beauftragt.

## 4.1 FIRMA UND SITZ

Die Verwahrstelle (Hauck Aufhäuser Lampe Privatbank AG) hat ihren Sitz in Frankfurt am Main.

### Aufgaben und Pflichten der Verwahrstelle

Die Haupttätigkeit der Hauck Aufhäuser Lampe Privatbank AG besteht in der Geschäftstätigkeit als Kreditinstitut gemäß § 1 Abs. 1 (deutsches) KWG, insbesondere der Betreuung von Privat und Unternehmerkunden, unabhängigen Vermögensverwaltern und institutionellen Kunden.

Zu den gesetzlichen Aufgaben und Pflichten der Verwahrstelle gehört gemäß § 81 KAGB insbesondere die Verwahrung von Finanzinstrumenten, sofern solche durch die Fondsgesellschaft oder die KVG für Rechnung der Fondsgesellschaft gehalten werden, die Überprüfung von Eigentumsrechten der Fondsgesellschaft an deren Vermögensgegenständen (hier also vorrangig der von der Fondsgesellschaft erworbenen Unternehmensbeteiligungen) sowie die Führung eines Bestandsverzeichnisses von nicht verwahrfähigen Vermögenswerten. Daneben übt die Verwahrstelle die Kontrollfunktion gemäß § 83 KAGB aus: Sie kontrolliert bzw. überwacht die Ausgabe und Rücknahme von Anteilen der Fondsgesellschaft, die Anteilswertermittlung und Bewertung, die Realisierung der Zahlungsforderungen der Fondsgesellschaft gegenüber Dritten, die Zahlungsströme zwischen der Fondsgesellschaft und den Anlegern sowie die Verwendung von Erträgen. Die Verwahrstelle hat schließlich nach Maßgabe des § 86 KAGB Informationspflichten gegenüber der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).

### Interessenkonflikte

Denkbar sind Interessenkonflikte, die sich daraus ergeben, dass die Verwahrstelle ihre Funktion auch für andere Investmentvermögen, unter anderem von der MIG Capital AG verwaltete Investmentvermögen, ausübt.

### Unterverwahrung

Die Verwahrstelle ist nach dem Verwahrstellenvertrag berechtigt, die Verwahrung von verwahrfähigen Finanzinstrumenten unter den Voraussetzungen des

§ 82 KAGB auf einen Unterverwahrer zu übertragen. Von der in diesem Umfang eingeräumten Möglichkeit zur Unterverwahrung hat die Verwahrstelle jedoch bislang keinen Gebrauch gemacht. Auch im Übrigen hat die Verwahrstelle keine Funktionen an Unterverwahrer oder sonstige Unternehmen übertragen.

### Informationen zum Verwahrstellenvertrag

Anleger erhalten auf Antrag aktuelle Informationen zur Identität der Verwahrstelle, zu deren Aufgaben und Pflichten sowie zu etwaigen Interessenkonflikten. Auf Antrag erhalten Anleger zudem aktuelle Informationen zu allen von der Verwahrstelle ausgelagerten Verwahrungsaufgaben, zur Liste der Auslagerungen, zu Unterauslagerungen sowie zu sämtlichen Interessenkonflikten, die sich aus solchen Auslagerungen ergeben können. Eine Unterverwahrung bzw. Auslagerung durch die Verwahrstelle findet gegenwärtig nicht statt.

Die Informationen können bei der MIG GmbH & Co. Fonds 18 geschlossene Investment-KG, Münchener Str. 52, D-82049 Pullach i. Isartal, angefordert werden.

### Vergütung

Hinsichtlich der Vergütung der Verwahrstelle, die von der Gesellschaft bezahlt wird, wird verwiesen auf die Ausführungen in Kap. 2.14.1.2.

## 4.2 JAHRESABSCHLUSS

Der aktuelle Jahresabschluss der Verwahrstelle kann unter [www.unternehmensregister.de](http://www.unternehmensregister.de) unter dem Menüpunkt „Rechnungslegung/Finanzberichte“ eingesehen und abgerufen werden.



## **KAPITEL 5**

# SONSTIGE ANGABEN ZUR VERANLAGUNG

# 5

## KAPITEL 5

### SONSTIGE ANGABEN ZUR VERANLAGUNG

---

5.1	ART UND UMFANG DER LAUFENDEN INFORMATIONEN DER ANLEGER ÜBER DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG DER VERANLAGUNG	103
5.2	RISIKOHINWEISE UND SONSTIGE ANGABEN, DIE FÜR DEN ANLEGER ERFORDERLICH SIND, UM SICH EIN FUNDIERTES URTEIL IM SINNE DES § 5 ABS. 1 KMG 2019 ZU BILDEN	103
5.3	NACHHALTIGKEITSBEZOGENE OFFENLEGUNGS- VERPFLICHTUNGEN	120

---

## 5.1 ART UND UMFANG DER LAUFENDEN INFORMATIONEN DER ANLEGER ÜBER DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG DER VERANLAGUNG

### 5.1.1 Informations- und Kontrollrechte der Anleger; Jahresbericht

Der Jahresbericht der Fondsgesellschaft, der den vom Abschlussprüfer geprüften Jahresabschluss nebst Lagebericht enthält, ist bei der Fondsgesellschaft, Münchener Straße 52, 82049 Pullach i. Isartal, erhältlich. Jedem Anleger wird der Jahresbericht nebst Jahresabschluss auf Anfrage abschriftlich zur Verfügung gestellt.

Jeder Gesellschafter hat ferner das Recht, die Richtigkeit des Jahresabschlusses durch Einsicht in die dazugehörigen Geschäftsunterlagen zu überprüfen. Er kann bei dieser Prüfung kraft Gesetzes zur Verschwiegenheit verpflichtete Angehörige eines wirtschaftsprüfenden, rechts- oder steuerberatenden Berufs hinzuziehen. Die hierdurch entstehenden Kosten hat der betreffende Gesellschafter selbst zu tragen. In Sonderfällen, wenn dies zur Wahrnehmung seiner Mitgliedschaftsrechte erforderlich ist, kann jeder Gesellschafter darüber hinaus Auskunft über die Gesellschaftsangelegenheiten verlangen (§ 9 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrags; § 166 Abs. 1 HGB).

Die persönlichen Daten eines Anlegers (insbesondere Name und Anschrift) dürfen im Fall eines ausnahmsweise berechtigten Auskunftsverlangens eines anderen Anlegers nur dann an den Auskunftsberechtigten übergeben werden, wenn der betroffene Anleger vorab zustimmt (§ 9 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrags). Es besteht – vorbehaltlich anderslautender, zwingender gesetzlicher Regelungen – allerdings grundsätzlich kein Recht der Gesellschafter bzw. Anleger, Auskunft über die persönlichen Daten der anderen Anleger zu erhalten (vgl. zur Offenlegung von Anlegerdaten den Risikohinweis in Kap. 5.2.5.5).

### 5.1.2 Besondere Informationen durch die KVG

Die für die Fondsgesellschaft bestellte Kapitalverwaltungsgesellschaft, die MIG Capital AG, informiert die Anleger nach Maßgabe der gesetzlichen Anforderungen nach § 300 Abs. 1 KAGB regelmäßig über folgende Angelegenheiten:

- den prozentualen Anteil der Vermögensgegenstände der Fondsgesellschaft, die schwer zu liquidieren sind und für die deshalb besondere Regelungen gelten;
- neue Regelungen zum Liquiditätsmanagement der Fondsgesellschaft und
- das aktuelle Risikoprofil der Gesellschaft und die von der Kapitalverwaltungsgesellschaft zur Steuerung dieser Risiken eingesetzten Risikomanagementsysteme.

Die betreffenden Informationen erfolgen grundsätzlich jährlich und in schriftlicher Form. Sie werden den Anlegern in der Regel in der ordentlichen Gesellschafterversammlung oder im Rahmen des entsprechenden schriftlichen Beschlussverfahrens übergeben.

Sofern sich Änderungen in Bezug auf die Haftung der Verwahrstelle ergeben, informiert die Kapitalverwaltungsgesellschaft die Anleger gemäß § 300 Abs. 4 KAGB hierüber unverzüglich auf der Homepage der MIG Fondsgruppe, unter [www.mig.ag](http://www.mig.ag).

## 5.2 RISIKOHINWEISE UND SONSTIGE ANGABEN, DIE FÜR DEN ANLEGER ERFORDERLICH SIND, UM SICH EIN FUNDIERTES URTEIL IM SINNE DES § 5 ABS. 1 KMG 2019 ZU BILDEN

### 5.2.1 Wesentliche Vertragspartner der Fondsgesellschaft

Die Fondsgesellschaft hat die MIG Capital AG als externe Kapitalverwaltungsgesellschaft bestellt (vgl. näher in Kap. 3.3.2). Für die Fondsgesellschaft wurden darüber hinaus folgende weitere wesentliche Auftragsverhältnisse begründet:

#### 5.2.1.1 Verwahrstelle

Alle relevanten Angaben zur Verwahrstelle finden sich in Kap. 4.

## 5.2.2 Auslagerungsverträge für die Fondsgesellschaft gemäß § 36 KAGB

### 5.2.2.1 Fondskonzeption

Die MIG Capital AG hat die Aufgaben der Konzeption der vorliegenden Kapitalanlage und der Erstellung der Vertriebsunterlagen in einem Auslagerungsvertrag gemäß § 36 KAGB auf die HMW Emissionshaus AG, vertreten durch den Vorstand Herrn Dr. Matthias Hallweger, Münchener Straße 52, 82049 Pullach i. Isartal, übertragen. Zu den vertraglichen Leistungen der HMW Emissionshaus AG gehören auch die Vorbereitung des Vertriebsverfahrens für die Fondsgesellschaft gemäß § 316 KAGB im Auftrag der MIG Capital AG. Die Auftragnehmerin erhält von der Fondsgesellschaft eine Vergütung (Provision). Es wird auf die Ausführungen in Kap. 2.14.1.1 verwiesen.

Hinsichtlich personeller Verflechtungen in Bezug auf die HMW Emissionshaus AG wird verwiesen auf die Ausführungen in Kap. 3.3.2.1.

### 5.2.2.2 Anlegerbetreuung; Finanzbuchhaltung

Die MIG Capital AG hat einen Auslagerungsvertrag mit der MIG Service GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer Nicolaus Freiherr von Miltitz, Ismaninger Straße 102, 81675 München, abgeschlossen. Gegenstand des Auslagerungsvertrags sind umfassende Geschäftsbesorgungsleistungen der MIG Service GmbH für die Fondsgesellschaft. Die MIG Service GmbH ist demnach insbesondere für die Administration des Beitrittsprozesses, u. a. durch die Überwachung der Einlagezahlungen und die Durchführung des betreffenden Mahnwesens, die Organisation der laufenden Kommunikation mit den Anlegern und den gesamten Anlegerservice verantwortlich. Die MIG Service GmbH ist darüber hinaus mit der Finanzbuchhaltung für die Fondsgesellschaft und der Provisionsabrechnung beauftragt. Die MIG Service GmbH ist bei laufenden Anfragen der Anleger die vorrangige Ansprechpartnerin.

Die Auftragnehmerin erhält für ihre Leistungen von der Gesellschaft eine Vergütung. Es wird verwiesen auf die Ausführungen in Kap. 2.14.1.2.

Es wird auf folgende Verflechtung hingewiesen:

Die MIG Service GmbH ist eine 100 %-Tochtergesellschaft der MIG Capital AG, die als externe Kapitalverwaltungsgesellschaft bestellt ist. Der Geschäftsführer der MIG Service GmbH, Nicolaus Freiherr von Miltitz, ist zugleich alleiniger Geschäftsführer der MIG Beteiligungstreuhand GmbH, die bei der Fondsgesellschaft die Funktion und die Aufgaben der Treuhandkommanditistin übernommen hat. Die MIG Service GmbH führt die gleichen Geschäftsbesorgungsleistungen wie bei der Fondsgesellschaft auch bei den 15 weiteren Venture-Capital-Gesellschaften der MIG Fondsgruppe durch und betreut, soweit für die restliche Abwicklung noch erforderlich, die Anleger der beendeten MIG Fonds 1 und MIG Fonds 3 (hinsichtlich möglicher Risiken in diesem Zusammenhang wird verwiesen auf Kap. 5.2.5.1.1 „Interessenkonflikte“).

### 5.2.2.3 Vorbereitung der Jahresabschlüsse und Steuererklärungen

Die MIG Capital AG hat die PM GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft mit der Vorbereitung der Jahresabschlüsse und Steuererklärungen der Fondsgesellschaft beauftragt. Nähere Ausführungen zu den Jahresabschlüssen finden sich in Kap. 2.17.2.

Die Auftragnehmerin erhält von der Fondsgesellschaft eine Vergütung. Es wird verwiesen auf die Ausführungen in Kap. 2.14.1.2 („Laufende Kosten“).

Es wird darauf hingewiesen, dass die PM GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft die MIG Capital AG sowie, neben der Fondsgesellschaft, 15 weitere MIG Fondsgesellschaften zugleich bei deren eigener Finanzbuchhaltung sowie der Vorbereitung deren Jahresabschlüsse und Steuererklärungen unterstützt. Mit Rücksicht darauf ist ein Interessenkonflikt im Hinblick auf die jeweiligen Interessen der MIG Capital AG und der Fondsgesellschaft im Zusammenhang mit der Aufstellung des Jahresabschlusses denkbar.

### 5.2.2.4 Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Portfolioverwaltung

Die MIG Capital AG als KVG hat mit der Matthias Guth Corporate Finance GmbH, Seeholzenstraße 2, 82166 Gräfelfing, einen Auslagerungsvertrag im Zusammenhang mit der Portfolioverwaltung abgeschlossen.

Die Matthias Guth Corporate Finance GmbH ist im Rahmen der Auslagerungsverträge jeweils beauftragt, Beteiligungsmöglichkeiten der Fondsgesellschaft zu finden, Geschäftsmodelle von Zielunternehmen zu bewerten, Unternehmensplanzahlen und Technologien zu begutachten sowie Analysen in Bezug auf Markt, Wettbewerb und Technologie durchzuführen, Beteiligungs- und Exit-Prozesse zu koordinieren, Portfolio-Unternehmen bei strategischen und operativen Fragen zu betreuen, die MIG Capital AG beim Beteiligungscontrolling zu unterstützen, im Interesse der Fondsgesellschaft Aufsichtsrats- oder Beiratsmandate bei Beteiligungsunternehmen zu übernehmen sowie interne Projekte der Kapitalverwaltungsgesellschaft zur Optimierung deren eigener Organisation zu koordinieren.

Dem Auftragnehmer wurde in Bezug auf die Auswahl von Beteiligungsunternehmen bzw. die Portfolioverwaltung der Fondsgesellschaft lediglich ein Vorschlags- und Beratungsmandat erteilt, aber keine eigenen Entscheidungsbefugnisse eingeräumt. Entscheidungen in Bezug auf Investitionen und die Portfolioverwaltung für die Fondsgesellschaft werden ausschließlich von der MIG Capital AG in ihrer Eigenschaft als externe KVG getroffen. Dies schließt allerdings nicht aus, dass dem Auftragnehmer für bestimmte Maßnahmen, auch in Bezug auf die Portfolioverwaltung, im Einzelfall Handlungsvollmacht erteilt wird.

Die Matthias Guth Corporate Finance GmbH wird von der MIG Capital AG als externe KVG vergütet. Von der Fondsgesellschaft erhält der Auftragnehmer keine gesonderte Vergütung.

Die Matthias Guth Corporate Finance GmbH berät und unterstützt die MIG Capital AG zugleich bei der Portfolioverwaltung für die anderen MIG Fondsgesellschaften, die ihrerseits von der MIG Capital AG verwaltet werden. Im Zusammenhang mit den Dienstleistungen der Matthias Guth Corporate Finance GmbH sind somit die gleichen Interessenkonflikte denkbar, wie sie für die MIG Capital AG selbst gelten (vgl. hierzu auch in Kap. 5.2.5.1.1 („Interessenkonflikte“)).

### **5.2.2.5 Interne Revision, Compliance und Geldwäsche, Datenschutz, Informationssicherheit**

Die MIG Capital AG hat in ihrer Eigenschaft als KVG die VIVACIS Consulting GmbH, vertreten durch den

Geschäftsführer Herrn Wulf H. H. Ley, Gartenstraße 25-29, 61352 Bad Homburg, im Wege von Auslagerungsverträgen gemäß § 36 KAGB mit Dienstleistungen im Zusammenhang mit der internen Revision, Compliance und Geldwäsche sowie im Bereich des Datenschutzes und der Informationssicherheit beauftragt.

Gegenstand der Auslagerungsverträge zwischen der MIG Capital AG und der VIVACIS Consulting GmbH sind im Überblick folgende Dienstleistungen des Auslagerungsunternehmens:

- Interne Revision bei der MIG Capital AG;
- Beratung der MIG Capital AG und ihrer Mitarbeiter im Bereich Compliance, also hinsichtlich aller Maßnahmen, die der Vermeidung von Gesetzesverstößen und Interessenkonflikten dienen;
- Geldwäscheabwehr und Übernahme der Aufgaben und Funktionen des Geldwäschebeauftragten gemäß den Bestimmungen des Geldwäschegesetzes (GWG);
- Unterstützung der MIG Capital AG bei den gesetzlichen Bestimmungen zum Datenschutz und Übernahme der Aufgaben des betrieblichen Datenschutzbeauftragten (nach den Vorgaben der Datenschutz-Grundverordnung (EU) 2016/679);
- Unterstützung der MIG Capital AG bei der Gewährleistung eines angemessenen IT-Sicherheitsniveaus und Übernahme der Funktion des Informationssicherheitsbeauftragten.

Die VICACIS Consulting GmbH wird von der MIG Capital AG in ihrer Funktion als externe KVG vergütet. Von der Fondsgesellschaft erhält die VIVACIS Consulting GmbH keine gesonderte Vergütung.

### **5.2.2.6 IT-Administration**

Die MIG Capital AG hat in ihrer Eigenschaft als KVG die Börder Computer Consulting Service AG, vertreten durch den Vorstand Alexander Börder, Wolfratshausenstraße 47i, 82049 Pullach i. Isartal, im Wege eines Auslagerungsvertrags gemäß § 36 KAGB beauftragt, das IT-System der KVG herzustellen und die ständige Betriebsbereitschaft des Gesamtsystems sicherzustellen. Die Börder Computer Consulting Service AG

wird von der MIG Capital AG in ihrer Funktion als externe KVG vergütet. Von der Fondsgesellschaft erhält die Auftragnehmerin keine gesonderte Vergütung.

### 5.2.3 Vertrieb

---

Die MIG Capital AG hat die HMW Fundraising GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer Herrn Dr. Matthias Hallweger, Münchener Straße 52, 82049 Pullach i. Isartal, mit der Vertriebskoordination vorliegender Kapitalanlage bzw. der Eigenkapitalvermittlung beauftragt.

Die HMW Fundraising GmbH ist demnach dafür verantwortlich, die Eigenkapitalplatzierung für die Fondsgesellschaft zu organisieren. Hierzu kooperiert sie mit selbstständigen Vertriebspartnern, insbesondere Finanzanlagevermittlern. Zu ihren Aufgaben gehört es ferner, Anlageinteressenten zu werben und zu vermitteln, die sich an der Fondsgesellschaft beteiligen wollen. Es wird darauf hingewiesen, dass durch die HMW Fundraising GmbH hierbei gegenüber Anlegern in Österreich keine Anlageberatungsleistungen oder Vermittlungsleistungen erbracht werden.

In Österreich erfolgt die Vermittlung der Anteile durch gewerbliche Vermögensberater gemäß § 136a GewO.

Die Auftragnehmerin erhält von der Fondsgesellschaft eine Vergütung. Es wird auf die Ausführungen in Kap. 2.14.1 verwiesen.

Der alleinige Geschäftsführer der HMW Fundraising GmbH, Herr Dr. Matthias Hallweger, ist zugleich alleiniger Vorstand der HMW Emissionshaus AG, auf die die Konzeption der Kapitalanlage und die Erstellung der Vertriebsunterlagen ausgelagert worden sind (vgl. in Kap. 5.2.2.1). Die HMW Fundraising GmbH ist zudem eine 100%-Tochtergesellschaft der HMW Emissionshaus AG (vgl. auch in Kap. 3.3.2.1 „Personelle Verflechtung“).

### 5.2.4 Einrichtung (Kontaktstelle) für Privatkunden in Österreich

---

Die MIG Capital AG (Kapitalverwaltungsgesellschaft) nimmt die Aufgaben gemäß § 48a AIFMG wahr.

### 5.2.5 Risikohinweise

---

In diesem Kapitel werden die wesentlichen tatsächlichen und rechtlichen Risiken einer Beteiligung an der MIG GmbH & Co. Fonds 18 geschlossene Investment-KG erläutert. Jeder Anleger sollte daher vor seiner Investitionsentscheidung diesem Kapitel besondere Aufmerksamkeit schenken.

Das in diesem Veranlagungsprospekt erläuterte und angebotene Investmentvermögen wurde auf der Grundlage der zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung verfügbaren wirtschaftlichen Daten und der derzeit geltenden rechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen strukturiert. Bei der Kapitalanlage handelt es sich um eine langfristige, unternehmerische Beteiligung, deren Laufzeit mindestens bis 31.12.2037 angelegt ist. Rechtliche, steuerliche oder wirtschaftliche Rahmenbedingungen können sich während der Laufzeit dieser Beteiligung ändern, mit der Folge, dass künftig weitere rechtliche oder wirtschaftliche Risiken auftreten, die heute nicht erkennbar sind.

Die Risiken der vorliegenden Kapitalanlage sind in folgender Untergliederung dargestellt:

- Prognose- und anlagegefährdende Risiken (Kap. 5.2.5.1)
- Anlegergefährdende Risiken (Kap. 5.2.5.2)
- Steuerliche Risiken (Kap. 5.2.5.3)
- Sonstige Risiken (Kap. 5.2.5.4)
- Maximalrisiko (Kap. 5.2.5.5)

Als „prognosegefährdende Risiken“ werden hier solche Risiken bezeichnet, die zu einer negativen Abweichung von Prognosen und somit zu geringeren Rückflüssen an Anleger, bis hin zu einem Ausfall von Rückflüssen führen können. Als „anlagegefährdende Risiken“ werden Risiken bezeichnet, die die Anlageobjekte, vorrangig also die von der Gesellschaft gehaltenen Unternehmensbeteiligungen, und das gesamte Investmentvermögen gefährden und damit zu einem teilweisen oder vollständigen Verlust des vom Anleger eingesetzten Kapitals führen können. Beim Eintritt anlagegefährdender Risiken erhält der Anleger somit keine Rückflüsse oder Rückflüsse, die den Betrag seiner Einlage und des Agios nicht erreichen. Die Abgrenzung zwischen prognose- und

anlagegefährdenden Risiken ist fließend. Der Eintritt eines prognosegefährdenden Risikos kann auch in ein anlagegefährdendes Risiko umschlagen. Jedes prognose- und anlagegefährdende Risiko birgt ein Totalverlustrisiko.

Als „anlegergefährdende Risiken“ werden solche Risiken bezeichnet, die im Falle ihrer Verwirklichung nicht nur zum Verlust der Kapitalanlage führen, sondern weitergehend auch das sonstige Vermögen des Anlegers, das nicht in der Kapitalanlage investiert war, gefährden können. Die mit der Beteiligung an dem Investmentvermögen verbundenen steuerlichen Risiken sind der Übersichtlichkeit halber in einem gesonderten Kapitel dargestellt. „Steuerliche Risiken“ können sich sowohl prognose- und anlagegefährdend als auch anlegergefährdend auswirken. Im Kapitel „Sonstige Risiken“ werden Risiken dargestellt, die sich keiner der vorgenannten Kategorien zuordnen lassen. Das mit der Kapitalanlage verbundene „Maximalrisiko“ wird abschließend ebenfalls gesondert dargestellt. Die Einteilung in Risikokategorien in diesem Veranlagungsprospekt sowie die Reihenfolge der nachfolgenden Risikodarstellung bedeutet keine Bewertung der Eintrittswahrscheinlichkeit oder der Bedeutung der einzelnen Risiken.

### 5.2.5.1 Prognose- und anlagegefährdende Risiken

#### 5.2.5.1.1 Risiken in Bezug auf die Investitionen der Fondsgesellschaft

##### Unternehmerische Beteiligung

Der Beitritt zur Gesellschaft führt zu einer unternehmerischen Beteiligung. Für die Kapitalanlage kann kein bestimmter Ertrag und keine bestimmte Rendite vorhergesagt werden. Der Erfolg der Kapitalanlage richtet sich nach den eigenen geschäftlichen Erfolgen der Fondsgesellschaft. Es besteht das Risiko, dass das eingesetzte Kapital teilweise oder auch vollständig verloren geht (vgl. hierzu in Kap. 5.2.5.5).

Ein Ertrag wird nur dann erzielt, wenn die Fondsgesellschaft einen Gesamtgewinn erwirtschaftet. Dies ist nur dann der Fall, wenn die Gesellschaft aus der Veräußerung von Unternehmensbeteiligungen, aus laufenden Gewinnausschüttungen der Beteiligungsunternehmen oder aus Zinseinkünften nicht nur sämtliche Kosten (bestehend vor allem aus Provisionen, sonstigen Vergütungen für Auftragnehmer der Gesellschaft, der laufenden Managementvergütung für die Kapitalverwaltungsgesellschaft und der Bestands-

provision für die Vertriebskoordinatorin, der Transaktionsgebühr für die Kapitalverwaltungsgesellschaft und die beauftragte Vertriebskoordinatorin sowie den weiteren, laufenden Geschäftskosten) erwirtschaftet, sondern darüber hinaus einen Überschuss erzielt. Angesichts des Gesamtbetrags der Kosten und mit Rücksicht auf die Schmälerung des eigenen Ertrags durch Gewerbesteuer sowie die Transaktionsgebühr setzt dies eine weit überdurchschnittliche Rendite der Gesellschaft im Bereich der geplanten Venture-Capital-Investitionen voraus. Die Kosten der Einrichtung des Investmentvermögens, des Kapitalvertriebs und der Investitionsphase sowie die Kosten des laufenden Geschäftsbetriebs der Gesellschaft können das eingelegte Kapital und die Einnahmen der Fondsgesellschaft übersteigen.

##### Investitionskapital

Die Fondsgesellschaft beabsichtigt, durch die Einlagen ihrer Anleger ein Gesellschaftskapital (ohne Agio) in Höhe von EUR 100 Mio. oder bei Ausübung von Überzeichnungsreserven von bis zu EUR 160 Mio. zu erreichen. Es besteht das Risiko, dass nicht ausreichend Anleger gewonnen werden und der Gesellschaft somit weniger Eigenkapital als angenommen zugeführt wird. Es besteht ferner das Risiko, dass Anleger ihren Einlageverpflichtungen nicht vollständig nachkommen oder dass Anleger – etwa in Folge der wirksamen Ausübung eines gesetzlichen Widerrufsrechts – aus der Fondsgesellschaft ausscheiden und infolgedessen aus dem Gesellschaftsvermögen eine Abfindung erhalten.

Der Eintritt jedes der vorbezeichneten Risiken führt dazu, dass der Gesellschaft weniger Eigenkapital für Investitionen zur Verfügung steht, als ursprünglich geplant. Dies führt ggf. dazu, dass die Gesellschaft nur eine geringere Zahl von Unternehmensbeteiligungen als beabsichtigt erwerben und somit das Investitionsrisiko nur eingeschränkt streuen kann. Dies kann zu dem weiteren Risiko führen, dass die Gesellschaft infolge der mangelnden Streuung die gesetzlichen Anforderungen an eine geeignete Risikomischung nicht einhalten kann, so dass die Aufsichtsbehörde Maßnahmen gegen die von der Gesellschaft bestellte externe KVG oder die Gesellschaft selbst, bis hin zur Auflösung der Gesellschaft, ergreift. Dies kann den Totalverlust des eingesetzten Kapitals zur Folge haben. Die Gesellschaft ist zudem unabhängig von der Höhe des eingeworbenen und eingezahlten Kapitals mit fixen Kosten belastet, so dass die Einlagen der Anleger bei Eintritt der geschilderten Risiken prozen-

tual höher mit Kosten belastet sind als ursprünglich kalkuliert. Dies kann dazu führen, dass die Gesellschaft entgegen ihren Anlagezielen weniger Kapital in Venture-Capital-Beteiligungen investieren kann als geplant und dass infolgedessen die Rückflüsse an Anleger geringer ausfallen oder ganz entfallen. Für den Fall, dass das angeworbene Kapital nicht ausreicht, um die Kosten der Investitionsphase und die Kosten des laufenden Geschäftsverkehrs abzudecken, besteht ferner das Risiko, dass die Gesellschaft vorzeitig aufgelöst werden muss oder in die Insolvenz fällt, was den Totalverlust des eingesetzten Kapitals einschließlich des Agios zur Folge haben kann.

### **Investitionen in Unternehmensbeteiligungen**

Die Fondsgesellschaft legt das für Investitionen verfügbare Gesellschaftskapital grundsätzlich in Beteiligungen an anderen Gesellschaften bzw. Unternehmen an. Die Gesellschaft stellt solchen Unternehmen zu diesem Zweck regelmäßig Eigenkapital oder Einlagen ohne Sicherheiten zur Verfügung und erhält im Gegenzug, meist über Kapitalerhöhungen, einen eigenen Gesellschaftsanteil oder eine atypisch stille Beteiligung. Die Gesellschaft trägt somit die unternehmerischen Risiken der Unternehmen, an denen Beteiligungen erworben werden.

Für die Anleger kommt bei der vorliegenden Kapitalanlage folgendes Risiko hinzu: Zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung hat die Gesellschaft noch keine Beteiligung erworben. Es steht nicht fest, in welche konkreten Anlageobjekte sie investieren wird. Die Anleger haben vor ihrem Beitritt zur Fondsgesellschaft keine Möglichkeit zu prüfen, in welche Unternehmensbeteiligungen investiert werden soll oder investiert werden wird, tragen andererseits aber die wirtschaftlichen Folgen dieser späteren Investitionen.

Es besteht das Risiko, dass ein Beteiligungsunternehmen der Gesellschaft nicht den erwarteten Erfolg hat oder gar vollständig scheitert. Es besteht auch das Risiko, dass Beteiligungsunternehmen in die Insolvenz fallen. In den genannten Fällen besteht das Risiko, dass das von der Fondsgesellschaft und somit das von den Anlegern investierte Kapital einschließlich des Agios ganz oder teilweise verloren ist.

### **Anlage- und Exit-Entscheidungen**

Im Gesellschaftsvertrag und in den Anlagebedingungen sind für das Investmentvermögen im Wesentlichen nur der Investitionsrahmen sowie einige Investitionskriterien bindend vorgegeben:

Die Fondsgesellschaft wird Anteile an nicht börsennotierten Kapitalgesellschaften, Kommanditanteile an anderen Kommanditgesellschaften sowie atypisch stille Beteiligungen an anderen Unternehmen erwerben. Daher kommt den späteren Investitionsentscheidungen bzw. der Auswahl der Beteiligungsunternehmen besonderes Gewicht zu, zumal zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung erst eine Investition in ein Beteiligungsunternehmen getätigt wurde und das Beteiligungsportfolio demnach noch keine weiteren Investitionen ausweist. Die Anlageentscheidungen werden durch die MIG Capital AG als externe Kapitalverwaltungsgesellschaft getroffen. Es besteht das Risiko, dass aufgrund von Versäumnissen im Einzelfall Fehlentscheidungen hinsichtlich der Investitionen getroffen werden. Die Fehlentscheidung kann sich dabei sowohl auf die Auswahl des Beteiligungsunternehmens als auch auf die Konditionen der Beteiligung, wie vor allem den Erwerbspreis, beziehen. Fehlinvestitionen sind im vorliegenden Fall auch deshalb möglich, weil der MIG Capital AG bei der Auswahl der Anlageobjekte im Gesellschaftsvertrag und den Anlagebedingungen ein weiter Ermessensspielraum eingeräumt ist und der Gesellschaftsvertrag kein zusätzliches Entscheidungs- oder Kontrollorgan, wie etwa einen Anlageausschuss oder Beirat, vorsieht, das Anlageentscheidungen effektiv prüfen oder unterbinden kann. Die Anleger selbst haben im Zusammenhang mit der Portfolioverwaltung grundsätzlich ebenfalls keine Möglichkeit der Einflussnahme, da die Kapitalverwaltungsgesellschaft als Portfolio-Managerin bei ihren Anlageentscheidungen laut Gesellschaftsvertrag grundsätzlich nur in einem Ausnahmefall der Zustimmung durch Gesellschafterbeschluss bedarf (sofern durch die Gesellschaft in ein einzelnes Beteiligungsunternehmen insgesamt mehr als EUR 20 Mio. investiert werden sollen). Darüber hinaus können Fehlentscheidungen auf dem Umstand beruhen, dass die MIG Capital AG bei der Aushandlung der Investitionsbedingungen die Interessen eines anderen MIG Fonds, der bei einem Beteiligungsunternehmen bereits investiert ist, unsachgemäß höher gewichtet als die Interessen der Fondsgesellschaft (vgl. auch nachstehend im Unterabschnitt „Interessenkonflikte“). Schließlich können falsche Investitionsentscheidungen auf Fehlern von Dritten, z. B. den in den Investitionsprozess eingebundenen Beratern, Sachverständigen oder externen Bewertern beruhen. Die Kontrolle durch die für die Gesellschaft gemäß §§ 80 ff. KAGB bestellte Verwahrstelle beschränkt sich im Zusammenhang mit den Venture-Capital-Investitionen im Wesentlichen auf eine Eigentumsprüfung und

bedeutet somit hinsichtlich der Anlageentscheidung keine weitere Absicherung.

Es besteht zusammenfassend das Risiko, dass Anlageentscheidungen der Kapitalverwaltungsgesellschaft falsch sind bzw. Investitionen der Fondsgesellschaft zu wirtschaftlich oder rechtlich ungünstigen Konditionen erfolgen. Solche Fehlinvestitionen können die Kapitalanlage nachteilig beeinflussen und bis hin zum Totalverlust des von den Anlegern eingesetzten Kapitals einschließlich des Agios führen.

Gleiches gilt für Fehlentscheidungen der Kapitalverwaltungsgesellschaft im Zusammenhang mit der Veräußerung von Unternehmensbeteiligungen: Ein in wirtschaftlicher oder rechtlicher Hinsicht ungünstiger „Exit“ kann zum teilweisen oder vollständigen Verlust des von der Fondsgesellschaft investierten Kapitals führen. Die Kapitalverwaltungsgesellschaft hat auch bei Verkaufsentscheidungen einen weiten Ermessensspielraum. Veräußerungsgeschäfte stehen laut Gesellschaftsvertrag nur dann unter einem Zustimmungsvorbehalt der Gesellschafterversammlung, wenn die Gesellschaft Anteile an mehreren Beteiligungsunternehmen im sachlichen und zeitlichen Zusammenhang an den gleichen Erwerber veräußern oder Anteile der Gesellschaft an einem oder mehreren Beteiligungsunternehmen, deren gesamte handelsrechtliche Anschaffungskosten einen Betrag von 50 % des Festkapitals der Gesellschaft übersteigen, außerhalb der Liquidation in einem Geschäftsjahr verkaufen will. Bei schlecht verhandelten oder schlecht geregelten Veräußerungsgeschäften kommt darüber hinaus, etwa in Folge einer Garantieverletzung, die Haftung der Fondsgesellschaft mit sonstigem Gesellschaftskapital in Betracht. Die Fondsgesellschaft kann im Fall einer solchen Garantiehafung mit der Folge einer nachträglichen Kaufpreisreduktion zudem in Liquiditätsschwierigkeiten geraten, wenn sie die durch einen Exit vereinnahmten Erlöse bereits an die Anleger ausgeschüttet hat (vgl. diesbezüglich auch unter „Insolvenzrisiko“). Fehlentscheidungen bei Exit-Entscheidungen können dabei auch auf Fehlreizen im Zusammenhang mit der Vergütung der Kapitalverwaltungsgesellschaft beruhen: Die KVG und infolgedessen deren Vorstandsmitglieder und leitenden Mitarbeiter erhalten bei der Veräußerung einer Unternehmensbeteiligung eine Transaktionsgebühr in Abhängigkeit vom Veräußerungserlös (vgl. näher in Kap. 2.14.1.3). Diese „Exit-Vergütung“ kann dazu führen, dass eine sinnvolle Exit-Möglichkeit unterbleibt oder andererseits eine wirtschaftlich ungünstige

Verkaufsentscheidung getroffen wird, um hierdurch den Zeitpunkt und den Inhalt der Transaktionsgebühr im Sinne der Kapitalverwaltungsgesellschaft bzw. deren Leitungsorgane zu beeinflussen. Solche Fehlentscheidungen oder die rechtlich ungünstige Vertragsgestaltung bei der Veräußerung von Unternehmensbeteiligungen können die Kapitalanlage nachteilig beeinflussen, bis hin zum Totalverlust des vom Anleger eingesetzten Kapitals (einschließlich Agio) führen und sogar anlegergefährdende Risiken begründen (vgl. hierzu unter Kap. 5.2.5.2).

Die Entscheidung über die Anlage des Geldvermögens der Fondsgesellschaft obliegt ebenfalls der MIG Capital AG als externe Kapitalverwaltungsgesellschaft. Auch hier besteht das Risiko von Fehlentscheidungen, mit der Folge, dass die Fondsgesellschaft aus der Anlage ihrer liquiden Mittel keine oder eine zu geringe Rendite erzielt. Weitergehend kann nicht ausgeschlossen werden, dass Banken, bei denen Vermögen der Fondsgesellschaft angelegt ist, insolvent werden und hierdurch die Kapitalanlagen der Gesellschaft verloren gehen. Eine zu geringe oder fehlende Rendite aus der Anlage der Liquiditätsreserve oder deren teilweiser oder gar vollständiger Verlust kann zu einer Verschlechterung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Fondsgesellschaft führen und im ungünstigsten Fall die Insolvenz der Fondsgesellschaft und damit den Totalverlust des vom Anleger eingesetzten Kapitals (einschließlich des Agios) zur Folge haben.

#### **Fehlende Investitionsmöglichkeiten der Gesellschaft**

Der wirtschaftliche Erfolg des Investmentvermögens hängt maßgeblich von den zu erwerbenden Unternehmensbeteiligungen, dem Erwerbspreis und dem wirtschaftlichen Verlauf der Beteiligungsunternehmen ab. Es besteht das Risiko, dass nicht genügend geeignete Investitionsmöglichkeiten gefunden werden und das Gesellschaftskapital nicht oder nicht im vorgesehenen Umfang in Unternehmensbeteiligungen investiert werden kann. In diesem Fall müsste das Gesellschaftskapital vollständig oder überwiegend in Bankguthaben angelegt oder als Liquiditätsreserve vorgehalten werden, was, auch angesichts zusätzlicher Kosten in Form von möglichen Verwahrensgeltern, zur Folge haben kann, dass Rückflüsse an Anleger geringer ausfallen.

#### **Interessenkonflikte**

Die Kapitalverwaltungsgesellschaft des Investmentvermögens, die MIG Capital AG, hält 100 % der

Geschäftsanteile an der Treuhandkommanditistin MIG Beteiligungstreuhand GmbH, 100 % der Geschäftsanteile an der mit der Anlegerverwaltung betrauten MIG Service GmbH sowie 100 % der Geschäftsanteile an der MIG Asset Trust GmbH. Die HMW Emissionshaus AG, die aufgrund Auslagerungsvertrags mit der MIG Capital AG für die Konzeption und die Vertriebsvorbereitung vorliegender Kapitalanlage verantwortlich ist, hält 100 % der Geschäftsanteile an der Komplementärin der Fondsgesellschaft, der HMW Komplementär GmbH. Die HMW Emissionshaus AG hält ferner 100 % der Geschäftsanteile der HMW Fundraising GmbH, die von der Fondsgesellschaft mit der Vertriebskoordination vorliegender Kapitalanlage beauftragt worden ist. Die HMW Komplementär GmbH, die als Komplementärin geschäftsführende Gesellschafterin des MIG Fonds 18 ist, nimmt diese Geschäftsführungsaufgabe zugleich bei sechs weiteren MIG Fonds, den MIG Fonds 12 bis 17, wahr. Es ergeben sich ferner folgende personelle Verflechtungen: Herr Michael Motschmann, der dem Vorstand der Kapitalverwaltungsgesellschaft angehört, ist mit 15 % der Aktien an der HMW Emissionshaus AG beteiligt und zugleich Mitglied des Aufsichtsrats der HMW Emissionshaus AG. Zwei Vorstände der Kapitalverwaltungsgesellschaft, Herr Michael Motschmann und Herr Kristian Schmidt-Garve, sind zugleich Geschäftsführer der MIG Asset Trust GmbH. Sowohl die HMW Emissionshaus AG als auch die HMW Fundraising GmbH werden durch Herrn Dr. Matthias Hallweger als alleinigem Vorstand bzw. Geschäftsführer geleitet. Der Geschäftsführer der Treuhandkommanditistin, Nicolaus Freiherr von Miltitz, ist zugleich alleiniger Geschäftsführer der MIG Service GmbH – beide Gesellschaften sind zudem bei 15 weiteren MIG Fonds mit der Durchführung der Treuhandverträge (und zusätzlich bei den beendeten MIG Fonds 1 und MIG Fonds 3 mit der Verteilung etwaig noch vereinnahmter Veräußerungserlöse) sowie mit dem Anlegerservice beauftragt. Die Geschäftsführerin der Komplementärin (HMW Komplementär GmbH), Frau Pervin Persenkli, ist zugleich Geschäftsführerin der HMW Verwaltungs GmbH, die bei MIG Fonds 7 bis 11 als Komplementärin bestellt ist. Durch die vorstehend genannten, kapitalmäßigen und personellen Verflechtungen können sich Interessenkonflikte ergeben.

Die MIG Capital AG nimmt die Aufgaben als externe Kapitalverwaltungsgesellschaft bzw. als Portfoliomanager nicht nur für die Fondsgesellschaft, sondern auch für weitere Investmentvermögen (MIG Fonds) wahr, die als Venture-Capital-Fonds in Unternehmens-

beteiligungen investieren. Auch dies begründet das Risiko von Interessenkonflikten, insbesondere im Zusammenhang mit Anlageentscheidungen: Es besteht das Risiko, dass bei Entscheidungen über den Erwerb, die Veräußerung oder die Verwaltung von Beteiligungen aufgrund solcher Interessenkonflikte Fehlentscheidungen zu Lasten der Fondsgesellschaft und zu Gunsten eines anderen MIG Fonds, z. B. eines bereits in das Zielunternehmen investierten Fonds, getroffen werden oder dass eine solche Investition zugunsten eines anderen, von der Kapitalverwaltungsgesellschaft verwalteten MIG Fonds zu wirtschaftlich oder rechtlich ungünstigen Bedingungen für die Fondsgesellschaft erfolgt.

Falsche Anlage- und Exit-Entscheidungen, wirtschaftlich oder rechtlich ungünstige Investitionen oder Beteiligungsverkäufe oder sonstige Maßnahmen mit Auswirkung auf die Fondsgesellschaft infolge von Interessenkonflikten beeinflussen die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Fondsgesellschaft nachteilig und können den teilweisen oder vollständigen Verlust des jeweils eingesetzten Gesellschaftskapitals zur Folge haben. Die finanziellen Einbußen der Gesellschaft oder der Verlust des eingesetzten Gesellschaftskapitals führen zu geringeren Rückflüssen aus der Kapitalanlage an die Anleger, bis hin zum Verlust des von den Anlegern eingesetzten Kapitals nebst Agio.

#### **Kontinuität der Geschäftsführung, Schlüsselersonenrisiko**

Die Anlage- und Verkaufsentscheidungen für Unternehmensbeteiligungen sowie die Entscheidungen über die Anlage der Liquiditätsreserve werden nach Maßgabe des Gesellschaftsvertrags und der Anlagebedingungen der Fondsgesellschaft durch die MIG Capital AG bzw. deren Leitungsorgane getroffen. Die Qualität der Anlageentscheidungen hängt maßgeblich von den Fähigkeiten, den Erfahrungen und dem Netzwerk dieser Personen ab. Es besteht das Risiko, dass die MIG Capital AG als Kapitalverwaltungsgesellschaft vorzeitig aus dieser Funktion ausscheidet, etwa deshalb, weil ihr die Erlaubnis für diese Tätigkeit durch die Aufsichtsbehörde entzogen wird. Desgleichen besteht das Risiko, dass Mitglieder des Vorstands oder leitende Mitarbeiter der MIG Capital AG sowie Geschäftsleitungsorgane der Fondsgesellschaft selbst, die zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung Geschäftsleitungsfunktion oder Aufgaben im Zusammenhang mit der Portfolioverwaltung haben, vorzeitig ausscheiden, so dass für weitere Investitions- bzw.

Verkaufsentscheidungen oder die Verwaltung erworbener Unternehmensbeteiligungen neue geeignete Personen gefunden und für die Fondsgesellschaft gewonnen werden müssen. Es besteht das Risiko, dass dies scheitert oder dass sich die nachfolgend mit solchen Aufgaben betrauten Personen nicht als entsprechend qualifiziert erweisen und unternehmerische Fehlentscheidungen treffen. Dies kann negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Fondsgesellschaft haben und bis hin zum Totalverlust des eingesetzten Kapitals einschließlich Agio führen.

### **Klumpenrisiko, Fehlende Risikomischung**

Der Erfolg der Kapitalanlage beruht auf dem wirtschaftlichen Erfolg der Beteiligungsunternehmen. Für einen profitablen Verlauf der Kapitalanlage ist es möglicherweise nicht einmal ausreichend, wenn einzelne Beteiligungsunternehmen prosperieren. Der Erfolg der Fondsgesellschaft und somit der Kapitalanlage der Anleger ist vielmehr davon abhängig, dass sich die Beteiligungsunternehmen der Gesellschaft in ihrer Gesamtbetrachtung positiv entwickeln. Je mehr Unternehmensbeteiligungen die Fondsgesellschaft erwirbt, desto geringer fällt die Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung eines einzelnen Beteiligungsunternehmens aus. Umgekehrt ist die Abhängigkeit vom wirtschaftlichen Verlauf eines einzelnen Beteiligungsunternehmens umso größer, je geringer die Streuung der Investitionen der Gesellschaft in einzelne Beteiligungen ausfällt. Sofern die Fondsgesellschaft nicht genug Anleger gewinnt und das Gesellschaftskapital und infolgedessen auch das Investitionskapital deutlich hinter den geplanten Beträgen zurückbleiben, steigt die Gefahr, dass die Gesellschaft von der Profitabilität und der Wertsteigerung einiger weniger ausgewählter Beteiligungen abhängig ist. Dieses Risiko besteht ferner dann, wenn der Fondsgesellschaft zwar der geplante Investitionsbetrag zur Verfügung steht, sich die KVG bzw. deren Management jedoch für die Bindung größerer Teilbeträge in einzelnen Beteiligungen entscheidet. Sofern ein Beteiligungsunternehmen scheitert, in das ein besonders großer Teilbetrag des Investitionskapitals investiert wurde, besteht das Risiko, dass sich die vorliegende Kapitalanlage wirtschaftlich schlecht entwickelt und eine deutlich geringere als die erwartete Rendite erzielt oder dass das von den Anlegern eingesetzte Kapital sogar ganz verloren geht, obwohl andere Unternehmensbeteiligungen wirtschaftlich erfolgreich verlaufen sind.

Eine fehlende oder unzureichende Risikomischung bei Investitionen der Fondsgesellschaft in Unternehmensbeteiligungen kann sich insbesondere in der Anlaufphase des Fonds, bis zur vollständigen Einzahlung der Einlagen durch die Anleger, die plangemäß bis 31.03.2029 abgeschlossen sein soll, ergeben. Der MIG Capital AG als externer KVG ist es während dieser Anlaufphase mangels Investitionskapitals gegebenenfalls nicht möglich, im Hinblick auf die zu erwerbenden Unternehmensbeteiligungen eine Risikostreuung zu gewährleisten. Laut Gesetz gilt der Grundsatz der Risikomischung gemäß § 262 Abs. 1 Satz 2 KAGB nur als erfüllt, wenn bei wirtschaftlicher Betrachtungsweise eine Streuung des Ausfallrisikos gewährleistet ist. Diese Verpflichtung zur Risikomischung tritt gemäß § 262 Abs. 1 Satz 3 KAGB jedoch erst nach einer Anlaufzeit von spätestens 18 Monaten nach Beginn des Vertriebs ein.

**Es wird gemäß § 262 Abs. 1 Satz 4 KAGB darauf hingewiesen, dass die Fondsgesellschaft zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung noch nicht risikogemischt investiert ist.**

Kapitalverluste der Fondsgesellschaft in Folge unzureichender Risikostreuung bei Investitionen können dazu zu führen, dass die Rückflüsse an Anleger aus der Kapitalanlage geringer ausfallen oder ganz ausbleiben.

### **Veräußerbarkeit von Unternehmensbeteiligungen**

Es besteht das Risiko, dass die Fondsgesellschaft marktbedingt nicht in der Lage ist, ihre Gesellschafts- bzw. Unternehmensbeteiligungen zu veräußern. Ebenso besteht das Risiko, dass die Fondsgesellschaft marktbedingt einen Veräußerungserlös erzielt, der unterhalb des Verkehrswerts oder unterhalb der Anschaffungskosten der Beteiligung liegt. Diese Faktoren können die Kapitalanlage nachteilig beeinflussen und zum Totalverlust des vom Anleger eingesetzten Kapitals führen. Diese Faktoren können ferner dazu führen, dass die Beteiligungen der Fondsgesellschaft nicht während ihrer Laufzeit veräußert werden können und sich die Abwicklung der Gesellschaft (Liquidation) nach Laufzeitende wegen verbliebener Unternehmensbeteiligungen längere Zeit, auch über Jahre hinweg, hinzieht. Für die Anleger bedeutet dies das Risiko, dass ihr Kapital in der Fondsgesellschaft über die Laufzeit hinaus ganz oder teilweise für lange Zeit, auch während der Liquidationsphase der Fondsgesellschaft, gebunden bleibt. Für die Fondsgesellschaft hat eine lange Liquidationsphase wegen schwer veräu-

ßerbarer Unternehmensbeteiligungen weiterlaufende Kosten zur Folge, was negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Fondsgesellschaft haben und bis hin zum Totalverlust des eingesetzten Kapitals einschließlich Agio führen kann.

### **Wechselkursrisiko**

Die Fondsgesellschaft kann laut Anlagebedingungen in Zielunternehmen investieren, die ihren rechtlichen oder tatsächlichen Sitz (Schwerpunkt der tatsächlichen geschäftlichen Aktivitäten) in einem Staat haben, der nicht im Euro-Raum liegt. Sofern Anteile an Beteiligungsunternehmen in einer Fremdwährung erworben und gehalten werden, besteht das Risiko, dass die betreffenden Beteiligungen durch Wechselkursschwankungen im Verhältnis zum Euro an Wert verlieren. Dies kann dazu führen, dass Rückflüsse an die Fondsgesellschaft im Fall der Veräußerung der Beteiligung oder im Fall von Gewinnausschüttungen durch den Wertverlust der Fremdwährung gegenüber dem Euro geringer ausfallen. Der Eintritt dieses Wechselkursrisikos führt somit zu einer geringeren Rendite der Fondsgesellschaft und infolgedessen zu geringeren Rückflüssen an die Anleger oder möglicherweise einem Teilverlust des von den Anlegern eingesetzten Kapitals einschließlich Agio. Durch ungünstige Wechselkursschwankungen kann zudem der jeweils zu ermittelnde Nettoinventarwert der Fondsgesellschaft bzw. der einzelnen Anteile der Anleger geringer ausfallen, mit der Folge, dass ein Veräußerungspreis bzw. eine Abfindung, die sich nach dem Nettoinventarwert errechnet und die der Anleger im Falle einer Veräußerung oder Beendigung seiner Kapitalanlage erhält, geringer ausfällt.

Zu den Beschränkungen der Investitionsmöglichkeiten aufgrund von Währungsrisiken wird auf Kap. 2.1.4.3 verwiesen.

### **Risiko von Kursschwankungen bei Aktien**

Die Fondsgesellschaft ist nach den Anlagebedingungen berechtigt, Aktien, die an einer Börse zugelassen oder an einem anderen organisierten Markt zugelassen oder in diesen einbezogen worden sind, zu halten, sofern die Börsen- oder Marktzulassung für diese Aktien erfolgt ist, nachdem die Gesellschaft die Aktien oder die entsprechenden Gesellschaftsanteile als Vermögensgegenstand gem. § 261 Abs. 1 Nr. 4 KAGB erworben hatte. Gleiches gilt, wenn die Gesellschaft im Zuge einer Veräußerung von Anteilen an einem Beteiligungsunternehmen durch eine Umwandlungsmaßnahme (wie insbesondere eine Verschmelzung)

oder als Gegenleistung für eine Anteilveräußerung Aktien gemäß § 193 KAGB an einer anderen Gesellschaft erhält, deren Aktien an einer Börse zugelassen oder an einem anderen organisierten Markt zugelassen oder in diesen einbezogen sind. Durch diese Regelung soll es der Fondsgesellschaft ermöglicht werden, die besonderen Veräußerungsmöglichkeiten für Anteile an einem Beteiligungsunternehmen zu nutzen, die sich durch eine Börsenzulassung des Beteiligungsunternehmens oder einen Anteilstausch mit einer bereits börsennotierten Erwerberin ergeben. Diese zusätzlichen Exit-Möglichkeiten bergen andererseits das Risiko, dass die börsennotierten Aktien nach Erhalt nicht sofort verkauft werden können und der Aktienkurs bis zur ersten Verkaufsmöglichkeit bzw. bis zum Verkauf der Aktien sinkt. Es besteht somit hinsichtlich solcher börsennotierten Aktien die Gefahr, dass die Rendite aus der Investition bei einem Verfall des Aktienpreises oder der Unmöglichkeit der Aktienveräußerung geringer ausfällt oder dass das von der Fondsgesellschaft für diese Beteiligung eingesetzte Kapital ganz verloren geht, was negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Fondsgesellschaft hätte.

### **Risiken im Zusammenhang mit der Verwahrstelle**

Für die Fondsgesellschaft wurde gemäß § 80 Abs. 1 KAGB die Hauck Aufhäuser Lampe Privatbank AG als Verwahrstelle für das Investmentvermögen bestellt. Zu den Aufgaben der Verwahrstelle gehört es insbesondere, zu überprüfen, ob die Fondsgesellschaft an den Vermögensgegenständen, die sie mit ihrem Kapital erwirbt (also vorrangig Unternehmensbeteiligungen) wirksam Eigentum erhält. Daneben übt die Verwahrstelle gemäß § 83 KAGB wichtige Kontrollfunktionen aus. Sie hat unter anderem sicherzustellen, dass die Fondsgesellschaft innerhalb der üblichen Fristen den Gegenwert bei von ihr getätigten Geschäften realisiert, Erträge der Gesellschaft rechtmäßig verwendet werden und die Zahlungsströme der Fondsgesellschaft ordnungsgemäß abgewickelt werden. Sie hat ferner sicherzustellen, dass sämtliche Zahlungen von Anlegern oder im Namen von Anlegern bei der Zeichnung von Anteilen geleistet werden. Die Verwahrstelle hat dafür zu sorgen, dass alle Geldmittel der Fondsgesellschaft auf einem Geldkonto verbucht werden, das für Rechnung der Gesellschaft, im Namen der Kapitalverwaltungsgesellschaft oder im Namen der Verwahrstelle eröffnet wurde.

Es besteht das Risiko, dass die Verwahrstelle ihren Verpflichtungen nicht ordnungsgemäß nachkommt. Dies kann beispielsweise dazu führen, dass die

Unwirksamkeit eines Anteilserwerbs aufgrund fehlerhafter Überprüfung durch die Verwahrstelle unentdeckt bleibt. Fehler der Verwahrstelle können darüber hinaus z. B. dazu führen, dass der Zahlungsverkehr der Fondsgesellschaft nicht ordnungsgemäß überwacht wird und Fehlüberweisungen oder eine rechtswidrige Ertragsverwendung unentdeckt bleiben. Solche Pflichtverletzungen der Verwahrstelle können zur Folge haben, dass das Gesellschaftsvermögen der Fondsgesellschaft ganz oder teilweise verloren geht oder alle oder ein Teil der Anleger bei der Verwendung der Erträge der Fondsgesellschaft benachteiligt werden. Es besteht in diesem Zusammenhang ferner das Risiko, dass von der Verwahrstelle kein Ersatz zu erlangen ist, weil sie entweder selbst nicht zahlungsfähig und der Schaden nicht durch eine Haftpflichtversicherung gedeckt ist oder eine Haftungsbeschränkung der Verwahrstelle eingreift. Fehler der Verwahrstelle können bei solchen Konstellationen bis hin zum Totalverlust des vom Anleger eingesetzten Kapitals einschließlich Agio führen.

#### **5.2.5.1.2 Risiken in Bezug auf die Fondsgesellschaft**

##### **Änderung der Rechtslage, Regulierungsvorschriften**

Es besteht das Risiko, dass sich durch eine Änderung von Rechtsvorschriften, eine Änderung der Verwaltungsauffassung oder eine Änderung der Rechtsprechung negative Auswirkungen auf die Kapitalanlage ergeben, etwa indem sich Vertragsregelungen der Fondsgesellschaft als unwirksam herausstellen oder weitere bzw. andere öffentlich-rechtliche Genehmigungen benötigt werden als zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung angenommen. Es ist z. B. möglich, dass von den Aufsichtsbehörden eine Erlaubnis der Fondsgesellschaft oder deren Managements nach den Vorschriften des Kreditwesengesetzes oder aufgrund vergleichbarer Bestimmungen verlangt wird oder eine solche Erlaubnispflicht während der Laufzeit der Fondsgesellschaft nachträglich eingeführt wird. Ebenso besteht die Möglichkeit, dass an das Investmentvermögen sowie an die Investitionstätigkeit zukünftig weitere rechtliche Anforderungen gestellt werden, die gegenwärtig noch nicht bekannt oder in Kraft getreten sind.

Die Umsetzung derartiger Regulierungsmaßnahmen kann erhebliche Mehrkosten bei der Fondsgesellschaft zur Folge haben und dazu führen, dass Rückflüsse an Anleger geringer ausfallen oder ganz entfallen. Weitergehend besteht das Risiko, dass die

Geschäftstätigkeit der Fondsgesellschaft aufgrund einer nachträglichen besonderen Erlaubnispflicht oder in Folge einer der vorstehend genannten Regulierungen eingeschränkt oder gar vollständig verboten wird, etwa wenn die Fondsgesellschaft die an sie gestellten Anforderungen nicht erfüllen kann. Dies kann zugleich dazu führen, dass Rückflüsse an Anleger geringer ausfallen oder vollständig entfallen. Der Eintritt der vorgenannten Risiken kann weiterhin zur Folge haben, dass das Investmentvermögen bereits vor dem geplanten Laufzeitende aufgelöst und liquidiert werden muss. Dies kann zu einem vollständigen Verlust des von den Anlegern eingesetzten Kapitals nebst Agio führen.

##### **Nachhaltigkeitsrisiken**

Als Nachhaltigkeitsrisiken im Sinne der Verordnung (EU) 2019/2088 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 über nachhaltigkeitsbezogene Offenlegungspflichten im Finanzdienstleistungssektor (nachfolgend „Offenlegungsverordnung“) werden Ereignisse oder Bedingungen im Bereich Umwelt, Soziales oder Unternehmensführung bezeichnet, deren Eintreten tatsächlich oder potenziell wesentliche negative Auswirkungen auf den Wert von Vermögenswerten haben können. Die Fondsgesellschaft bezieht neben allen relevanten finanziellen Risiken auch Nachhaltigkeitsrisiken im Sinne der Offenlegungsverordnung mit ein und bewertet diese fortlaufend. Zu relevanten Nachhaltigkeitsrisiken zählen u. a. physische Schäden aufgrund von Extremwetterereignissen, Strafzahlungen aufgrund der Missachtung geltender Gesetze und Reputationsschäden aufgrund der Missachtung von Klima- und Umweltschutz oder sozialen Werten und Normen.

Die Effekte von Nachhaltigkeitsrisiken können sich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft sowie auf die Reputation der Gesellschaft auswirken. Nachhaltigkeitsrisiken können zudem auf alle bekannten Risikoarten einwirken und zur Wesentlichkeit bzw. Verschärfung sonstiger Risiken beitragen. Der Eintritt eines Nachhaltigkeitsrisikos, ggf. im Zusammenhang mit der Realisierung eines anderen in diesem Kap. 5.2.5 genannten Risikos, kann somit dazu führen, dass Rückflüsse an Anleger geringer ausfallen oder vollständig entfallen. Im schlimmsten Fall führt die Realisierung eines Nachhaltigkeitsrisikos zum vollständigen Verlust des von den Anlegern eingesetzten Kapitals.

### **Kostenrisiko**

Es besteht das Risiko, dass die kalkulierten Kosten, insbesondere für Initialkosten/Provisionen, Managementvergütung und Bestandsprovisionen, für sonstige Honorare sowie für laufende Geschäftskosten, höher ausfallen als zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung angenommen. Es besteht weiter das Risiko, dass zusätzliche Kostenpositionen entstehen, die zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung nicht bekannt waren oder nicht kalkuliert wurden. Dies kann dazu führen, dass Rückflüsse an Anleger geringer ausfallen oder ganz entfallen.

### **Insolvenzrisiko**

Für die Fondsgesellschaft besteht das grundsätzliche Insolvenzrisiko: Die Gesellschaft kann zahlungsunfähig werden, wenn die ihr zur Verfügung stehenden liquiden Mittel nicht zur Deckung laufender Kosten oder sonstiger Zahlungsverbindlichkeiten ausreichen. Eine solche Situation ist vor allem dann denkbar, wenn ein zu großer Teil der Liquidität durch Investitionen in Unternehmensbeteiligungen gebunden oder die Gesellschaft zu hohe Zahlungsverpflichtungen gegenüber einem Beteiligungsunternehmen eingegangen ist. Angesichts fixer Vergütungsverpflichtungen und Gewerbesteuerverbindlichkeiten kann die Fondsgesellschaft darüber hinaus zu Beginn der Kapitalplatzierung in Zahlungsschwierigkeiten geraten oder gar zahlungsunfähig werden, sofern nicht ausreichendes Gesellschaftskapital eingeworben und eingezahlt wird. Liquiditätsschwierigkeiten können sich schließlich z. B. dann ergeben, wenn die Fondsgesellschaft im Anschluss an die Veräußerung einer Unternehmensbeteiligung, vor allem wegen einer Garantieverletzung, Teile des Kaufpreises an den Erwerber zurückzahlen oder gar einen den Kaufpreis übersteigenden Schadensersatz leisten muss, nachdem sie den betreffenden Erlös bereits an die Anleger ausgeschüttet hat. Darüber hinaus kann die Insolvenz der Fondsgesellschaft auch durch Überschuldung eintreten.

Bei einer Insolvenz der Fondsgesellschaft besteht für die Anleger das Risiko, dass das eingelegte Kapital einschließlich Agio vollständig verloren ist. Hat ein Anleger zum Zeitpunkt der Insolvenz die Einlage an die Gesellschaft noch nicht in voller Höhe erbracht, ist der Insolvenzverwalter zudem berechtigt, noch ausstehende Einlagen einzufordern. Auch in diesem Falle besteht das Risiko, dass das vom Anleger eingesetzte Kapital vollständig verloren geht. Schließlich besteht im Insolvenzfall das Risiko, dass der Insolvenzver-

walter die Rückzahlung von Ausschüttungen an die Anleger in das Gesellschaftsvermögen einfordert (vgl. näher in Kap. 5.2.5.2).

### **Vorzeitige Auflösung der Gesellschaft**

Es besteht das Risiko, dass die Gesellschaft vor Ende der Laufzeit auch aus anderem Grund als dem einer Insolvenz vorzeitig aufgelöst und liquidiert wird. Eine vorzeitige Auflösung durch Gesellschafterbeschluss kann sich etwa aus wirtschaftlichen Gründen als notwendig erweisen, wenn es der Gesellschaft nicht gelingt, genügend Anleger und somit genügend Eigenkapital einzuwerben, um die Kosten der Investitionsphase oder die laufenden Kosten zu bedienen. Gleiches gilt (Auflösung aus wirtschaftlichen Gründen), wenn die Gesellschaft nicht in der Lage ist, geeignete Anlageobjekte, mithin Unternehmensbeteiligungen, ausfindig zu machen und das von Anlegern eingeworbene Kapital somit nicht oder nicht vollständig investiert werden kann. Eine vorzeitige Auflösung der Gesellschaft laut Gesellschaftsvertrag kann daraus resultieren, dass eine größere Anzahl von Anlegern aus rechtlichen Gründen, etwa wegen fehlerhafter Widerrufsbelehrung, gleichzeitig Ansprüche auf Rückabwicklung ihrer Beteiligung geltend macht und die Gesellschaft nicht über die notwendige Liquidität verfügt, um die entsprechenden Rückzahlungsansprüche bzw. Ansprüche auf ein Auseinandersetzungsguthaben der Anleger zu bezahlen (vgl. § 23 Abs. 6 des Gesellschaftsvertrags). Schließlich besteht das Risiko, dass die Gesellschaft aufgrund aufsichtsrechtlicher Vorgaben vorzeitig aufgelöst bzw. rückabgewickelt wird. Dies gilt etwa dann, wenn die von der Fondsgesellschaft bestellte externe KVG die aufsichtsrechtliche Erlaubnis verliert oder die externe KVG ihre Geschäftstätigkeit aus anderen Gründen aufgeben muss und für das Investmentvermögen keine Nachfolge-KVG bestellt werden kann. In allen Fällen, in denen die Gesellschaft vorzeitig aufgelöst wird, besteht das Risiko, dass das von den Anlegern eingesetzte Kapital einschließlich Agio vollständig verloren ist.

#### **5.2.5.1.3 Risiken in Bezug auf die Beteiligung der Anleger**

##### **Risiko der Rückabwicklung bei Teilzahlung eines Anlegers**

Die Rückabwicklung der Kapitalanlage während der Laufzeit der Fondsgesellschaft ist im Gesellschaftsvertrag bei ordnungsgemäßer Durchführung der Beteiligung nicht vorgesehen. Eine vorzeitige Beendigung der Kapitalanlage ist indessen denkbar, wenn

ein Anleger seiner Einlageverpflichtung nebst Agio gegenüber der Gesellschaft nur teilweise nachkommt. Die Kapitalanlage kann in diesem Fall nach Mahnung und Nachfristsetzung rückabgewickelt werden. Der betroffene Anleger schuldet der Gesellschaft nach Maßgabe der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags Schadensersatz wegen Nichterfüllung. Die Schadensersatzforderungen der Gesellschaft können im Ergebnis dazu führen, dass der Anleger keine Rückzahlung des von ihm bereits eingezahlten Betrags mehr erhält. Der Anleger trägt bei einer Rückabwicklung der Kapitalanlage wegen teilweiser Nichterfüllung seiner Einlageverpflichtung daher das Risiko, dass die bereits bezahlte Einlage nebst Agio ganz oder teilweise verloren ist.

#### **Eingeschränkte Veräußerbarkeit der Kapitalanlage**

Die Fondsgesellschaft ist bis zum 31.12.2037 befristet und wird nach diesem Zeitpunkt liquidiert. Die Liquidation bzw. Abwicklung der Fondsgesellschaft kann sich über längere Zeit hinziehen, während derer das Kapital der Anleger nach wie vor in der Gesellschaft gebunden ist. Für Anleger, die sich von der Kapitalanlage vorzeitig lösen wollen, besteht vor Laufzeitende und anschließender Liquidation der Fondsgesellschaft somit regelmäßig nur die Möglichkeit, ihren Kommanditanteil bzw. ihre Rechte aus dem Treuhandvertrag zu veräußern. Die Veräußerungsmöglichkeiten sind jedoch in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht stark eingeschränkt. Die rechtliche Beschränkung besteht darin, dass die Beteiligung grundsätzlich nur zum Ende eines Geschäftsjahres der Gesellschaft (31.12. eines Kalenderjahres) und zudem nur mit Zustimmung der HMW Komplementär GmbH veräußert werden kann.

Darüber hinaus ergeben sich aus tatsächlichen Gründen erhebliche Veräußerungsbeschränkungen: Es existiert kein organisierter Markt, insbesondere keine Börse und kein vergleichbares Handelssystem, an dem Anteile geschlossener Fonds gehandelt werden. Zweitmarkthandelsplattformen sind mit organisierten Märkten und einem börslichen Handel nicht vergleichbar. Der Anleger trägt somit das Risiko, seinen Anteil an der Gesellschaft auch dann nicht veräußern zu können, wenn er persönlich die Veräußerung für wünschenswert hält oder diese für ihn wirtschaftlich notwendig wäre. Für den Fall, dass der Anleger seinen Anteil an der Fondsgesellschaft durch privatrechtliche Vereinbarung an einen Erwerber veräußert, trägt der Anleger das Risiko, auf diesem Wege einen Veräußerungserlös zu erzielen, der unter dem tatsächlichen

Wert oder unter dem nach den gesetzlichen Vorschriften zu ermittelnden Nettoinventarwert liegt.

#### **5.2.5.2 Anlegergefährdende Risiken**

##### **Persönliche Haftung gemäß § 172 Abs. 4 HGB bei Rückgewähr der Hafteinlage und Verpflichtung zur Rückzahlung von Ausschüttungen**

Jeder Anleger ist im Innenverhältnis zur Fondsgesellschaft verpflichtet, seine Einlageverpflichtung zuzüglich Agio vollständig zu erfüllen. Nach ordnungsgemäßer Bezahlung der Einlage nebst Agio bestehen insoweit keine Zahlungsansprüche der Gesellschaft gegen den Anleger mehr.

Den Anleger kann jedoch eine Außenhaftung für Gesellschaftsverbindlichkeiten gegenüber Gläubigern der Fondsgesellschaft treffen. Solange die Beteiligung des Anlegers über die Treuhänderin gehalten wird, besteht diese Außenhaftung zwar nicht unmittelbar, greift jedoch über die betreffende Freistellungsverpflichtung des Anlegers gegenüber der Treuhandkommanditistin. Diese Einstandspflicht für Zahlungsverbindlichkeiten der Gesellschaft ist der Höhe nach beschränkt auf die im Handelsregister für den Anleger eingetragene Haftsumme (sog. Hafteinlage). Bei der Fondsgesellschaft beträgt die Hafteinlage 1 % des Betrags des jeweils übernommenen Kapitalanteils, sofern für die Beteiligung des Anlegers auf Wunsch der Komplementärin oder wegen einer direkten Kommanditbeteiligung des Anlegers überhaupt eine Hafteinlage im Handelsregister eingetragen wird (§ 4 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags). Sofern und soweit die Einlage auf den Kapitalanteil zumindest in Höhe des Betrags der eingetragenen Hafteinlage tatsächlich an die Gesellschaft bezahlt wurde, fällt die persönliche Haftung des Anlegers für Zahlungsverbindlichkeiten der Fondsgesellschaft zunächst weg. Dies entspricht der gesetzlichen Regelung des § 171 Abs. 1 Handelsgesetzbuch (HGB).

In einem gesetzlich geregelten Sonderfall kann diese Außenhaftung gemäß § 172 Abs. 4 HGB jedoch wieder aufleben: Das Gesetz ordnet an, dass ein Gesellschaftsgläubiger Kommanditisten persönlich für Gesellschaftsverbindlichkeiten in Anspruch nehmen kann, sofern der Kommanditist infolge Entnahmen bzw. Ausschüttungen den Betrag seiner im Handelsregister eingetragenen Hafteinlage von der Gesellschaft zurückerhalten hat oder wenn er Beträge aus der Gesellschaft entnimmt, während bzw. soweit

sein Kapitalanteil bei der Gesellschaft durch Verlustzurechnung oder Entnahmen unter den Betrag der Hafteinlage herabgemindert ist bzw. wird. Die Außenhaftung der Kommanditisten für Gesellschaftsverbindlichkeiten gemäß § 172 Abs. 4 HGB kommt somit dann in Betracht, wenn Geldbeträge aus der Gesellschaft an die Gesellschafter bzw. Anleger ausgeschüttet werden, ohne dass die Fondsgesellschaft zum Ausschüttungszeitpunkt in entsprechender Höhe einen Gesamtgewinn erwirtschaftet hat (so genannte „nicht gewinngedeckte Ausschüttungen“, die somit vom Anleger zurückzuzahlen sind, wenn diese zur Befriedigung der Gläubiger der Gesellschaft erforderlich sind): Bei dem Ausschüttungsbetrag handelt es sich hier um eine Rückzahlung der Einlage des Anlegers. Sobald mehr als 99 % des Einlagebetrags (ohne Agio) zurückgezahlt worden sind, kommt es dann zur Rückzahlung der „Hafteinlage“. Diese Verbindlichkeiten aus der Haftungsfolge des § 172 Abs. 4 HGB müssen aus dem übrigen Vermögen des Anlegers beglichen werden, das nicht (mehr) in der in diesem Veranlagungsprospekt angebotenen Kapitalanlage gebunden ist.

Ein vergleichbares Risiko kann sich dann ergeben, wenn die Gesellschaft, etwa nach der erfolgreichen Veräußerung einer Gesellschaftsbeteiligung, Ausschüttungen an die Anleger vornimmt. Sofern bei einer solchen Ausschüttung ganz oder teilweise Einlagen an die Anleger zurückgezahlt oder zunächst stehengelassene Gewinnansprüche erfüllt werden, können solche Ausschüttungen im anschließenden Insolvenzfall der Gesellschaft von einem Insolvenzverwalter gegebenenfalls anteilig von jedem Anleger zurückgefordert werden. Die betreffenden Anleger tragen in diesem Fall also das Risiko, einen Geldbetrag zurückzahlen zu müssen, den sie zwar vorher im Rahmen der Kapitalanlage erhalten haben, der zum Zeitpunkt der Rückzahlungsverpflichtung aber nicht mehr in der vorliegenden Kapitalanlage gebunden ist und aus dem übrigen Vermögen bereitgestellt werden muss.

### **Steuerbelastung ohne Entnahmerecht**

Sofern die Fondsgesellschaft in einzelnen Geschäftsjahren nach österreichischen steuerlichen Bestimmungen Einkünfte erzielt, werden diese jedem Anleger entsprechend seiner Gewinnbeteiligung unter Berücksichtigung der Fondsbesteuerungsgrundsätze (siehe Kap. 2.11.2.3 Fondsbesteuerungsgrundsätze in Österreich – 1. Ebene – Thesaurierung) zur Ermittlung der Einkommensteuer anteilig unmittelbar zugerechnet. Diese steuerliche Zurechnung erfolgt unabhängig von

einem Gewinnverwendungsbeschluss und von einer Auszahlung bzw. einer Entnahme des Gewinnanteils aus der Gesellschaft. Anleger müssen also gegebenenfalls Einkommensteuer auf Einkünfte bezahlen, ohne dass ihnen die betreffenden Einkünfte vollständig oder auch nur anteilig durch „Ausschüttung“ bzw. Entnahme von der Gesellschaft ausgezahlt wurde. Bei der Fondsgesellschaft besteht kein sog. Steuerentnahmerecht, also ein Mindestentnahmerecht in Höhe der individuellen Steuerbelastung im Zusammenhang mit der Gesellschaftsbeteiligung. Die Entnahme hängt von einem entsprechenden Mehrheitsbeschluss aller Gesellschafter und gegebenenfalls zusätzlich von der Zustimmung der Komplementärin ab. Es besteht somit das Risiko, dass ein Anleger im Zusammenhang mit vorliegender Kapitalanlage Einkommensteuerverbindlichkeiten aus seinem übrigen Vermögen bezahlen muss, ohne dass diese Steuerschuld betreffenden Einkünfte durch Ausschüttung der Fondsgesellschaft erhalten zu haben. Siehe auch Kap. 5.2.5.3 („Steuerliche Risiken“).

Sofern die Fondsgesellschaft in einzelnen Geschäftsjahren nach deutschen steuerlichen Bestimmungen Gewinne erzielt, werden diese nach deutschem Steuerrecht jedem Anleger entsprechend seiner Gewinnbeteiligung zur Ermittlung der Einkommensteuer anteilig unmittelbar zugerechnet. Diese steuerliche Zurechnung erfolgt unabhängig von einem Gewinnverwendungsbeschluss und von einer Auszahlung bzw. einer Entnahme des Gewinnanteils aus der Gesellschaft. Anleger müssen also gegebenenfalls Einkommensteuer auf Gewinnanteile bezahlen, ohne dass ihnen der betreffende Gewinnanteil vollständig oder auch nur anteilig durch „Ausschüttung“ bzw. Entnahme von der Gesellschaft ausgezahlt wurde. Bei der Fondsgesellschaft besteht kein sog. Steuerentnahmerecht, also ein Mindestentnahmerecht in Höhe der individuellen Steuerbelastung im Zusammenhang mit der Gesellschaftsbeteiligung. Die Entnahme hängt von einem entsprechenden Mehrheitsbeschluss aller Gesellschafter und gegebenenfalls zusätzlich von der Zustimmung der Komplementärin ab. Es besteht somit das Risiko, dass ein Anleger im Zusammenhang mit vorliegender Kapitalanlage Einkommensteuerverbindlichkeiten aus seinem übrigen Vermögen bezahlen muss, ohne dass diese Steuerschuld betreffenden Gewinnanteil durch Ausschüttung der Fondsgesellschaft erhalten zu haben.

### Risiko von Zusatzkosten

Es besteht das Risiko, dass die Kapitalanlage Kosten verursacht, die über die Verpflichtung zur Zahlung der Einlage und des Agios hinausgehen. Solche zusätzlichen Kosten können – in Gestalt von Handelsregister- und Notarkosten – bei Begründung einer unmittelbaren Kommanditbeteiligung nach Beendigung des Treuhandverhältnisses oder bei einem Anteilsübergang aufgrund Verkaufs oder Erbfolge entstehen. Sofern eine Anteilsübertragung während eines Geschäftsjahres der Fondsgesellschaft stattfindet, können sich vom Anleger zu tragende Kosten für eine Abschichtungsbilanz mit Bewertung des Gesellschaftsvermögens zum Zeitpunkt des Anteilsübergangs ergeben. Diese zusätzlich mit der Kapitalanlage verbundenen Kosten müssen aus dem übrigen Vermögen eines Anlegers bezahlt werden. Es besteht somit das Risiko, dass sich die Kapitalanlage nachträglich für den Anleger verteuert und sich der mit der Kapitalanlage erlittene Gesamtverlust zusätzlich erhöht, falls mit der Beteiligung an der Fondsgesellschaft keine Erträge erzielt werden.

### Fremdfinanzierung

Im Falle einer Fremdfinanzierung der Kapitalanlage besteht für Anleger das Risiko, dass der Kapitaldienst für die Finanzierung grundsätzlich unabhängig von der Entwicklung der Kapitalanlage zu leisten ist. Da die Fondsgesellschaft keine festen, kalkulierbaren Erträge erzielt, läuft der betroffene Anleger Gefahr, laufenden Zinsaufwand für die Fremdfinanzierung aus seinem übrigen Vermögen bezahlen zu müssen, ohne von der Fondsgesellschaft einen entsprechenden laufenden Ertrag zu erhalten. Es besteht weitergehend das Risiko, dass der Anleger den Zinsaufwand für die Fremdfinanzierung abschließend aus seinem sonstigen Vermögen tragen muss, wenn er mit der Beteiligung an der Fondsgesellschaft keine Erträge erzielt. Die Kosten für die Zinszahlungen erhöhen in diesem Fall somit den mit der Kapitalanlage erlittenen Gesamtverlust.

### Dauer der Kapitalbindung

Die Laufzeit der Fondsgesellschaft ist bis 31.12.2037 befristet. Nach Laufzeitende ist die Gesellschaft aufgelöst und muss im Anschluss liquidiert werden. Die geschäftsführende Gesellschafterin verwertet im Zuge der Liquidation insbesondere das vorhandene Gesellschaftsvermögen, veräußert also die möglicherweise bei Laufzeitende noch vorhandenen Unternehmensbeteiligungen der Fondsgesellschaft. Es ist möglich, dass sich die Liquidation nach Laufzeitende,

sondern erst zu einem späteren Zeitpunkt, bei der Veräußerung verbliebener Unternehmensbeteiligungen während der Liquidation oder erst nach vollständigem Abschluss der Liquidation erhalten. Der Zeitpunkt der Rückflüsse an Anleger aufgrund vorliegender Kapitalanlage (einschließlich der jeweiligen Höhe solcher Rückflüsse) ist somit ungewiss und nicht mit dem Zeitpunkt des vertraglichen Laufzeitendes der Fondsgesellschaft gleichzusetzen.

Die Beteiligung an der Gesellschaft ist darüber hinaus nicht ordentlich kündbar: Ein Anleger kann nur in Sonderfällen vorzeitig und gegen Abfindungszahlung ausscheiden, etwa durch außerordentliche Kündigung aus wichtigem Grund oder bei wirksamer Ausübung eines gesetzlichen Widerrufsrechts. Falls die Fondsgesellschaft zum Zeitpunkt des Ausscheidens bereits aufgelöst ist und liquidiert wird, sind die Abfindungsansprüche des vorzeitig ausscheidenden Anlegers gegenüber der Gesellschaft selbst dann nicht vor Beendigung der Liquidation und der Verteilung des Liquidationserlöses durchsetzbar. Die langfristige Kapitalbindung bei einer Kommanditbeteiligung an der Fondsgesellschaft begründet somit das Risiko, dass Anleger andere Investitionen, die sie mit Rückflüssen aus der vorliegenden Kapitalanlage vornehmen wollen, zurückstellen oder in anderer Weise finanzieren müssen. Falls ein Anleger auf Rückflüsse aus der Kapitalanlage angewiesen ist oder mit einem festen Zeitpunkt des Rückflusses kalkuliert hat, besteht weitergehend ein Insolvenzrisiko des betreffenden Anlegers.

### 5.2.5.3 Steuerliche Risiken

Die steuerlichen Rahmenbedingungen, insbesondere die Steuergesetze, die Rechtsprechung und die Verwaltungsauffassung, unterliegen regelmäßig Änderungen. Dadurch können sich die der steuerlichen Konzeption und den Darstellungen dieses Veranlagungsprospekts zugrunde gelegten steuerlichen Beurteilungen während der Fondslaufzeit zum Nachteil der Fondsgesellschaft und der Anleger ändern und deren Rückflüsse negativ beeinflussen. Die endgültige Anerkennung des Steuerkonzepts der Fondsgesellschaft durch die Finanzverwaltung erfolgt darüber hinaus im Rahmen der Veranlagung oder einer Betriebsprüfung. Eine spätere Abweichung in der steuerlichen Beurteilung ist nicht auszuschließen. Dies kann dazu führen, dass die in Kap. 2.11. dargestellten steuerlichen Folgen nicht oder in anderer Form eintreten und

die Ergebnisse bzw. die Rückflüsse für die Anleger beeinträchtigt werden.

Aufgrund einer Betriebsprüfung erfolgende (i) Änderungen von Steuerbescheiden oder (ii) erstmals erlassene Steuerbescheide können auf Ebene der Anleger zu Nachzahlungen führen, die mit einer Zinslast verbunden sind. Dadurch können die Rückflüsse für die Anleger im Zusammenhang mit vorliegender Kapitalanlage geringer ausfallen.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass das deutsche Finanzgericht Münster eine ausländische Fondsgesellschaft mit einem ähnlichen Geschäftszweck als originär gewerblich tätig beurteilt hat und das Vorliegen einer ausländischen Betriebsstätte bestätigt hat. Für den Fall, dass die von der Fondsgesellschaft erzielten Einkünfte als originär gewerblich einstufen würde, stünde Deutschland bei Vorliegen einer Betriebsstätte in Deutschland das alleinige Besteuerungsrecht an den betreffenden Einkünften zu. Dies hätte unter Umständen eine Doppelbesteuerung zur Folge, wenn die österreichische Finanzverwaltung die Einkünfte der Fondsgesellschaft als solche aus einer vermögensverwaltenden Personengesellschaft nach Fondsbesteuerungsgrundsätzen besteuert und die deutsche Finanzverwaltung nach Artikel 7 DBA Österreich-Deutschland besteuert. Für die österreichischen Anleger bestünde folglich die Verpflichtung in Deutschland betriebliche Einkünfte zu erklären und eine Steuererklärung einzureichen. Österreich würde diese Einkünfte im Rahmen eines Progressionsvorbehaltes berücksichtigen.

In Österreich unbeschränkt steuerpflichtige Anleger, die ihre Beteiligungen im Privatvermögen halten, können folgende wesentliche steuerliche Risiken betreffen:

#### **Einkommensteuer**

Es besteht hinsichtlich der Einkommensteuer schließlich das Risiko, dass Anleger Steuerzahlungen aus ihrem sonstigen, nicht in der Kapitalanlage gebundenen Vermögen leisten müssen (vgl. in Kap. 5.2.5.2, unter „Steuerbelastung ohne Entnahmerecht“).

#### **Ausländische Quellensteuer, Doppelbesteuerung**

Da die Fondsgesellschaft neben Beteiligungen an deutschen Beteiligungsunternehmen unter anderem auch den Erwerb von Anteilen an Beteiligungsunternehmen mit Sitz außerhalb Deutschlands plant, können Gewinnausschüttungen sowie zuzurechnende

steuerliche Gewinnanteile dieser ausländischen Beteiligungsunternehmen sowohl einer Besteuerung im Ausland (bspw. durch ausländische Quellensteuer), als auch einer Besteuerung in Österreich unterliegen. Hierbei besteht das Risiko, dass diese Gewinnanteile zumindest teilweise doppelt besteuert werden und diese Doppelbesteuerung weder durch unilaterale Maßnahmen, noch durch bilaterale Verträge (Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung) gänzlich beseitigt werden. Eine solche Doppelbelastung mit Steuern würde zu einer Schmälerung der Rückflüsse an die Anleger führen.

#### **5.2.5.4 Sonstige Risiken**

##### **Risiken in Folge beschränkter Gesellschafterrechte**

Die Gesellschafter bzw. Anleger treffen Entscheidungen für die Fondsgesellschaft im Rahmen ihrer Zuständigkeit durch Beschlüsse. Bei Beschlussfassungen gilt grundsätzlich das Mehrheitsprinzip. Die Entscheidung, ob etwa Entnahmen (Ausschüttungen) von Liquiditätsüberschüssen der Gesellschaft oder Gewinnanteilen des Anlegers, die ihm bereits zugebucht wurden (und für die eine Einkommensteuerbelastung des Anlegers ausgelöst werden kann), vorgenommen werden oder nicht, wird grundsätzlich mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen getroffen. Mit einfacher Mehrheit wird ferner z. B. über die Feststellung der Jahresabschlüsse, die Entlastung der Komplementärin oder die Vornahme außergewöhnlicher, laut Gesellschaftsvertrag zustimmungspflichtiger Geschäftsführungsmaßnahmen entschieden. Nur vereinzelt, etwa bei der Änderung des Gesellschaftsvertrags oder bei vorzeitiger Auflösung der Gesellschaft, bedarf eine Beschlussfassung einer Mehrheit von 75 % der abgegebenen Stimmen. Das Stimmrecht des Anlegers bemisst sich nach der Höhe seines Kapitalanteils. Da der Kapitalanteil eines einzelnen Anlegers im Verhältnis zum gesamten Festkapital (Summe aller Kapitalanteile) nur einen Bruchteil ausmacht, besteht für den Anleger das Risiko, dass er bei Beschlussfassungen der Gesellschaft überstimmt wird. Dies gilt gleichermaßen für Beschlussfassungen, die einer einfachen Mehrheit oder einer Mehrheit von 75 % der abgegebenen Stimmen bedürfen. Die genannten Faktoren können die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft oder – im Falle der mehrheitlichen Verweigerung eines Entnahmebeschlusses – weitergehend sogar die Vermögens- und Finanzlage eines Anlegers selbst (vgl. hierzu in Kap. 5.2.5.2, unter „Steuerbelastung ohne Entnahmerecht“)

nachteilig beeinflussen und bis hin zum Totalverlust des vom Anleger eingesetzten Kapitals führen. Eine Belastung des sonstigen Vermögens eines Anlegers kann sich auch dann ergeben, wenn die Treuhandkommanditistin vorzeitig ausscheidet und keine neue Treuhänderin bestellt wird. Alle Anleger erwerben in diesem Fall eine direkte Kommanditbeteiligung an der Fondsgesellschaft und sind verpflichtet, die hierdurch entstehenden Notar- und Registerkosten (Notarkosten für eine Handelsregistervollmacht und Registerkosten für die Eintragung der Direktbeteiligung im Handelsregister) aus ihrem sonstigen, nicht in der vorliegenden Kapitalanlage gebundenen Vermögen zu bezahlen.

Die Gesellschaftsbeteiligung des Anlegers kann ferner zu Abrechnungs- und Auszahlungsschwierigkeiten bei der Beendigung der Kapitalanlage führen: Sofern ein Anleger aus der Fondsgesellschaft ausscheidet, erhält er grundsätzlich ein Auseinandersetzungsguthaben, das seinem Anteil am Wert des Gesellschaftsvermögens nach Abzug der Gesellschaftsverbindlichkeiten zum Zeitpunkt des Ausscheidens im Verhältnis seines Kapitalanteils zum Festkapital entspricht. Der Wert des Gesellschaftsvermögens kann im Einzelfall jedoch streitig sein, vor allem in Bezug auf den Verkehrswert einzelner Unternehmensbeteiligungen der Fondsgesellschaft. Es besteht daher das Risiko, dass im Rahmen einer streitigen Auseinandersetzung ein zu geringes Auseinandersetzungsguthaben ermittelt wird oder die Abfindung unter dem wahren Wert der Beteiligung des Anlegers an der Fondsgesellschaft zum Zeitpunkt des Ausscheidens liegt. Darüber hinaus besteht das Risiko, dass der Abfindungsanspruch des Anlegers nicht sofort realisierbar ist, wenn die Gesellschaft bei Fälligkeit über keine ausreichende Liquidität verfügt (was vor allem dann denkbar ist, wenn zugleich Abfindungsansprüche mehrerer Anleger zu erfüllen sind). In diesem Fall besteht das zusätzliche Risiko, dass die Gesellschaft wegen des Mangels an liquiden Mitteln für die zeitgleiche Auszahlung mehrerer Anleger aufgelöst wird (§ 23 Abs. 6 des Gesellschaftsvertrags). Der Anleger erhält dann kein Auseinandersetzungsguthaben, sondern seinen Anteil am Erlös bei Verwertung des gesamten Gesellschaftsvermögens. Der Wert dieses Anteils am Erlös kann geringer sein als der rechnerische Betrag des Auseinandersetzungsguthabens. Die genannten Faktoren können bis zum Totalverlust des vom Anleger eingesetzten Kapitals führen.

### **Herausgabe und Offenlegung von Anlegerdaten**

Ein Anleger wird als mittelbar über die Treuhandkommanditistin an der Fondsgesellschaft beteiligter Kommanditist nicht im Handelsregister eingetragen. Der Umstand der Beteiligung eines Anlegers an der Fondsgesellschaft sowie seine persönlichen Daten (insbesondere der vollständige Name, die Anschrift und das Geburtsdatum) werden somit grundsätzlich neben der Treuhänderin nur der Fondsgesellschaft bzw. deren geschäftsführenden Gesellschaftern und Mitarbeitern, der von der Gesellschaft bestellten externen Kapitalverwaltungsgesellschaft, der Verwahrstelle, den zuständigen inländischen und gegebenenfalls ausländischen Finanzämtern sowie Aufsichtsbehörden, den zur Berufsverschwiegenheit verpflichteten Prüfern und Beratern der Gesellschaft, Geschäftsbesorgern (wie insbesondere dem Anlegerservice) sowie der Vertriebskoordinatorin und dem betreffenden Vertriebspartner bekannt. Es besteht laut Gesellschaftsvertrag und Treuhandvertrag grundsätzlich kein Recht einzelner Anleger, Auskunft über die persönlichen Daten anderer Anleger zu erhalten. Jeder Anleger trägt gleichwohl das Risiko, dass diese persönlichen Daten und der Umstand der Beteiligung des Anlegers an der Fondsgesellschaft bei einem entsprechenden Auskunftsverlangen an Mitgesellschafter bzw. andere Anleger der Fondsgesellschaft und/oder deren Rechtsanwälte herausgegeben werden müssen. Nach Auffassung des Bundesgerichtshofs sind derartige Auskunftsansprüche auch bei abweichender vertraglicher Regelung grundsätzlich berechtigt und können seitens der Fondsgesellschaft bzw. der Treuhandkommanditistin nur verweigert werden, wenn das betreffende Auskunftsverlangen im Einzelfall nachweislich rechtsmissbräuchlich ist. Nach Auffassung des Bundesgerichtshofs stehen auch die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) entsprechenden Auskunftsersuchen grundsätzlich nicht entgegen. Die Anleger müssen also damit rechnen, dass der Umstand ihrer Beteiligung sowie die persönlichen Daten auch sämtlichen Mitgesellschaftern bzw. sonstigen Anlegern und deren anwaltlichen Vertretern bekannt werden, wenn von dort die Herausgabe der Daten verlangt wird.

### **5.2.5.5 Maximalrisiko des Anlegers**

Jeder Anleger läuft im Fall einer Beteiligung an der Fondsgesellschaft Gefahr, dass er das gesamte für die Kapitalanlage eingesetzte Kapital (Einlage auf den Kapitalanteil nebst Agio) und darüber hinaus sämtliche weiteren Aufwendungen im Zusammenhang mit

der Kapitalanlage, wie etwa Notar- und Registerkosten oder Zinsaufwand im Falle einer Fremdfinanzierung der Kapitalanlage, verliert. Es besteht also für jeden Anleger das Totalverlustrisiko hinsichtlich des gesamten in die Kapitalanlage einschließlich Nebenkosten investierten Kapitals.

In Sonderfällen kann es zur Rückzahlungsverpflichtung gegenüber der Fondsgesellschaft für bereits erhaltene Ausschüttungen oder gar zu einer persönlichen Haftung für Gesellschaftsverbindlichkeiten in Folge einer Einlagenrückgewähr bzw. Entnahme kommen. Der Totalverlust des eingesetzten Kapitals und insbesondere die zusätzlichen, ursprünglich nicht kalkulierten Zahlungsverbindlichkeiten für Nebenkosten oder Rückzahlungsverpflichtungen gegenüber der Fondsgesellschaft können zur Privatinsolvenz jedes Anlegers führen.

Nach Kenntnis der Emittentin existieren zum Zeitpunkt der Prospektaufstellung keine weiteren wesentlichen Risiken.

### **5.3 NACHHALTIGKEITSBEZOGENE OFFENLEGUNGSVERPFLICHTUNGEN**

---

Gemäß Artikel 6 Abs 3 lit a der Verordnung (EU) 2019/2088 über nachhaltigkeitsbezogene Offenlegungspflichten im Finanzdienstleistungssektor müssen AIFM diesen Verpflichtungen im Rahmen ihrer Informationspflichten nach Artikel 23 Abs 1 der Richtlinie 2011/61/EU (§ 21 Abs. 1 AIFMG) nachkommen.

Es wird diesbezüglich auf die ESG-Informationen in Anhang Kap. 7.4 verwiesen.

## **KAPITEL 6**

**UNTERSCHRIFT DER EMITTENTIN  
GEMÄSS § 5 ABS. 4 KMG 2019  
UND KONTROLLVERMERK DES  
PROSPEKTKONTROLLORS**

**6**

## **KAPITEL 6**

# **UNTERSCHRIFT DER EMITTENTIN GEMÄSS § 5 ABS. 4 KMG 2019 UND KONTROLLVERMERK DES PROSPEKT- KONTROLLORS**

---

<b>6.1 UNTERSCHRIFT DER EMITTENTIN GEMÄSS § 5 ABS. 4 KMG 2019</b>	<b>123</b>
<b>6.2 KONTROLLVERMERK DES PROSPEKTKONTROLLORS</b>	<b>124</b>

---

## 6.1 UNTERSCHRIFT DER EMITTENTIN GEMÄSS § 5 ABS. 4 KMG 2019

---

Die Emittentin erklärt, dass ihres Wissens die Angaben in dem Prospekt richtig sind und darin keine Angaben fehlen, die die Aussage des Prospekts verändern können.

Als Emittentin

Pullach im Isartal, am 04.09.2024

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Pervin Persenli', with a long horizontal flourish extending to the right.

MIG GmbH & Co. Fonds 18  
geschlossene Investment-KG  
HMW Komplementär GmbH  
Pervin Persenli  
Geschäftsführerin

## 6.2 KONTROLLVERMERK DES PROSPEKTKONTROLLORS

---

Wir haben den vorliegenden Prospekt gemäß den Bestimmungen des § 7 Abs 1 KMG auf seine Richtigkeit und Vollständigkeit kontrolliert.

Bei der Veranlagung handelt es sich um eine unternehmerische Beteiligung mit entsprechenden Risiken und Chancen. Auf die angeführten wesentlichen Risiken der Vermögenslage (siehe Kap. 5.2. dieses Kapitalmarktprospekts „Risikohinweise und sonstige Angaben, die für den Anleger erforderlich sind, um sich ein fundiertes Urteil im Sinne des § 5 Abs 1 KMG 2019 zu bilden“ dieses Kapitalmarktprospekts) wird ausdrücklich verwiesen. Die hier angeführten Risiken können – teils alleine oder in Kombination mit anderen – im Falle ihrer selbst nur teilweisen Realisierung zur nachteiligen Beeinflussung der Vermögens-, Finanz und Ertragslage der Gesellschaft und auf Seiten der Anleger zur Kürzung der Bedienung der Veranlagung bis hin zum Totalverlust des eingesetzten Kapitals samt allfälliger Nebenkosten führen.

Die Grant Thornton Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, FN 230316a, und der Geschäftsanschrift Gertrude-Fröhlich-Sandner-Straße 1 / Top 13, Österreich, erklärt hiermit als Prospektkontrollor gemäß § 7 Abs 1 Z 3 KMG, dass der vorliegende Veranlagungsprospekt kontrolliert und für richtig und vollständig befunden wurde. Der Prospekt enthält alle Angaben, die es den Anlegern ermöglichen, sich ein fundiertes Urteil über die Geschäfts-, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft, deren Entwicklungsaussichten und über die mit der angebotenen Veranlagung verbundenen Rechte, Pflichten, Chancen und Risiken zu bilden.

Als Prospektkontrollor  
Wien, am 04.09.2024

Grant Thornton Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft



Mag. (FH) Michael Szücs  
Wirtschaftsprüfer und Steuerberater

## **KAPITEL 7**

# **ANHANG – VERTRÄGE, ANLAGEBEDINGUNGEN UND ESG-INFORMATIONEN**

# **7**

## KAPITEL 7

# ANHANG – VERTRÄGE, ANLAGEBEDINGUNGEN UND ESG-INFORMATIONEN

7.1	GESELLSCHAFTSVERTRAG	127
7.2	TREUHANDVERTRAG	147
7.3	ANLAGEBEDINGUNGEN	151
7.4	INFORMATIONEN ÜBER DIE NACHHALTIGKEIT DER ANLAGESTRATEGIE (ESG-INFORMATIONEN)	160

## 7.1 GESELLSCHAFTSVERTRAG

---

der MIG GmbH & Co. Fonds 18 geschlossene Investment-KG

### I. Firma, Sitz, Gesellschaftszweck

---

#### § 1 Firma, Sitz

- Die Gesellschaft führt die Firma:  
  
„MIG GmbH & Co. Fonds 18 geschlossene Investment-KG“
- Sitz der Gesellschaft ist 82049 Pullach im Isartal.

#### § 2 Gesellschaftszweck

- Gegenstand der Gesellschaft ist die Anlage und Verwaltung der Mittel der Gesellschaft nach einer festen Anlagestrategie, zur gemeinschaftlichen Kapitalanlage und zum Nutzen der Anleger, durch die Investition in Beteiligungen an Unternehmen, die nicht zum Handel an einer Börse zugelassen oder in einen organisierten Markt einbezogen sind („Beteiligungsunternehmen“). Die Gesellschaft erwirbt, hält, verwaltet und veräußert zu diesem Zweck Anteile an Kapitalgesellschaften, Kommanditanteile sowie atypisch stille Beteiligungen.
- Bei den Investitionen der Gesellschaft sind der Grundsatz der Risikomischung (§ 262 KAGB) und die für die Gesellschaft geltenden Anlagebedingungen zu beachten. Die Gesellschaft kann das Gesellschaftsvermögen nach Maßgabe der Anlagebedingungen auch in Wertpapieren gemäß § 193 KAGB und in Bankguthaben gemäß § 195 KAGB anlegen. Die Gesellschaft tätigt keine Geschäfte, die der Erlaubnis nach § 32 Abs. 1 KWG bedürfen.
- Die Gesellschaft ist nach Maßgabe der Bestimmungen in Absatz 1 und Absatz 2 sowie den für die Gesellschaft geltenden Anlagebedingungen zu allen gesetzlich zulässigen Rechtsgeschäften und Rechtshandlungen berechtigt, die geeignet erscheinen, um den Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittel-

bar zu fördern, u. a. auch durch die entgeltliche oder unentgeltliche Unterstützung des Managements oder die Übernahme von Managementaufgaben in Beteiligungsunternehmen.

### II. Gesellschafter, Kapitalanteile, Kapitalerhöhung, Rechtsstellung der Anleger

---

#### § 3 Gesellschafter, Kapitalanteile, Einlagen

- Komplementärin (persönlich haftende Gesellschafterin) ist die HMW Komplementär GmbH mit Sitz in Pullach i. Isartal, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts München unter HRB 192208. Die Komplementärin erhält keinen Kapitalanteil und erbringt keine Einlage.
- Kommanditistin ist die MIG Beteiligungstreuhand GmbH mit Sitz in München, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts München unter HRB 155249 (im Folgenden: „Treuhandkommanditistin“), mit einem Kapitalanteil und einer im Handelsregister einzutragenden Haftsumme in Höhe von zunächst EUR 1.000,00. Die Kommanditistin erbringt ihren Kapitalanteil durch Bareinlage. Die Treuhandkommanditistin ist mit diesem auf eigene Rechnung gehaltenen Kapitalanteil nicht am Gewinn und Verlust sowie am Vermögen der Gesellschaft, einschließlich deren stille Reserven, beteiligt.
- Über die in Absatz 1 und 2 genannten Personen hinaus sind, vorbehaltlich der Bestimmungen in Satz 2, jede einzelne natürliche Person, jede einzelne private juristische Person oder mit Zustimmung der Komplementärin auch einzelne Personenhandelsgesellschaften, öffentlich-rechtliche Körperschaften des deutschen Rechts sowie private und öffentlich-rechtliche Stiftungen deutschen Rechts („Anleger“) berechtigt, sich im Rahmen der Kapitalerhöhungen gem. § 4 an der Gesellschaft, zunächst mittelbar über die Treuhandkommanditistin als Treuhänderin, zu beteiligen. Ehepaare und eingetragene Lebenspartnerschaften als solche sowie Gemeinschaften können sich nicht an der Gesellschaft beteiligen. Die Beteiligungsmög-

lichkeit wendet sich ferner grundsätzlich nur an Anleger mit Wohnsitz bzw. Sitz in Deutschland oder Österreich zum Zeitpunkt der Abgabe der Beitrittserklärung, so dass Beitrittserklärungen anderer Anleger nicht angenommen werden können, es sei denn, die Komplementärin erteilt ihre Zustimmung.

Die Anleger werden in diesem Gesellschaftsvertrag auch als „Gesellschafter“ bezeichnet, gleich ob sie direkt als Kommanditist oder mittelbar über die Treuhandkommanditistin beteiligt sind.

4. Der Kapitalanteil eines Anlegers, der seine Einlageverpflichtung gemäß § 7 Abs. 3 vereinbarungsgemäß durch Einmalzahlung erfüllt, muss mindestens EUR 5.000,00 betragen (Anteile der „Anteilsklasse 1“). Höhere Kapitalanteile der Anteilsklasse 1 müssen jeweils durch ganzzahlig 100 teilbar sein.

Der Kapitalanteil eines Anlegers, der seine Einlageverpflichtung gemäß § 7 Abs. 4 vereinbarungsgemäß durch Teilzahlungen erfüllt, muss mindestens EUR 18.000,00 betragen (Anteile der „Anteilsklasse 2“). Höhere Kapitalanteile der Anteilsklasse 2 müssen jeweils ganzzahlig durch 600 teilbar sein.

Die Kapitalanteile der Anleger werden nach Maßgabe der Bestimmungen in § 7 durch Bareinlage erbracht. Hinzu tritt ein Ausgabeaufschlag („Agio“) in Höhe von 5,0 % der Einlage, sofern auf das Agio nach Maßgabe der Anlagebedingungen nicht im Einzelfall ganz oder teilweise verzichtet wird. Der Betrag des Kapitalanteils wird durch das Agio nicht erhöht.

5. Die Kapitalanteile sind, vorbehaltlich abweichender Bestimmungen in diesem Gesellschaftsvertrag oder einer Änderung des Gesellschaftsvertrags, fest. Jeder Anteil eines Kapitalanteils mit einem Betrag von EUR 100 bildet einen „Anteil“ gemäß § 272 Abs. 1 KAGB.
6. Die Summe der Kapitalanteile bildet das „Festkapital“ der Gesellschaft im Sinne dieses Vertrages.

7. Für die Gesellschafter bestehen keine Wettbewerbsbeschränkungen; die Komplementärin einschließlich deren jeweiligen gesetzlichen Vertreter sowie die Treuhandkommanditistin einschließlich deren jeweiligen gesetzlichen Vertreter sind vom Wettbewerbsverbot befreit.

#### § 4 Kapitalerhöhungen, Beteiligung von Anlegern

1. Die Treuhandkommanditistin ist unter Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB berechtigt, ihren Kommanditanteil ganz oder teilweise für Anleger, die sich an der Gesellschaft gem. § 3 Absatz 3 und 4 beteiligen wollen, nach Maßgabe eines jeweils separat abzuschließenden Treuhandvertrags treuhänderisch, im Außenverhältnis der Fondsgesellschaft zu Dritten als einheitlichen Kommanditanteil, zu halten.

Die Treuhandkommanditistin ist zu diesem Zweck unter Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB nach Vorliegen entsprechender Treuhandaufträge von Anlegern bis längstens 31.12.2026 berechtigt, ihren Kapitalanteil nach Maßgabe dieses Vertrags entsprechend der Gesamtsumme der von ihr treuhänderisch gehaltenen Kapitalanteile bis zu einem Festkapital von EUR 100.000.000,00 (Euro einhundert Millionen) zu erhöhen. Die Komplementärin ist berechtigt, den Gesamtbetrag des Festkapitals, bis zu dem Kapitalerhöhungen gemäß vorstehender Bestimmung möglich sind, mit Zustimmung der externen KVG (§ 8 Abs. 2) bis zu drei Mal jeweils um bis zu EUR 20.000.000,00 (Euro zwanzig Millionen) auf bis zu EUR 160.000.000,00 (Euro einhundertsechzig Millionen) zu erhöhen.

Die Beteiligung der Anleger und die entsprechenden Kapitalerhöhungen erfolgen jeweils durch Abschluss eines Treuhandvertrags zwischen einem Anleger und der Treuhandkommanditistin mittels Annahme der Beitrittserklärung des Anlegers seitens der Treuhandkommanditistin, jeweils in Höhe des in der Beitrittserklärung bezeichneten Kapitalanteils. Es besteht kein Anspruch auf die Aufnahme in die Gesellschaft. Die Treu-

handkommanditistin ist bei entsprechender Weisung der Komplementärin im Einzelfall jedoch verpflichtet, die Erhöhung ihres Kapitalanteils bei Vorliegen eines entsprechenden Treuhandauftrags durchzuführen und den entsprechenden Treuhandvertrag abzuschließen, es sei denn, es liegt ein sachlich gerechtfertigter Grund hiergegen vor.

2. Die Eintragung einer Erhöhung der Haftsumme der Treuhandkommanditistin nach Kapitalerhöhungen gemäß Absatz 1 ist nicht Voraussetzung für die Wirksamkeit der Beteiligung des beitretenden Anlegers an der Gesellschaft. Die Erhöhung der Haftsumme der Treuhandkommanditistin im Handelsregister nach Kapitalerhöhungen, die jeweils ein Prozent des Betrags des von Anlegern übernommenen Kapitalanteils beträgt, erfolgt nur auf Wunsch der Komplementärin. Abweichend hiervon ist die Treuhandkommanditistin verpflichtet, ihre im Handelsregister eingetragene Haftsumme in Höhe von einem Prozent des Betrags des Kapitalanteils eines Anlegers zu erhöhen, wenn der betreffende Anleger gemäß § 22 Abs. 2 die Übertragung des treuhänderisch gehaltenen Kapitalanteils auf sich oder einen Dritten wünscht. Die Erhöhung der Haftsumme dient in diesem Fall der Vorbereitung der direkten Kommanditbeteiligung des Anlegers oder des von ihm benannten Dritten durch Übertragung des Anteils im Wege der Sonderrechtsnachfolge.

## § 5 Rechtsstellung der Anleger

1. Die Anleger haben, auch solange sie mittelbar über die Treuhandkommanditistin beteiligt sind, im Innenverhältnis zur Gesellschaft und den Gesellschaftern nach Maßgabe dieses Gesellschaftsvertrags und des jeweiligen Treuhandvertrags die gleiche Rechtsstellung wie ein unmittelbar beteiligter Kommanditist.
2. Jeder Anleger kann nach wirksamer ordentlicher Kündigung des Treuhandvertrags mit dem für ihn treuhänderisch gehaltenen Kommanditanteil im Wege der Sonderrechtsnachfolge in die Gesellschaft als Kommanditist eintreten (§ 22 Abs. 2).

## III. Konten, Leistung der Einlagen

---

### § 6 Konten

1. Für die Treuhandkommanditistin und die Anleger werden jeweils folgende Konten geführt:
  - a) **Kapitalkonto I**  
Auf dem Kapitalkonto I wird der Kapitalanteil des Geschafters bzw. Anlegers gebucht. Das Kapitalkonto I ist, vorbehaltlich einer Änderung des festen Kapitalanteils, unveränderlich. Für die Treuhandkommanditistin wird auf dem Kapitalkonto I der eigene Kapitalanteil gemäß § 3 Abs. 2 ohne die treuhänderisch gehaltenen Kapitalanteile gebucht.
  - b) **Kapitalkonto II**  
Auf dem Kapitalkonto II werden der Betrag des erhobenen Agio sowie Überzahlungen und Rückzahlungen von Überzahlungen jedes Anlegers gebucht.
  - c) **Variables Kapitalkonto I**  
Auf dem Variablen Kapitalkonto I werden für jeden Anleger (vorbehaltlich der Regelung in lit. d) die Gewinnanteile, Ausschüttungen, sonstige Entnahmen (die nicht Rückzahlungen auf geleistete Überzahlungen betreffen) sowie sonstige Einlagen (die nicht Überzahlungen betreffen und die nicht auf den festen Kapitalanteil oder das Agio geleistet werden) gebucht.
  - d) **Variables Kapitalkonto II (Verlustvortragskonto)**  
Auf dem Variablen Kapitalkonto II (Verlustvortragskonto) werden für jeden Anleger die Verlustanteile gebucht. Gewinnanteile werden diesem Variablen Kapitalkonto II bis zu ihrem Ausgleich gutgeschrieben. Es wird klargestellt, dass die Anleger nicht verpflichtet sind, Verlustanteile auf dem Verlustvortragskonto auszugleichen.
  - e) **Verrechnungskonto I**  
Auf dem Verrechnungskonto I werden die gesamten, jeweils offen stehenden Einzahlungsverpflichtungen jedes Anlegers auf seine Kapitaleinlage gebucht.

f) **Verrechnungskonto II**

Auf dem Verrechnungskonto II wird die gesamte, jeweils offenstehende Einzahlungsverpflichtung eines Anlegers auf das Agio gebucht.

2. Die Salden auf den Konten sind unverzinslich.

- der 2. Capital Call am 31.03.2025
- der 3. Capital Call am 31.03.2026
- der 4. Capital Call am 31.03.2027
- der 5. Capital Call am 31.03.2028
- der 6. Capital Call am 31.03.2029

**§ 7 Leistung der Einlagen und des Agio; Leistungsstörungen; Ausschluss von Nachschusspflichten**

1. Die Treuhandkommanditistin ist nicht zur Einzahlung der durch Kapitalerhöhung begründeten, über § 3 Absatz 2 hinausgehenden, weiteren Einlagen (zuzüglich Agio) verpflichtet.

2. Die Anleger sind zur Leistung ihrer Einlage, also zur Zahlung des Betrags ihres Kapitalanteils entsprechend Beitrittserklärung, zuzüglich eines Agio auf das Einlageneinzahlungskonto der Gesellschaft gemäß den nachstehenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags, der Beitrittserklärung und des Treuhandvertrags verpflichtet. Die Gesellschaft hat insoweit eine unmittelbare Zahlungsforderung gegenüber jedem Anleger, die jeweils bei Fälligkeit als eingefordert gilt. Teilzahlungen eines Anlegers dienen vorrangig zur Erfüllung jeweils fälliger Einlageverpflichtungen und nachrangig zur Erfüllung fälliger Agio-Verpflichtungen.

3. Die Anleger der Anteilsklasse 1 (§ 3 Abs. 4) sind verpflichtet, ihre Einlageverpflichtung zuzüglich Agio innerhalb von 10 Bankarbeitstagen nach Annahme ihrer jeweiligen Beitrittserklärung zu erfüllen.

4. Die Anleger der Anteilsklasse 2 (§ 3 Abs. 4) sind verpflichtet, ihre Einlageverpflichtung zuzüglich Agio in sechs gleich hohen Teilzahlungen („Capital Call“) zu erfüllen. Jeder Capital Call beträgt mindestens EUR 3.000,00 zuzüglich anteiligen Agio und muss im Fall eines höheren Betrags durch ganzzahlig 100 teilbar sein. Die Capital Calls sind wie folgt zur Zahlung fällig:

- der 1. Capital Call innerhalb von 10 Bankarbeitstagen nach Annahme der Beitrittserklärung

Die Capital Calls, die zum Zeitpunkt des Beitritts eines Anlegers bereits fällig sind, sind für den betreffenden Anleger zusammen mit dessen erster Teilzahlung nach Beitritt zur Gesellschaft fällig. Jeder Anleger ist berechtigt, noch offenstehende Capital Calls vorfällig zu leisten.

5. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zahlungsverpflichtungen gegenüber einem Anleger aufgrund Entnahmeansprüchen des Anlegers nach beschlossener Ausschüttung gemäß § 16 ganz oder teilweise mit noch offenstehenden Teilbeträgen der Einlageverpflichtung des Anlegers nebst anteiligem Agio zu verrechnen („Ausschüttungsverrechnung“). Im Umfang der jeweiligen Ausschüttungsverrechnung sind die zu diesem Zeitpunkt noch nicht fälligen Einlage- und Agiozahlungsverpflichtungen des Anlegers jeweils fällig gestellt. Die Ausschüttungsverrechnung führt in Höhe des Verrechnungsbetrags zur Erfüllung der Einlageverpflichtung nebst anteiligem Agio.

6. Sofern die Einlage- und Agiozahlungsverpflichtung eines Anlegers bei Fälligkeit aus Gründen, die der Anleger zu vertreten hat, nicht oder nicht in voller Höhe erfüllt werden („Leistungsstörung“), ergeben sich folgende Rechtsfolgen:

- a) Dem Anleger können nach pflichtgemäßem Ermessen der Komplementärin im Falle einer Leistungsstörung nach Mahnung unmittelbar von der Gesellschaft Verzugszinsen in gesetzlicher Höhe berechnet werden. Die Geltendmachung eines darüber hinaus gehenden Verzugs Schadens, z. B. aufgrund zusätzlicher Bearbeitungskosten, bleibt hiervon unberührt.
- b) Sofern im Falle einer Leistungsstörung auch nach Mahnung und Nachfristsetzung der

Gesellschaft keine vollständige Zahlung des Anlegers erfolgt, kann der Treuhandvertrag des betreffenden Anlegers mit Zustimmung der Komplementärin durch Rücktritt der Treuhandkommanditistin beendet werden. Im Falle des Rücktritts erlöschen die mittelbaren Beteiligungsrechte des Anlegers und der Kapitalanteil sowie die Hafteinlage der Treuhandkommanditistin werden, sofern bereits erhöht, entsprechend herabgesetzt (§ 22 Abs. 1). Der Anleger hat keinen Anspruch auf ein Auseinandersetzungsguthaben und ist der Gesellschaft zum Schadensersatz wegen Nichterfüllung verpflichtet. Der Schadensersatzanspruch lautet mindestens auf den Gesamtbetrag der von der Gesellschaft aufgrund des Beitritts des betreffenden Anlegers und in Abhängigkeit von dessen Einlage- und Agioverpflichtung an Vertragspartner und Gesellschafter bereits bezahlten Provisionen bzw. sonstigen Vergütungen und Kostenerstattungen. Die Geltendmachung weiterer Schadensersatzansprüche der Gesellschaft und der Treuhandkommanditistin bleibt vorbehalten. Dem Anleger bleibt es vorbehalten nachzuweisen, dass kein oder nur ein geringerer Schaden entstanden ist. Die Gesellschaft ist berechtigt, ihre Ansprüche auf Schadensersatz mit etwaigen Rückzahlungsansprüchen des Anlegers zu verrechnen. Falls der Anleger zum Zeitpunkt der Leistungsstörung bereits direkt an der Gesellschaft beteiligt ist, gelten die vorstehenden Regelungen mit der Maßgabe entsprechend, dass an die Stelle des Rücktritts vom Treuhandvertrag der Ausschluss des säumigen Anlegers als Kommanditist aus der Gesellschaft tritt.

- c) Anstelle des Rücktritts gemäß lit. b) kann die Komplementärin bei einer Leistungsstörung und nach erfolgloser Mahnung und Nachfristsetzung den Betrag des Kapitalanteils eines säumigen Anlegers nach ihrem Ermessen herabsetzen, sofern dies durch sachliche Gründe in der Person des Anlegers gerechtfertigt ist. Die Herabsetzung des Kapitalanteils geschieht unter Beachtung der Bestimmung in § 3 Abs. 4 auf den Betrag der vom Anleger bereits geleisteten Teileinlage (ohne Agio). Der gesamte Kapitalanteil und die gesamte im Handelsregister eingetragene Haftsumme der Treuhandkommanditistin – sofern diese wegen des betreffenden Anlegers erhöht worden war

– werden infolge der Herabsetzung entsprechend anteilig reduziert. Sofern der betroffene Anleger zum Zeitpunkt der Herabsetzung bereits unmittelbar als Kommanditist an der Gesellschaft beteiligt ist, werden sein Kapitalanteil und seine im Handelsregister eingetragene Haftsumme anteilig reduziert.

7. Die Treuhandkommanditistin tritt bereits hiermit an die Gesellschaft sämtliche Ansprüche auf Verzugszinsen und sonstigen Schadensersatz gegen den Anleger ab, die ihr gegebenenfalls, unbeschadet der vorstehenden Regelungen, daneben oder zusätzlich aus dem Treuhandvertrag in Bezug auf die Zahlungsverpflichtung des Anlegers, betreffend dessen Einlage nebst Agio, zustehen.

Ein Anspruch der Gesellschaft gegenüber der Treuhandkommanditistin wegen der verzögerten oder unterbliebenen Zahlung eines Anlegers auf seine Einlage- oder Agioverpflichtung besteht nicht.

8. Die Anleger übernehmen weder gegenüber der Gesellschaft noch gegenüber den Gesellschaftern oder anderen Anlegern noch gegenüber Dritten irgendwelche Zahlungsverpflichtungen, Haftungen oder Nachschussverpflichtungen, die über die Verpflichtung zur Leistung der aufgrund der Beitrittserklärung vereinbarten Einlage zuzüglich Agio sowie über die Verpflichtung zur Leistung von in diesem Vertrag ausdrücklich geregelten Zahlungsverpflichtungen hinausgehen. Dies gilt auch für den Fall der Liquidation der Gesellschaft. Der Anspruch der Gesellschaft auf die Einlageleistung gegenüber Anlegern lebt auch dann nicht wieder auf, wenn Einlagen (z. B. durch Ausschüttungen) ganz oder teilweise zurückgezahlt werden. Die gesetzlichen Regelungen über die Haftung der Kommanditisten bei Einlagenrückgewähr nach §§ 171 ff. HGB bleiben unberührt.

#### IV. Geschäftsführung und Vertretung; Kapitalverwaltungsgesellschaft; Informations- und Kontrollrechte der Gesellschafter

---

##### § 8 Geschäftsführung und Vertretung

1. Die Komplementärin ist, vorbehaltlich der zwingenden gesetzlichen Bestimmungen des KAGB und der Regelungen des Gesellschaftsvertrags, zur Geschäftsführung und Vertretung der Gesellschaft berechtigt und verpflichtet. Sie selbst und ihre Geschäftsführer sind von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.
2. Die Komplementärin bestellt namens der Gesellschaft eine externe AIF-Kapitalverwaltungsgesellschaft („externe KVG“; § 154 Abs. 1 KAGB). Für die Dauer der Bestellung der externen KVG werden folgende Geschäftsführungsaufgaben, unter Ausschluss der Komplementärin, ausschließlich durch die externe KVG wahrgenommen:
  - a) Erwerb, Verwaltung und Veräußerung der Vermögensgegenstände der Gesellschaft im Rahmen der Anlagebedingungen und des Gesellschaftszwecks, einschließlich der Wahrnehmung der Mitgliedschaftsrechte in Beteiligungsunternehmen der Gesellschaft („Portfolio-Management“);
  - b) Beauftragung von Rechtsanwälten, Wirtschaftsprüfern, Steuerberatern sowie von Gutachtern und Bewertern im Zusammenhang mit dem Portfolio-Management;
  - c) Abschluss, Änderung und Beendigung von Verträgen und Durchführung aller sonstigen Maßnahmen zur Einhaltung der zwingenden gesetzlichen Regelungen wie insbesondere des KAGB.

Die Komplementärin ist berechtigt, der externen KVG Generalvollmacht für die Vertretung der Gesellschaft zu erteilen und sie hierbei, einschließlich ihrer gesetzlichen Vertreter, von den Beschränkungen des § 181 BGB zu befreien.

Sofern und sobald das Recht der zunächst bestellten externen KVG zur Verwaltung der Gesellschaft endet, ist die Komplementärin – soweit gesetzlich zulässig – berechtigt, eine neue externe KVG zu bestellen, welche die Rechte und Pflichten der bisherigen externen KVG durch Abschluss eines neuen Bestellungsvertrags übernimmt, oder die Investmentgesellschaft in eine intern verwaltete Investmentkommanditgesellschaft im Sinne der Vorschriften des KAGB umzuwandeln. Sofern die Gesellschaft in eine intern verwaltete Investmentkommanditgesellschaft umgewandelt wird, entfallen die in diesem Gesellschaftsvertrag geregelten Zustimmungsvorbehalte für die externe KVG.

3. Die Komplementärin und die externe KVG sind bei der Geschäftsführung an die Gesetze, den Gesellschaftsvertrag und die für die Gesellschaft geltenden Anlagebedingungen gebunden. Die Geschäftsführungsbefugnis der Komplementärin und der von der Gesellschaft bestellten externen KVG erstreckt sich auf die Vornahme aller Maßnahmen, die zum üblichen Betrieb der Gesellschaft im Rahmen ihres Unternehmenszwecks gehören. Handlungen, die über den üblichen Geschäftsbetrieb hinausgehen, sind – soweit gesetzlich zulässig – nur mit Zustimmung der Kommanditisten bzw. Anleger gemäß § 164 Hs. 1 HGB, die hierüber mittels Beschlusses mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen entscheiden, zulässig. Von diesem Zustimmungsvorbehalt gemäß Satz 2 gelten folgende Ausnahmen:
  - a) Die Komplementärin darf insbesondere folgende Geschäftsführungsmaßnahmen auch ohne Zustimmung der Kommanditisten bzw. Anleger für die Gesellschaft vornehmen:
    - aa) Beauftragung von Rechtsanwälten, Steuerberatern, Wirtschaftsprüfern oder anderen Beratern, Gutachtern oder Bewertern auf Rechnung der Gesellschaft;
    - bb) Gerichtliche und außergerichtliche Geltendmachung von Ansprüchen der Gesellschaft;

- cc) Abschluss, Änderung und Beendigung einschließlich Abwicklung von Verträgen, die die Gesellschaft zur Durchführung zwingender gesetzlicher Vorschriften, insbesondere der Bestimmungen des KAGB, abzuschließen hat;
- dd) Durchführung von Maßnahmen, deren Erledigung der Komplementärin in diesem Gesellschaftsvertrag oder von Gesetzes wegen ausdrücklich zugewiesen ist.
- b) Die externe KVG darf insbesondere folgende Geschäftsführungsmaßnahmen auch ohne Zustimmung der Kommanditisten bzw. Anleger vornehmen:
- aa) Erwerb von Beteiligungen an Beteiligungsunternehmen, es sei denn, die gesamten handelsrechtlichen Anschaffungskosten der Gesellschaft für eine oder mehrere Beteiligungen an einem bestimmten Beteiligungsunternehmen übersteigen den Betrag von insgesamt € 20,0 Mio.;
- bb) Verwaltung der Anteile an Beteiligungsunternehmen und von atypisch stillen Beteiligungen der Gesellschaft, insbesondere durch die Wahrnehmung der Mitgliedschaftsrechte in Beteiligungsunternehmen;
- cc) Veräußerung von Anteilen an Beteiligungsunternehmen oder von atypisch stillen Beteiligungen, es sei denn,
- (1) die Gesellschaft veräußert Anteile an verschiedenen Beteiligungsunternehmen im sachlichen oder zeitlichen Zusammenhang an den gleichen Erwerber; oder
- (2) die Gesellschaft veräußert in einem Geschäftsjahr Anteile an einem oder mehreren Beteiligungsunternehmen, deren gesamte handelsrechtliche Anschaffungskosten den Betrag von 50 % des Festkapitals der Gesellschaft übersteigen, außer dies geschieht im Rahmen der Liquidation.
- dd) Anlage der Liquiditätsreserve der Gesellschaft sowie Erwerb, Halten und Veräußerung von Wertpapieren nach Maßgabe der Anlagebedingungen;
- ee) Abschluss, Änderung und Beendigung einschließlich Abwicklung von Verträgen, die die Gesellschaft zur Durchführung zwingender gesetzlicher Vorschriften, insbesondere der Bestimmungen des KAGB, abzuschließen hat.
- ff) Beauftragung von Rechtsanwälten, Steuerberatern, Wirtschaftsprüfern oder anderen Beratern, Gutachtern oder Bewertern auf Rechnung der Gesellschaft.

## § 9 Auskunfts- und Kontrollrechte, Geschäftsbericht

1. Die Gesellschafter haben die gesetzlichen Informationsrechte eines Kommanditisten. Sie können sich bei der Ausübung ihrer Einsichtsrechte eines kraft Gesetzes zur Verschwiegenheit verpflichteten Angehörigen eines wirtschaftsprüfenden oder rechts- oder steuerberatenden Berufes bedienen. Die hierdurch entstehenden Kosten haben sie selbst zu tragen.
2. Die weitergehenden Informationsrechte der Gesellschafter sowie die Berichtspflichten der Gesellschaft gemäß den zwingenden gesetzlichen Vorschriften bleiben durch die Bestimmungen dieses § 9 unberührt.
3. Die Gesellschafter haben – vorbehaltlich zwingender gesetzlicher Regelungen – kein Recht auf Auskunft über die persönlichen Daten (insbesondere Name und Anschrift) anderer Gesellschafter.

Solche persönlichen Daten dürfen im Falle eines ausnahmsweise berechtigten Auskunftsverlangens nur dann an den Auskunftsberechtigten übergeben werden, wenn der jeweils betroffene andere Gesellschafter vorab zustimmt.

## V. **Gesellschafterbeschlüsse, Gesellschafterversammlung, Beschlussfassung im schriftlichen Verfahren**

### § 10 **Gesellschafterbeschlüsse**

1. Die Gesellschafter treffen ihre Entscheidungen in den Angelegenheiten der Gesellschaft durch Beschlussfassung. Die Beschlüsse werden im schriftlichen Verfahren (§ 13) oder in Gesellschafterversammlungen (§ 12) gefasst.
2. Soweit in zwingenden gesetzlichen Bestimmungen oder in diesem Gesellschaftsvertrag nicht ausdrücklich etwas anderes geregelt ist, bedürfen Beschlüsse der Gesellschafter der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Stimmenthaltungen gelten nicht als abgegebene Stimmen. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.
3. Das Stimmrecht bemisst sich nach dem Kapitalanteil gemäß Kapitalkonto I, mit der Maßgabe, dass auf je EUR 100 Kapitalanteil eine Stimme entfällt. Ein Gesellschafter kann, auch wenn er mehrere Kapitalanteile besitzt, bei einem Beschlussgegenstand für seine Beteiligung nur einheitlich abstimmen. Das Stimmrecht der Treuhandkommanditistin besteht ausschließlich für den auf eigene Rechnung gehaltenen Kapitalanteil (§ 3 Abs. 2). Die Stimmrechte aus den von der Treuhandkommanditistin treuhänderisch gehaltenen Kapitalanteilen stehen ausschließlich den jeweiligen Treugebern selbst zu.
4. Über die Ergebnisse der Gesellschafterversammlung oder der Beschlussfassung im schriftlichen Verfahren ist eine Niederschrift in Textform anzufertigen und den Gesellschaftern in Kopie zu übersenden. Die Kosten der Versendung trägt die Gesellschaft. Die Niederschrift hat Angaben zum Abstimmungsergebnis sowie dem Inhalt von Gesellschafterbeschlüssen zu enthalten. Der Inhalt der Niederschrift gilt von den Gesellschaftern jeweils als genehmigt, die der Richtigkeit nicht binnen vier Wochen seit dem Empfang der Niederschrift gegenüber der Komplementärin schriftlich und unter Angabe von Gründen widersprochen haben. Die Gesell-

schaft wird die Gesellschafter auf diese Genehmigungsfiktion zusammen mit der Versendung der Niederschrift hinweisen.

5. Gesellschafterbeschlüsse können nur binnen einer Ausschlussfrist von einem Monat nach Kenntniserlangung, spätestens jedoch binnen eines Monats nach Erhalt der Niederschrift, die den betreffenden Gesellschafterbeschluss enthält, durch eine gegen die Gesellschaft zu richtende Klage angefochten werden. Die Anfechtungsfrist gemäß Satz 1 gilt nicht für Beschlüsse, durch deren Inhalt Rechtsvorschriften verletzt werden, auf deren Einhaltung die Gesellschafter nicht verzichten können (nichtige Beschlüsse). Im Übrigen gilt für Beschlussfeststellungs- und Beschlussmängelklagen die gesetzliche Regelung.

### § 11 **Beschlusszuständigkeit der Gesellschafter**

1. Die Gesellschafter entscheiden, außer in den gesetzlich geregelten oder den in diesem Gesellschaftsvertrag an anderer Stelle genannten Fällen, insbesondere in folgenden Angelegenheiten durch Beschluss:
  - a) Änderungen des Gesellschaftsvertrags, einschließlich aller Maßnahmen nach dem Umwandlungsgesetz;
  - b) Feststellung des Jahresabschlusses;
  - c) Entlastung der Komplementärin;
  - d) Wahl des Abschlussprüfers;
  - e) Entscheidung über Entnahmen (Ausschüttungen) gemäß § 16;
  - f) Entscheidung über zustimmungspflichtige Geschäftsführungsmaßnahmen gemäß § 8 Abs. 3;
  - g) Auflösung der Gesellschaft, gemäß § 24 Abs. 1 lit. c);
2. Beschlüsse gemäß Absatz 1 lit. a) und lit. g) bedürfen einer Mehrheit von mindestens 75 % der abgegebenen Stimmen.
3. Eine Nachschusspflicht für Gesellschafter

kann nur mit Zustimmung der jeweils Betroffenen beschlossen werden.

## § 12 Gesellschafterversammlung

1. Beschlüsse der Gesellschafter werden in Gesellschafterversammlungen gefasst, wenn die Komplementärin eine solche im Interesse der Gesellschaft für erforderlich hält oder ein entsprechendes Einberufungsverlangen gemäß Absatz 4 vorliegt.

2. Die Gesellschafterversammlungen werden durch die Komplementärin einberufen. Die Einberufung erfolgt durch Versendung der Einladung an alle Gesellschafter in Textform.

Sofern die Beteiligung eines Gesellschafters an der Gesellschaft im Rahmen der Kapitalerhöhungen gemäß § 4 Abs. 1 im Zeitraum zwischen der Einberufung zu einer Gesellschafterversammlung und deren Durchführung wirksam wird, nimmt der betreffende Gesellschafter an dieser Gesellschafterversammlung nicht teil und muss zu dieser Gesellschafterversammlung demnach nicht mehr eingeladen werden, es sei denn, im Rahmen der betreffenden Gesellschafterversammlung sollen Beschlüsse zu zustimmungspflichtigen Geschäftsführungsmaßnahmen oder über eine Änderung oder Ergänzung des Gesellschaftsvertrags gefasst werden.

3. Mit der Einberufung sind der Zeitpunkt, der Ort und die Tagesordnung der Gesellschafterversammlung einschließlich aller Beschlussgegenstände anzugeben. Zwischen dem Tag der Absendung des Einberufungsschreibens einerseits sowie dem Tag der Versammlung andererseits muss eine Frist von mindestens vier Wochen liegen.

Die Gesellschafterversammlung findet grundsätzlich am Sitz der Gesellschaft statt, sofern die Komplementärin nicht einen geeigneten abweichenden Ort bestimmt.

4. Die Komplementärin ist verpflichtet, eine außerordentliche Gesellschafterversammlung mit bestimmten Beschlussgegenständen einzuberufen, wenn Gesellschafter, die allein oder zusammen mindestens 10 % des Festkapitals

halten, dies schriftlich unter Angabe der Tagesordnung verlangen. Sofern in einem wirksamen Einberufungsverlangen nicht ausdrücklich die Durchführung einer Präsenzversammlung verlangt wird, kann die Komplementärin zu den im Einberufungsverlangen genannten Beschlussgegenständen auch eine Beschlussfassung im schriftlichen Verfahren gemäß § 13 durchführen. Falls die Komplementärin einem berechtigten Einberufungsverlangen nicht innerhalb von längstens sechs Wochen nachkommt, sind der oder die Gesellschafter, der/die die Einberufung ordnungsgemäß verlangt haben, berechtigt, die Gesellschafterversammlung mit den von ihnen verlangten Beschlussgegenständen selbst einzuberufen.

Die Bestimmungen dieses Absatzes 4 gelten entsprechend, sofern Gesellschafter, die allein oder zusammen mindestens 10 % des Festkapitals halten, die Ergänzung der Tagesordnung einer bereits einberufenen Gesellschafterversammlung oder weitere Beschlussgegenstände für ein bereits eingeleitetes schriftliches Beschlussverfahren verlangen. Es steht im pflichtgemäßen Ermessen der Komplementärin, für diese nachträglich verlangten Beschlussgegenstände nach Maßgabe der Bestimmungen in diesem Absatz 4 eine eigene Gesellschafterversammlung einzuberufen oder ein besonderes schriftliches Beschlussverfahren durchzuführen.

5. Den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung führt die Komplementärin oder ein von dieser mit der Leitung beauftragter Vertreter.

6. Eine ordnungsgemäß einberufene Gesellschafterversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden oder vertretenen Gesellschafter beschlussfähig, sofern zumindest die Komplementärin sowie die Treuhandkommanditistin anwesend oder vertreten sind.

7. Die Gesellschafter sind berechtigt, an Gesellschafterversammlungen teilzunehmen und die auf ihre treuhänderisch gehaltenen Kapitalanteile entfallenden Stimmrechte selbst oder durch einen Vertreter auszuüben, auch wenn

sie mittelbar über die Treuhandkommanditistin beteiligt sind. Die Sonderregelung in Absatz 2 Satz 3, betreffend neu beitretende Gesellschafter, bleibt unberührt.

8. Jeder Gesellschafter kann sich in der Gesellschafterversammlung vertreten lassen, es sei denn, die Komplementärin lehnt eine solche Vertretung im Einzelfall nach pflichtgemäßem Ermessen ab. Die Vertretungsmacht ist durch schriftliche Vollmacht nachzuweisen. Ein Bevollmächtigter, der mehrere Gesellschafter vertritt, kann entsprechend der ihm erteilten Weisungen voneinander abweichende Stimmen abgeben. Für den einzelnen vertretenen Gesellschafter kann das Stimmrecht jedoch jeweils nur einheitlich ausgeübt werden.

### § 13 Gesellschafterbeschlüsse im schriftlichen Verfahren

1. Gesellschafterbeschlüsse werden grundsätzlich im Wege des schriftlichen Verfahrens gefasst, es sei denn, die Komplementärin möchte für die Beschlussfassung eine Gesellschafterversammlung gemäß § 12 durchführen. Die Beschlussfassung im schriftlichen Verfahren wird durch die Komplementärin eingeleitet. An der Beschlussfassung im schriftlichen Verfahren nehmen, vorbehaltlich der Bestimmung in Absatz 2 Satz 4, die Gesellschafter selbst teil und üben die jeweils auf ihre treuhänderisch gehaltenen Kapitalanteile entfallenden Stimmrechte selbst aus, auch wenn sie mittelbar über die Treuhandkommanditistin beteiligt sind.
2. Die Komplementärin versendet die Aufforderung zur Abstimmung im schriftlichen Verfahren („Abstimmungsaufforderung“) an alle Gesellschafter in Textform. Die Abstimmungsaufforderung hat die Beschlussgegenstände zu enthalten. Die Bestimmungen in § 12 Abs. 4 finden entsprechende Anwendung.

Sofern die Beteiligung eines Gesellschafters an der Gesellschaft im Rahmen der Kapitalerhöhungen gemäß § 4 Abs. 1 im Zeitraum zwischen der Einleitung eines schriftlichen Verfahrens durch Versendung der Abstimmungsaufforderungen und dessen Be-

endigung durch Ablauf der Abstimmungsfrist wirksam wird, nimmt der betreffende Gesellschafter an dieser Beschlussfassung im schriftlichen Verfahren nicht teil, es sei denn, im Rahmen der Abstimmung sollen Beschlüsse zu zustimmungspflichtigen Geschäften oder über eine Änderung oder Ergänzung des Gesellschaftsvertrags gefasst werden.

3. Die Stimmabgabe erfolgt durch die mit der Abstimmungsaufforderung versandte Abstimmungsunterlage, die auszufüllen, zu unterzeichnen und innerhalb der Abstimmungsfrist postalisch, per Telefax oder E-Mail an die Gesellschaft (zu Hand des in der Abstimmungsaufforderung genannten Adressaten oder die dort genannte Adresse) zurückzusenden ist. Abweichend hiervon kann die Stimmabgabe nach Wahl des Anlegers innerhalb der Abstimmungsfrist auch auf elektronischem Weg, über die Online im Anlegerportal der MIG-Fonds bereitgestellte Abstimmungsunterlage durchgeführt werden („Online-Abstimmung“).

Die Abstimmungsfrist beträgt mindestens vier Wochen ab Absendung der Abstimmungsaufforderung und wird durch die Komplementärin in der Abstimmungsaufforderung festgelegt. Maßgeblich für die Wahrung der Abstimmungsfrist ist der Eingang der Stimmabgabe bei der Gesellschaft. Verspätete Stimmabgaben nach Ablauf der Abstimmungsfrist gelten als Stimmenthaltung. Die Gesellschaft wird auf die Bedeutung der Abstimmungsfrist in der Abstimmungsaufforderung besonders hinweisen.

4. Die Auszählung der Stimmen erfolgt durch die Gesellschaft bzw. den von ihr beauftragten Geschäftsbesorger. Ein im schriftlichen Verfahren gefasster Beschluss wird am ersten Kalendertag nach Ablauf der Abstimmungsfrist wirksam, sofern im Einzelfall nichts anderes bestimmt ist. Über das Ergebnis der Beschlussfassung im schriftlichen Verfahren sind die Gesellschafter durch die Zusendung einer Niederschrift gemäß § 10 Abs. 4 zu unterrichten.

**VI. Geschäftsjahr, Jahresabschluss, Steuererklärungen, Vermögens- und Ergebnisbeteiligung, Entnahmen, Vergütungen**

---

**§ 14 Geschäftsjahr, Jahresabschluss, Steuererklärungen**

1. Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr. Das erste Geschäftsjahr endet am 31.12. des Jahres, in dem die Gesellschaft begonnen hat.
2. Die Komplementärin hat innerhalb der gesetzlichen Frist den Jahresabschluss sowie den Lagebericht für das vergangene Geschäftsjahr aufzustellen. Die Kosten für diese Maßnahmen trägt die Gesellschaft.
3. Der Jahresabschluss wird durch einen Abschlussprüfer geprüft, der durch Beschluss der Gesellschafter bestimmt wird. Die Kosten der Abschlussprüfung trägt die Gesellschaft.
4. Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung werden den Gesellschaftern in Kurzform mitgeteilt, regelmäßig zusammen mit der Einladung zur ordentlichen Gesellschafterversammlung oder der entsprechenden Abstimmungsaufforderung im schriftlichen Verfahren im folgenden Geschäftsjahr. Die weitergehenden Informations- und Kontrollrechte der Gesellschafter nach den zwingenden gesetzlichen Regelungen bleiben unberührt.
5. Die Komplementärin trägt dafür Sorge, dass innerhalb der gesetzlichen Fristen die für die Gesellschaft notwendigen Steuererklärungen eingereicht werden. Aufwendungen im Zusammenhang mit Steuererklärungen, die durch einen Gesellschafter individuell veranlasst werden, trägt der betreffende Gesellschafter.
6. Die Gesellschaft und die Treuhandkommanditistin sind nicht verpflichtet, die Gesellschafter zur Mitteilung und zum Nachweis von Aufwendungen im Zusammenhang mit der Beteiligung an der Gesellschaft gesondert aufzufordern. Solche Angaben und Nachweise müssen nebst vollständiger Belege für die steuerliche Berücksichtigung jeweils bis

spätestens zum 31.03. des Folgejahres bei der Gesellschaft eingegangen sein. Jeder Gesellschafter hat diese Frist eigenverantwortlich, ohne weiteren Hinweis, einzuhalten. Bei verspäteten Mitteilungen und Nachweisen trägt der betreffende Gesellschafter die zusätzlichen Kosten.

**§ 15 Beteiligung am Vermögen und am Ergebnis der Gesellschaft**

1. Die Gesellschafter sind am Vermögen der Gesellschaft jeweils im Verhältnis des von ihnen auf ihren Kapitalanteil bezahlten Einlagebetrags zum Gesamtbetrag der von allen Gesellschaftern auf ihren Kapitalanteil bezahlten Einlagen beteiligt.
2. Die Gesellschafter sind am Gewinn eines Geschäftsjahres der Gesellschaft jeweils im Verhältnis des von ihnen auf ihren Kapitalanteil bezahlten Einlagebetrags zum Gesamtbetrag der von allen Gesellschaftern auf ihren Kapitalanteil bezahlten Einlagen am jeweiligen Bilanzstichtag (31.12.) des betreffenden Geschäftsjahres beteiligt.
3. Die Gesellschafter sind am Verlust eines Geschäftsjahres der Gesellschaft jeweils im Verhältnis des von ihnen auf ihren Kapitalanteil bezahlten Einlagebetrags zum Gesamtbetrag der von allen Gesellschaftern auf ihren Kapitalanteil bezahlten Einlagen am jeweiligen Bilanzstichtag (31.12.) des betreffenden Geschäftsjahres beteiligt. Eine Verlustausgleichspflicht ist hiermit nicht verbunden.
4. Es wird klargestellt, dass die Treuhandkommanditistin mit ihrem auf eigene Rechnung gehaltenen Kapitalanteil nicht am Vermögen und am Ergebnis beteiligt ist (§ 3 Abs. 2 S. 3).

**§ 16 Entnahmen**

1. Die Gesellschafter entscheiden über die Entnahme von Gewinnen und Liquiditätsüberschüssen („Ausschüttungen“) nach Maßgabe der Anlagebedingungen und unter Beachtung der Bestimmungen in Abs. 2 durch Beschluss.
2. Entnahmen bedürfen zusätzlich einer Zustimmung der Komplementärin, sofern und soweit

durch die Entnahmen Einlagen auf die Kapitalanteile der Gesellschafter zurückgezahlt werden. Der Zustimmungsvorbehalt gemäß § 152 Abs. 2 KAGB (Rückgewähr der im Handelsregister eingetragenen Hafteinlage nur mit Zustimmung des betroffenen Gesellschafters) bleibt unberührt. Entnahmen sind zudem ausgeschlossen, wenn die Ausschüttung einen Grund für die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Gesellschaft herbeiführen würde.

3. Die Komplementärin ist abweichend von Absatz 1 auch ohne Gesellschafterbeschluss berechtigt, mit Zustimmung der externen KVG den Erlös der Gesellschaft aus der Veräußerung von Anteilen an Beteiligungsunternehmen oder aufgrund Gewinnausschüttungen eines Beteiligungsunternehmens ganz oder teilweise an die Gesellschafter nach Maßgabe deren Vermögens- oder Ergebnisbeteiligung gemäß § 15 auszuschütten. Die Komplementärin hat hierbei die Entnahmebeschränkungen gemäß Absatz 2 zu beachten. Die Gesellschafter sind über die Ausschüttung zu informieren.
4. Die Gesellschafter haben entsprechend dem Ausschüttungsbeschluss gemäß Absatz 1 oder der Ausschüttungsentscheidung der Komplementärin gemäß Absatz 3 jeweils einen eigenen Zahlungsanspruch („Ausschüttungsanspruch“) gegen die Gesellschaft, auch wenn sie mittelbar über die Treuhandkommanditistin an der Gesellschaft beteiligt sind. Der Ausschüttungsanspruch gegen die Gesellschaft verjährt in drei Jahren gemäß §§ 195, 199 BGB.
5. Die Ausschüttungsansprüche der Gesellschafter sind nur mit vorheriger Zustimmung der Komplementärin übertragbar.

### § 17 Vergütung der Komplementärin und der Treuhandkommanditistin

1. Die Komplementärin erhält für die Übernahme des Haftungsrisikos und die laufende Geschäftsführung eine Vergütung von der Gesellschaft. Einzelheiten sind in den Anlagebedingungen geregelt.

2. Die Treuhandkommanditistin erhält für die Wahrnehmung der Treuhänderfunktionen und die Durchführung der Treuhandverträge eine Vergütung von der Gesellschaft. Einzelheiten sind in den Anlagebedingungen geregelt.

## VII. Verfügung über Kommanditanteile, Tod eines Gesellschafters

---

### § 18 Verfügung über Kommanditanteile

1. Die Anleger sind berechtigt, ihre Kommanditanteile mit Zustimmung der Komplementärin und unter Berücksichtigung der Bestimmungen in § 3 Abs. 4 vollständig oder teilweise (für einen Teil ihres Kapitalanteils) zu übertragen. Die Übertragung einzelner Rechte und Pflichten aus dem Gesellschaftsverhältnis oder dem Treuhandvertrag ist, vorbehaltlich einer ausdrücklich anderslautenden Regelung in diesem Gesellschaftsvertrag, ausgeschlossen. Die Zustimmung zur Übertragung kann durch die Komplementärin nur aus wichtigem Grund versagt werden. Die Übertragung kann jeweils nur zum Ende eines Kalenderjahres erfolgen. Mit Zustimmung der Komplementärin, die hierüber nach pflichtgemäßem Ermessen entscheidet, und bei Übernahme der zusätzlichen Kosten durch den Übertragenden ist die Übertragung auch zu einem anderen Zeitpunkt zulässig.
2. Die Übertragung des Kommanditanteils eines direkt beteiligten Anlegers geschieht im Wege der Sonderrechtsnachfolge und wird erst wirksam, sobald der Erwerber des (Teil)Kommanditanteils als Kommanditist im Handelsregister eingetragen ist und der Komplementärin eine Registervollmacht gemäß § 25 Abs. 1 übergeben hat.

Die Anteilsübertragung eines mittelbar über die Treuhänderin beteiligten Anlegers wird nach Maßgabe der Bestimmungen in Absatz 1 durchgeführt, indem der betreffende Anleger seine Rechte und Pflichten aus dem Treuhandvertrag im Umfang der Übertragung, einschließlich der durch den Treuhandvertrag insoweit vermittelten rechtlichen Stellung

gegenüber der Gesellschaft, auf den Erwerber überträgt. Die Treuhandkommanditistin erteilt zu solchen Vertragsübernahmen bereits hiermit unter der jeweils aufschiebenden Bedingung ihre Zustimmung, dass bei der betreffenden Übertragung die Bestimmungen gemäß Absatz 1 eingehalten worden sind.

3. Alle Kosten, die mit einer Übertragung gemäß Absatz 1 oder Absatz 2 verbunden sind, einschließlich etwaiger Kosten für eine Handelsregistereintragung, trägt der über seine Beteiligung verfügende Anleger. Abweichend hiervon trägt eine etwaige Gewerbesteuer, die in Folge der Verfügung auf Ebene der Gesellschaft anfällt, die Gesellschaft.

### § 19 Tod eines Gesellschafters

1. Im Falle des Ablebens eines direkt beteiligten Anlegers wird die Gesellschaft mit dessen Erben fortgesetzt. Eine Testamentsvollstreckung über Kommanditanteile ist zulässig. Der oder die Erben haben sich in geeigneter Weise, z. B. durch Erbschein, gegenüber der Gesellschaft zu legitimieren.
2. Im Falle des Ablebens eines mittelbar über die Treuhandkommanditistin beteiligten Anlegers treten dessen Erben in alle Rechte und Pflichten des Treuhandvertrags des verstorbenen Anlegers, einschließlich der hiermit vermittelten rechtlichen Stellung gegenüber der Gesellschaft, ein. Der oder die Erben haben sich in geeigneter Weise, z. B. durch Erbschein, gegenüber der Gesellschaft und der Treuhandkommanditistin zu legitimieren. Mehrere Erben haben zur Ausübung der Gesellschafterrechte sowie zur Ausübung der Rechte aus dem Treuhandvertrag gegenüber der Treuhandkommanditistin einen gemeinsamen, schriftlich bevollmächtigten Vertreter zu bestellen, der zur Ausübung sämtlicher Rechte aus dem vererbten mittelbaren Kommanditanteil und zur Entgegennahme von Erklärungen der Gesellschaft oder der Treuhandkommanditistin sowie von Entnahmen ermächtigt ist. Solange ein solcher gemeinsamer Vertreter nicht bestellt oder die Legitimation des oder der Erben nicht erfolgt ist, ruhen die Rechte aus der Gesellschaftsbeteiligung, soweit es sich nicht um Beschlüs-

se über eine Änderung oder Ergänzung des Gesellschaftsvertrags handelt.

3. Alle durch den Erbfall bei der Gesellschaft oder der Treuhandkommanditistin entstehenden Kosten tragen die Erben, die die Beteiligung an der Gesellschaft erwerben.

## VIII. Dauer der Gesellschaft, Kündigung, Ausscheiden von Gesellschaftern, Beendigung von Treuhandverträgen

### § 20 Dauer der Gesellschaft, Kündigung

1. Die Gesellschaft ist für die Zeit bis zum 31.12.2037 errichtet.
2. Die ordentliche Kündigung der Gesellschaft ist, vorbehaltlich der Sonderregelung in Absatz 4 für die Komplementärin und die Treuhandkommanditistin, ausgeschlossen. Das Recht jedes Gesellschafters zur Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Jede Kündigung hat schriftlich zu erfolgen und ist an die Gesellschaft, vertreten durch die Komplementärin, und im Falle einer Kündigung der Komplementärin, vertreten durch die Treuhandkommanditistin, zu richten. Jede Kündigung hat, vorbehaltlich der Bestimmungen in § 23 Absatz 6, nicht die Auflösung der Gesellschaft, sondern nach Maßgabe der Bestimmungen in § 21 das Ausscheiden des kündigenden Gesellschafters zur Folge.
3. Als außerordentliche Kündigung eines Gesellschafters gilt auch die Beendigung eines Treuhandvertrags durch die wirksame Ausübung eines gesetzlichen Widerrufs- oder Rücktrittrechts eines Anlegers gegenüber der Treuhandkommanditistin.
4. Die Komplementärin und die Treuhandkommanditistin sind abweichend von Absatz 2 Satz 1 jeweils berechtigt, die Gesellschaft mit einer Frist von sechs Monaten zum Quartalsende ordentlich zu kündigen.

## § 21 Ausscheiden von Gesellschaftern

1. Ein Gesellschafter scheidet, vorbehaltlich der Bestimmung in § 23 Absatz 6, aus der Gesellschaft aus, wenn
  - a) er das Gesellschaftsverhältnis wirksam gekündigt hat oder ein entsprechender Ausscheidensgrund gemäß § 20 Abs. 3 vorliegt, es sei denn, die Gesellschaft ist zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Kündigung bereits aufgelöst; in diesem Fall scheidet der kündigende Gesellschafter nicht aus der Gesellschaft aus, sondern nimmt an der Liquidation der Gesellschaft teil. Abweichend hiervon scheiden die Komplementärin oder die Treuhandkommanditistin im Falle einer wirksamen Kündigung auch nach Auflösung aus der Gesellschaft aus;
  - b) ihm das Gesellschaftsverhältnis durch die Komplementärin, die hierüber alleine entscheidet, aus wichtigem Grund gekündigt worden ist, mit Zugang der Kündigungserklärung beim betroffenen Gesellschafter. Sofern der Zugang auf dem Postweg nicht bewirkt werden kann, scheidet der betroffene Gesellschafter mit Absendung der Erklärung (Poststempel) an die der Gesellschaft bzw. der Treuhandkommanditistin zuletzt schriftlich genannte Adresse aus;
  - c) er aus wichtigem Grund durch Beschluss der Gesellschafter aus der Gesellschaft ausgeschlossen worden ist, mit Zugang der Ausschlussklärung beim betroffenen Gesellschafter. Die Bestimmung in lit. b) Satz 2 gilt entsprechend;
  - d) über sein Vermögen oder seinen Nachlass ein Insolvenzverfahren eröffnet worden ist oder ein Privatgläubiger des Gesellschafters die Gesellschaft kündigt.
2. Durch das Ausscheiden eines Gesellschafters wird die Gesellschaft, vorbehaltlich der Bestimmung in § 23 Absatz 6, nicht aufgelöst, sondern unter den verbleibenden Gesellschaftern mit der bisherigen Firma fortgeführt. Zusätzlich gelten für das Ausscheiden der Komplementärin und der Treuhandkommanditistin folgende Sonderregelungen:
  - a) Sofern die Komplementärin aus der Gesellschaft ausscheidet, bestimmt die Treuhandkommanditistin mit Zustimmung der externen KVG rechtzeitig vor dem Ausscheiden der Komplementärin eine Kapitalgesellschaft als neue persönlich haftende Gesellschafterin der Gesellschaft, die der Gesellschaft mit Wirksamwerden des Ausscheidens der alten Komplementärin als neue Komplementärin beitrifft und deren gesellschaftsvertraglichen Rechte und Pflichten übernimmt. Die Treuhandkommanditistin ist ermächtigt, den Aufnahmevertrag mit der neuen Komplementärin namens aller Gesellschafter abzuschließen und die Aufnahme zu vollziehen. Die Treuhandkommanditistin kann von der Bestimmung einer neuen Komplementärin absehen, wenn die Gesellschaft zum Zeitpunkt des Ausscheidens der Komplementärin bereits aufgelöst ist und für die Gesellschaft ein anderer Liquidator als die ausscheidende Komplementärin bestellt ist.
  - b) Sofern die Treuhandkommanditistin aus der Gesellschaft ausscheidet, bestimmt die Komplementärin mit Zustimmung der externen KVG rechtzeitig eine neue Treuhandkommanditistin, die der Gesellschaft zu diesem Zweck als Kommanditistin beitrifft und unter Ausschluss der Auseinandersetzung im Wege der Sonderrechtsnachfolge in alle Rechte und Pflichten der ausscheidenden Treuhandkommanditistin eintritt. Die Komplementärin ist ermächtigt, den Aufnahmevertrag mit der neuen Treuhandkommanditistin namens aller Gesellschafter abzuschließen und die Aufnahme zu vollziehen.  
  
Sofern eine neue Treuhandkommanditistin bestimmt wird und der Gesellschaft beitrifft, setzen alle mittelbar beteiligten Gesellschafter ihr bisheriges Treuhandverhältnis mit dieser fort. Sofern keine neue Treuhandkommanditistin bestellt wird, enden die Treuhandverträge mit der Folge der Regelungen in § 22 Abs. 2.

## § 22 Ausscheiden eines mittelbar beteiligten Gesellschafters; Direktbeteiligung

1. Das Ausscheiden eines mittelbar über die Treuhandkommanditistin beteiligten Gesellschafters gemäß § 21 Abs. 1 oder die Beendigung des Treuhandvertrags aufgrund Leistungsstörungen bei der Einlage- und Agiozahlung gemäß § 7 Abs. 6 führen zur Herabsetzung des Kapitalanteils und der entsprechenden Haftsumme der Treuhandkommanditistin entsprechend dem betroffenen Treuhandvertrag. Der ausscheidende Gesellschafter erhält ein Auseinandersetzungsguthaben oder eine Einlagenrückzahlung nach Maßgabe der Bestimmungen in § 23 und § 7 Abs. 6.
2. Sofern der Treuhandvertrag endet, ohne dass zugleich die Beteiligung des Anlegers an der Gesellschaft endet, wird der treuhänderisch gehaltene Kommanditanteil von der Treuhandkommanditistin auf den mittelbar beteiligten Gesellschafter oder – mit Zustimmung der Treuhandkommanditistin – auf einen von ihm benannten Dritten übertragen, mit der Folge, dass der mittelbar beteiligte Gesellschafter oder der von ihm benannte Dritte mit dem betreffenden Kapitalanteil und einer Haftsumme in Höhe von 1 % des Betrags des Kapitalanteils durch Abtretung im Wege der Sonderrechtsnachfolge unmittelbar als Kommanditist in die Gesellschaft eintritt. Eine gesonderte Zustimmung der Mitgesellschafter oder der Gesellschaft zu dieser Übertragung ist nicht erforderlich. Die Übertragung des treuhänderisch gehaltenen Kommanditanteils wird jeweils erst wirksam, wenn die auf den betreffenden Kommanditanteil entfallende Haftsumme sowie die Übertragung des Kommanditanteils durch Sonderrechtsnachfolge im Handelsregister eingetragen sind, der mittelbar beteiligte Gesellschafter zumindest eine Einlage in Höhe der Haftsumme seines Kommanditanteils an die Gesellschaft geleistet und der Erwerber des Kommanditanteils der Komplementärin eine Registervollmacht gemäß § 25 Abs. 1 übergeben hat. Der betroffene Gesellschafter trägt die Kosten der Handelsregistereintragung für die Anteilsübertragung.

## IX. Auseinandersetzungsguthaben, Auflösung und Liquidation

---

### § 23 Auseinandersetzungsguthaben

1. Sofern ein Gesellschafter aus der Gesellschaft ausscheidet, hat er – vorbehaltlich der Sonderregelungen in § 7 Abs. 6 bei Nichterfüllung der Einlage- oder Agiozahlungsverpflichtung – Anspruch auf ein Auseinandersetzungsguthaben gemäß nachstehender Bestimmungen. Die Treuhandkommanditistin erhält abweichend hiervon für den für eigene Rechnung gehaltenen Kapitalanteil (§ 3 Abs. 2) nur eine Rückzahlung der von ihr geleisteten Bareinlage.

Das Auseinandersetzungsguthaben besteht aus dem positiven Saldo aller für den ausscheidenden Gesellschafter gemäß § 6 geführten Konten zum Ausscheidenszeitpunkt und dem Anteil des ausscheidenden Gesellschafters, der seiner Vermögensbeteiligung gemäß § 15 Abs.1 zum Ausscheidenszeitpunkt entspricht, am Gesamtbetrag der „Nicht realisierten Gewinne/Verluste aus der Neubewertung“ der Gesellschaft gemäß § 21 Abs. 4 KARBV laut der letzten Handelsbilanz vor dem Ausscheidenszeitpunkt.

2. Sofern ein Gesellschafter aus einem der in § 21 Abs. 1 lit. b) bis d) genannten Gründe aus der Gesellschaft ausscheidet, ist er verpflichtet, der Gesellschaft die Kosten zu erstatten, die ihr im Zusammenhang mit dem Ausscheiden des Gesellschafters entstehen. Der Kostenerstattungsbetrag lautet auf maximal 30 % des Auseinandersetzungsguthabens gemäß Absatz 1 und kann mit dem Anspruch auf das Auseinandersetzungsguthaben verrechnet werden.
3. Mit dem Auseinandersetzungsguthaben wird das Mitgliedschaftsrecht des ausscheidenden Gesellschafters vollständig abgegolten. Ein ideeller Geschäftswert (Firmenwert) der Gesellschaft bleibt bei der Ermittlung des Auseinandersetzungsguthabens außer Ansatz. Sofern ein Gesellschafter während eines Geschäftsjahres ausscheidet, nimmt er am Ergebnis dieses Geschäftsjahres nicht

mehr teil und ist an schwebenden Geschäften nicht beteiligt, es sei denn, ein solches Ergebnis bzw. Ereignis des laufenden Geschäftsjahres ist in der Anteilsbewertung zur Ermittlung der Abfindung gemäß Absatz 1 berücksichtigt. Entnahmeansprüche des ausscheidenden Gesellschafters im Anschluss an einen entsprechenden Ausschüttungsbeschluss, die von der Gesellschaft zum Zeitpunkt des Ausscheidens noch nicht erfüllt worden sind, sind mit dem Auseinandersetzungsguthaben abgegolten, sofern und soweit sie bei der Berechnung des Auseinandersetzungsguthabens gemäß Absatz 1 nicht wertmindernd berücksichtigt worden sind.

4. Das Auseinandersetzungsguthaben ist nach Maßgabe vorstehender Regelungen von der Gesellschaft zu bestimmen. Sofern der betroffene Gesellschafter innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Auseinandersetzungsguthabens schriftlich Einwände gegen die Höhe des Auseinandersetzungsguthabens erhebt und zwischen der Gesellschaft und dem betreffenden Gesellschafter innerhalb eines weiteren Monats nach Erhebung der Einwände keine Einigung über die Höhe des Auseinandersetzungsguthabens erzielt werden kann, wird ein einvernehmlich von der Komplementärin und dem ausscheidenden Gesellschafter bestellter Wirtschaftsprüfer oder, sofern eine diesbezügliche Einigung nicht herzustellen ist, ein von dem Präsidenten der für den Sitz der Gesellschaft zuständigen Industrie- und Handelskammer zu bestimmender Wirtschaftsprüfer als Schiedsgutachter nach billigem Ermessen für alle Parteien verbindlich das Auseinandersetzungsguthaben nach Maßgabe dieses Vertrags feststellen.
5. Das Auseinandersetzungsguthaben ist – vorbehaltlich der Sonderregelung in Absatz 6 – acht Monate nach seiner verbindlichen Feststellung zur Auszahlung fällig. Die Gesellschaft kann das Auseinandersetzungsguthaben teilweise oder vollständig vorfällig auszahlen. Der Anspruch auf das Auseinandersetzungsguthaben kann nur mit vorheriger Zustimmung der Komplementärin übertragen werden.

Ausscheidende Gesellschafter können keine Sicherstellung ihres Auseinandersetzungsguthabens verlangen. Eine Haftung der übrigen Gesellschafter für die Zahlung des Auseinandersetzungsguthabens ist ausgeschlossen.

Sofern der ausscheidende Gesellschafter zum Zeitpunkt des Ausscheidens mittelbar, über die Treuhandkommanditistin, beteiligt war, wird das Auseinandersetzungsguthaben schuldbefreiend für die Treuhandkommanditistin direkt an den betroffenen Gesellschafter ausbezahlt, der insoweit einen direkten Zahlungsanspruch gegen die Gesellschaft hat.

6. Sofern Auseinandersetzungsguthaben bei deren Fälligkeit von der Gesellschaft nicht aus liquidem Vermögen, somit insbesondere nicht ohne die Verwertung von Unternehmensbeteiligungen der Gesellschaft, bezahlt werden können, ist die Gesellschaft – soweit gesetzlich zulässig – aufgelöst, es sei denn, die verbleibenden Gesellschafter fassen mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen innerhalb von vier Monaten einen Fortsetzungsbeschluss. Im Falle der Auflösung der Gesellschaft nach diesem Absatz 6 scheidet die Gesellschaft aus, sondern nehmen an der Liquidation teil. Der Treuhandvertrag mit den betroffenen, mittelbar beteiligten Gesellschaftern wird – vorbehaltlich anderer Beendigungsgründe – in diesem Fall bis zum Abschluss der Liquidation der Gesellschaft fortgesetzt.

Sofern die verbleibenden Gesellschafter einen Fortsetzungsbeschluss gemäß Satz 1 fassen, sind die Ansprüche auf das Auseinandersetzungsguthaben der ausgeschiedenen Gesellschafter solange und in dem Umfang gestundet, bis und soweit die Gesellschaft diese Ansprüche aus liquidem Vermögen erfüllen kann. Gleiches gilt für die Ansprüche derjenigen Gesellschafter auf ihr Auseinandersetzungsguthaben, die gemäß Satz 2 trotz einer Auflösung gemäß Satz 1 aus der Gesellschaft ausscheiden. Die Stundung gilt dabei in jedem Fall nur solange, als vom

Abschlussprüfer der Gesellschaft bestätigt wird, dass das Liquiditätsmanagementsystem der Gesellschaft angemessen ist. Sofern mehrere Ansprüche auf ein Auseinandersetzungsguthaben offenstehen, wird das jeweils verfügbare liquide Vermögen im Verhältnis der Guthabenbeträge zueinander zur Erfüllung der Zahlungsforderungen der ausgeschiedenen Gesellschafter verwendet. Die Gesellschaft ist in jedem Fall einer Stundung zur teilweisen oder vollständigen Zahlung des Auseinandersetzungsguthabens berechtigt.

Kapitalkonten I und sodann zur Rückzahlung der von der Treuhandkommanditistin auf den für eigene Rechnung gehaltenen Kapitalanteil (§ 3 Abs. 2) geleisteten Bareinlage verwendet. Der verbleibende Liquidationserlös wird an die Gesellschafter im Verhältnis ihrer Beteiligung am Vermögen (§ 15 Abs. 1) ausgezahlt. Die mittelbar beteiligten Gesellschafter haben im Umfang ihrer Beteiligung jeweils einen direkten Zahlungsanspruch gegen die Gesellschaft. Der Anspruch auf anteiligen Liquidationserlös kann nur mit vorheriger Zustimmung der Komplementärin übertragen werden.

## § 24 Auflösung der Gesellschaft

1. Die Gesellschaft wird aufgelöst:
  - a) unter den gesetzlichen Voraussetzungen, soweit in diesem Gesellschaftsvertrag nichts Abweichendes bestimmt ist;
  - b) mit Ablauf der Laufzeit der Gesellschaft gemäß § 20 Abs. 1;
  - c) sofern die Gesellschafter mit Zustimmung der Komplementärin die Auflösung der Gesellschaft auch vor Ablauf des 31.12.2037 beschließen;
  - d) gemäß der Bestimmung in § 23 Abs. 6.
2. Im Falle der Auflösung wird die Gesellschaft durch die Komplementärin liquidiert, sofern und soweit die Liquidation nach den zwingenden gesetzlichen Bestimmungen des KAGB nicht durch eine sonstige Person durchgeführt wird oder sofern nicht – soweit gesetzlich zulässig – durch Beschluss der Gesellschafter mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen eine abweichende Regelung getroffen und eine oder mehrere weitere/andere Person(en) zu Liquidatoren bestellt wird/werden. Sofern eine andere Person als die Komplementärin als Liquidator bestellt wird, wird deren Vergütung durch die Gesellschafter durch Beschluss bestimmt.
3. Der Erlös aus der Verwertung des Gesellschaftsvermögens wird zunächst zur Tilgung von Verbindlichkeiten der Gesellschaft gegenüber Dritten, sodann zum Ausgleich von Guthaben der Anleger auf den Variablen

4. Eine Haftung der Liquidatoren für die Erfüllung der vorbezeichneten Forderungen der Gesellschafter ist ausgeschlossen. Die Auszahlung an die mittelbar beteiligten Gesellschafter erfolgt schuldbefreiend für die Treuhandkommanditistin direkt durch die Gesellschaft.

## X. Schlussbestimmungen

---

### § 25 Handelsregistervollmacht und -kosten

1. Jeder Kommanditist hat die Komplementärin oder einen von ihr beauftragten Dritten in notariell beglaubigter Form zu bevollmächtigen, alle nach den deutschen gesetzlichen Vorschriften vorzunehmenden Anmeldungen zum zuständigen Handelsregister für ihn vorzunehmen. Die Vollmacht muss die Berechtigung zur Untervollmachtserteilung und eine Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB enthalten, für die Dauer der Beteiligung des betreffenden Kommanditisten an der Gesellschaft bestehen und über den Tod hinaus gelten. Der Vollmachtgeber hat die für die Vollmacht entstehenden Kosten zu tragen.
2. Die Regelungen in Abs. 1 gelten nicht für die Treuhandkommanditistin und für mittelbar über die Treuhandkommanditistin beteiligte Gesellschafter.

## § 26 Zugang und Genehmigung von Erklärungen und Mitteilungen

1. Der Versand aller Erklärungen und Mitteilungen der Gesellschaft, der Komplementärin, der Treuhandkommanditistin, der externen KVG oder eines Geschäftsbesorgers der Gesellschaft gegenüber Gesellschaftern, die das Gesellschaftsverhältnis oder die treuhänderisch gehaltene Beteiligung betreffen (im Folgenden zusammen: „Mitteilungen“), erfolgt – soweit gesetzlich zulässig und in diesem Gesellschaftsvertrag nicht abweichend geregelt – vorrangig papierlos, indem die Mitteilungen in das elektronische Postfach jedes Anlegers, das im Anlegerportal der MIG Fonds eingerichtet ist, eingestellt werden. Jeder Anleger wird durch die Übersendung einer E-Mail an die zuletzt durch den jeweiligen Anleger genannte E-Mail-Adresse darüber informiert, dass eine neue Mitteilung an das elektronische Postfach übermittelt wurde.

Jeder Anleger kann verlangen, dass ihm Mitteilungen der Gesellschaft abweichend von Satz 1 in Textform zugesandt werden. Der Versand erfolgt in diesem Fall jeweils an die im Anlegerregister (§ 27 Abs. 1) niedergelegte oder die ansonsten vom Gesellschafter zuletzt mitgeteilte Post- oder Telefax-Adresse oder mittels E-Mail.

2. Alle Mitteilungen im Sinne des Absatzes 1 werden spätestens drei Werktage nach Versendung wirksam. Sofern ein Anleger eine Mitteilung über sein elektronisches Postfach erhält, gilt der Tag, an dem er mittels E-Mail hierüber informiert wird, als der Tag der Versendung. Die Wirksamkeitsfiktion gemäß Satz 1 gilt nicht, wenn es sich um eine Erklärung von besonderer Bedeutung handelt oder wenn eine Mitteilung als unzustellbar an den Absender zurückgelangt und die Unzustellbarkeit vom Adressaten nicht zu vertreten ist oder der Absender erkennt, dass die Mitteilung aufgrund einer allgemeinen Störung des Postbetriebs oder des Internetportals der Gesellschaft nicht zugegangen ist.
3. Sofern Erklärungen im Sinne des Absatzes 1 und 2 zugegangen sind oder ihr Zugang gemäß Absatz 2 fingiert ist, gelten sie als

genehmigt, wenn der Adressat nicht innerhalb eines Monats nach Zugang der Erklärung schriftlich gegenüber dem Absender widerspricht, unter der Voraussetzung, dass der Absender auf diese Folge bei der Bekanntgabe der Erklärung besonders hingewiesen hat.

## § 27 Anlegerregister; EDV und Datenschutz

1. Die Treuhandkommanditistin trägt jeden Anleger nach Annahme dessen Beitrittserklärung in ein von ihr geführtes Register („Anlegerregister“) ein. Das Anlegerregister enthält für jeden Anleger folgende persönliche und beteiligungsbezogene Mindestangaben, die jeder Anleger grundsätzlich zusammen mit der Beitrittserklärung mitzuteilen hat: Name, Vorname, Anschrift, Geburtsdatum, Telefonnummer, (sofern vorhanden) Telefaxnummer und/oder E-Mail-Adresse, Betrag des Kapitalanteils und des vereinbarten Agio, Bankverbindung einschließlich Kontonummer, Steueransässigkeit und zuständiges Finanzamt nebst Steuernummer und/oder Steueridentifikationsnummer. Sofern es sich bei dem Anleger um eine juristische Person, Gesellschaft oder sonstige Gemeinschaft handelt, enthält das Register darüber hinaus Angaben zum Sitz, der Registereintragung, den gesetzlichen Vertretern und den wirtschaftlich berechtigten Personen des Anlegers.

Die Treuhandkommanditistin ist berechtigt, die elektronische Erfassung und Verwaltung der personen- und beteiligungsbezogenen Daten des Anlegers durch von ihr oder von der Gesellschaft beauftragte Vertragspartner vornehmen zu lassen.

2. Jeder Anleger ist verpflichtet, Änderungen seiner eingetragenen Daten sowie die Tatsache, dass über sein Vermögen ein Insolvenzverfahren oder ein entsprechendes Verfahren ausländischen Rechts eröffnet oder die Eröffnung mangels Masse abgelehnt worden ist, der Treuhandkommanditistin oder einem von ihr benannten Geschäftsbesorger unverzüglich mitzuteilen. Die Änderungen sind darüber hinaus auf Kosten des Anlegers unverzüglich durch Vorlage entsprechender Urkunden (Registerauszug; Erbschein; Übertragungsvertrag, etc.) nachzuweisen.

3. Auskünfte über die Beteiligung und die eingetragenen Daten des Anlegers darf die Treuhandkommanditistin in dem erforderlichen Umfang nur der Gesellschaft bzw. deren geschäftsführenden Gesellschaftern und Mitarbeitern, der von der Gesellschaft bestellten externen KVG, den Vertriebspartnern der Gesellschaft, der Verwahrstelle, den zuständigen inländischen und gegebenenfalls ausländischen Finanzämtern sowie Aufsichtsbehörden, den zur Berufsverschwiegenheit verpflichteten Prüfern und Beratern sowie den mit dem Anlegerservice oder sonstigen Verwaltungsaufgaben für das Investmentvermögen beauftragten Geschäftsbesorgern der Gesellschaft mitteilen. Weitere gesetzliche Vorgaben und Auskunftspflichten bleiben unberührt.
4. Jeder Anleger kann jederzeit über die von ihm im Register geführten Daten Auskunft verlangen und erhält auf Wunsch einen aktuellen Auszug über seine Daten aus dem Register.

Es besteht demgegenüber – vorbehaltlich zwingender gesetzlicher Regelungen – kein Anspruch des Anlegers auf Mitteilung von Daten anderer Anleger oder Gesellschafter. Die Herausgabe von persönlichen Daten des Anlegers (insbesondere Name und Anschrift) an andere Anleger oder Gesellschafter der Gesellschaft ist, unbeschadet dessen, in jedem Fall nur zulässig, wenn der betroffene Anleger vorab der Herausgabe seiner eigenen Daten an alle anderen Anleger und Gesellschafter schriftlich zugestimmt hat.

## § 28 Salvatorische Klausel; weitere Bestimmungen

1. Sofern einzelne Bestimmungen dieses Vertrags ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sind oder werden, wird hierdurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. An die Stelle unwirksamer bzw. undurchführbarer Bestimmungen treten solche Regelungen, die in gesetzlich zulässiger Weise dem wirtschaftlichen und rechtlichen Zweck der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung am nächsten kommen. Entsprechendes gilt, wenn sich bei der Durchführung des Vertrags eine ergänzungsbedürftige Lücke ergeben sollte.
- Es wird klargestellt, dass die zwingenden gesetzlichen Vorschriften des deutschen KAGB sowie die für die Gesellschaft geltenden und von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht genehmigten Anlagebedingungen die Bestimmungen dieses Gesellschaftsvertrags im Falle eines Widerspruchs, im Umfang dieses Widerspruchs, ersetzen oder im Falle einer Lücke des Vertrags ergänzen.
2. Auf eine feste Verbindung dieses Gesellschaftsvertrags selbst sowie des Gesellschaftsvertrags mit anderen Verträgen und Erklärungen – insbesondere auch mit solchen, auf die hier Bezug genommen wird – wird verzichtet.
  3. Änderungen und Ergänzungen zu diesem Gesellschaftsvertrag bedürfen der Schriftform, soweit sie nicht durch einen Gesellschafterbeschluss nach den Bestimmungen dieses Gesellschaftsvertrags erfolgen. Die Schriftform wird bei solchen Änderungen und Ergänzungen des Gesellschaftsvertrags mittels Beschlusses durch die Unterzeichnung des geänderten Vertragstextes seitens der Komplementärin und der Treuhandkommanditistin oder durch die Niederschrift der betreffenden Beschlussfassung gemäß den Bestimmungen in § 10 Abs. 4 ersetzt.
  4. Erfüllungsort für die Verpflichtungen und Gerichtsstand für sämtliche Streitigkeiten aus diesem Vertrag sowie über das Zustandekommen dieses Vertrags ist der Sitz der Gesellschaft, soweit dies rechtlich zulässig vereinbart werden kann. Sämtliche Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit dem Gesellschaftsverhältnis, wie z. B. Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Beitritt, einem Ausscheiden, Gesellschafterbeschlüssen sowie hinsichtlich der Rechte und Pflichten von Gesellschaftern, können als Aktiv- oder Passivprozess von der Gesellschaft selbst geführt werden.

5. Dieser Gesellschaftsvertrag unterliegt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland. Diese Rechtswahl gilt auch gegenüber Verbrauchern, also Personen, die den Vertrag nicht zum Zweck ihrer gewerblichen oder selbständigen beruflichen Tätigkeit abschließen. Sofern es sich bei einem Gesellschafter um einen Verbraucher handelt, gelten zu dessen Schutz zusätzlich die jeweils zwingenden gesetzlichen Bestimmungen des Staates, in dem er seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.

Pervin Persenkli, Inga-Maren Gegier  
HMW Komplementär GmbH  
Komplementärin

Nicolaus v. Miltitz  
MIG Beteiligungstreuhand GmbH  
Treuhandkommanditistin

## 7.2 TREUHANDVERTRAG

über eine mittelbare Beteiligung an der MIG GmbH & Co. Fonds 18 geschlossene Investment-KG

### § 1 Gegenstand des Treuhandvertrags

1. Dieser Treuhandvertrag regelt die Rechtsbeziehungen zwischen der MIG Beteiligungstreuhand GmbH mit Sitz in München („Treuhandkommanditistin“) und dem Anleger („Treugeber“), der sich mittelbar über die Treuhandkommanditistin an der MIG GmbH & Co. Fonds 18 geschlossene Investment-KG mit Sitz in 82049 Pullach im Isartal („Gesellschaft“) beteiligt. Der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft, den der Treugeber zusammen mit den Vertragsbedingungen vorliegenden Treuhandvertrags mit dem Verkaufsprospekt der Gesellschaft ausgehändigt erhält („Gesellschaftsvertrag“) sowie die für die Gesellschaft geltenden Anlagebedingungen („Anlagebedingungen“) sind Grundlage und Bestandteil dieses Treuhandvertrags. Sofern sich Regelungen widersprechen sollten, gehen die des Gesellschaftsvertrags und der Anlagebedingungen denen des Treuhandvertrags vor.
2. Die Treuhandkommanditistin wird vom Treugeber nach Maßgabe dieses Treuhandvertrags beauftragt und bevollmächtigt, für ihn unter Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB durch Erhöhung des Festkapitals der Gesellschaft einen Kommanditanteil an der Gesellschaft zu übernehmen und diesen Kommanditanteil treuhänderisch nach außen im eigenen Namen, im Innenverhältnis und im Verhältnis zur Gesellschaft aber im Auftrag und für Rechnung des Treugebers zu halten, so dass der Treugeber wirtschaftlich betrachtet Kommanditist ist. Die Treuhandkommanditistin ist die rechtliche Inhaberin des Kommanditanteils; sie hält und verwaltet das Treuhandvermögen getrennt von ihrem sonstigen Vermögen.
3. Die Höhe des für den Treugeber zu haltenden Kommanditanteils bestimmt sich nach der gemäß Beitrittserklärung vom Treugeber übernommenen Beteiligung an der Gesellschaft

(„Kapitalanteil“). Ein vom Treugeber bezahltes Aufgeld bzw. Agio bleibt für die Höhe seines Kapitalanteils unberücksichtigt.

4. Die Treuhandkommanditistin ist berechtigt, für weitere Treugeber treuhänderisch Kommanditanteile an der Gesellschaft oder an anderen Fondsgesellschaften zu halten. Die Treuhandkommanditistin hält die Kommanditanteile an der Gesellschaft im Außenverhältnis jeweils als einheitlichen Gesellschaftsanteil und ist als Kommanditistin in das Handelsregister eingetragen. Mehrere Treugeber der Treuhandkommanditistin sind Teilgläubiger im Sinne des § 420 BGB. Auf ihr Verhältnis untereinander sind daher die §§ 705 ff. und 741 ff. BGB nicht – auch nicht entsprechend – anwendbar.

### § 2 Abschluss des Treuhandvertrags; Einlageverpflichtung

1. Der Treugeber gibt mit der wirksamen Abgabe einer Beitrittserklärung zur Gesellschaft, die durch Unterzeichnung oder durch elektronische Signatur eines vollständig ausgefüllten Beitrittsformulars bewirkt wird, ein verbindliches Angebot zum Abschluss dieses Treuhandvertrags ab. Der Treuhandvertrag kommt mit Annahme des Angebots des Treugebers durch die Treuhandkommanditistin zustande. Für die Annahme der Beitrittserklärung des Treugebers durch die Treuhandkommanditistin oder deren Bevollmächtigte genügt die Gegenzeichnung mittels Faksimile auf dem Original oder auf einer, z. B. telekommunikativ übermittelten, Kopie der Beitrittserklärung des Anlegers. Sowohl die Abgabe der Beitrittserklärung des Treugebers als auch deren Annahme können alternativ auf elektronischem Weg bzw. Online erfolgen, sofern diese Möglichkeit technisch zur Verfügung gestellt wird.
2. Mit dem Zustandekommen des Treuhandvertrags wird der Treugeber an der Gesellschaft dergestalt beteiligt, dass die Treuhandkommanditistin ihren Kapitalanteil nach Maßgabe dieses Vertrags und des Gesellschaftsvertrags entsprechend dem Betrag des vom Treugeber übernommenen Kapitalanteils erhöht und den entsprechenden Kommanditanteil an der Gesellschaft im eigenen Namen, aber für Rechnung des Treugebers hält.

3. Der Treugeber ist verpflichtet, die Einlage auf den übernommenen Kapitalanteil und ein vereinbartes Agio nach Maßgabe der Beitrittserklärung und der Bestimmungen in § 7 des Gesellschaftsvertrags an die Gesellschaft zu bezahlen. Die Zahlung erfolgt auf das Einlageneinzahlungskonto der Gesellschaft, das in der Beitrittserklärung angegeben ist. Im Falle von Leistungsstörungen bei der Erfüllung der Einlage- und Agioverpflichtung gelten die Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags.

### § 3 Aufgabenerfüllung durch die Treuhandkommanditistin

1. Der Treugeber nimmt seine Mitgliedschaftsrechte aus dem treuhänderisch gehaltenen Kommanditanteil nach Maßgabe der Regelungen des Gesellschaftsvertrags selbst wahr. Es ist daher insbesondere nicht Aufgabe der Treuhandkommanditistin, Ansprüche des Treugebers auf Ausschüttungen bzw. Entnahmen oder auf ein Auseinandersetzungsguthaben gegenüber der Gesellschaft geltend zu machen oder durchzusetzen sowie die mit dem treuhänderisch gehaltenen Kommanditanteil verbundenen Auskunfts-, Kontroll- sowie Stimmrechte auszuüben.

Die Treuhandkommanditistin ist ferner weder berechtigt noch verpflichtet, Tätigkeiten nach dem Rechtsdienstleistungsgesetz zu erbringen.

2. Die Treuhandkommanditistin ist berechtigt, mit der Erfüllung der ihr nach diesem Vertrag und dem Gesellschaftsvertrag übertragenen Aufgaben auch Dritte zu beauftragen.
3. Die Treuhandkommanditistin wird alle Vermögensgegenstände, die sie im Rahmen des Treuhandverhältnisses und aufgrund ihrer Stellung als Treuhandkommanditistin für den Treugeber erlangt, an den Treugeber herausgeben, soweit vorliegender Vertrag nichts anderes vorsieht.
4. Die Treuhandkommanditistin steht dem Treugeber nicht dafür ein, dass die mit der Beteiligung an der Gesellschaft beabsichtigten steuerlichen Folgen oder wirtschaftlichen Erfolge erzielt werden.

### § 4 Freistellung der Treuhandkommanditistin

Der Treugeber stellt die Treuhandkommanditistin von Einlageverpflichtungen gegenüber der Gesellschaft sowie von der Haftung für Gesellschaftsverbindlichkeiten frei, sofern und soweit die Einlageverpflichtung oder die Haftung für Gesellschaftsverbindlichkeiten auf dem treuhänderisch gehaltenen Kommanditanteil beruht.

### § 5 Vergütung der Treuhandkommanditistin

Die Treuhandkommanditistin erhält für die Übernahme der Treuhänderstellung und die Leistungen nach diesem Vertrag nicht vom Treugeber, sondern nach Maßgabe der Anlagebedingungen und des Gesellschaftsvertrags von der Gesellschaft eine Vergütung.

### § 6 Dauer und Beendigung des Treuhandvertrags; Vertragsübernahme

1. Der Treuhandvertrag endet, unbeschadet zwingender gesetzlicher Beendigungs- oder Unwirksamkeitsgründe,
  - a) nach einer ordentlichen Kündigung des Treuhandvertrags durch den Treugeber, die nur zum Ende eines Kalenderjahres, erstmals mit Wirkung zum Ablauf des 31.12.2029 zulässig ist, im Zeitpunkt des Erwerbs der unmittelbaren Beteiligung durch den Anleger gemäß Absatz 2.  
Die Möglichkeit zur außerordentlichen Kündigung des Treuhandvertrags durch den Treugeber aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Jede Kündigung hat schriftlich gegenüber der Treuhandkommanditistin zu erfolgen.
  - b) sofern die Treuhandkommanditistin ohne Nachfolgerin aus der Gesellschaft ausscheidet oder den Treuhandvertrag aus wichtigem Grund außerordentlich kündigt;
  - c) sofern und sobald der Treugeber aus der Gesellschaft ausscheidet;
  - d) sofern die Treuhandkommanditistin nach Maßgabe des Gesellschaftsvertrags bei Leistungsstörungen bezüglich der Einlage- und Agio-

zahlungsverpflichtung des Treugebers vom Treuhandvertrag zurücktritt.

- e) nach Beendigung der Liquidation der Gesellschaft.

2. Im Falle der Beendigung des Treuhandvertrags gemäß Bestimmungen in Absatz 1 lit. a) oder b) erwirbt der Treugeber eine unmittelbare Beteiligung an der Gesellschaft durch Übertragung des treuhänderisch gehaltenen Kommanditanteils auf den Treugeber oder auf einen von ihm benannten Dritten gemäß § 22 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags.

Im Falle einer Beendigung des Treuhandvertrags gemäß Bestimmungen in Absatz 1 lit. c) bis lit. e) endet zugleich die Beteiligung des Treugebers an der Gesellschaft. Die Ansprüche des Treugebers gegenüber der Gesellschaft richten sich nach dem Gesellschaftsvertrag; es bestehen keine Zahlungsansprüche des Treugebers gegenüber der Treuhandkommanditistin.

3. Die Treuhandkommanditistin ist berechtigt, von diesem Treuhandvertrag zurückzutreten, sofern sich herausstellt, dass die geplante Beteiligung aus Gründen, die die Treuhandkommanditistin nicht zu vertreten hat, undurchführbar ist oder wird, oder es der Treuhandkommanditistin wegen Überzeichnung des in § 4 des Gesellschaftsvertrags vorgesehenen Festkapitals nicht mehr möglich ist, ihren Kapitalanteil zur Übernahme weiterer treuhänderischer Beteiligungen zu erhöhen. Der Treugeber erhält in diesem Fall eine Rückzahlung der von ihm möglicherweise bereits geleisteten Einlage- oder Agiozahlung.
4. Der Treuhandvertrag wird mit allen Rechten und Pflichten der Treuhandkommanditistin und des Treugebers durch eine andere Treuhandkommanditistin übernommen, wenn die bisherige Treuhandkommanditistin aus der Gesellschaft ausscheidet und die Komplementärin gemäß § 21 Abs. 2 lit. b) des Gesellschaftsvertrags eine Nachfolgerin bestimmt hat, die der Gesellschaft als neue Treuhandkommanditistin beigetreten ist.

5. Der Treuhandvertrag wird mit allen Rechten und Pflichten und in dem Umfang mit einem neuen Treugeber fortgeführt, in dem der Treugeber den treuhänderisch gehaltenen Kommanditanteil gemäß § 18 des Gesellschaftsvertrags wirksam auf einen Dritten übertragen hat.

## § 7 Schlussbestimmungen

1. Änderungen und Ergänzungen dieses Treuhandvertrags bedürfen, vorbehaltlich einer Änderung gemäß Absatz 2, zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für eine Änderung des Schriftformerfordernisses selbst.
2. Die Treuhandkommanditistin ist befugt, erforderliche und zumutbare Änderungen und Anpassungen dieses Treuhandvertrags einseitig vorzunehmen, insbesondere um gesetzliche oder behördliche Anforderungen einzuhalten. Satz 1 gilt nicht für Änderungen oder Anpassungen, die in den Kernbereich der Treugeberrechte eingreifen oder durch die eine Nachschusspflicht oder eine Haftungserweiterung des Treugebers begründet wird.
3. Auf eine feste Verbindung dieses Treuhandvertrags selbst sowie des Treuhandvertrags mit anderen Verträgen und Erklärungen – insbesondere auch mit solchen, auf die hier Bezug genommen wird – wird verzichtet.
4. Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrags ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein, soll hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt werden. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung soll eine angemessene Regelung gelten, die, soweit rechtlich möglich, in rechtlicher und wirtschaftlicher Hinsicht dem am nächsten kommt, was die Vertragsparteien mit der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung regeln wollten. Das gleiche gilt im Falle einer etwaigen Lücke im Vertrag.
5. Der Vertrag unterliegt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland. Diese Rechtswahl gilt auch gegenüber Verbrauchern, also Personen, die den Vertrag nicht zum Zweck ihrer gewerb-

lichen oder selbständigen beruflichen Tätigkeit abschließen. Sofern es sich beim Treugeber um einen Verbraucher handelt, gelten zu dessen Schutz zusätzlich die jeweils zwingenden gesetzlichen Bestimmungen des Staates, in dem er seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.

Treugeber

MIG Beteiligungstreuhand GmbH

- Treuhandkommanditistin -

## 7.3 ANLAGEBEDINGUNGEN

zur Regelung des Rechtsverhältnisses zwischen der

MIG GmbH & Co. Fonds 18  
geschlossene Investment-KG,  
mit Sitz in Pullach im Isartal  
(nachstehend „Gesellschaft“ genannt),

extern verwaltet durch die  
MIG Capital AG, mit Sitz in München  
(nachstehend auch „KVG“ genannt),

und ihren  
Anlegern

die nur in Verbindung mit dem Gesellschaftsvertrag  
der Gesellschaft gelten.

### § 1 Anlagegrundsätze

#### 1. Anlagegrundsätze im Überblick

##### 1.1 Zulässige Vermögensgegenstände

Die Gesellschaft investiert ihr Gesellschafts-  
vermögen, das für Investitionen zur Verfügung  
steht („Investitionskapital“ gemäß Ziffer 1.2)  
in folgende Vermögensgegenstände:

- (1) Beteiligungen an Unternehmen, die nicht zum  
Handel an einer Börse zugelassen oder in ei-  
nen organisierten Markt einbezogen sind, ge-  
mäß § 261 Abs. 1 Nr. 4 KAGB,
- (2) Bankguthaben gemäß § 195 KAGB,
- (3) Wertpapiere gemäß § 193 KAGB.

##### 1.2 Investitionskapital

Das „Investitionskapital“ der Gesellschaft be-  
steht aus dem Gesamtbetrag des von Anle-  
gern gehaltenen Festkapitals der Gesellschaft  
(gesamte Zeichnungssumme der Kommandit-  
anteile der Anleger) im jeweils maßgeblichen  
Berechnungszeitpunkt, gleich ob das Kapital  
bereits einbezahlt ist, abzüglich der direkt oder  
indirekt von den Anlegern getragenen Gebüh-  
ren, Kosten und Aufwendungen. Der Ausgabe-  
aufschlag (§ 3 Ziffer 2) wird bei der Berech-

nung des Investitionskapitals nicht  
berücksichtigt.

#### 2. Auswahl der Vermögensgegenstände

##### 2.1 Zielunternehmen für Unternehmens- beteiligungen

###### 2.1.1 Art der Zielunternehmen und der Beteiligung

Die Gesellschaft wird Anteile an Unternehmen,  
die nicht zum Handel an einer Börse zugelas-  
sen oder in einen organisierten Markt einbezo-  
gen sind, erwerben und diesen Unternehmen  
Eigenkapital, vor allem für die Entwicklung  
und den Vertrieb ihrer Produkte, zur Verfügung  
stellen („Beteiligungsunternehmen“). Der  
Anteilserwerb geschieht im Regelfall durch Ka-  
pitalerhöhung beim Beteiligungsunternehmen  
oder durch den Erwerb eigener Anteile des Be-  
teiligungsunternehmens und im Ausnahmefall  
durch den Anteilskauf von Altgesellschaftern.  
Ziffer 2.6. bleibt unberührt.

###### 2.1.2 Größe und Rechtsform der Zielunternehmen

Das Investitionskapital (§ 1 Ziffer 1.2) wird  
nach folgenden Kriterien investiert:

- (1) mindestens 80 % des Investitionskapitals wer-  
den in Unternehmen mit einer Bilanz-summe  
von mindestens 500.000,00 Euro angelegt;
- (2) mindestens 80 % des Investitionskapitals  
werden so angelegt, dass die Investition  
in die jeweilige Unternehmensbeteiligung  
mindestens 750.000,00 Euro beträgt;
- (3) mindestens 80 % des Investitionskapitals  
werden in Unternehmen in der Rechtsform  
einer Kapitalgesellschaft angelegt.

###### 2.1.3 Branchen der Zielunternehmen

Die Unternehmen, an denen die Gesellschaft  
Beteiligungen erwirbt, müssen in einem der  
folgenden Bereiche tätig sein:

- (1) Pharma, Biotechnologie;
- (2) Medizintechnik, Diagnostik, Life Sciences  
Anwendungen;

- (3) Digital Health;
- (4) Industrielle Biotechnologie;
- (5) Umwelttechnologie, einschließlich Entsorgung;
- (6) Energietechnologie;
- (7) Robotik, Automatisierungstechnik;
- (8) Kommunikations- und Informationstechnologie;
- (9) E-Commerce.

#### 2.1.4 Sitz der Zielunternehmen

Die Gesellschaft investiert das Investitionskapital in folgenden Ländern:

- (1) mindestens 70 % des Investitionskapitals werden in Zielunternehmen investiert, die ihren rechtlichen oder tatsächlichen Sitz (Schwerpunkt der tatsächlichen geschäftlichen Aktivitäten) in einem Vertragsstaat des Abkommens über den europäischen Wirtschaftsraum haben;
- (2) höchstens 30 % des Investitionskapitals werden in Zielunternehmen investiert, die ihren rechtlichen oder tatsächlichen Sitz in der Schweiz, in Großbritannien oder in den USA haben.

## 2.2 Anlagegrenzen

### 2.2.1 Zeitraum der Investitionen

Die Gesellschaft investiert mindestens 60 % ihres Investitionskapitals (§ 1 Ziffer 1.2) bis längstens zum Ende des Geschäftsjahres 2028 der Gesellschaft („Investitionsphase“). Die Investitionsphase kann durch Beschluss der Gesellschafter mit mindestens 75 % der abgegebenen Stimmen um bis zu weitere 12 Monate verlängert werden.

Die Gesellschaft investiert darüber hinaus innerhalb von drei Jahren nach Vertriebsbeginn mindestens 60 % ihres bis dahin für Investitionen zur Verfügung stehenden

Kapitals. Dieser Zeitraum kann durch Beschluss der Gesellschafter mit mindestens 75 % der abgegebenen Stimmen um bis zu weitere 12 Monate verlängert werden.

### 2.2.2 Risikomischung

Die Gesellschaft investiert nach dem Grundsatz der Risikomischung, so dass bei wirtschaftlicher Betrachtungsweise eine Streuung des Ausfallrisikos gewährleistet ist. Die Erfordernisse der Risikomischung werden spätestens 18 Monate nach Beginn des Vertriebs eingehalten.

Die Gesellschaft erwirbt zur Risikostreuung ferner Beteiligungen an mindestens fünf im Zeitpunkt des Eingehens der Beteiligung nicht miteinander verbundenen Unternehmen. Das in eine einzelne Unternehmensbeteiligung investierte Kapital darf zum Zeitpunkt der Vornahme der Investition maximal 50 % des Investitionskapitals betragen. In Vermögensgegenstände (gemäß Ziffer 1.1.), hinsichtlich derer sich Währungsrisiken ergeben, dürfen maximal 30 % des Investitionskapitals investiert werden.

### 2.2.3 Besondere Arten der Unternehmensbeteiligung

Im Falle des Erwerbs atypisch stiller Beteiligungen wird die Gesellschaft keine Verluste des Beteiligungsunternehmens übernehmen, die über den Betrag der Einlage der Gesellschaft hinausgehen.

## 2.3 Leverage und Belastungen

Die Gesellschaft nimmt für Rechnung ihres Vermögens keine Kredite auf. Sie setzt auch sonst keine Hebelfinanzierung ein und tätigt keine Leerverkäufe.

## 2.4 Keine Geschäfte mit Derivaten

Die Gesellschaft tätigt keine Geschäfte mit Derivaten.

## 2.5 Keine Techniken und Instrumente zur Verwaltung des Investmentvermögens

Die Gesellschaft macht von keinen Techniken und Instrumenten Gebrauch, mittels derer das Investmentvermögen verwaltet wird.

## 2.6 Beschränkung des Erwerbs von Wertpapieren

Ein originärer Erwerb von Wertpapieren gemäß § 193 KAGB durch die Gesellschaft findet nicht statt. Die Gesellschaft ist nur berechtigt, Aktien, die an einer Börse zugelassen oder an einem anderen organisierten Markt zugelassen oder in diesen einbezogen worden sind, zu halten, sofern die Börsen- oder Marktzulassung für diese Aktien erfolgt ist, nachdem die Gesellschaft die Aktien oder die entsprechenden Gesellschaftsanteile als Vermögensgegenstand gem. § 261 Abs. 1 Nr. 4 KAGB erworben hatte. Gleiches gilt, wenn die Gesellschaft im Zuge einer Veräußerung von Anteilen an einem Beteiligungsunternehmen durch eine Umwandlungsmaßnahme (wie insbesondere eine Verschmelzung) oder als Gegenleistung für eine Anteilsveräußerung Aktien gemäß § 193 KAGB an einer anderen Gesellschaft erhält, deren Aktien an einer Börse zugelassen oder an einem anderen organisierten Markt zugelassen oder in diesen einbezogen sind.

## § 2 Anteilklassen

Es werden zwei Anteilklassen gemäß §§ 149 Abs. 2, 96 Abs. 1 KAGB gebildet:

- (1) Kommanditanteile an der Gesellschaft, bei denen die Einlageverpflichtung des Anlegers vereinbarungsgemäß durch Einmalzahlung erfüllt werden muss („Anteilklasse 1“). Die Mindesteinlageverpflichtung bei Anteilen der Anteilklasse 1 muss mindestens 5.000,00 Euro betragen.
- (2) Kommanditanteile an der Gesellschaft, bei denen die Einlageverpflichtung des Anlegers vereinbarungsgemäß durch Teilzahlung erfüllt werden muss („Anteilklasse 2“). Die Mindesteinlageverpflichtung bei Anteilen der Anteilklasse 2 muss mindestens 18.000,00 Euro betragen.

Der Wert des Anteils ist für jede der beiden Anteilklassen gesondert zu errechnen (§ 96 Abs. 1 S. 4 KAGB). Die Wertermittlung richtet sich gemäß § 96 Abs. 4 KAGB nach den Vorschriften der KARBV. Im Übrigen weisen die Kommanditanteile der beiden Anteilklassen die gleichen Ausgestaltungsmerkmale auf.

## § 3 Ausgabepreis, Mindestbeteiligung, Ausgabeaufschlag, Initialkosten

### 1. Ausgabepreis, Mindestbeteiligung

Der Ausgabepreis für einen Anleger entspricht der Summe aus seiner Kommanditeinlage in die Gesellschaft und dem Ausgabeaufschlag. Die Kommanditeinlage beträgt für jeden Anleger, dessen Einlageverpflichtung vereinbarungsgemäß durch Einmalzahlung erfüllt werden muss (Anteilklasse 1), mindestens 5.000,00 Euro, und für jeden Anleger, dessen Einlageverpflichtung vereinbarungsgemäß in Teilzahlungen erfüllt werden muss, mindestens 18.000,00 Euro. Im Falle von höheren Einlagebeträgen muss bei der Anteilklasse 2 der Differenzbetrag zwischen der Mindesteinlage und der höheren Einlageverpflichtung ganz- und bei der Anteilklasse 1 ganzzahlig durch 100 teilbar sein.

Die Summe aus dem Ausgabeaufschlag (Ziffer 2.) und den während der Beitrittsphase anfallenden Initialkosten (Ziffer 3.) beträgt maximal 18,33 % der Kommanditeinlage.

### 2. Ausgabeaufschlag

Von der Gesellschaft wird ein Ausgabeaufschlag („Agio“) erhoben. Das Agio beträgt 5,0 % der jeweiligen Kommanditeinlage (Betrag des übernommenen Kapitalanteils) des Anlegers. Das Agio entsteht jeweils mit einer Zahlung oder jeweils pro rata mit einer Teilzahlung auf die Kommanditeinlageverpflichtung der Anleger und ist bei Anspruchsentstehung zur Zahlung fällig. Die KVG ist berechtigt, bei Beitritt eines Anlegers ganz oder teilweise auf die Agio-Zahlung zu verzichten.

Die Ausgabeaufschläge werden an das mit der Kapitalplatzierung bzw. der Eigenkapitalvermittlung beauftragte Unternehmen („Vertriebsorganisatorin“) ausgezahlt.

### 3. Initialkosten

Neben dem Ausgabeaufschlag werden der Gesellschaft in der Beitrittsphase einmalige Kosten in Höhe von 13,33 % der Kommanditeinlagen für fondsbezogene Dienstleistungen (Vertriebskosten, Eigenkapitalvermittlung, Gründungskosten und Portfolioeinrichtung – „Initialkosten“) belastet. Der Vergütungsanspruch für Initialkosten entsteht jeweils pro rata mit jeder Zahlung der Anleger auf ihre Kommanditeinlage und ist bei Anspruchsentstehung zur Zahlung fällig.

Die Vergütungen für Initialkosten werden für folgende Leistungen bezahlt, wobei sich der angegebene Prozentsatz auf den Betrag der von Anlegern geleisteten Kommanditeinlagen (ohne Ausgabeaufschlag) bezieht:

Eigenkapitalvermittlung	9,50%
Gründungskosten, Initiativeleistung, Fondskonzeption	2,08%
Portfolioeinrichtung	1,75%
<b>Initialkosten</b>	<b>13,33%</b>

Die Beträge der Initialkosten sind Bruttobeträge und berücksichtigen die aktuellen Umsatzsteuersätze. Bei einer Änderung der gesetzlichen Umsatzsteuersätze werden die genannten Bruttobeträge bzw. Prozentsätze entsprechend angepasst.

## § 4 Laufende Vergütungen und Kosten

### 1. Summe der laufenden Vergütungen

Die Summe aller laufenden Vergütungen, die die Gesellschaft an die KVG, an Gesellschafter sowie an Dritte gemäß den nachstehenden Ziffern 1.1 und 1.2 bezahlt, beträgt jährlich insgesamt bis zu 1,23 % der Bemessungsgrundlage. Daneben können Transaktionsgebühren gemäß Ziffer 4. berechnet werden.

Die Bemessungsgrundlage für die Berechnung der laufenden jährlichen Vergütungen bildet jeweils die Summe aus dem durchschnittlichen Nettoinventarwert der Gesellschaft im jeweiligen Geschäftsjahr und den bis zum jeweiligen Berechnungsstichtag von der Gesellschaft an die Anleger geleisteten Auszahlungen, maximal aber 100 % des von den Anlegern gezeichneten Kommanditkapitals („Festkapital“ der Gesellschaft). Sofern der Nettoinventarwert im Geschäftsjahr nur einmal jährlich ermittelt wird, wird für die Berechnung des Durchschnittswertes der Wert am Anfang und am Ende des betreffenden Geschäftsjahres zugrunde gelegt.

#### 1.1 Vergütung der Kapitalverwaltungsgesellschaft, der Komplementärin und der Treuhandkommanditistin

Die Gesellschaft bezahlt folgende laufende Vergütungen:

- a) Die KVG erhält für die Verwaltung der Gesellschaft beginnend ab 01.01.2024 eine jährliche Vergütung in Höhe von bis zu 0,70 % der Bemessungsgrundlage. Im Zeitraum vom 01.01.2024 bis 31.12.2026 erhält die KVG eine jährliche Mindestvergütung von Euro 250.000,00.
- b) Die persönlich haftende Gesellschafterin (Komplementärin) der Gesellschaft erhält für die Haftungsübernahme und für die Geschäftsführungstätigkeit beginnend ab 01.01.2024 eine jährliche Vergütung in Höhe von bis zu 0,10 % der Bemessungsgrundlage. Im Zeitraum vom 01.01.2024 bis 31.12.2026 erhält die Komplementärin eine jährliche Mindestvergütung von Euro 58.000,00.
- c) Die Treuhandkommanditistin erhält für die Wahrnehmung der Treuhänderfunktionen und die Durchführung der Treuhandverträge beginnend ab 01.01.2024 eine jährliche Vergütung in Höhe von bis zu 0,04 % der Bemessungsgrundlage. Im Zeitraum vom 01.01.2024 bis 31.12.2026 erhält die Treuhandkommanditistin eine jährliche Mindestvergütung von Euro 27.000,00.

Die Treuhandkommanditistin wird die an sie bezahlte Vergütung anteilig an solche Anleger erstatten, die die Treuhandtätigkeit aufgrund einer Direktbeteiligung an der Fondsgesellschaft nicht mehr in Anspruch nehmen. Der Erstattungsbetrag je Anleger lautet auf den Gesamtbetrag der an die Treuhandkommanditistin in den Geschäftsjahren ab der Direktbeteiligung bezahlten Vergütung, multipliziert mit dem Prozentsatz, mit dem der erstattungsberechtigte Anleger am Ende des jeweiligen Geschäftsjahres am Festkapital der Gesellschaft beteiligt ist. Der Erstattungsbetrag wird von der Treuhandkommanditistin längstens bis zur Feststellung des Jahresabschlusses der Gesellschaft für das betreffende Geschäftsjahr an die Gesellschaft ausgezahlt und dort dem Variablen Kapitalkonto I des Anlegers gutgeschrieben.

Der Vergütungsanspruch der KVG, der Komplementärin oder der Treuhandkommanditistin endet jeweils bei Beendigung deren Tätigkeit für die Gesellschaft. Die KVG, die Komplementärin oder die Treuhandkommanditistin sind jeweils berechtigt, auf ihren Vergütungsanspruch monatlich anteilige Vorschüsse auf Basis der jeweils aktuellen Planzahlen zu erheben. Mögliche Über- oder Unterzahlungen sind nach Feststellung der tatsächlichen Bemessungsgrundlage auszugleichen. Sofern eine Vergütung nicht für ein volles Jahr geschuldet ist, ist sie – auf Basis der Kalendermonate – zeitanteilig zu bezahlen.

## 1.2 Vergütung Dritter

Die Gesellschaft bezahlt folgende laufende Vergütungen an Dritte, die durch die Verwaltungsgebühr gemäß Ziffer 1.1 lit. a) nicht abgedeckt sind und die somit der Gesellschaft zusätzlich belastet werden:

- a) Die Vertriebsorganisatorin (gemäß § 3 Ziffer 2) erhält für ihre Leistungen beginnend ab 01.01.2024 eine jährliche Vergütung in Höhe von bis zu 0,20 % der Bemessungsgrundlage.
- b) Das mit dem Anlegerservice beauftragte Unternehmen erhält für den Anlegerservice, die Finanzbuchhaltung, die Vertriebsabrechnung und weitere Leistungen beginnend ab

01.01.2024 eine jährliche Vergütung in Höhe von bis zu 0,19 % der Bemessungsgrundlage. Im Zeitraum vom 01.01.2024 bis 31.12.2026 erhält dieses Unternehmen eine jährliche Mindestvergütung von Euro 139.000,00.

Die Vergütungsansprüche gemäß lit. a) und lit. b) enden jeweils bei Beendigung der betreffenden Tätigkeit für die Gesellschaft. Auf die Vergütungsansprüche können monatlich anteilige Vorschüsse auf Basis der jeweils aktuellen Planzahlen erhoben werden. Mögliche Über- oder Unterzahlungen sind nach Feststellung der tatsächlichen Bemessungsgrundlage auszugleichen. Sofern eine Vergütung nicht für ein volles Jahr geschuldet ist, ist sie – auf Basis der Kalendermonate – zeitanteilig zu bezahlen.

## 2. Vergütung der Verwahrstelle

Die jährliche Vergütung für die Verwahrstelle beträgt beginnend ab dem 01.01.2024 bis zu 0,11 % der Bemessungsgrundlage gemäß Ziffer 1., mindestens jedoch 21.420,00 Euro jährlich. Sofern die Vergütung nicht für ein volles Jahr geschuldet ist, ist sie – auf Basis der Kalendermonate – zeitanteilig zu bezahlen.

Die Verwahrstelle kann auf die Vergütung monatlich anteilige Vorschüsse auf Basis der jeweils aktuellen Planzahlen erhalten. Mögliche Überzahlungen sind nach Feststellung der tatsächlichen Bemessungsgrundlage auszugleichen.

## 3. Aufwendungen der Gesellschaft

Folgende nach Gründung der Gesellschaft entstehende Kosten, jeweils zuzüglich hierauf ggf. entfallender Steuern, hat die Gesellschaft zu tragen:

- a) Kosten für den externen Bewerter für die Bewertung der Vermögensgegenstände gemäß §§ 261, 271 KAGB;
- b) bankübliche Depot- und Kontogebühren außerhalb der Verwahrstelle, ggf. einschließlich der banküblichen Kosten für die Verwahrung ausländischer Vermögensgegenstände im Ausland;
- c) Kosten für Geldkonten und Zahlungsverkehr;

- d) für die Vermögensgegenstände entstehende Bewirtschaftungskosten (Verwaltungs-, Instandhaltungs- und Betriebskosten, die von Dritten in Rechnung gestellt werden);
- e) Kosten für die Prüfung der Gesellschaft durch deren Abschlussprüfer;
- f) von Dritten in Rechnung gestellte Kosten für die Geltendmachung und Durchsetzung von Rechtsansprüchen der Gesellschaft sowie für die Abwehr von gegen die Gesellschaft erhobenen Ansprüchen;
- g) Gebühren und Kosten, die von staatlichen Stellen in Bezug auf die Gesellschaft erhoben werden;
- h) Kosten für Rechts- und Steuerberatung im Hinblick auf die Gesellschaft und ihre Vermögensgegenstände (einschließlich steuerrechtlicher Mitteilungen bzw. Bescheinigungen), die von externen Rechts- oder Steuerberatern in Rechnung gestellt werden und die ab Zulassung der Gesellschaft zum Vertrieb entstehen;
- i) Kosten für die Beauftragung von Stimmrechtsbevollmächtigten, soweit diese gesetzlich erforderlich sind;
- j) Steuern und Abgaben, die die Gesellschaft schuldet;
- k) Kosten für die Durchführung von Gesellschafterversammlungen.

#### 4. Transaktionskosten und Transaktionsgebühr

##### 4.1 Transaktionskosten

Der Gesellschaft können die im Zusammenhang mit Transaktionen (Erwerb, Veräußerung oder Beendigung einer Unternehmensbeteiligung) von Dritten beanspruchten Kosten unabhängig vom tatsächlichen Zustandekommen der Transaktion belastet werden.

##### 4.2 Transaktionsgebühr

**4.2.1** Die KVG erhält im Zusammenhang mit der Veräußerung oder der Beendigung einer Unternehmensbeteiligung der Gesellschaft („Transaktion“)

von der Gesellschaft eine Transaktionsgebühr. Die KVG erhält darüber hinaus, außer der Erstattung der von der KVG für die Gesellschaft verauslagten Transaktionskosten (gem. § 4 Ziffer 4.1), keine Erstattung von eigenen Transaktionskosten.

**4.2.2** Die Transaktionsgebühr beträgt 25 % eines „Veräußerungsgewinns“ der Gesellschaft. Der betreffende „Veräußerungsgewinn“ ist der positive Differenzbetrag zwischen dem Erlös der Gesellschaft vor Steuern infolge der Veräußerung bzw. der Beendigung der Unternehmensbeteiligung, somit insbesondere dem Veräußerungs- oder Liquidationserlös, und dem Gesamtbetrag der von der Gesellschaft für den Erwerb der betreffenden Unternehmensbeteiligung aufgewandten handelsrechtlichen Kosten (Anschaffungs- und Anschaffungsnebenkosten) sowie den Veräußerungskosten.

Von diesem „Veräußerungsgewinn“ werden zugunsten der Gesellschaft für die Berechnung der Transaktionsgebühr zusätzlich folgende Beträge abgezogen („Freibeträge“):

- Ein jährlicher Freibetrag in Höhe von 6 % p. a. der handelsrechtlichen Anschaffungs- und Anschaffungsnebenkosten für den Zeitraum zwischen der Anschaffung der betreffenden Unternehmensbeteiligung und deren Veräußerung oder Beendigung („Investitionsfreibetrag“). Dieser Investitionsfreibetrag wird seinerseits um den Gesamtbetrag aller Gewinnausschüttungen vor Steuern reduziert, den die Gesellschaft bis zur Erzielung des Veräußerungs- oder Aufgabegewinns von dem betreffenden Beteiligungsunternehmen erhalten hatte, soweit diese Gewinnausschüttungen nicht bereits bei der Ermittlung des Nebenkostenfreibetrags berücksichtigt worden sind;
- Ein einmaliger Freibetrag in Höhe von 13 % des bereits eingezahlten Festkapitals der Gesellschaft am Ende des Geschäftsjahres, dass der Transaktion vorausgeht („Nebenkostenfreibetrag“). Dieser Nebenkostenfreibetrag wird bei der Berechnung weiterer Transaktionsgebühren jedoch nur insoweit in Abzug gebracht, bis zu Gunsten der Gesellschaft ein gesamter Nebenkostenfreibetrag in Höhe von 13 % des eingezahlten Festkapitals der

Gesellschaft am Ende des Geschäftsjahres 2029 erreicht worden ist. Dieser maximale Nebenkostenfreibetrag wird um den Gesamtbetrag aller Gewinnausschüttungen vor Steuern aller Beteiligungsunternehmen der Gesellschaft, die bis zur letztmaligen Anrechnung des Freibetrags erfolgen, reduziert, soweit diese Gewinnausschüttungen nicht bereits bei der Ermittlung des Investitionsfreibetrags berücksichtigt worden sind. Sofern der Nebenkostenfreibetrag bei der erstmaligen Berechnung der Transaktionsgebühr den Veräußerungsgewinn übersteigt, wird der übersteigende bzw. verbleibende Betrag des Nebenkostenfreibetrags zugunsten der Gesellschaft bei nachfolgenden Berechnungen der Transaktionsgebühr berücksichtigt.

**4.2.3** Der Anspruch auf die Transaktionsgebühr entsteht gegenüber der Gesellschaft jeweils pro rata im Verhältnis der prozentualen Beteiligung der KVG am „Veräußerungsgewinn“ gemäß vorstehenden Bestimmungen, sofern und soweit die Gesellschaft in Folge einer Beteiligungsveräußerung oder -beendigung tatsächlich eine Zahlung erhält. Bei der Transaktionsgebühr handelt es sich um eine Bruttogebühr. Die Umsatzsteuer ist in der gemäß vorstehenden Regelungen berechneten Transaktionsgebühr enthalten. Die Transaktionsgebühr wird auch dann nicht angepasst, wenn sich die gesetzlichen Vorschriften zum Umsatzsteuersatz oder zur Umsatzsteuerpflicht ändern.

**4.2.4** Die KVG kann einen Teilbetrag von jeweils 30 % der von ihr vereinnahmten Transaktionsgebühr, nach Abzug von hieraus von der KVG - an Dritte bezahlten Veräußerungskosten im Zusammenhang mit der betreffenden Transaktion, als zusätzliche Vergütung für Vertriebsleistungen an das mit dem Eigenkapitalvertrieb beauftragte Unternehmen weiterleiten.

## 5. Kosten der Anleger

### 5.1 Notar-, Register- und Gutachterkosten

Jeder Anleger hat im Fall der Beendigung des Treuhandvertrags mit der Treuhandkommanditistin und seiner Eintragung als Kommanditist im Handelsregister die dadurch entstehenden Notargebühren und Registerkosten selbst zu tragen.

Entsprechende Register- und Notarkosten können dem Anleger auch dann entstehen, wenn ein direkt beteiligter Anleger seine Kommanditbeteiligung an einen Dritten veräußert oder diese Beteiligung von Todes wegen auf Erben oder Vermächtnisnehmer übergeht.

Bei Übergang des (treuhänderisch gehaltenen) Kommanditanteils, z. B. durch Verkauf, Schenkung oder Todesfall, können Steuerberatungs- oder Gutachterkosten bei der Gesellschaft entstehen, insbesondere für eine Anteilsbewertung, die der Anleger der Gesellschaft zu erstatten hat.

### 5.2 Vorzeitiges Ausscheiden des Anlegers

Die KVG verlangt vom Anleger bei vorzeitigem Ausscheiden aus der Gesellschaft nach vollständiger Einlageleistung oder Veräußerung eines Anteils auf dem Zweitmarkt keine Auslagererstattung. Im Fall einer Anteilsübertragung z. B. durch Verkauf, Schenkung oder Todesfall können sich Notar-, Steuerberatungs- oder Gutachterkosten ergeben, die der Anleger zu tragen hat (vgl. unter Ziffer 5.1).

## 6. Steuern

Alle in diesem § 4 genannten Beträge sind Bruttobeträge, beinhalten also die anfallende gesetzliche Umsatzsteuer. Bei einer Änderung des gesetzlichen Umsatzsteuersatzes werden die genannten Bruttobeträge bzw. Prozentsätze entsprechend angepasst. Diese Anpassungsregelung gilt nicht für die Transaktionsgebühr gemäß Ziffer 4.2.

## § 5 Ertragsverwendung, Geschäftsjahr, Berichte

### 1. Ausschüttungen

Die Gesellschaft schüttet Jahresüberschüsse in einzelnen Geschäftsjahren oder Liquiditätsüberschüsse, insbesondere in Folge von Erlösen aus der Veräußerung von Unternehmensbeteiligungen, an die Gesellschafter bzw. an die mittelbar beteiligten Anleger („Treugeber“) aus, soweit sie nicht nach Auffassung der Geschäftsführung der Gesellschaft und der Kapitalverwaltungsgesellschaft als angemessen

sene Liquiditätsreserve zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Fortführung der Geschäfte oder zur Durchführung von Nachinvestitionen in Unternehmensbeteiligungen der Gesellschaft benötigt werden. Die Ausschüttung erfolgt auf Vorschlag der Geschäftsführung der Gesellschaft durch Beschluss der Gesellschafter bzw. Treugeber mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Sofern durch die betreffende Ausschüttung Teile der Einlagen der Anleger zurückgezahlt werden, ist zusätzlich die Zustimmung der Komplementärin erforderlich. Der Zustimmungsvorbehalt gemäß § 152 Abs. 2 KAGB (Rückgewähr der im Handelsregister eingetragenen Haftenlage nur mit Zustimmung des betroffenen Kommanditisten bzw. Treugebers) bleibt unberührt. Ausschüttungen sind schließlich ausgeschlossen, wenn sie einen Grund für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Gesellschaft herbeiführen würden.

Die Komplementärin ist ferner auch ohne Gesellschafterbeschluss berechtigt, mit Zustimmung der externen Kapitalverwaltungsgesellschaft den Erlös der Gesellschaft aus der Veräußerung von Anteilen an Beteiligungsunternehmen oder aufgrund Gewinnausschüttungen eines Beteiligungsunternehmens an die Gesellschafter bzw. Treugeber nach Maßgabe deren gesellschaftsvertraglicher Vermögens- oder Ergebnisbeteiligung auszuschütten. Die Komplementärin hat hierbei die vorstehend genannten Ausschüttungsbeschränkungen zu beachten.

Ein Ertragsausgleichsverfahren findet nicht statt.

## 2. Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

## 3. Jahresbericht der Gesellschaft

Die Gesellschaft erstellt spätestens sechs Monate nach Ablauf des Geschäftsjahres der Gesellschaft einen Jahresbericht gemäß §§ 158, 135 KAGB. Der Jahresbericht enthält die besonderen Angaben gemäß § 101 Abs. 2

KAGB. Im Anhang des Jahresabschlusses der Gesellschaft, der einen Teil des Jahresberichts bildet, werden die in § 148 Abs. 2 KAGB genannten, besonderen Angaben gemacht.

Der Jahresbericht ist bei der Gesellschaft, unter der im Verkaufsprospekt angegebenen Geschäftsanschrift der Gesellschaft, erhältlich. Im Übrigen gelten für die Veröffentlichung des Jahresberichts die gesetzlichen Bestimmungen.

## § 6 Laufzeit, Auflösung, Aufnahme in ein anderes Investmentvermögen

### 1. Laufzeit

Die Gesellschaft ist für die Zeit bis zum 31.12.2037 errichtet.

### 2. Auflösung und Abwicklung

Die Gesellschaft wird nach Ablauf ihrer Laufzeit aufgelöst und abgewickelt (liquidiert). Die Liquidation wird vorbehaltlich zwingender gesetzlicher Bestimmungen durch die Komplementärin durchgeführt, es sei denn, durch Mehrheitsbeschluss der Gesellschafter bzw. Treugeber mit 75 % der abgegebenen Stimmen wird eine abweichende Regelung getroffen und eine oder mehrere weitere bzw. andere Personen zu Liquidatoren bestellt. Die Aufgaben und Befugnisse der externen KVG nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften bleiben auch während der Liquidation unberührt.

Im Rahmen der Liquidation der Gesellschaft werden die laufenden Geschäfte beendet, etwaige noch offene Forderungen der Gesellschaft eingezogen, das übrige Vermögen, insbesondere Unternehmensbeteiligungen, veräußert bzw. in Geld umgesetzt und etwaig verbliebene Verbindlichkeiten der Gesellschaft beglichen. Der Erlös aus der Verwertung des Gesellschaftsvermögens wird zunächst zur Tilgung von Verbindlichkeiten der Gesellschaft gegenüber Dritten, sodann zur Tilgung von Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern bzw. Anlegern und sodann zur Rückzahlung der von der Treuhandkommanditistin auf den für eigene Rechnung gehaltenen Kapitalanteil geleisteten Bareinlage verwendet. Der verblei-

bende Liquidationserlös wird an die Gesellschafter bzw. Treugeber im Verhältnis ihrer Beteiligung am Gesellschaftsvermögen ausbezahlt.

### 3. **Aufnahme des Gesellschaftsvermögens in ein anderes Investmentvermögen**

Das Vermögen der Gesellschaft darf nur nach entsprechender Änderung des Gesellschaftsvertrags, die mit einer Mehrheit von 75 % der abgegebenen Stimmen der Gesellschafter bzw. Treugeber beschlossen werden kann, in ein anderes Investmentvermögen aufgenommen werden.

## § 7 **Verwahrstelle**

### 1. **Bestellung, Aufgaben und Pflichten**

Die KVG bestellt für die Gesellschaft eine Verwahrstelle gemäß § 80 KAGB. Die Verwahrstelle handelt unabhängig von der KVG und ausschließlich im Interesse der Anleger.

Die Aufgaben und Pflichten der Verwahrstelle richten sich nach dem Verwahrstellenvertrag, dem KAGB und den Anlagebedingungen.

### 2. **Unterverwahrer**

Die Verwahrstelle kann Verwahraufgaben nach Maßgabe des § 82 KAGB auf ein anderes Unternehmen („Unterverwahrer“) auslagern.

### 3. **Haftung**

Die Verwahrstelle haftet gegenüber der Gesellschaft oder gegenüber den Anlegern für das Abhandenkommen eines verwahrten Finanzinstruments im Sinne des § 81 Abs. 1 Nr. 1 KAGB („Finanzinstrument“) durch die Verwahrstelle oder durch einen Unterverwahrer, dem die Verwahrung von Finanzinstrumenten nach § 82 Abs. 1 KAGB übertragen wurde. Die Verwahrstelle haftet nicht, wenn sie nachweisen kann, dass das Abhandenkommen auf äußere Ereignisse zurückzuführen ist, deren Konsequenzen trotz aller angemessenen Gegenmaßnahmen unabwendbar waren. Weitergehende Ansprüche, die sich aus den Vorschriften des bürgerlichen Rechts aufgrund von Verträ-

gen oder unerlaubten Handlungen ergeben, bleiben unberührt. Die Verwahrstelle haftet auch gegenüber der Gesellschaft oder den Anlegern für sämtliche sonstigen Verluste, die diese dadurch erleiden, dass die Verwahrstelle fahrlässig oder vorsätzlich ihre Verpflichtungen nach den Vorschriften des KAGB nicht erfüllt. Die Haftung der Verwahrstelle bleibt von einer etwaigen Übertragung der Verwahraufgaben nach Ziffer 2. unberührt.

## § 8 **Änderung der Anlagebedingungen**

### 1. **Änderung durch die KVG**

Die KVG kann die Anlagebedingungen ändern, um sprachliche oder redaktionelle Korrekturen vorzunehmen, die zu keiner inhaltlichen Änderung der Anlagebedingungen führen, oder um die Anlagebedingungen anzupassen oder zu ergänzen, sofern und soweit sie gegen zwingende gesetzliche Vorschriften verstoßen. Ziffer 2 Satz 2 bleibt unberührt.

### 2. **Änderung durch Gesellschafterbeschluss**

Die Anlagebedingungen können durch Beschluss der Anleger geändert werden. Bei einer Änderung der Anlagebedingungen, die mit den bisherigen Anlagegrundsätzen der Gesellschaft nicht vereinbar ist oder zu einer Änderung der Kosten oder der wesentlichen Anlegerrechte führen würde, ist ein Beschluss der Anleger erforderlich, der einer Mehrheit der Stimmen von Anlegern, die mindestens zwei Drittel des Zeichnungskapitals auf sich vereinigen, bei sonstigen Änderungen der Anlagebedingungen einer Mehrheit von mindestens 75 % der abgegebenen Stimmen, bedarf. Die Beschlussfassung erfolgt nach den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags.

### 3. **Gesetzesvorbehalt**

Die zwingenden gesetzlichen Vorschriften über eine Änderung der Anlagebedingungen, insbesondere der Genehmigungsvorbehalt gemäß § 267 KAGB, bleiben unberührt.

## 7.4 INFORMATIONEN ÜBER DIE NACHHALTIGKEIT DER ANLAGESTRATEGIE (ESG-INFORMATIONEN)

Vorvertragliche Informationen zu den in Artikel 8 Absätze 1, 2 und 2a der Verordnung (EU) 2019/2088 und Artikel 6 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2020/852 genannten Finanzprodukten

Eine **nachhaltige Investition** ist eine Investition in eine Wirtschaftstätigkeit, die zur Erreichung eines Umweltziels oder sozialen Ziels beiträgt, vorausgesetzt, dass diese Investition keine Umweltziele oder sozialen Ziele erheblich beeinträchtigt und die Unternehmen, in die investiert wird, Verfahrensweisen einer guten Unternehmensführung anwenden.

Die **EU-Taxonomie** ist ein Klassifikationssystem, das in der Verordnung (EU) 2020/852 festgelegt ist und ein Verzeichnis von **ökologisch nachhaltigen Wirtschaftstätigkeiten** enthält. In dieser Verordnung ist kein Verzeichnis der sozial nachhaltigen Wirtschaftstätigkeiten festgelegt. Nachhaltige Investitionen mit einem Umweltziel könnten taxonomiekonform sein oder nicht.

**Name des Produkts:**

MIG GmbH & Co. Fonds 18 geschlossene Investment-KG

**Unternehmenskennung (LEI-Code):**

3912005GZAR48HDJ9U29

### ÖKOLOGISCHE UND / ODER SOZIALE MERKMALE

Werden mit diesem Finanzprodukt nachhaltige Investitionen angestrebt?

**Ja**

**Nein**

Es wird damit ein Mindestanteil an **nachhaltigen Investitionen mit einem Umweltziel** getätigt: \_\_%

in Wirtschaftstätigkeiten, die nach der EU-Taxonomie als ökologisch nachhaltig einzustufen sind

in Wirtschaftstätigkeiten, die nach der EU-Taxonomie nicht als ökologisch nachhaltig einzustufen sind

Es wird damit ein Mindestanteil an **nachhaltigen Investitionen mit einem sozialen Ziel** getätigt: \_\_%

Es werden damit **ökologische / soziale Merkmale beworben** und obwohl keine nachhaltigen Investitionen angestrebt werden, enthält es einen Mindestanteil von \_\_% an nachhaltigen Investitionen.

mit einem Umweltziel in Wirtschaftstätigkeiten, die nach der EU-Taxonomie als ökologisch nachhaltig einzustufen sind

mit einem Umweltziel in Wirtschaftstätigkeiten, die nach der EU-Taxonomie nicht als ökologisch nachhaltig einzustufen sind

mit einem sozialen Ziel

Es werden damit ökologische / soziale Merkmale beworben, aber **keine nachhaltigen Investitionen getätigt.**



## WELCHE ÖKOLOGISCHEN UND/ODER SOZIALEN MERKMALE WERDEN MIT DIESEM FINANZPRODUKT BEWORBEN?

Der MIG GmbH & Co. Fonds 18 geschlossene Investment-KG (nachfolgend „Fonds“) investiert in Unternehmen, die ökologische und/oder soziale Merkmale sowie Merkmale guter Unternehmensführung aufweisen und nicht unter bestimmte Ausschlusskriterien fallen.

Mit Nachhaltigkeitsindikatoren wird gemessen, inwieweit die mit dem Finanzprodukt beworbenen ökologischen oder sozialen Merkmale erreicht werden.

Das ökologische Merkmal kann beispielsweise ein positiver Beitrag zur Ressourceneffizienz (insbesondere bei der Nutzung von Energie, erneuerbarer Energie, Rohstoffen, Wasser und Boden), zur Abfallerzeugung, zur Verringerung von Treibhausgasemissionen, zu Stärkung und Erhalt der biologischen Vielfalt oder zur Unterstützung der Kreislaufwirtschaft sein.

Das soziale Merkmal kann beispielsweise ein positiver Beitrag zur Bekämpfung von Ungleichheiten sein, den sozialen Zusammenhalt, die soziale Integration und die Arbeitsbeziehungen fördern oder eine Investition in Humankapital oder zugunsten wirtschaftlich oder sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen darstellen.

Die Merkmale guter Unternehmensführung sind beispielsweise bei soliden Managementstrukturen, guten Beziehungen zu Arbeitnehmern, fairen Vergütung von Mitarbeitern sowie der Einhaltung der Steuervorschriften gegeben.

### Die Ausschlusskriterien, die von keinem Unternehmen, in das investiert wird, erfüllt werden dürfen, sind:

- Prostitution, Pornografie oder illegale Drogen
- Herstellung, Verkauf oder Vermarktung von Waffen, Artillerie und Munition oder deren Komponenten
- Exploration von Öl oder Gas
- Herstellung von Tabakerzeugnissen
- Nicht-RSPO Palmöl
- Betrieb von Glücksspieleinrichtungen
- Betrieb von Kernkraftwerken
- Aktivitäten in Ländern mit hohem Risiko/UN-Sanktionsliste
- Korruption und Finanzkriminalität
- Kinderarbeit, Menschenrechts- und Umweltverstöße
- Lobbypraktiken, die ESG untergraben, und unzureichendes ESG-Management
- Räuberische Kreditvergabe
- Alle illegalen Aktivitäten nach geltendem Recht

Die genauen Ausprägungen der ökologischen und sozialen Merkmale richten sich nach dem jeweils aktuellen Stand von Rechtsrahmen und Technik zum Zeitpunkt der potenziellen Investition in ein Unternehmen.

Es wurde kein Referenzwert benannt, um die mit dem Fonds beworbenen ökologischen oder sozialen Merkmale zu erreichen.

Der Fonds hat keinen Mindestanteil an nachhaltigen Investitionen im Sinn der Offenlegungs-VO.

Der Fonds hat keinen Mindestanteil an ökologisch nachhaltigen Investitionen im Sinn der Taxonomie-VO.

Es werden keine nachteiligen Auswirkungen nach der Offenlegungs-VO oder der Taxonomie-VO berücksichtigt. Das heißt, dass die Unternehmen, in die der Fonds investiert, eines oder mehrere der ökologischen und/oder sozialen Ziele, die in der Offenlegungs-VO und/oder der Taxonomie-VO festgelegt sind, erheblich beeinträchtigen können. Darunter fallen auch jene Ziele, welche mit den mit diesem Fonds beworbenen ökologischen und/oder sozialen Merkmalen verfolgt werden können. Das bedeutet auch, dass die Unternehmen, in die der Fonds investiert, sich auf eines oder mehrere der mit diesem Fonds beworbenen ökologischen und/oder soziale Merkmale nachteilig auswirken können.

● **Welche Nachhaltigkeitsindikatoren werden zur Messung der Erreichung der einzelnen ökologischen oder sozialen Merkmale, die durch dieses Finanzprodukt beworben werden, herangezogen?**

Wie oben beschrieben, können die ökologischen oder sozialen Merkmale sehr unterschiedlich ausgeprägt sein, weshalb eine starre Liste an Nachhaltigkeitsindikatoren, die zur Messung herangezogen werden, aus Sicht des Fonds weder zweckmäßig noch tunlich ist.

Der Fonds zieht zur Messung der ökologischen oder sozialen Merkmale stattdessen immer genau jene Nachhaltigkeitsindikatoren heran, die auf das jeweilige Unternehmen, in das investiert wird, im Einzelnen zugeschnitten sind. Dabei werden jedenfalls die folgenden Nachhaltigkeitsindikatoren berücksichtigt, soweit ausreichende und angemessene Daten verfügbar sind:

- CO<sub>2</sub>-Emissionen der Zielgesellschaft.
- Energieverbrauch der Zielgesellschaft.
- Geschlechtervielfalt in den Leitungs- und Kontrollorganen der Zielgesellschaft.

Bei den wichtigsten nachteiligen Auswirkungen handelt es sich um die bedeutendsten nachteiligen Auswirkungen von Investitionsentscheidungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren in den Bereichen Umwelt, Soziales und Beschäftigung, Achtung der Menschenrechte und Bekämpfung von Korruption und Bestechung.

**In der EU-Taxonomie ist der Grundsatz „Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen“ festgelegt, nach dem taxonomiekonforme Investitionen die Ziele der EU-Taxonomie nicht erheblich beeinträchtigen dürfen, und es sind spezifische EU-Kriterien beigefügt.**

Der Grundsatz „Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen“ findet nur bei denjenigen dem Finanzprodukt zugrunde liegenden Investitionen Anwendung, die die EU-Kriterien für ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten berücksichtigen. Die dem verbleibenden Teil dieses Finanzprodukts zugrunde liegenden Investitionen berücksichtigen nicht die EU-Kriterien für ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten.

**Alle anderen nachhaltigen Investitionen dürfen ökologische oder soziale Ziele ebenfalls nicht erheblich beeinträchtigen.**



**WERDEN BEI DIESEM FINANZPRODUKT DIE WICHTIGSTEN NACHTEILIGEN AUSWIRKUNGEN AUF NACHHALTIGKEITSFAKTOREN BERÜCKSICHTIGT?**

Ja

Nein



## WELCHE ANLAGESTRATEGIE WIRD MIT DIESEM FINANZPRODUKT VERFOLGT?

Die Anlagestrategie dient als Richtschnur für Investitionsentscheidungen, wobei bestimmte Kriterien wie beispielsweise Investitionsziele oder Risikotoleranz berücksichtigt werden.

Ob Investitionen der Beschreibung unter „Welche ökologischen und/oder sozialen Merkmale werden mit diesem Finanzprodukt beworben?“ entsprechen, wird auf Grundlage der oben unter „Welche Nachhaltigkeitsindikatoren werden zur Messung der Erreichung der einzelnen ökologischen oder sozialen Merkmale, die durch dieses Finanzprodukt beworben werden, herangezogen?“ genannten Vorgehensweise ermittelt. Dabei wird eine Gesamtbetrachtung angewendet. Das bedeutet, dass unzureichende Werte bei manchen Nachhaltigkeitsindikatoren durch zureichende Werte bei anderen Nachhaltigkeitsindikatoren ausgeglichen werden können. Holistisch muss sich aus den Nachhaltigkeitsindikatoren ergeben, dass mindestens einem der vom Finanzprodukt beworbenen ökologischen oder sozialen Merkmale entsprochen wird. Dabei handelt es sich um eine Ermessensentscheidung der MIG Capital AG, welche diese im Einzelfall nach bestem Wissen und Gewissen und unter Heranziehung des vorhandenen Datenmaterials – das oft nur unzureichend vorliegt – trifft. Neben den ökologischen und/oder sozialen Merkmalen werden dabei auch noch weitere Aspekte wie Performance oder Risikoneigung einbezogen.

Kurz zusammengefasst erfolgt die nach diesen Kriterien getroffene Auswahl von Unternehmen, in die potenziell investiert werden soll, nach einem genau definierten Prozess. Im Einzelnen:

- + **Die beworbenen ökologischen und sozialen Merkmale werden in jeder Phase des vierstufigen Prozesses angemessen berücksichtigt.**
- + **Insbesondere werden laufend alle verfügbaren Informationen genutzt, um den Reifegrad des Unternehmens im Kontext der Branche sowie die Übereinstimmung mit den oben beschriebenen von diesem Fonds beworbenen ökologischen und sozialen Merkmalen mit Hilfe einer Softwarelösung eines auf ESG-Due-Diligence spezialisierten Drittanbieters zu bewerten.**
- + **Darüber hinaus werden die Nachhaltigkeitsrisiken des Unternehmens, in das potenziell investiert werden soll, bewertet. In Übereinstimmung mit der Definition des Nachhaltigkeitsrisikos in der Offenlegungs-VO werden Nachhaltigkeitsrisiken als ein Ereignis oder eine Bedingung in den Bereichen Umwelt, Soziales oder Unternehmensführung, dessen beziehungsweise deren Eintreten tatsächlich oder potenziell wesentliche negative Auswirkungen auf den Wert der Investition haben könnte, betrachtet.**

Die Letztverantwortung und Letztentscheidung, ob in eine Gesellschaft investiert werden soll (wozu auch die Frage gehört, ob die Gesellschaft den mit dem Finanzprodukt beworbenen Merkmalen entspricht), obliegt dem Investment Committee. Dieses besteht aus den Managing Partnern der MIG Capital AG.

Während des gesamten Entscheidungsprozesses wird zur Sammlung, Aggregation und qualitativen und quantitativen Bewertung die webbasierte Softwarelösung eines auf ESG-Due-Diligence spezialisierten Drittanbieters herangezogen. Die der Analyse zu Grunde liegenden Informationen stammen dabei hauptsächlich aus öffentlich zugänglichen Quellen.

Das Investment Committee und der Fonds arbeiten laufend mit den Gesellschaften, in die investiert wird, zusammen, um das Abschneiden der Zielgesellschaft in den mit diesem Fonds beworbenen ökologischen und sozialen Merkmalen laufend zu verbessern. Dabei soll danach gestrebt werden, den Einfluss des Fonds auf die Verbesserung der ökologischen und sozialen Merkmalen zu fördern und verantwortungsvoll einzusetzen.

Zu der laufenden Zusammenarbeit gehört insbesondere, dass die Gesellschaften, in die investiert wird, einer regelmäßigen Überprüfung auf ihre Übereinstimmung mit der Anlagestrategie des Fonds unterzogen werden.

Dazu gehört auch die regelmäßige Überprüfung auf ihre Übereinstimmung mit den mit diesem Fonds beworbenen ökologischen und sozialen Merkmalen. Auch hier kann die oben erwähnte Software-Lösung unterstützen. Das Investment Committee erhält die Ergebnisse einer solchen Überprüfung mindestens einmal jährlich vorgelegt, um darüber zu entscheiden, ob eine Übereinstimmung weiterhin gegeben ist und wenn nicht, wie mit dem Investment zukünftig verfahren werden soll. Mögliche Abhilfemaßnahmen umfassen zum Beispiel die Unterstützung der Gesellschaft, in die investiert wird, bestimmte Nachhaltigkeitsindikatoren zu verbessern (bei behebbarer Abweichung) oder das De-Investment (bei nicht behebbarer Abweichung).

Die oben beschriebene Anlagestrategie ist auch in der jeweils aktuellen Fassung der ESG Policy der MIG Capital AG festgehalten. Die ESG Policy wird mindestens einmal jährlich vom Investment Committee überprüft und allenfalls angepasst.

● **Worin bestehen die verbindlichen Elemente der Anlagestrategie, die für die Auswahl der Investitionen zur Erfüllung der beworbenen ökologischen oder sozialen Ziele verwendet werden?**

Der Fonds beabsichtigt, ökologische und/oder soziale Merkmale zu fördern und zu diesem Zweck einen Teil seines Vermögens in Gesellschaften zu investieren, welche der Beschreibung unter „Welche ökologischen und/oder sozialen Merkmale werden mit diesem Finanzprodukt beworben?“ entsprechen.

● **Wie werden die Verfahrensweisen einer guten Unternehmensführung der Unternehmen, in die investiert wird, bewertet?**

Die **Verfahrensweisen einer guten Unternehmensführung** umfassen solide Managementstrukturen, die Beziehungen zu den Arbeitnehmern, die Vergütung von Mitarbeitern sowie die Einhaltung der Steuervorschriften.

Die Verfahrensweisen der Bewertung sind beschrieben unter „Welche Anlagestrategie wird mit diesem Finanzprodukt verfolgt?“.

Darüber hinaus wird den Unternehmen, in die investiert wird, ein geeignetes Instrumentarium zur Verfügung gestellt, das die Integration von ESG-Best-Practices in den Geschäftsbetrieb fördert. Auf diese Weise wird versucht, die Unternehmen am Weg zu guter Unternehmensführung zu unterstützen, einschließlich der Bewertung und des Managements von Nachhaltigkeitsrisiken. Hierzu wird den Unternehmen eine einfach zu bedienende Online-Plattform zur Verfügung gestellt.



## WELCHE VERMÖGENSALLOKATION IST FÜR DIESES FINANZ-PRODUKT GEPLANT?

Die **Vermögensallokation** gibt den jeweiligen Anteil der Investitionen in bestimmte Vermögenswerte an.

Der Fonds beabsichtigt, ökologische und/oder soziale Merkmale zu fördern und zu diesem Zweck einen Teil seines Vermögens in Gesellschaften zu investieren, welche der Beschreibung unter „Welche ökologischen und/oder sozialen Merkmale werden mit diesem Finanzprodukt beworben?“ entsprechen.

Taxonomiekonforme Tätigkeiten, ausgedrückt durch den Anteil der:

- **Umsatzerlöse**, die den Anteil der Einnahmen aus umweltfreundlichen Aktivitäten der Unternehmen, in die investiert wird, widerspiegeln
- **Investitionsausgaben** (CapEx), die die umweltfreundlichen Investitionen der Unternehmen, in die investiert wird, aufzeigen, z. B. für den Übergang zu einer grünen Wirtschaft.
- **Betriebsausgaben** (OpEx), die die umweltfreundlichen betrieblichen Aktivitäten der Unternehmen, in die investiert wird, widerspiegeln.



**#1 Ausgerichtet auf ökologische oder soziale Merkmale** umfasst Investitionen des Finanzprodukts, die zur Erreichung der beworbenen ökologischen oder sozialen Merkmale getätigt wurden.

**#2 Andere Investitionen** umfasst die übrigen Investitionen des Finanzprodukts, die weder auf ökologische oder soziale Merkmale ausgerichtet sind noch als nachhaltige Investitionen eingestuft werden.

Die Unterkategorie **#1B Andere ökologische oder soziale Merkmale** umfasst Investitionen, die auf ökologische oder soziale Merkmale ausgerichtet sind, aber nicht als nachhaltige Investitionen eingestuft werden.



## IN WELCHEM MINDESTMASS SIND NACHHALTIGE INVESTITIONEN MIT EINEM UMWELTZIEL MIT DER EU-TAXONOMIE KONFORM?

Der Fonds hat weder ein Mindestmaß an nachhaltigen Investitionen noch an Investitionen, die einem Umweltziel im Sinn der Taxonomie-VO entsprechen.

- **Wird mit dem Finanzprodukt in EU-taxonomiekonforme Tätigkeiten im Bereich fossiles Gas und/oder Kernenergie<sup>1</sup> investiert?**

**Ja**

In fossiles Gas

In Kernenergie

**Nein**

### Ermöglichende Tätigkeiten

wirken unmittelbar ermöglichend darauf hin, dass andere Tätigkeiten einen wesentlichen Beitrag zu den Umweltzielen leisten.

### Übergangstätigkeiten

sind Tätigkeiten, für die es noch keine CO<sub>2</sub>-armen Alternativen gibt und die unter anderem Treibhausgasemissionswerte aufweisen, die den besten Leistungen entsprechen.

Die beiden nachstehenden Grafiken zeigen den Mindestprozentsatz der EU-taxonomiekonformen Investitionen in grüner Farbe. Da es keine geeignete Methode zur Bestimmung der Taxonomiekonformität von Staatsanleihen\* gibt, zeigt die erste Grafik die Taxonomiekonformität in Bezug auf alle Investitionen des Finanzprodukts einschließlich der Staatsanleihen, während die zweite Grafik die Taxonomiekonformität nur in Bezug auf die Investitionen des Finanzprodukts zeigt, die keine Staatsanleihen umfassen.

1. Taxonomiekonformität der Investitionen einschließlich der Staatsanleihen\*



■ Nicht taxonomiekonform

2. Taxonomiekonformität der Investitionen ohne Staatsanleihen\*



■ Nicht taxonomiekonform

Diese Grafik gibt 100 % der Gesamtinvestitionen wieder.

\* Für die Zwecke dieser Grafiken umfasst der Begriff „Staatsanleihen“ alle Risikopositionen gegenüber Staaten.

<sup>1</sup> Tätigkeiten im Bereich fossiles Gas und/oder Kernenergie sind nur dann EU-taxonomiekonform, wenn sie zur Eindämmung des Klimawandels („Klimaschutz“) beitragen und kein Ziel der EU-Taxonomie erheblich beeinträchtigen – siehe Erläuterung links am Rand. Die vollständigen Kriterien für EU-taxonomiekonforme Wirtschaftstätigkeiten im Bereich fossiles Gas und Kernenergie sind in der Delegierten Verordnung (EU) 2022/1214 der Kommission festgelegt.

● **Wie hoch ist der Mindestanteil der Investitionen in Übergangstätigkeiten und ermöglichende Tätigkeiten?**

Es gibt keinen Mindestanteil der Investitionen in Übergangstätigkeiten oder ermöglichende Tätigkeiten.



**Wie hoch ist der Mindestanteil nachhaltiger Investitionen mit einem Umweltziel, die nicht mit der EU-Taxonomie konform sind?**



sind nachhaltige Investitionen mit einem Umweltziel, die **die Kriterien** für ökologisch nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten gemäß der EU-Taxonomie **nicht berücksichtigen**.

Der Fonds hat keinen Mindestanteil an nachhaltigen Investitionen mit einem Umweltziel, die nicht mit der Taxonomie-VO konform sind.

Der Fonds hat auch keinen Mindestanteil an sonstigen nachhaltigen Investitionen oder an Investitionen, die einem Umweltziel im Sinn der Taxonomie-VO entsprechen.



**Wie hoch ist der Mindestanteil der sozial nachhaltigen Investitionen?**

Der Fonds hat keinen Mindestanteil an sozial nachhaltigen Investitionen.  
Der Fonds hat auch keinen Mindestanteil an sonstigen nachhaltigen Investitionen.



**Welche Investitionen fallen unter „#2 Andere Investitionen“, welcher Anlagezweck wird mit ihnen verfolgt und gibt es einen ökologischen oder sozialen Mindestschutz?**

Die Investitionen unter „#2 Andere Investitionen“ dienen der Risikomitigierung und Diversifizierung des Portfolios.

Bei diesen Investitionen gibt es keinen ökologischen oder sozialen Mindestschutz. Insbesondere kommen auch keine Ausschlusskriterien zur Anwendung. Die Investitionen werden ohne jegliche Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten und Nachhaltigkeitsindikatoren getätigt.

Wie unter „Welche Vermögensallokation ist für dieses Finanzprodukt geplant?“ ausgeführt, bleiben bei „#2 Andere Investitionen“ Einlagen bei Kreditinstituten unberücksichtigt, da es sich dabei nicht um Investitionen handelt. Neben „#2 Andere Investitionen“ kann der Fonds an sonstigen Werten also auch noch Einlagen bei Kreditinstituten halten, wobei die Auswahl der Kreditinstitute ebenfalls ohne jegliche Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten und Nachhaltigkeitsindikatoren erfolgt.



**Wo kann ich im Internet weitere produktspezifische Informationen finden?**

Weitere produktspezifische Informationen sind abrufbar unter:  
<https://www.mig-18.at/nachhaltig/>





Nummer des Prospekts

**Herausgeber**

HMW Emissionshaus AG  
Münchener Straße 52  
D-82049 Pullach i. Isartal  
info@hmw.ag | www.hmw.ag

**Externe Kapitalver-  
waltungsgesellschaft**

MIG Capital AG  
Ismaninger Straße 102  
D-81675 München  
info@mig.ag | www.mig.ag

**Exklusiv-Vertriebskoordination**

HMW Fundraising GmbH  
Münchener Straße 52  
D-82049 Pullach i. Isartal  
info@hmw.ag | www.hmw.ag

### **Herausgeber**

HMW Emissionshaus AG  
Münchener Straße 52  
D-82049 Pullach i. Isartal  
info@hmw.ag | www.hmw.ag

### **Externe Kapitalverwaltungsgesellschaft**

MIG Capital AG  
Ismaninger Straße 102  
D-81675 München  
info@mig.ag | www.mig.ag

### **Exklusiv-Vertriebskoordination**

HMW Fundraising GmbH  
Münchener Straße 52  
D-82049 Pullach i. Isartal  
info@hmw.ag | www.hmw.ag